

HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING

DR. PHIL.

HEFT L.

DIE FRÄNKISCHE RITTERSCHAFT VON 1495—1524. MIT EINER EINLEITUNG.
HAUPTSÄCHLICH NACH QUELLEN AUS DEM HOCHSTIFT WÜRZBURG.
VON DR. ROBERT FELLNER.

BERLIN 1905.

Die fränkische Ritterschaft

von 1495—1524.

Mit einer Einleitung.

Hauptsächlich nach Quellen aus dem Hochstift Würzburg.

Von

Dr. Robert Fellner.

Berlin 1905.

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Meiner lieben Braut gewidmet.



Digitized by the Internet Archive
in 2025

Inhaltsübersicht.

	Seite
Vorwort	9—11
Einleitung	13—105
Herkunft fürstlicher Gerichtsbarkeit S. 15, Grafen und Herren S. 24, Ministerialen S. 32, der Kriegerstand von 1250 bis um 1400 S. 52 (Federecht, Landfrieden S. 71, Rittereinungen S. 79), Fürst u. Adel im 15. Jahrhundert S. 87.	
I. Der Kampf des Adels gegen die Reichssteuer .	107—134
Der „gemeine Pfennig“ S. 107, das Matrikel- system und seine Wirkungen S. 127.	
II. Fehdewesen	135—153
Landfriedensgesetzgebung bis 1519 S. 135, Lage der Ritterschaft S. 137, Raubrittertum, Solidarität des Adels S. 143, Landfriedens- einungen, der Schwäbische Bund S. 148.	
III. Der Kampf des Adels gegen fürstliche Gewalt	154—216
Die Kämpfe um „rechtlichen Austrag“ in Franken S. 154 (1507 S. 155, 1511 S. 164, 1515 S. 181, Reformbestrebungen v 1516/17 S. 187, Adelsbewegungen 1519/21 S. 194), der rechtliche Austrag auf dem Reichstage zu Worms S. 197, Einungsbewegung in Franken v. 1521/22 S. 212.	

**IV. Das Durchgreifen der Fürsten im Kampf um
den Landfrieden 217—294**

Versuche des Reichsregimentes im Frühjahr
1522 S. 217, Exekutionspläne des Schwäbi-
schen Bundes S. 222, Sickingen und die
rheinischen Kriegsfürsten S. 227, Gährung in
Franken, der fränkische Adelstag i. Nov.
1522 S. 234, der zweite Schweinfurter Tag,
Januar 1523, der Schweinfurter Bund S. 247,
die fränkische Adelseinung u. der Strafzug
des Schwäbischen Bundes S. 280 (Stellung
des Adels zur Glaubensspaltung S. 273, Be-
strebungen d. weltlichen Kreisstände Frankens
i. J. 1524 S. 289).

Fränkische Landtage 1523 ff. 295—298

Schluss 299—310

Abgekürzt angeführte Werke siehe S. 311.

Vorwort.

Die ursprüngliche Absicht, aus welcher später die vorliegende Arbeit entstanden ist, war gewesen, die Erregung innerhalb des niederen Adels, die in den Jahren 1521 bis 1523 in den Streitschriften Huttens, den Manifesten Sickingens, aber auch in Bündnissen, in korporativen Beschwerden und Drohbriefen erkennbar geworden ist, auf ihre Ursachen, ihren Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage des Standes und mit den grossen Fragen der Zeit, den Reformen auf den Gebieten der territorialen Verwaltung, der Reichsverfassung, des Glaubens zu untersuchen und in ihrem Verlaufe darzustellen. Das Thema war eingehender bisher nur in Ulmanns „Franz von Sickingen“ bearbeitet worden, soweit dies dort im Rahmen einer Biographie tunlich war; noch manche Zweifel blieben zu lösen. Später hat der Verlauf der Nachforschung in den Archiven mehr und mehr zu einer Beschränkung des Arbeitsgebietes in räumlicher und sachlicher, zu seiner Erweiterung in zeitlicher Hinsicht geführt. Die rheinischen Archive ergaben, nach ihrer Benützung durch Ulmann, teils keine, teils nur sehr geringfügige Ausbeute¹⁾. Umfangreiches ritterschaftliches Material fand sich

1. Durch Nachforschung der Verwaltungen mit wesentlich negativem Ergebnis erledigten sich die Staats- bzw. Kreisarchive zu Wiesbaden, Darmstadt, Speier, Strassburg, Stuttgart, die fürstlichen bzw. gräflichen Hausarchive zu Erbach, Donaueschingen und Sigmaringen. Aufgesucht wurden die Archive zu Koblenz, Marburg, Frankfurt, Landau, Karlsruhe, sowie das fürstliche Archiv zu Lich. Ausser einigen Einzelheiten, die in dieser Arbeit verwendet worden

dagegen in den fränkischen Archiven zu Würzburg, Meiningen und Wertheim; aber auch aus ihm war für die Frage nach der wirtschaftlichen Lage und nach der Stellung des Adels zur Glaubensspaltung ausserordentlich wenig zu entnehmen. Im Verlaufe der dortigen Nachforschungen wurde deshalb die anfängliche Absicht aufgegeben und dafür unternommen, in dem Zeitraum von 1495—1524 einen grösseren und zwar den wichtigsten Abschnitt aus den ständischen Kämpfen in Franken, in wesentlicher Beschränkung auf den Würzburgischen Adel, zur Darstellung zu bringen. Leider erwies sich später auch hierfür das gesammelte Material nicht immer zur Klarstellung der Tatsachen und zu ihrer Verknüpfung als ausreichend. Deshalb sind, zum Nutzen späterer, auf gründliche Benutzung der Archive zu Bamberg und Nürnberg (Berlin) gestützten Einzelverarbeitungen die Würzburger Akten tunlichst vollständig wiedergegeben worden.² Hauptsächlichste Quelle für die Kämpfe mit den Fürsten, wie auch für die Stellung des Adels zu den Reichsreformen, insbesondere zur Reichssteuer, sind die Bände 3 und 4 der „Ritterschaftshandlungen“ (Standbuch Nr. 495 und Nr. 496) und einige kleinere ritterschaftliche Faszikel des Würzburger Kreisarchivs geworden. Für die Verhandlungen innerhalb der Ritterschaft gewährten die nötige Ergänzung und in manchen Stücken wertvolle Aufschlüsse das „Gemeinschaftliche Hennebergische Archiv“ zu Meiningen und das „Löwenstein-Wertheim-Gemeinschaftliche Archiv“ zu Wertheim, dieses besonders für die Jahre 1521/22, jenes, in sehr reichem Masse, für die Zeit des Schweinfurter Vertrags

sind und einem Bericht Reinhards v. Neuneck von der Uebergabe Landstuhls (im Karlsruher Archiv) wurde neues nicht vorgefunden.

2. Um den Ueberblick nicht zu erschweren, sind solche längeren Aktenstücke und -Auszüge in kleinerem Druck ausgeführt. Da wo nicht wörtlich zitiert ist, ist doch auf genaueste Wiedergabe des Sinnes Sorgfalt verwendet worden. — Die Sprache des Zeitalters ist buchstäblich genau nur für wenige Stellen beibehalten worden.

von 1523. Einiges kam hinzu aus dem Geheimen Staatsarchiv zu München, den Kreisarchiven zu Nürnberg und Bamberg und dem Ernestinischen Gesamtarchiv zu Weimar. Sehr förderlich für die Jahre 1521—1523 war, dass hier viel fränkisches Material bereits im Drucke, in den Bänden II und III der Deutschen Reichstagsakten, vorlag. — Zu keinem nennenswerten Ergebnis führten, trotz freundlichstem Entgegenkommen, die mehrfachen Versuche in ritterschaftlichen Archiven. Da diese Archive mit wenigen Ausnahmen noch ungeordnet sind, gelang es in der verfügbaren Zeit nicht, neben den Nachweisen über Grundeigentum und sonstige Rechte, die naturgemäss den Hauptinhalt bilden, und neben jüngeren Akten das etwa vorhandene Einschlägige herauszufinden. — Für die Entwicklungsgeschichte der Würzburgischen Ritterschaft bis 1400 boten die Bände 37—43 der *Monumenta boica* reiches Material; für das 15. Jahrhundert wurde hauptsächlich die Würzburgische Chronik des Lorenz Fries benützt. —

Auch an dieser Stelle sei für freundliche Förderung allen Beteiligten aufrichtiger Dank ausgesprochen.

Einleitung.

Der Kampf, den die aus Reichsbeamten zu Landesherren gewordenen deutschen Fürsten zu führen hatten gegen die innerhalb ihrer Einflussphären angesessenen kleineren Gewalten älteren und jüngeren Ursprungs, war zu Beginn des 16. Jahrhunderts in den meisten Gegenden Deutschlands bereits entschieden; entschieden zu Gunsten der Fürsten fast überall dort, wo der Besitz nicht nur der Grafenrechte, sondern auch der strafferen markgräflichen oder der herzoglichen Gewalt frühzeitig einem Hause bleibendes Uebergewicht gegeben hatte, entschieden im Sinne allmählicher Ausbildung eines Nebeneinanders mittlerer bis kleinster Kräfte in Schwaben.¹ Am wenigsten geklärt noch war um 1500 das Verhältnis des Adels zu den Fürsten in Franken² und am mittleren Rhein.³ Hier ebenso wie in Schwaben hatte das Reich, unterstützt durch die zentrale Lage und das ausge dehnte Reichsgut daselbst, seinen Einfluss länger bewahren

1. Schwäbischer Bund seit 1488; Fernbleiben der Ritterschaft von den Würtemb. Landtagen (z. B. 1514), vergebliche Bemühungen sie wieder beizuziehen (z. B. 1520 u. weiter bis 1607). Stälin, Wirtemb. Gesch. III. 505 f., IV. 102 ff., 205; J. J. Moser, „Von der Teutschen Reichsstände Landen etc. (1769) S. 471.

2. Das seit dem späteren Mittelalter als „Franken“ bezeichnete Gebiet entsprach der *Francia orientalis* der älteren Zeit mit dem wesentlichen Unterschied, dass es sich nach Osten weiter ausdehnte, Teile des alten Bairischen Nordgaues mit umfasste. Waitz, Verf. Gesch. V.² 174 ff., 182 f.

3. In Kurtrier hat sich der ständische Kampf bis ins 18. Jahrhundert hingezogen; erst durch Vergleich von 1729 ist der dortige Adel als reichsunmittelbar anerkannt worden; Moser, a. a. O. 413 ff., 950 f. Ueber Kurmainz u. Kurpfalz einiges ebenda S. 359 ff.

können; es hatte das Anwachsen eines Fürstenhauses zur Uebermacht verhindert und noch im späteren Mittelalter hemmend in die Entwicklung zu fürstlicher Landeshoheit eingegriffen. Das Herzogtum Franken war, 939 erloschen, nicht wieder hergestellt, die Lande unter unmittelbare Einwirkung des für mehr als hundert Jahre danach noch unvermindert starken Königtums genommen worden; es war dies geschehen zu einer Zeit, in der es im Reichsinteresse lag, die Reichskirchen, über deren Kräfte der König noch unbeschränkte Verfügungsgewalt hatte, zu bevorzugen vor den unter Einfluss des Lehenswesens zu grösserer Selbständigkeit bereits gelangten weltlichen Grossen.⁴ Der Umstand, dass diese Politik in den Gebieten des früheren Herzogtums Franken vollkommener als anderswo durchführbar gewesen ist, hat zur Folge gehabt, dass später die geistlichen Territorien hier einen besonders breiten Raum einnehmen und die geistlichen Fürsten mit weitgehenden Rechten ausgestattet erscheinen. Mochte nun anfangs die enge Verbindung der Bistümer und Reichsabteien mit dem Reiche, sowie die herrschende Vorstellung, die den Dienst für eine Kirche an Ehren weit über jeden weltlichen Dienst — den des Königs ausgenommen — erhob, auch dem mächtigeren Gaugrafen seine Einfügung in die bischöfliche Verwaltung erleichtert haben, so war später, — als diese Ideen zu verblassen begannen und das geistliche Territorium, auf sich selbst gestellt, den Schutz des Reiches entbehrte, — die Herrschaft der Kirchenfürsten meist eine so wenig starke, dass den rechtlich untergebenen Kräften in der Regel genügender Spielraum blieb, für ständische Kämpfe nur geringe Nahrung geboten war. Lebhafter wurden diese aber, als — in dem hier eingehender zu behandelnden Stift Würzburg nachhaltig erst seit Mitte des 15. Jahrhunderts — der Bischof die Herstellung staat-

4. Waitz, *Verf. Gesch.* V.² 78, 81. Schröder, *Rechtsgesch.* ⁴ 393, 498.

licher Ordnung wieder in Angriff nehmen konnte; kräftiger regte sich jetzt der Widerstand. Von Bedeutung wurde, dass in die Zeit dieser Kämpfe die Versuche zur Wiederbelebung auch der Reichsverfassung auf Grundlage der gleichzeitigen Machtverhältnisse fielen; sie haben Verlauf und Ausgang wesentlich beeinflusst. — Es darf nun vielleicht, da gleichzeitig auch andere Momente — die Gegnerschaft des Schwäbischen Bundes gegen den Adel in Franken und das Vorgehen der rheinischen Fürsten gegen die Anhänger Sickingens — die Bewegung erhöht, Verhalten und Bestreben der Ritterschaft deutlicher gemacht haben, gerechtfertigt erscheinen, aus der Entwicklung der militärischen Kräfte in Franken zu einer fränkischen Reichsritterschaft den Zeitraum von 1495—1524 herauszugreifen für eingehendere Untersuchung, zuvor aber die Entwicklung in Kürze bis an diesen Punkt zu führen, Herkunft und Ausbildung der Machtmittel, mit denen Fürst und Adel in den Kampf eingetreten sind, aus dem gedruckten, für die ältere Zeit zum Teil schon vortrefflich bearbeiten Material darzustellen.

Die wesentlichste Grundlage für eine nach 1500 noch behauptete Oberhoheit der Fürstbischöfe von Würzburg auch über die Grafen und freien Herren ihrer Diözese, die herzogliche Würde und Gewalt dieser Bischöfe, ist nach der neusten eingehenden Untersuchung dieser Frage durch v. Zallinger,⁵ dem hier gefolgt wird, als wahrscheinlich entstanden anzunehmen aus einer Verbindung zweier Gerichtsgewalten: der allgemeinen (gräflichen), aus königlicher Verleihung stammenden Gerichtsbarkeit für den grössten Teil des Sprengels, und einer ebenfalls schon sehr früh durch Privileg des Königs als rechtmässiger und dauernder Besitz der Bischöfe anerkannten, über das ganze östliche Fran-

5. O. v. Zallinger: „Das Würzburgische Herzogthum,“ in den Mittlgn. d. Inst. f. Oesterreich. Gesch. Forsch. XI, (1890) S. 528 bis 573. Zu vergl. auch Th. Henner: „Die herzogl. Gewalt der Bischöfe von Würzburg“ (1874).

ken sich erstreckenden besonderen Gerichtsgewalt. Was den Erwerb ersterer betrifft, so ist urkundlich nachweisbar nur die Schenkung zweier Grafschaften im Jahre 1000.⁶ Aber viel innere Wahrscheinlichkeit hat allein schon die Annahme, dass nach der auf Kosten Würzburgs erfolgten Gründung des Bistums Bamberg — das schon wenig später im Besitz der Grafschaften seiner Diözese und dazu der gräflichen Gerichtsbarkeit in einzelnen Bezirken der Würzburger Diözese erscheint,⁷ — der befreundeten Würzburger Kirche die ihr noch fehlenden Grafschaften ihres Sprengels möglichst vollständig verliehen worden sein werden.⁸ Dazu kommen aber ferner die in älteren Urkunden gegebenen Anhaltspunkte für die Vermutung „dass damals dort kein Grafenhaus — mit Ausnahme der früh ausgestorbenen Grafen v. Kumburg-Rothenburg im südlichen Teil der Diözese, deren Erben dann die Staufer geworden sind, — in reichsunmittelbarer Stellung sich befand, d. h. eine Grafschaft in diesem Gebiet vom König direkt zu Lehen hatte,⁹ sowie die freilich keinenfalls völlig zutreffende Angabe des Chronisten Adam v. Bremen.¹⁰ Von den älteren Grafenhäusern Ostfrankens scheinen die Grafen v. Henneberg und die v. Wertheim Würz-

6. M. B. 28a, 288. Ueber die zweifellose Echtheit d. Urk. s. Waitz VII. 257.

7. 1068 M. B. 29a, 177. — Vgl. 1160 M. B. 29a, 351.

8. v. Zallinger, a. a. O. 533 ff.

9. v. Zallinger, 536 f., gestützt bes. auf J. Ficker, Reichsfürstenstand, 81, 84 ff. u. die dort angeführte Urk. v. 1142, in der unter den „principes“ versch. Markgrafen u. Grafen, die Grafen H. (v. Henneberg) u. R. (v. Abenberg) dagegen nach jenen unter den „liberi“ aufgeführt werden. Vgl. Schröder, Rechtsgesch. 494. Die Grafen v. Wertheim u. die v. Rieneck standen den Grafen v. Henneberg an Rang nach.

10. Mon. Germ. S. S. 7, 353: von Bischöfen habe allein der von Würzburg keinen Gleichen in seiner Diözese neben sich: ipse cum teneat omnes comitatus suae parochiae, ducatum etiam provinciae gubernat episcopus.

burgische, die v. Abenberg Bambergische, die v. Rieneck Würzburgische oder Mainzische Lehengrafen gewesen zu sein.¹¹ — Im Besitz jener anderen über Ostfranken reichenden Gerichtsgewalt erscheint die Würzb. Kirche in einer Kaiserurkunde von 1120,¹² Schröders einleuchtende Vermutung,¹³ dass der in der Urkunde selbst nicht genannte Inhalt dieser Gewalt, oder doch ihre wesentliche Grundlage die im Mittelalter so wichtige Landfriedensgerichtsbarkeit gewesen sei, die, in der Regel Sache des Herzogs, nach Erlöschen des Herzogtums Franken für das östliche Gebiet dem Bischof v. Würzburg zugefallen sei, ist durch die gründliche Untersuchung v. Zallingers zur Wahrscheinlichkeit geworden.¹⁴ Aus der gewöhnlichen Verbindung des Land-

11. Ficker a. a. O. S. 81 u. 87 (vergl. d. Urk. v. 1160 unten n. 16) für Henneberg u. Abenberg. Für Wertheim die Urkk. bei Aschbach, „Gesch. d. Gr. v. Wertheim“ II. S. 1, v. J. 1009: der König bestätigt dem Bischof v. Würzburg das Marktrecht in dem Orte Wertheim; S. 72: Auszüge aus Würzb. Lehenbüchern, in denen Burg u. Stadt Wertheim (1304), die Burg Wertheim u. die Gerichtsbarkeit der Zenten Wertheim u. Remlingen (1314—22) unter den Würzb. Lehen der Grafen v. W. erscheinen. — Wie das Gebiet der Grafen v. Wertheim z. grössten Teil, so lag auch ein Teil dessen der Grafen von Rieneck (über dies Geschlecht z. vgl. die Abhg. i. Archiv f. U. Franken Bde. 3, 19, 20 u. 22, bes. Bd. 20, Heft 3) innerhalb des i. J. 1000 an Würzburg gekommenen Gaues Waldsassen. — Die Herren v. Castell treten als Grafen erst seit 1205 auf. Wittmann, Mon. Castellana.

12. M. B. 29a, 238: K. Heinrich V. giebt an die Würzb. Kirche eine ihr von seinen Vorgängern verliehene, kürzlich entzogene dignitas judiciaria in tota orientali francia zurück, u. bestimmt, dass künftig solus episcopus et sui successores hanc judiciariam potestatem exercendi potestatem habeant.

13. S. Schröder, Rechtsgesch. 4 555.

14. Aus einer Königsurk. v. 1138 (Wirtemb. Urkb. II. 1) geht hervor, dass die Staufer eine weltliche Gerichtsgewalt der Würzb. Bischöfe in einer im Würzb. Sprengel gelegenen, aber nicht von Würzburg lehenbaren, staufischen Grafschaft (Kochergau) anerkannt haben. In einer Urk. v. 1103 (M. B. 37 S. 31) erscheint der

friedensrichteramtes mit dem alten Herzogtum erklärt es sich dann auch, dass die Chronisten schon des XI. und beginnenden XII. Jahrhunderts von einem Würzburgischen Herzogtum Ostfranken reden.¹⁵ Das natürliche Bestreben der Bischöfe, aus dieser besonderen Gewalt und dem Ansehen, das sie gab, weitere rechtliche Befugnisse abzuleiten für Gebiete, in denen sie die allgemeine Gerichtsbarkeit nicht besaßen, wird vor 1168 nur in einem gegen die Bamberger Kirche gerichteten Falle deutlich, wo es nicht durchdrang.¹⁶ Einige Jahre später aber gelang es, — nicht ohne Beihilfe einiger inzwischen in der Würzburger Kanzlei gefälschter Privilegien — für den Anspruch auf die herzogliche Würde und auf die gesamte hohe Gerichtsbarkeit im ganzen Umfang der Diözese die feierliche königliche Bestätigung zu erhalten.¹⁷ Im einzelnen bestimmt die Königsurkunde von 1168, dass die durch sie bestätigte Gerichtsbarkeit, soweit sie Raub und Brand, Allode und Lehen, Hörigkeits- und ähnliche persönliche Verhältnisse betreffe — allein der Blutbann bleibt hier ausge-

Bischof als Landfriedensoberhaupt für seine Diözese, als persönlicher Richter in Landfriedenssachen. v. Zallinger, 540 ff.

15. Adam v. Bremen (s. oben n. 10) u. Ekkeh. v. Aura z. J. 1116 (Mon. Germ. SS. 6, 249); s. v. Zallinger 530, 546.

16. 1160 M. B. 29a, 351: R. v. Abenberg, Lehensgraf der Bamberger Kirche im Rangau, (d. h. wohl nur einem Teil desselben; s. v. Zallinger 547), hatte dem Kaiser geklagt, dass der Würzb. Bischof sich in dieser Grafschaft occasione ducatus sui Rechte anmasse, wie *allodiorum placita, centuriones ponere, de pace fracta judicare* etc. Der Kaiser spricht hier Bamberg alle Grafschaftsrechte in allen seinen Grafschaften zu.

17. 1168 M. B. 29a, 390: K. Friedrich I. bestätigt (kurz nach dem kinderlosen Tode seines Neffen Konrad, Herzogs v. Rothenburg) der Würzb. Kirche: *omnem jurisdictionem seu plenam potestatem faciendi justitiam per totum episcopatum et ducatum Wirzburgensem et per omnes comitias in eodem episcopatu vel ducatu sitas, de rapinis et incendiis, de allodiis et beneficiis, de hominibus et de vindicta sanguinis.*

nommen¹⁸ — im ganzen Bistum und Herzogtum und den darin gelegenen Grafschaften hinfort niemand ausüben solle, als allein der dux episcopus, in Person oder durch seinen Beauftragten.¹⁹ Den Grafen bleiben nur gewisse Leistungen (Bede) der in den Grafschaften wohnenden freien Bauern vorbehalten.²⁰ Ferner heisst es: Niemand soll in dem genannten Bezirk Zenten errichten oder Zentgrafen einsetzen, es sei denn mit Bewilligung des dux episcopus. Mit Recht wohl nimmt hierzu v. Zallinger an, dass damals, bei schon vorgeschrittenem Zerfall der Grafschaftsverfassung, das frühere Untergericht, die Zent, bereits das ordentliche öffentliche Gericht gewesen sei mit Kompetenz hauptsächlich für die höhere Kriminalgerichtsbarkeit, — so wie sie in zahlreichen fränkischen Urkunden von der II. Hälfte des 13. Jahrhunderts ab erscheint,²¹ dass somit dieser letztere Satz des Privilegs noch einmal auch den in anderen Händen befindlichen Blutbann — dem Wortlaut nach selbst soweit er

18. Den Blutbann durften nach den Kanonischen Satzungen geistliche Personen weder persönlich ausüben, noch an andere übertragen. Tatsächlich wurde dies Prinzip jedoch durchbrochen, je mehr auch bei den geistlichen Fürsten der Charakter als Reichsvasallen zur Geltung gelangte und auch ihnen den Weg zur vollen Landesherrlichkeit ebnete; vgl. Schröder, Rechtsgesch.⁴ 572 f. und v. Zallinger: „K. Gesch. der Bannleihe“ i. d. Mittlgn. d. Instituts f. Oesterr. Gesch. Forschung X. (1889), 224 ff.

19. S. die entsprechende Bestimmung d. Urk. v. 1120 für die dort verliehene Gerichtsgewalt, welche wir für die Landfriedensgerichtsbarkeit zu halten um so mehr berechtigt sind, als auch 1168 dieser Teil weltlicher Gerichtsbarkeit an erster Stelle steht. v. Zallinger, Würzb. Hztg. S. 551 ff., 557.

20. S. v. Zallinger a. a. O. 558 n. 2; Schröder, Rechtsgesch.⁴ 610 ff.

21. Als „hohe Rügen“, aus den Dorfmarken der Jurisdiction des Zentgerichts vorbehalten, werden in der Regel die Verbrechen Notzucht, Diebstahl, Totschlag, als viertes häufig noch schwere Verwundung genannt; Beispiele bei Zallinger a. a. O. S. 551 f.

nicht von Würzburg zu Lehen ging²² — einer gewissen obersten Gerichtsherrlichkeit des Bischofs unterstellt, nachdem der vorhergehende für alle Fehde und Eigensachen den Bischof als alleinigen rechtmässigen Richter erklärt hat.²³ Die durchgehende Doppelbezeichnung des Gebietes als „episcopatus et ducatus“ lässt keinen Zweifel, dass das Herzogtum, die weltliche Gerichtsherrlichkeit hier auf den Umfang der Diözese beschränkt anerkannt worden ist.²⁴ Ausgeschlossen war damit nicht, dass später wieder die Verleihung von 1120 für Ansprüche in weiteren räumlichen Grenzen ins Feld geführt werden konnte, ebenso wenig wie andererseits das Privileg von 1168 ein absolutes Hindernis war für das Fortbestehen oder Aufkommen unabhängiger fremder Gerichte im Würzburger Sprengel. Trug doch die Rechtslage, wie sie durch die sich widersprechenden Urkunden von 1160 und 1168 geschaffen war, den Keim zu Streitigkeiten zwischen Würzburg und Bamberg in sich. Ernstlichere Kämpfe noch sind dem Hochstift aus dem Vorhandensein grösserer Krongutbestände innerhalb und nahe seiner Grenzen, mit den Rechtsnachfolgern des Reiches, erwachsen.

Auf einen langen Zeitraum der Vernachlässigung des Gerichtswesens, in dem hauptsächlich das Landgericht Rothenburg²⁵ seine Wirksamkeit über das Bistum hin aus-

22. Hier ist vor allem an die Bambergischen Zenten innerhalb der Würzburger Diözese und an das staufische Gebiet um Rothenburg zu denken.

23. v. Zallinger 560 ff.: Das Recht zur Verleihung des Blutbannes haben die Bischöfe später, wie vielfach (1317 Schultes, Henneberg I. 214; Rockinger i. d. Sitzber. d. bayr. Akademie 1872) nachweisbar, ausgeübt.

24. v. Zallinger 548 f.

25. Untersuchungen über dessen Ursprung liegen nicht vor. Vermutlich ist es erwachsen aus der Landvogtei über das dortige ausgedehnte Reichsgut. S. Stälin, Wirtemb. Gesch. II. 238, 669, III. 44; Schröder, Rechtsgesch.⁴ 506 f. — Später erscheint das Landgericht im Besitz der Stadt R.; eine Erwerbung von König Hein-

gedehnt zu haben scheint,²⁶ folgte 1343/4 eine Reform des bischöflichen Landgerichtes,²⁷ brachte 1347 ein gegen die rivalisierende Stadt unternommener Krieg deren Unterwerfung.²⁸ Die sofortige Frucht solcher Kraftentfaltung war das entschiedene Eintreten des neuen Königs für das Recht des Bischofs,²⁹ worauf dann die Vermittlung einsetzte, ohne dass schliesslich feste Abgrenzung der Kompetenzen gelungen wäre.³⁰ Aehnlich ist später der Kampf mit dem Land-

rich (VII.), von der Fries (bei Ludewig, Gesch. Schr. v. d. Bischofthum Würzb. 1713 S. 571) berichtet, dürfte den dauernden Besitz wohl kaum schon begründet haben. Vgl. auch unten n. 39.

26. Fries bei L. 629; Urkk. v. 1345 (M. B. 41, 110 ff., 122, 134 u. s. w., nur z. Teil ächt): Eidliche Aussagen, die darin übereinstimmen, dass man zu Rothenburg auf dem Landgericht alle Zeit gerichtet hat mit Acht u. mit der Anleite also weit als das Bisthum geht zu Würzburg; Gebote der Bischöfe v. 1299, 1304, 1309, 1327, 1335 (M. B. 38, 223, 331, 433; 39, 313; 40, 4) wider fremde Gerichte, an die Einwohner der Stadt Würzburg, bezw. (1309) an alle Eingesessenen des Herzogthums. — 1333 (M. B. 39, 499) verbot K. Ludwig, auf die Klagen der Bürger v. Würzb., dem edlen Mann, Lutz v. Hohenlohe, jene vor sein Gericht und seine Land-schranken zu laden.

27. Archiv. f. U. Franken XIII. 166, auch XI. Heft 2, 67; M. B. 40, 541/42 (S. unten S. 87).

28. 1347 M. B. 41, 293.

29. 1347 M. B. 41, 298. Urk. K. Karl IV.: „Wann das Landgericht zu Franken von alter her gewesen ist des Bisthums zu Würzburg von des Herzogthums wegen zu Franken, das zu demselben Bisthum gehört, so soll . . . niemand richten mit der Acht in dem Herzogthum u. dem Landgericht zu Franken denn ein Bischof zu Würzburg, der allein da Landrichter ist. Und sollen auch vor demselben Landrichter zu Recht stehen alle Herren . . . Grafen . . . Freien, u. auch des Reiches Dienstleute u. Städteleute u. auch alle anderen Leute, beide edel u. unedel . . . die in dem vorgenannten Herzogthum u. Landgericht zu Franken gesessen sein.“ — Dazu desselben Königs Urkk. v. 1347 M. B. 41, 301 u. 1349 M. B. 41, 378, 405.

30. 1354 M. B. 42, 81; 1389, 1390 M. B. 44, 105, 252. — Reiches Material über die Konkurrenz der beiden Landgerichte enthält das städtische Archiv zu Rothenburg (Bde. Nr. 280—294).

gericht der Burggrafen von Nürnberg verlaufen. — Einer der wichtigsten Rechtstitel Würzburgs für seine weltliche Gerichtsbarkeit ist das Privileg von 1168, sowohl für die Kämpfe mit den konkurrierenden königlichen Gerichten³¹ und den Landgerichten Bambers, der Stadt Rothenburg und der Burggrafen von Nürnberg, als für das Verhältnis der Bischöfe zu den in ihrem Gebiete ansässigen Grafen und Herren geblieben; später diente es seit dem XV. Jahrhundert mehrfach, z. B. 1468, 1498, 1522, 1531 bestätigt,³² als wirksame Waffe im Kampf mit den Ständen, insbesondere mit dem nach Reichsunmittelbarkeit strebenden Adel.³³

31. In der Abmahnung K. Heinrichs (VII.) an seine Schultheisse in Rothenburg, Hall, Schweinfurt etc., v. 1234 (M. B. 30, 221) z. B. ist mehrmals von dem Würzb. Ducat, von der Beschwerde Würzburgs in *judicio de feodis et proprietatibus quod vobis assumitis* etc. die Rede.

32. S. L. Rockinger: „Magister Lorenz Fries z. fränkisch-wirzb. Gerichtswesen,“ i. d. Abhdlgen. d. bayr. Akad., III. Cl., XI. Bd, III. Abtl. (1871) S. 49.

33. Ueber die Erwerbung der sonstigen Hoheitsrechte (Zoll-, Münz- und Marktrecht, Wildbannschenkungen etc.) s. Th. Henner, „Die herzogl. Gewalt d. Bischöfe v. W.“ S. 94 f. u. „Bischof Hermann I. v. Würzb.“ (1875). — Des Herzogthums geschieht nach 1168 in zahlreichen Urkunden Erwähnung; z. B. 1206, M. B. 29a 529: König Philipps Privileg für den Würzb. Bischof: *ut per totum episcopatum et ducatum suum . . . utatur servitiis proprietatum hominum quos vulgus appellat liberos et hominum ecclesiae ipsius . . .*; 1274, 1319 M. B. 37, 450; 39, 120 (Urkk. der Bürgerschaft Würzburgs); 1301 M. B. 38, 256 u. 1309 M. B. 38, 434 (Bischofs-urkk.); 1312 M. B. 38, 512: Der Bischof verleiht, *cum Wiltbanus totius nostri ducatus Franconiae nobis utpote provinciali judici ejusdem ducatus seu terrae Franconiae ac nostre dinoscatur ecclesiae pertinere*, seinen Blutsverwandten v. Bruneck u. v. Hohenlohe den Wildbann *intra terminos suorum bonorum*. 1347 (s. oben n. 29). — 1348 M. B. 41, 360 Gr. J. v. Henneberg: . . . „in dem Herzogthum zu Franken des Stifts zu Wirtzburg gelegen . . .“ 1465 Schultes, Gr. v. Henneberg II. 286: Graf W. v. Henneberg nimmt bei Bündnissabschluss mit Hessen aus: „Joh. Bischof v. Würzburg u. Herzog zu Franken.“ — Auf Münzen seit dem 12. Jahrh. ist der Bischof mit dem Schwert in der Hand dargestellt; den oft zitierten

Der Sprengel des im Jahre 1007 von König Heinrich II. aus Teilen der Bistümer Würzburg und Eichstädt neu gebildeten Bistums Bamberg bestand in der Hauptsache aus dem einen sehr ausgedehnten Ratenzgau, dazu einem nur kleinen Teil des angrenzenden Gaues Volkfeld mit dem Orte Bamberg.³¹ Seit dem 13. Jahrhundert erscheint auch hier ein Landgericht als Organ der höheren Gerichtsbarkeit.³⁵ Bis zum Jahre 1248 waren damit die Grafen von Meran belehnt; nachdem ihr Geschlecht in diesem Jahre ausgestorben, nahmen die Bischöfe das Gericht in eigene Verwaltung.³⁶ —

Das Landgericht der Burggrafen von Nürnberg, das zu grösserer Bedeutung erst im 15. Jahrhundert, unter den Markgrafen Friedrich und Albrecht Achilles gelangt ist, scheint hervorgegangen zu sein aus dem Vogteigericht für das Reichsgut in dortiger Gegend.³⁷ In den Kompetenzstreitigkeiten

Spruch: *Herbipolis sola judicat ense stola* zeigt schon das Siegel Bischof Bertholds (seit 1266). Stälin II, 649 n.

34. Codex Udalrici (bei Jaffé V. 27); vgl. F. Stein, *Gesch. Franks I.* 133; Zallinger a. a. O. S. 533, n. 4.

35. Vgl. H. Zöpfl „Das alte Bamberger Recht“ (1839) S. 89 ff.; Zallinger S. 533, n. 3.

36. 1249 Ussermann, Bamberg S. 161: Heinr., Bischof v. B. überträgt comitatum et iudicium provinciale in dioecesi nostra, das ihm heimgefallen, den Heiligen seiner Kirche für ewige Zeiten. — Auch von einem Ducat der Bamberger Bischöfe ist gelegentlich einer Erörterung der aus dem Besitz des Landgerichts folgenden Rechte die Rede in e. Urk. v. 1260 (Ussermann, Bamberg 166); doch ward die hierin wohl liegende Rivalität mit dem mächtigeren Würzburg auf diesem Gebiete nicht dauernd aufrecht erhalten. Beengt auch bald durch die rasch anwachsende Macht der Burggrafen v. Nürnberg wurde die weltliche Gerichtsbarkeit der Bamb. Bischöfe früher als diejenige seiner Nachbarn auf das eigentliche Stifts-territorium beschränkt. Vgl. Stein, *Gesch. Franks I.* 147; über den Ehrenvorrang der Bamberger Bischöfe s. daselbst II, 339. —

37. W. Vogel: „Des Ritters Ludwig v. Eyb Aufzeichnung über das Kaiserl. Landgericht des Burggrafenthums Nürnberg,“ (1867) Einl. S. 13 ff.

mit Würzburg — ein grosser Teil des Ansbachischen Territoriums lag innerhalb der Würzb. Diözese — wurde durch Vertrag von 1460, auf Lebenszeit der beiden Fürsten, der Fluss Aich als Grenzlinie der beiden Gerichtsbezirke festgesetzt.³⁸ —

Für das Verhältnis der Grafen und „freien Herren“ der Würzb. Diözese zu dem Bischof folgt aus dem bisherigen, dass auch sie neben der geistlichen auch der weltlichen Gerichtsbarkeit der Bischöfe unterworfen gewesen sind; ferner, dass dies Rechtsverhältnis der tatsächlichen Stellung der Meisten unter ihnen zu dem Hochstift, in dessen Dienst sie emporgekommen waren,³⁹ entsprochen hat. Was

38. Ein „Rathschlag“ des Reichstags v. 1438 stellt den Grundsatz auf, dass kein Gericht über das Territorium des Ger. Herrn hinausgreifen solle und behält allein für die Landgerichte zu Franken, Nürnberg und Rothweil noch bes. Untersuchung vor (Neue Sammlung der Reichsabschiede Tl. I. 161 § 2). Allmählich setzte auch hier jener Grundsatz sich durch und blieb schliesslich die Gerichtsbarkeit auch Würzburgs und der Markgrafen, in den Formen mittlerweile umgebildet, den Zusammenhang mit den alten Reichseinrichtungen weniger stark betonend, auf die Territorien dieser Fürsten beschränkt.

39. Von den bedeutenden, nach 1500 noch blühenden Adelsgeschlechtern des Würzb. Frankens scheinen allein die in den stau-fischen Gebieten an der oberen Tauber, an Jagst und Kocher begüterten Herren von Hohenlohe nicht hauptsächlich im Dienst der geistlichen Fürsten, sondern im engen Anschluss an jenes Kaiserhaus zu Macht und Ansehen gelangt zu sein. S. die Hohenlohe'schen Regesten bei Stälin, Wirtemb. Gesch. II. 551 ff.; über die Reichspfandschaften der Herren v. H. in Franken auch W. Küster, das Reichsgut i. d. Jahren 1273—1313 (Leipz. Dissert. 1883). S. 24 f. — Konr. IV. hatte 1251 alles Reichsgut in Rothenburg an Gotfried v. H. verpfändet (Stälin II. 564). 1265 (M. B. 37, 425) erwarteten die Herren von Hohenlohe von Würzburg Vertragshilfe gegen den Grafen von Oettingen, si servare nobis noluerit et de nobis accipere justicie rationem. Glieder der Familie erscheinen als Landvögte des Reichs zu Rothenburg und Nürnberg in den Jahren 1278, 1280, 1309, 1311 (Stälin III. 44; M. B. 38, 433; Regesta Heinrici 430).

die Exemption der ritterbürtigen Freien von den Zentgerichten, wie sie allgemein erst als bereits vollzogen seit dem 13. Jahrhundert zu Tage tritt,⁴⁰ betrifft, so ist namentlich für Würzburg wahrscheinlich, dass sie hier schon geraume Zeit zuvor bestanden hat, dass sich der unmittelbare Gerichtstand aller Ritterbürtigen für Civil wie Kriminalsachen hier vor dem Bischof: bei dessen amtlicher Eigenschaft als geistlicher und als Landfriedensrichter, besonders frühe herausgebildet hat.⁴¹ Spätere Zeugnisse für diesen Gerichtstand sind jene Urkunde K. Karl IV. von 1347 (s. oben note 29) und die Angabe des bischöflichen Notars M. de Leone († 1355).⁴² Auch den mächtigen, bereits die eigene Landeshoheit anstrebenden Grafen- und Herrengeschlechtern wurde umso weniger leicht, sich von der rechtlich hergebrachten Gerichtsherrlichkeit des Bischofs zu befreien, als auch sie mit einem grossen Teil ihrer wirtschaftlichen Interessen an das Hochstift gebunden blieben, vielfach ihre Zentgerichtsbarkeit, nutzbringende Aemter, Grundbesitz und Rechte von Würzburg zu Lehen trugen, fort und fort Dienstverhältnisse, Verpflichtungen zu Kriegsdiensten und Burghut neu eingingen.⁴³ — Als des Bischofs „Landsherren“ bilden

40. S. Schröder, Rechtsgesch. 601.

41. v. Zallinger nimmt an (a. a. O. S. 565), seit der I. Hälfte des 12. Jahrhunderts.

42. *Comites, Barones et Nobiles et maxime ministri (= ministeriales; vgl. unten S. 46 n. 105) infra limites ducatus Franconiae ac Episcopatus Herbipolensis residentes jurisdictioni Episcopi tam in spiritali quam temporalis immediate subsistunt.* Ruland: „Die Ebracher Handschrift des M. de Leone,“ im Archiv f. U. Franken XIII. (1855) S. 111 ff. Vgl. auch unten n. 89.

43. Die vier Oberhofämter des Stiftes waren im 14. Jahrhundert und später Erblehen der Familien Henneberg, Wertheim, Castell und Hohenlohe (Archiv f. U. Franken XIII. 124). Die Würzb. Lehen der Gr. v. Henneberg s. i. d. Urkk. v. 1404, 1442, 1520, 1545, bei Schultes, Gesch. des Hauses Henneberg (1788/91) I. 509, 579, 676; II. 329; der damals bedeutenden Machtstellung des Hochstiftes entspricht eine (wahrscheinlich doch ächte, s. Schultes II.

sie, noch zu Beginn des 14. Jahrhunderts, zusammen mit den Ministerialen dessen weltliches Gericht, finden auf Forderung des Gerichtsherrn das Urteil, und zwar auch in Sachen, die zur Lehengerichtsbarkeit bestimmt nicht gehören.⁴⁴ In wichtigen Angelegenheiten seines Stiftes beschliesst der Bischof mit Rat seines Kapitels, seiner Edlen und Ministerialen.⁴⁵ —

Ist nach allem die rechtliche Unterordnung zweifellos, so sind doch andererseits die urkundlichen Fälle, in denen Grafen und Herren vor dem weltlichen Gericht des Bischofs zu Recht stehen, schon im 13. Jahrhundert — frühere Nachrichten liegen nicht vor — nur ganz vereinzelt und es ist bezeichnend, dass in dem einen der Fälle durch Gewalttat des Klägers die Gerichtsverhandlung ein jähes Ende fand, in der Folge das Schwert den Streit entscheiden musste, wäh-

69) Würzb. Lehensurk. v. 1348 (M. B. 41, 358) für Henneberg. — Würzb. Lehenbriefe f. die Gr. v. Wertheim v. 1295–1467 bei Aschbasch II. S. 57, 70 ff. 169, 182, 187 etc., 272, 281; die 1407 zum Würzb. Kammeramt gehörigen Lehen das. S. 170. — Ueber Kriegsdienste z. B. 1240, 1280 M. B. 37, 294, 520; 1341 M. B. 40, 372; 1383 M. B. 43, 463. Daneben freilich auch zahlreiche Dienstverhältnisse mit anderen Herrschaften; s. z. B. 1325, 1350, 1407; 1308, 1350 Schultes, Henneberg I. 464, 469, 513 II. 9, 138.

44. 1140 M. B. 37, 51 (Bischofsurk., Schenkung): in generali placito nostro, ex consensu burgravii advocati G., ex sententia beneficiatorum et ministerialium nostrorum. 1288, Aschbach, Gr. v. Wertheim II. 46 (Entscheid über Erbstreit): Comites, barones et ministeriales nostri, tunc coram nobis constituti, . . . requisiti per nos, quid juris esset sententiando . . . promulgarunt. 1309 M. B. 38, 433: Der Bischof bekundet „dass wir sassen zu Gerichte in unserm Saale zu Wirtzburg u. vor uns waren die edlen Herren Graf L. v. Rieneck der älter, Albrecht v. Hohenloh, Landvogt des Reichs zu Rothenburg“ sowie 10 genannte „Rittere, unseres Gotteshuses Dienstleute“. „Da fragten wir die vorgenannten unsere Landsherrn u. Dienstleute“ etc. (vgl. oben n. 26).

45. 1222 M. B. 37, 210 (unten n. 94); 1211 M. B. 37, 182 (Bischofsurk.) totius terre nostre tam nobilium quam ministerialium astringente sententia . . . et id ipsum concordii assensu conprobante.

rend in dem andern das hier durch den Bischof gemäss Sentenz seiner Grafen, Herren und Ministerialen gefällte Urteil zurückhaltend, nur negativ, abgefasst ist und die gleichen Streitpunkte erst einige Jahre später von einem aus der Ritterschaft durch beide Parteien gewählten Schiedsgericht rechtlich entschieden werden.⁴⁶ Häufiger kommt es vor, dass Grafen oder Herren sich, — in Vergleichen, in Verträgen über Kriegsdienste etc., — verpflichten, in einer bestimmten Streitsache oder auch allgemein vor dem Bischof zu Recht zu stehen; doch beziehen sich sehr viele dieser Fälle mehr oder weniger deutlich auf eine durch den Bischof persönlich und ausseramtlich vorzunehmende gütliche oder rechtliche Entscheidung, nicht auf das ordentliche öffentliche Gericht.⁴⁷

46. Mitgiftstreit zw. Henneberg u. Hohenlohe z. Zt. des Bischofs Iring (1254—66), in Fries bei L. 571. Zu dem Rechtsstreit zw. Henneberg u. Wertheim s. die Urk. v. 1288 u. 1291 bei Aschbach, II. 46. 48. 58. (v. Zallinger a. a. O. 567 f.)

47. 1232 M. B. 37, 252. Vergleich zw. Würzburg u. Henneberg, vermittelt durch den Herzog von Meran: *Dom. comes stabit arbitrio et ordinacioni domini episcopi super facto puerorum de Sternberg* — 1240. M. B. 37, 292 Vertrag zw. den nämlichen Personen: Der Bischof wird dem Grafen B. v. Rieneck, Würzb. Canonikus, nicht Hülfe per gwerram gegen den Grafen v. H. leisten, nisi quod erit iudex equus utrisque, si eos amice non potuerit concordare; 1240 M. B. 37, 294. Gotfr. v. Hohenlohe verspricht dem Würzb. Bischof (H. v. Lobdeburg) Hülfe gegen Jedermann, ausgen. das Reich, u. erklärt für den Fall von Streitigkeiten mit denen v. Lobdeburg oder Wildberg: *dedi et do ei (dem Bischof) potestatem me ac ipsos iustitia mediante vel amicali composicone ad concordiam revocare*. Auf das öffentliche Gericht bezieht sich wohl die Urk. v. 1250, M. B. 37, 342. (Zallinger a. a. O. S. 569), — 1280 M. B. 37, 520. Heinr. Gr. v. Henneberg verspricht dem Bischof auf 2 Jahre Kriegshilfe gegen Jedermann, ausgen. das Reich u. s. Verwandten; sollten diese gegen den Bischof zu handeln suchen, ab eo iusta placita accipere recusantes, so wird er auszugleichen bestrebt sein. 1379 Schultes, I, 483. Vertrag zw. 2 Gr. v. Henneberg: „so soll uns unser Herr v. Wirtzburg . . . Tage bescheiden und das richten helfen in den nächsten Monden.“ — Ein Schieds-

Durchaus die Regel bei den zahllosen Zwistigkeiten bildet ihr Abschluss durch Schiedsspruch eines von den Parteien aus Ritterbürtigen gebildeten Gerichts. In der Regel hat jede Partei einen oder mehr Beisitzer, beide zusammen den Obmann gewählt; mehrfach auch findet sich bestimmt, dass alle künftigen Streitfälle den einmal gewählten Schiedsleuten übergeben werden sollen.⁴⁸ — Gleiches gilt auch für die Streitigkeiten des Bischofs selbst mit seinen Grafen und Herren und für diejenigen zwischen den beiderseitigen Mannen: es werden auch hier meist Verwandte beider Parteien und Neutrale als Schiedsrichter aufgestellt, bezw. aufzustellen gelobt; mitunter ist ein Obmann nicht vorgesehen, dafür aber ev. endgültige Entscheidung durch einen benachbarten Fürsten oder einen Beauftragten des Königs.⁴⁹ Als seit Beginn des 13. Jahrhunderts die Kraft des Reichs, an fernen Aufgaben festgelegt, nach deren Misslingen für lange Zeit völlig daniederlag, war die Macht der Fürsten vielfach noch nicht soweit gefestigt, dass diese die in Zeiten starker Reichsgewalt begründeten öffentlichen Einrichtungen nun selbstständig hätten aufrecht erhalten können. Noch einmal musste für mehr als zwei Jahrhunderte die allgemeine öffentliche Rechtspflege zurücktreten neben dem Fehderecht, neben den Vergleichen von Fall zu Fall und den Austrägen, — selbst für die bauerlichen Kreise der Bevölkerung weit mehr noch

spruch des Bischofs zw. diesen beiden, „als sie, für uns gen Hassfurt in Gericht kommen sin . . .“ v. 1380 ebenda I. 487.

48. Urkk. z. B. v. 1307, 1347, 1408 (Obmann ist hier der Bischof von Bamberg) bei Aschbach. II. 64, 102, 173; v. 1360, 1378, 1406, 1413 Wittmann, S. 163, 182, 211, 221; v. 1320, 1347, 1315, 1325 Schultes I 458, 244; II 18, 72.

49. Verträge von 1230, 1232, 1240, 1265, 1280, 1282, 1283, 1341 Mon. Boica 37, 227, 252, 291, 425, 520, 545, 555, 40, 372 . . 1379 Schultes, I. 484; 1379 Wittmann 184. — Der Spruch ist entweder gütlich oder rechtlich; dem letzteren ist in der Regel der erstere vorangegangen; häufige Bestimmung; die Schiedsleute sollen entscheiden „secundum amorem vel iustitiam“, „nach Minne oder Recht.“

für den Kriegerstand.⁵⁰ Das seit dem 14. Jahrhundert als „Landgericht des Herzogtums Franken“⁵¹ erscheinende Gericht des Bischofs hat, obwohl als rechtmässiges Forum des Adels von diesem anerkannt, doch tatsächlich in dessen Streitigkeiten eine nur bescheidene Wirksamkeit entfalten können.

Aus der langen Periode erneuter Ungebundenheit der Kräfte sind dann, wie der Kriegerstand allgemein so auch die Grafen und Herren mit meist beträchtlichem Machtzuwachs hervorgegangen, so dass sie, als nun die Bischöfe begannen, ihre alten Rechte, wenn auch in zum Teil neuen, aus der jüngsten Vergangenheit entwickelten Formen wieder ernstlicher geltend zu machen, zum Widerstand veranlasst und befähigt waren.⁵² Eine stärkere Betonung der bischöfl. Oberhoheit, die vielleicht nicht allein aus augenblicklichem Uebergewicht zu erklären ist, zeigt die Bestimmung eines

50. S. unten S. 71 ff.; allgemein Schröder, Rechtsgeschichte 4 552, 759. — In der Einung zw. Mainz, Würzburg u. d. Burggrafen v. Nürnberg v. 1339 (M. B. 40, 275) wird für innere Zwiste ein Austragsgericht eingesetzt u. weiter bestimmt: „Wär auch, dass der Landesherrn einer vor den vorgenannten Vieren nicht Recht thun wollte um solche Stucke . . . ist der unser Mann oder Burgmann, so sollen wir ihm beiderseits für uns u. unser Mannen, die diese Sache nicht angeht, Tage machen. Und was unser Mannen darüber Rechts sprechen, daran sollen sich die Parteien lassen begnügen. Wär aber, dass sie unsere Mannen nicht wären, so sollen wir sie für unsere Herren u. Freunde, die die Sach nicht angeht, zu Tagen bitten zu reiten.“ Was die Fürsten damals an Macht über ihren Adel besaßen, beruhte allgemein weniger auf dem Besitz weltlicher Gerichtsbarkeit, als auf ihrer Eigenschaft als Lehens- und Dienstherren.

51. Ueber dessen unzweifelhafte Identität mit dem älteren Gericht des Bischofs s. auch v. Zallinger a. a. O. S. 569.

52. Die von den Grafen allmählich erlangten Reichslehen an Halsgerichten, Zentgerichten, Blutbann (erscheint seit 1423), Geleit, Zoll, Münzen etc. s. in den Privilegien u. Lehenbriefen v. 1323, 1423, 1467, 1495, 1340, 1500 bei Schultes, I. 238, 544, 606, 642; II. 123, 304; v. 1417 bei Aschbach, II. 191, v. 1417 (1442) bei Wittmann, S. 246, (259).

Dienstvertrages zwischen Bischof und Gr. H. v. Henneberg von 1383: Brüche und Zwiungen zwischen beiden und ihren Dienern sollen von drei vom Grafen erkorenen Räten des Bischofs entschieden werden.⁵³ — Bischof Johann I. suchte im Jahre 1408 sein rechtliches Verhältnis zu Grafen und Herren, wie auch zu Rittern und Knechten seiner Diözese allgemein, zunächst für 6 Jahre, zu regeln.⁵⁴ Die Gerichtshoheit des Bischofs erscheint in dem Vertrage unbestritten; noch gilt das Landgericht als das eigentliche Forum des gesamten Adels, doch soll nun der Bischof einer Bitte um Abrufung von dort jeweils Gehör nicht verweigern. Zu tief hatte das „Herkommen“ der Schiedsgerichte, eines besonderen Ritterrechtes, in den ritterbürtigen Kreisen Wurzel gefasst, als dass der Kriegerstand unter ein öffentliches Gericht, vor dem auch die verhassten Städter zu Recht standen, in dem der Bischof nicht mehr in Person den Vorsitz führte, hätte leicht wieder gebeugt werden können. In dem Bewusstsein jener Edlen lebendig war ja allein das Gefühl der persönlichen Zugehörigkeit zu dem Bischof als ihrem Dienst- und Levensherrs, wie solche auch hier in dem Vorsichnehmen des Adligen durch den Bischof zum Ausdruck kommt. Doch bedeutete, nach der langen Herrschaft des Austrags durch von beiden Parteien gewählte Schiedsrichter deren nunmehrige Ernennung durch den Bischof einen wesentlichen Fortschritt in der Richtung staatlicher Zentralisation. — Wenig später brachte einigen der mächtigsten fränkischen Geschlechtern

53. 1383 M. B. 43. 463 (Schultes II. 167). Der Graf verpflichtet sich zu Kriegsdiensten auf Lebenszeit des Bischofs; „Frommen“ erhält, Schaden ersetzt der Bischof.

54. 1408 Aschbach II. 177. Den Inhalt der Urk. s. unten S. 88 f. Die vertragschliessenden Grafen u. Herren sind: Fr. Gr. zu Henneberg (— Römheld), Joh. Gr. zu Wertheim, L. Gr. zu Castell, Th. Gr. zu Rieneck, Joh. Herr zu Hohenlohe, Dietr. Herr zu Bickenbach. Auf gleicher Grundlage ruht ein Einzelvertrag v. 1420 zw. Bischof Joh. II. (seit 1411) u. Gr. Fr. v. Henneberg (Schultes I. 529).

aber die im Drang der Hussitennot den Adel begünstigende Politik König Sigismunds ihre ausdrückliche Befreiung von jedem Richter und Gericht, den König und sein Hofgericht ausgenommen.⁵⁵ Noch im Jahre 1505 z. B. aber lud Bischof Lorenz den Grafen Wilh. v. Henneberg vor das Landgericht zu Würzburg.⁵⁶ Die Bande, welche selbst diese Gewalten an den Bischof als ihren Herrn knüpften, waren zu stark, als dass die Form gerichtlicher Exemption allein eine sofortige gründliche Wandlung der Verhältnisse hätte bewirken können.⁵⁷ Dass die nicht ausdrücklich eximierten Grafen die Gerichtsherrlichkeit des Bischofs noch um 1500 selbst anerkannt haben, zeigt ein Schriftstück, in dem Fr. Graf zu

55. Privileg für die Grafen Joh. u. Michael v. Wertheim, die Stammväter d. beiden Linien, v. 1422 Aschbach II. 211; „u. dass sie u. das Ihre auch niemand vor einig Landgericht oder ander Gericht fürheischen, laden oder damit umtreiben soll, noch kein Urteil über sie u. das Ihre sprechen;“ auch sollen die Eingesessenen nur vor den Grafen, ihren Herren oder vor deren Amtleuten gerichtet werden. Ebenso befreite 1423 Urk., angeführt bei Schultes I. 357 der König den Grafen Georg v. Henneberg — Römhild (Sohn des im Vertrag v. 1408 erscheinenden Friedrich) sowie seine Vasallen u. Untertanen gänzlich vom Erscheinen vor fremden Gerichten. — Nach Fries (bei Ludewig 626) hatte schon König Ludwig, im Groll gegen Würzburg und unter Einfluss seines Rates, des Grafen Berth. v. Henneberg (— Schleusingen) mehrere fränk. Grafen und Städte von dem bischöfl. Landgericht eximiert. Dazwischen lag freilich wieder das Privileg K. Karl IV. für Würzburg (s. oben n. 29); 1471 (Schultes II. 123, aus Schoettgen u. Kreyssig. II. 595) erwirkte aber Graf W. v. Henneberg-Schl. eine Bestätigung der Privilegien K. Ludwigs.

56. Wogegen dieser unter Berufung auf seine Privilegien protestierte; Schultes II. 253.

57. 1533 kündigte Graf Wilh. v. Henneb. dem Bischof das Marschallamt des Stiftes auf, nachdem er seinem Sohne die dazu gehörigen Lehen gesichert (Schultes II. 286 f.) — Als der Graf den bisherigen Gebrauch des „untertänig“ in Briefen an den Bischof abgestellt, hatte Bischof Conrad mehrmals (1526, 1532) ernstlich die Beibehaltung des Wortes verlangt (ebenda).

Castell den Bischof ersucht, ihn von dem Rothweiler Hofgericht abzufordern.⁵⁸

Unter den privilegierten weltlichen, den rittermässig lebenden Ständen des Mittelalters treffen wir in den Urkunden bis um 1350 neben den Fürsten und Edlen („nobiles“, „liberi“) allenthalben auf den Stand der Ministerialen,⁵⁹ der sich im ganzen betrachtet darstellt als eine Uebergangsbildung, eine Folge der allgemeinen sozialen Entwicklung, die an Stelle der alten Gliederung nach Freiheit und Unfreiheit allmählich eine solche hauptsächlich nach dem Berufe treten liess.⁶⁰ Als seit Karl Martell, durch die häufigere Berührung mit fremden Reitervölkern und den wachsenden Umfang des Reiches veranlasst, die Reiterei auf Kosten des Fussvolkes immer grössere Bedeutung erhielt, als der kleine Freie der nun kostspieliger werdenden Kriegsdienstpflcht mehr und mehr gegen Zinszahlung ledig zu werden suchte, friedlichem Erwerb sich dauernd zuwandte, ward das alte Volksheer der Freien allmählich ersetzt durch die Kontingente der Reichsbeamten und sonstigen Grossgrundbesitzer, die aus den von diesen Grossen abhängigen Elementen — freien Lehensleuten sowohl als den ihrer familia Angehörigen — gebildet waren. Schon in alter Zeit hatte der Dienst

58. 1496 Wittmann 396. — Das Privileg für Henneb.-Schl. v. 1471 verwies die Appellationen von fürstl. henneb. Zentgerichten, welche bisher an das oberste Zentgericht zu Würzb. („Brückengericht“) gegangen waren, unmittelbar an das Gericht des Königs; doch haben noch z. B. 1487 Appellationen an das Brückengericht stattgefunden, mit Billigung der regierenden Gräfin M. v. Henneb. (Schultes II. 123). 1498 erwirkte Graf H. v. Henneb. gegen die fortdauernden Ansprüche Würzburgs ein Kgl. Privileg, das sein Zentgericht zu Römheld dem Landgericht zu Würzb. gleichstellte, in Bezug auf Rechtsgiltigkeit dortiger Urteile um Erb u. Eigen der Untertanen. (Schultes, I. 393, aus Reinhardts Beitr. III. 150). Das Gleiche für H.-Schleusingen durch Privileg v. 1500 (Schultes II. 368).

59. Waitz, Verf. Gesch. V² 322 ff.; v. Fürth, Ministerialen (1836).

60. Vgl. Waitz, V² 199 ff.

zu Ross für besonders ehrenvoll gegolten; nun, da die ihn ausübten, zugleich die Kampfespflicht der Gesamtheit auf sich genommen zu haben schienen, als Streiter für Kaiser und Reich und die heilige Kirche, als Beschützer der Heimat vor feindlichem Einfall der übrigen Bevölkerung rühmlich entgegengestellt erschienen, wurden die von ihrem Herrn zu Kriegs- und Hofdiensten ausgewählten Zensualen und Unfreien, eben durch diesen in Gemeinschaft mit den Edlen ausgeübten Beruf und das aus ihm sich ergebende nähere persönliche Verhältnis zum Herrn, allmählich über ihre bisherigen Genossen weit hinausgehoben. So gliederte sich von der Hofgenossenschaft allmählich ein besonderer Stand, die Ministerialität ab, die schon in Urkunden des 11. Jahrhunderts als Geburtsstand, mit eigenem, je nach Stand und Ansehen des Herrn verschiedenem, stets aber eine starke Tendenz zu weiterer Wandlung zu Gunsten der Inhaber vertratendem Rechte erscheint.⁶² Bald nach 1150 hatten die Ministerialen bereits eine derartig angesehene Stellung erlangt, dass die in einzelnen Fällen schon früher bezeugte freiwillige Ergebung von Edlen in die Ministerialität, veranlasst namentlich durch die wachsende Abneigung der Herren, ihre Güter an andere als ihre Ministerialen neu auszuleihen — bei relativ grösserer Gefahr nämlich der gänzlichen Entfremdung des Gutes und geringerer Sicherheit für stete Kriegsbereitschaft —, nun grösseren Umfang annahm, so dass z. B. in Ostfalen der hier ursprünglich sehr zahlreiche Adel um 1260 bis 70 nahezu völlig in der Dienstmannschaft der Fürsten aufgegangen war.⁶³ Hierdurch erhielt nun aber

61. Der Kriegsdienst war von Anfang an das an sich u. für die Entwicklung durchaus wesentliche Moment; der Hofdienst gab dem Stand in der Hauptsache nur die äussere formelle Ordnung. Waitz V² 332, 386; selbst v. Fürth S. 474, 215.

62. Schröder, Rechtsgesch. 438, Waitz V² 341.

63. v. Zallinger „Die Schöffenbarfreien des Sachsenspiegels“ (1887) S. 259 ff.

die an sich schon rasche Entwicklung des Standes einen starken Ruck nach vorwärts, so dass bald nach 1300 schon die letzten Spuren der generellen Herkunft aus Minderfreiheit und Hofrecht verschwunden, die Ministerialität im Lehenwesen aufgegangen war. —

Es wäre eine schwer, jedenfalls aus den derzeit gedruckten Quellen überhaupt nicht zu beantwortende Frage, welche von den Familien des fränkischen niederen Adels aus ritterlicher Minderfreiheit emporgekommen sind, welche durch den Stand der Ministerialität hindurchgegangen sind, und welche etwa Freiheit und Ritterbürtigkeit durch die Jahrhunderte bewahrt, aber durch Ungunst der wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse niedergehalten, die Reichsstandschafft nicht erlangt, in die Reichsritterschaft sich eingefügt haben. Aus den vorliegenden Urkunden ist die letztgenannte Art der Herkunft, die darum immer möglich bleibt, in keinem Einzelfalle zu vermuten, die zweite — Durchgang durch die Ministerialität — in einigen Fällen wahrscheinlich.⁶⁴ Der Umstand, dass sehr viele vor den Namen der um und nach 1500 blühenden ritterschaftlichen Familien Frankens in den Urkunden des 12. bis 14. Jahrhunderts als Ministerialen, keiner derselben aber — wenige Ausnahmen abgerechnet, die theils angeführt sind, zum Teil nicht hierher gehören,

64. Träger der Familiennamen v. Thüngen u. v. Grumbach (beide Burgen nördl. Würzburg; nicht hierher gehören die Edlen v. Grumbach in Thüringen; s. das Namenverzeichnis bei Böhmer, Regesten v. 1198—1272) erscheinen im 12. Jahrhundert unter den „liberi“, später unter den Würzb. Ministerialen u. zw. früh in hervorragender Stellung, so dass eine Erhaltung des Namens durch frühere Burgmannen des erloschenen Edelgeschlechtes, wie sie sonst häufig, hier nicht wohl anzunehmen ist (Urkk. v. 1137 Ussermann, Würzburg 120; 1149 M. B. 37, 65; 1225 Mon. Castell. 24; 1279 M. B. 37, 498; 1295 M. B. 38, 124. 1330 M. B. 39 Seite XIV). Für Grumbach ist anderer Meinung Wegele, Histor. Zeitschrift II. 413, leider ohne Angabe der Gründe; s. Roth v. Schreckenstein II. 304 n. u. 593. — Einzelne Beispiele aus Schwaben bei Stälin, Wirtemb. Gesch. II. 658.

weil die Nichtzusammengehörigkeit der betr. gleichnamigen Geschlechter nachweisbar ist (wie z. B. bei Abenberg, Giech),⁶⁵ — in früheren Urkunden unter den Freien vorkommen, lässt schon bei der jetzigen Dürftigkeit des Materials den Schluss keinenfalls als zu gewagt erscheinen, dass die Ministerialität an der Entstehung der fränkischen Ritterschaft zum mindesten einen sehr bedeutenden Anteil gehabt hat.⁶⁶ — Fraglich erscheint, ob es in Franken jemals

65. Stein, *Gesch. Frankens* I. 227, 233.

66. Ueber die geringe Zahl der edlen Geschlechter in Süddeutschland im Vergleich zu Norddeutschland s. Schröder *Rechtsgesch.* 443. Unter den Reichsministerialen treten auf die Namen: v. Schaumberg (1244 Schultes I. 170. „Scovinberg“ oder „-burg“, „Schawenberg“; Burg im Jtztal, Hzgt. Meiningen; s. O. Rieder, die 4 Erbämter des Hochstifts Eichstädt, i. d. *Sammelblättern des Eichstädter Histor. Vereins* 1899, S. 41 ff.); v. Vestenberg (1295 Mon. Zoller. II. 230). Unter den Würzb. Ministerialen: v. Grumbach, v. Thüngen (s. oben n. 64), v. Bastheim (1180), Schweigerer (1228 f.), v. Seinsheim („Sauwensheim“, 1330), v. Windheim (die späteren Vögte v. Salzburg; s. *Archiv f. U. Franken* 29; 1139), v. Würzburg (1180); Zobel (1299 f.); ferner, a. d. Schenkung des Grafen Otto v. Bodenlauben v. ca. 1230 dessen *homines milit. condit.* v. Erthal, v. Habsberg („Habechesberg“), v. Lengefeld.

Unter denen von Bamberg: Fuchs (1275), v. Lichtenstein (1257), v. Rotenhain (1249), v. Schaumberg (1249), v. Streitberg (1249), v. Stein (de Lapide 1121 f.), v. Wiesenthau (1149). — Schuberth zählt, in seinen „*Histor. Versuch über die Verf. des Hochstifts Bamberg*“ 1790 S. 127 Note, die „*Namen der Bamb. Ministerialen, die in den Urkk. des 11.—14. Jahrh. häufig vorkommen*“, auf. Ausser den schon Genannten kommen daraus in Betracht: v. Aufsess, v. Eglofstein, v. Giech, v. Guttenberg, v. Redwitz, v. Wichsenstein.

Der Abtei Hersfeld: v. Stein (de Lapide 1153), v. Weiler (Wilre 1153 f.).

Der Grafen v. Andechs-Meran: Förtsch v. Turnau (1223 f.), v. Giech (v. Giecheburg 1149), v. Hirsberg (1223), v. Kindsberg (1223), v. Schaumberg (1244), v. Streitberg (1244 f.) — Der Burggrafen v. Nürnberg: v. Abenberg (1278), v. Seckendorf (1266), v. Sparneck (1278), v. Stein (1270). 1278 (Mon. Zoll. II. 108) wird jedoch nur die Zugehörigkeit zu den „*milites*“ i. Gegensatz zu den vorstehen-

zur völligen Ausbildung eines besonderen, dem der Ministerialen rechtlich nachstehenden Standes unfreier Ritter, gebildet aus den rittermässigen Gefolgsleuten der freien Herren und Ministerialen, sowie etwaigen, in die Hofdienstverfassung nicht eingegliederten ritterlichen Mannen der Fürsten und Grafen — wie ihn v. Zallinger für Oesterreich und Steiermark nachgewiesen,⁶⁷ gekommen ist. Die Mannen der fränkischen Grafen werden häufig als Ministerialen bezeichnet;⁶⁸ und selbst da wo sie als „milites“ oder „castellani“ zu den Ministerialen des Bistums in Gegensatz gestellt werden, deuten Beisätze zu den Einzelnamen wie „dapifer“ u. A. an, dass auch hier die Einteilung nach Hofämtern bestanden hat.⁶⁹ Auch Ministerialen von einfachen Edlen

den „nobiles viri“, nicht die zum Hofdienst des Burggrafen bezeugt. Ebenso bleibt die spezielle Dienstzugehörigkeit, nicht aber der Gegensatz zu den nobiles zweifelhaft bei v. Sternberg (1199), v. Scherenberg (1235), v. Rüd't (1282 f.), v. Ussigheim (1288). — Unter den milites der Grafen v. Castell: Fuchs (1264); der Herren v. Bocksberg: v. Berlichingen (1212 Stälin II, 595.) — Es sind hier nur die zweifellosen Fälle herangezogen; nach der Reihenfolge der Zeugen in den Urkk. allein würde die Zahl der Namen eine weit grössere sein. — Quellen: Mon. Boica Bde. 37—39; Ussermann; Mon. Zollerana; Oefele, Regesten der Gr. v. Andechs (1877); Henneberger Urk. B. (1842); Aschbach; Wittmann; Höfler, Fränkische Studien I. im Archiv f. Kunde österr. Gesch. Quellen 1850. — Entschiedenere Ergebnisse gleicher Art sprechen aus für Schwaben Stälin (Würtemb. Gesch. II, 594, 656), für Baiern Riezler (Gesch. v. Baiern III, 746); für den Niederrhein s. v. Below, „Landständische Verf. in Jülich u. Berg“ I. Kap. I; für Süddeutschland allgemein vgl. auch Roth v. Schreckenstein II, 530.

67. v. Zallinger: „Ministeriales u. Milites“ 1878.

68. Z. B. 1145 Ussermann, Bamberg 95, (ein Graf Gebhard); 1149 Aschbach, II, 3 (Graf Plassenberg); 1229 M. B. 37, 226 (Graf v. Ottingen) 1266, 1270 Mon. Zoll. II, 62, 70 (Burggraf v. Nürnberg).

69. 1228, 1229, 1264 M. B. 37, 225, 226, 416. — Sehr häufig werden, wie allgemein so auch in Franken, in gleichzeitigen Urkk. die nämlichen Personen bald als „ministeriales“ bald als „milites“ aufgeführt (z. B. 1266 u. 1278 Mon. Zoller. II, 62 u. 108).

kommen vor.⁷⁰ Die Kriegsleute des Edlen von Luden werden 1169 ohne den sonst wohl üblichen Hinweis auf eine darin liegende Verbesserung ihres Standes, mit Zustimmung der neuen Genossen in das volle (beste) Recht der Würzburger Ministerialen übernommen.⁷¹ Als durch Vertrag von 1292 (M. B. 38, 73) der Edle von Trimberg seine Burg Tr. dem Bischof zu Eigen gibt, behält er nicht nur sich seine dortigen milites, sondern diesen bereits den freien Besitz ihrer zur Burg ursprünglich gehörenden Burglehen vor. Wohl ist hier und da eine Unterscheidung der Ministerialen vor geringerem Kriegsvolk angedeutet,⁷² und sicher werden die ritterlichen Mannen der kleineren Grundbesitzer, vor allem die Mannen der Ministerialen selbst, — die sehr zahlreich gewesen sein müssen, — sowie etwa ständig fern von der Hofgunst ihres Fürsten verwendete Eigenritter, in der Regel in bescheidenerer Stellung geblieben sein. Dennoch scheint es fast, als ob die Idee einer Gemeinschaft aller Ritterbürtigen hier ihre Uebermacht bewährt, die völlige Ausbildung einer rechtlichen Scheidung stets verhindert hätte. Anderer-

70. 1140 M. B. 37, 50 (Bischofsurr.): Ein nobilis Gerungus, liberis ortus natalibus hat seine Burg W. mit allem Zugehör an Ministerialen etc. der Domkirche zu Würzb. übergeben.

71. 1169 M. B. 37, 91.

72. 1264 M. B. 37, 416. Der Bischof schenkt einer Kirche die von 2 Grafen Castell resignierte Vogtei. Testes: (1. Canonici), 2. ministeriales eccles. nostrae; M. Orphanus; C. et K. Thorso; B. et E. dicti Hunechin; Leo miles; item milites eorundem comitum: Utho dapifer, L. de Kottenheim, A. Vulpes, H. dict. Schello, et alii. 1284 (M. B. 37, 563) verpfändet der Bischof dem Edlen v. Hohenlohe eine Burg cum hominibus . . . , nobis et ecclesiae nostrae dumtaxat nobilibus tantum reservatis,“ worunter wohl die dortigen Ministerialen zu verstehen sind. (Beispiele für diese Bezeichnung einzelner Ministerialen seit ca. 1150 bei Riezler, Baiern I, 762 u. v. Fürth Ministerialen S. 77.) Ebenso ca. 1258 Wittmann 49. Zwei Grafen v. Castell, Brüder, teilen ihre Grafschaft: Notandum quod homines cum bonis divisi sunt preter nobiles, qui modo non sunt divisi.

seits ist es auch nur zweien oder dreien aus der grossen Zahl der fränkischen Ministerialgeschlechter gelungen, zum Stand der wenigen Edlen des Landes sich emporzuschwingen.⁷³ Die Masse bleibt auch im 13. und 14. Jahrhundert den *nobiles* urkundlich entgegengestellt, und als auch die Formen ihres Standes sich überlebt hatten, als die Bezeichnung „*Ministeriales*“ bzw. „*Dienstleute*“ aus den Urkunden verschwindet, erscheinen nun „*strenui milites*“, „ehrsame feste Ritter“ mit den gleichen Namen, in den gleichen Funktionen — z. B. als Urtheiler am Landgericht — und in der nämlichen rechtlichen Stellung zu dem Bischof, wie sie bis dahin die Ministerialen inne gehabt hatten,⁷⁴ und kein in den Quellen gegebener Anhaltspunkt berechtigt zu der Annahme, dass innerhalb dieses in seiner Gesamtheit in weiterem Aufsteigen begriffenen Standes der „Ritter und Knechte“, der nun mehr und mehr neben den Grafen und Herren, mit diesen gemeinsam handelnd, auftritt, eine völlige Scheidung auf rechtlichem Gebiet jemals bestanden hat.

Den ersten Rang unter den Ministerialen nahmen die Dienstmannen des Reiches und die der Reichskirchen ein,⁷⁵ der beiden Faktoren also, neben welchen gerade in Ostfranken in jenen Zeiten andere Grossgrundbesitzer sehr wenig nur in Betracht kommen. Die Reichskirchen waren durch ihre Verpflichtungen dem Reiche gegenüber und zur Verteidigung ihrer vielfach sehr zerstreuten Güter, zur Unterhaltung zahlreicher Dienstmannschaft genötigt. Wenn die Ministeri-

73. Die Schenken von Limburg u. die (rheinfränkischen) Schenken von Erbach, die Ritter von Seinsheim als Herren von Schwarzenberg. — Die Quellen für die Geschichte dieser Geschlechter bei F. Stein, *Geschichte Frankens* (1885) Bd. II. S. 382 f. — Das Diplom K. Sigismunds für Erk. v. Seinsheim zu Schwarzenberg v. 1428 bei Lünig, *P. sp. cont.* II. Suppl. S. 39.

74. Vgl. z. B. d. Urkk. v. 1319, 1323, 1327, 1331, 1332, 1343, M. B. 39, 142, 218, 316, 417, 473/5; 40, 541.

75. v. Fürth, 118 f., 133; Schröder *Rechtsgesch.*⁴ 441.

alen schon um die Mitte des 12. Jahrhunderts „als der wesentlichste Bestandteil der deutschen Ritterschaft betrachtet worden zu sein scheinen“,⁷⁶ so haben daran wieder die fränkischen Ministerialen einen im Vergleich zu der Fläche unverhältnismässig grossen Anteil, weil eben die Reichsdienstmannen dem Aufgebot des Königs stets zu folgen hatten und auch die Reichskirchen für lange Zeit zur Bewältigung der kriegerischen Aufgaben des Reiches in erster Linie, ungleich stärker als die weltlichen Grossen herangezogen worden sind.⁷⁷ Nimmt man zu dem Gesagten noch den alten, den Franken in Anknüpfung an den Ursprung des Reiches und infolge der langen unmittelbaren Herrschaft des Königs daselbst — auf ideellem Gebiet zuerkannten Ehrenvorrang,⁷⁸ ferner die unter geistlicher Herrschaft geringeren Hindernisse für ein kräftiges Aufstreben, und für Bamberg das hohe Ansehen, das dieses Hochstift seit seiner Gründung genoss, so wird ein besonders kräftig entwickeltes Selbstbewusstsein, mit dem der Stand schon früh aus den Urkunden entgegentritt, wird die vorgeschrittene Stufe der Entwicklung, welche das noch aus dem 11. Jahrhundert stammende „Recht der Bamberger Dienstmannen“,⁷⁹ darstellt, verständlicher.

Dieses Recht besagt: Von jeder Anschuldigung löst den Ministerialen der Eid mit Hülfe seiner Genossen;⁸⁰ selbst dem Herrn gegenüber gilt dies mit Ausnahme von Beschul-

76. Waitz V² 386 n.

77. S. Waitz VIII. 127 ff. — Der Staufer Herzog Friedr. v. Rothenburg führte i. J. 1161 mehr als 600 gut bewaffnete Ritter mit sich nach Italien. (Stälin II. 643.)

78. Waitz V. 78.

79. Erhalten als Anfügung zu einer Schenkungsurk. v. ca. 1060 (Codex Udalrici, bei Jaffé, Bibl. rer. german. V. 51). Für das Alter (Ende des 11. Jahrs.) s. Waitz V. 341.

80. Das Recht der Reinigung mit Eideshelfern besass sonst nur der Freie, nicht aber der Lite, der auf das Gottesurteil angewiesen war. (Waitz V² 356.)

digungen des Treubruches.⁸¹ Die Reinigung mit Eideshelfern erfolgt allen Klägern — mit Ausnahme scheinbar des Herrn — gegenüber ohne Zuziehung des Vogtes.⁸² — Das Recht des Herrn auf ein „Wehrgeld“ für abhängige Leute, die erschlagen, erscheint hier bereits beseitigt.⁸³ — Besitzt der Ministeriale kein Beneficium von seinem Herrn und hat er, am Hofe sich einfindend, vergeblich um Verleihung gebeten, so mag er hinfort dienen, wem er will.⁸⁴ Selbst der nachgeborene Sohn erbt das Beneficium des Vaters; ist kein Sohn weder da noch zu erwarten, so fällt es an den nächsten Seitenverwandten, der für den Empfang dem Herrn eine Gebühr — seinen Harnisch oder sein bestes Pferd — zu leisten hat.⁸⁵ Auf Heerfahrten fällt dem Herrn die Verpflegung, für solche nach Italien auch ein Teil der Aus-

81. „si in vitam etc. s. unten.“

82. *Ceteris vero hominibus de quacunque objectione absque advocato . . . juramento se poterit absolvere.*

83. *Si occisus fuerit recompensatio ejus X b ac sunt quae ad alium non pertinent nisi ad agnatos occisi.* — Vgl. Waitz V. 356.

84. „militet cui vult, non beneficiarius sed libere.“ Namentlich für die jüngeren Söhne von Ministerialen kam diese Frage in Betracht; sie ist in den erhaltenen Ministerialrechten nirgends so entschieden im Sinne der Dienstmänner beantwortet wie hier. Zur Lösung der Bande persönlicher Abhängigkeit bedurfte es jedoch stets der ausdrücklichen Freilassung durch den Herrn (s. v. Fürth 468). Uebrigens zeigt eine andere Stelle des gleichen Rechtes, dass auch nicht belehnte Ministerialen dem Herrn Kriegsdienste taten. Nach dem ausführlicheren, ca. 1160 oder 1170 entstandenen (s. Schröder, Rechtsgesch. 694) Kölner Dienstrecht (bei v. Fürth S. 511) meldet sich der jüngere Sohn, der zu dienen wünscht, bei dem Herrn; nimmt der Herr ihn auf in curiam et familiam suam u. hat er darauf ein Jahr treu gedient, so ist der Herr gehalten, ihm ein beneficium zu verleihen. Bei Nichtaufnahme dagegen mag er gehen und dienen wem er will, selbst in Fehden seines neuen Lehensherrn gegen den Erzbischof.

85. Auch dieser Rest des Hofrechts, die als Sterbefall bezeichnete Erbschaftssteuer, erscheint beträchtlicher in den anderen, obwohl späteren Dienstrechten; vgl. Waitz V. 352, 378.

rüstung zu.⁸⁶ Der Ministeriale kann nur einem der fünf (ersten) Hofämter zum Dienst zugewiesen werden.⁸⁷

Die Formen der Gerichtsbarkeit und das Mass der Beteiligung des Vogtes an derselben werden hieraus nicht deutlich; doch musste schon die Stellung der Kirche zur Blutgerichtsbarkeit weltliche Mitwirkung in der früheren Zeit nötig machen. Allgemein folgt der vielfach bezeugte besondere Gerichtsstand der Ministerialen bei Streitigkeiten untereinander vor dem nur mit Genossen besetzten Gericht des Herrn sowie ihre Vertretung durch den Herrn vor dem öffentlichen Gericht bei Streitigkeiten mit Dritten aus dem Verhältnis der Angehörigen zu dem Haupt der „familia“, aus den Abstufungen, die sich innerhalb der Hofverfassung schon früh gebildet hatten und aus dem auch für das Gerichtswesen geltenden Grundsatz der Ebenbürtigkeit.⁸⁸ Ausgesprochen ist der Ausschluss des Vogtes, der unmittelbare Gerichtsstand vor dem Bischof bei allen inneren Streitigkeiten in einer Bamberger Urk. von 1176.⁸⁹ — Auch die spätere

86. In expeditionem iturus, ex suo sumptu ad dominum veniat, deinceps ex ejus impensa alatur. Si expeditio est in Italiam dominus per singulas loricas unum equum det et 3 libras. Si vero alio duo ex illis tercio dent impensas beneficium habentes.

87. A domino suo non constringantur nisi ad 5 ministeria; hoc est: ut aut dapiferi sint aut pincernae, aut cubicularii aut marescalchi aut venatores. Nach dem älteren Kölner Dienstrecht ist jeder Ministeriale zu einem der 5 Hofämter geboren und bestimmt, dient aber am Hofe nur 6 Wochen, um dann mit Urlaub nach Hause zurückzukehren. (v. Fürth 516).

88. Waitz V² 358, VIII. 72 f.; v. Fürth 393 ff.

89. 1176 M. H. Schuberth, Histor. Versuch über die Verfassung des Hochstiftes Bamberg (1790) S. 128, n: Super ministeriales et allodia eorum nihil juris habeat advocatus, sed quidquid controversiae inter eos ortum fuerit et ipsi componere non possunt iudicium expectent episcopi (Bischof Hermann an den Herzog von Kärnten bei Verleihung einer Vogtei). — Austräge auch zwischen Dienstmännern bes. auch verschiedener Herren, finden sich im 13. Jahrh. häufiger; s. v. Fürth 406 f. — Die gänzliche Emanzipierung

Entwicklung, seit Einfügung der vom Hofrecht völlig befreiten Ministerialen in die allgemeine öffentliche Gerichtsbarkeit, zeigt die Tendenz, die gesamte Ritterschaft der höchsten Gewalt unmittelbar unterstellt zu erhalten; so gleich anfangs in der Art jener Einfügung, welche nun auch die bisher unfreien Ritter den Gerichtsstand vor dem Landgericht erlangen, als eximiert von den Zentgerichten gelten liess,⁹⁰ wie später in der abermaligen Exemption des Adels nun auch von dem Landgericht.⁹¹

Die Ministerialen eines Herrn bildeten eine Genossenschaft, mit eigenem Recht, das ihnen nicht gemindert werden durfte; innerhalb dieses Rechtes scheinen dann nach Herkunft und Verwendung der einzelnen wieder Verschiedenheiten bestanden zu haben.⁹² Sie besetzten, allein oder

von der Gewalt des Vogtes scheint sich gerade damals erst vollzogen zu haben; vgl. die Urk. v. 1189 M. B. 37, 138, wo es sich freilich um eine kleine Abteikirche, vielleicht auch um nicht kriegerische Ministerialen (Waitz V.² 328, 351) handelt.

90. S. oben S. 25, für die Bamberger Ministerialen die Urk. (in der Einl. z. Bamb. Rechtsbuch v. 1348, Bd. III der Quellsammlung für fränk. Gesch.) v. 1291 (Bischofsurk.): *quod nullus clericus vel ministerialis debeat vel possit trahi ad centam nec ad iudicium civium, cum solus episcopus vel cui commiserit habeat de eorum excessibus iudicare* (S. 21); das Gleiche besagt eine Urk. v. 1333 (S. 25), nur folgt hier eine Ausnahme für Totschlag und andere Kapitalverbrechen, innerhalb der Zent etc. begangen, falls der Täter dort ergriffen wird. — Vgl. das ältere Kölner Dienstrecht, das (in § 8) die Exemption der Ministerialen Petri von der Gerichtsbarkeit der *Nobiles Terrae Coloniensis* abzuleiten sucht allein aus gewissen Bestimmungen, welche den gerichtlichen Zweikampf zw. Ministerialen des Reichs und des Erzbischofs betreffen („et quia hoc modo Imperator Ministeriales b. Petri non iudicat, sed eos ad Dominum ipsorum remittit, evidens est“ etc.; die deutsche Bearbeitung (von ca. 1250, § 9) erst stellt den persönlichen Gerichtsstand der Ministerialen vor dem Bischof als dem obersten weltlichen Richter in seinem Herzogtum absolut hin.

91. S. unten S. 89.

92. 1036, M. B. 37, 21. (Echtheit der Urk. zweifelhaft). 1071

zusammen mit den rittermässigen Freien, das weltliche Gericht der Bischöfe;⁹³ ihr Rat ward in den wichtigen weltlichen Angelegenheiten des Stiftes eingeholt, mit ihrer und des Kapitels Zustimmung Beschluss gefasst;⁹⁴ in Geldverlegenheiten der Bischöfe — diesem überall für das Emporkommen der kleineren Gewalten eines Territoriums wichtigsten Fak-

Ussermann, Bamberg 43. Schenkung von Ministerialen mit ihren Alloden u. Benefizien eo pacto, ut cum primis et optimis ministerialibus ejus ecclesiae (Kloster Banz) juris et dignitatis habeant consortium. 1104 M. B. 37, 33. Ein Graf E. hat einige seiner „servientes“ der Würzb. Kirche überwiesen, so, dass sie ab omni jugo servili absoluti episcopo libere serviant eo scilicet jure quo serviunt majores ministeriales ejusdem ecclesiae. 1153 v. Fürth 250, der Bischof v. Bamberg bestätigt die Ordnungen der Kleriker u. Ministerialen. Keinem seiner Nachfolger soll erlaubt sein, illis invitis . . . jura eorum nisi in melius ex consensu communi commutare; vgl. Waitz V² 345 f. —

93. Vgl. oben S. 25, ferner z. B. 1189 M. B. 37, 138; 1297 M. B. 38, 166; 1330 M. B. 39 S. XIV; 1332 M. B. 39, 472/75.

94. 1037 (v. Fürth 161): „Concambium quod comes H. fecit cum . . . Meinhardo Wirceb. Episcopo, consensu totius cleri et familiae Sti. Kiliani.“ 1127 Ussermann Bamberg 78; 1152 ebenda 108: der Bischof bestätigt, nachdem er von seinem Kapitel u. seinen Ministerialen sententiam judicalem gefordert, einen Kaufvertrag des Hochstiftes ex decreto totius conventu. 1154, 1260 ebenda S. 110, 167; 1222 M. B. 37, 210: Güterverkauf maturo consilio et provida deliberatione tam canonicorum quam baronum nec non et ministerialium. Es ist nicht zutreffend, wenn man diese Mitwirkung der Ministerialen als einseitiges Recht des Herrn, den Rat seiner Mannen zu fordern, auffasst. Wie es schon früh nicht mehr im Belieben des Herren stand, das Recht seiner Ministerialen willkürlich zu ändern, so haben die gleichen Ursachen: das steigende Ansehen, die wachsende Macht des Kriegerstandes und das Interesse des Herrn, diese Hauptstütze seiner eigenen Macht sich zu verpflichten, ebenfalls schon früh auch Gebräuche, ein Herkommen geschaffen, an das der Herr bald kaum weniger gebunden war als seine Ministerialen, das weiter ihrem Interesse gemäss umzubilden diese bes. unter den wechselnden bischöfl. Herren mit Erfolg bestrebt gewesen sind; vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht 184 ff. — Ueber den steigenden Einfluss der Ministerialen auf die Bischofswahlen s. Waitz VII. 271 f.

tor — erscheinen sie neben der Geistlichkeit im pfandweisen Besitz von Gütern, vorübergehend auch der gesamten Einnahmequellen des Stiftes (1161), oder mit Verwaltung der Einkünfte zur Ordnung der zerrütteten Finanzen betraut (1222);⁹⁵ seit dem 13. Jahrhundert treten sie bei Streitigkeiten der Bischöfe mit ihrer Stadt als Vermittler, der Fürsten und Herren unter einander als gewählte oder dazu bestimmte Schiedsrichter, neben dem Klerus und den *nobiles terrae*, auf;⁹⁶ ebenfalls zusammen mit diesen anderen Klassen beschwören sie als Bürgen die geschlossenen Verträge.⁹⁷

Je höher Ansehen und materielle Macht der Ministerialen stiegen, um so mehr gelang es ihnen, das zu betonen, was der Herrendienst an Ehre und Rechten mit sich brachte, dagegen die Pflichten der Dienstbarkeit abzuschwächen. Bald musste auf Klagen, besonders der Bischöfe und Äbte, durch

95. 1161 M. B. 29a 362. Für den Römerzug haben *Canonici Sti. Kiliani cum tota familia* den Bischof aus dem Kirchenschatz unterstützt, unter der Bedingung, dass *conventus majoris ecclesiae et ministeriales omnes curias episcopatus et omnes redditus in sua potestate tenerent*, so lange bis daraus das Darlehn getilgt sein würde; der König bestätigt das Abkommen. 1222 M. B. 37, 210. Einsetzung eines Ausschusses von Kanonikern u. Ministerialen zur Verwaltung der Einkünfte u. Regelung der Finanzen.

96. Z. B. 1224 M. B. 30a 129. — 1230 und 1232 M. B. 37, 229; 252; 1261, 1265, 1308, M. B. 37, 396, 427; 38, 402.

97. 1057 M. B. 37, 26. — 1229 ebenda S. 226. Der Bischof und 2 Grafen v. Oettingen. Für Würzb. schwören 3 aus dem Kapitel u. 4 Ministerialen. Die Grafen *jurare fecerunt* einige ihrer Dienstmannen. — 1261 (daselbst S. 396) verspricht die Bürgerschaft den Bischof und seine Geistlichkeit, *nobiles terrae ministerialesque ecclesiae in jure, libertate et honore suo*, die schon deren Vorfahren genossen, ungestört zu lassen. — Auf die für Ausbildung fürstlicher Landeshoheit wichtigen Konzessionen des Reiches in der *Constitutio v. 1231* (Weiland II. 418) folgte sofort die ausgleichende Berücksichtigung der kleineren Gewalten durch jenes Reichsweistum (1231 Weiland II. 420), das bestimmte, kein Landesherr dürfe *constitutiones vel nova jura facere, nisi meliorum et majorum terrae consensus primitus habeatur*; vgl. Schröder Rechtsgesch. 614.

Sentenz der curia imperialis festgestellt werden, ob ein Ministeriale ohne Wissen und Willen des Herrn einen Stellvertreter für sein Amt setzen, oder Verfügungen über des Herrn Sachen treffen dürfe;⁹⁸ ob der Herr seinen Offizialen vom Amt entfernen könne, nachdem ihn dessen Leichtsinns oder Eigennutz geschädigt;⁹⁹ auch wird in Erinnerung gebracht, dass kein Ministeriale einer Kirche seine Eigen- oder Lehengüter veräußern dürfe *sine manu et domini sui licentia et voluntate*;¹⁰⁰ ferner dass beim Tode eines Bischofs alle Aemter erledigt seien (*vacant*) mit Ausnahme der 4 Hauptämter (Truchsess, Schenk, Marschalk, Kämmerer); dass kein Offiziale Recht auf das Vermögen des sterbenden Bischofs habe, dieser über seine Habe frei verfügen könne, und dass alle vom vorigen Bischof ohne Rat der Kirche und Ermächtigung des Reiches entfremdeten Kirchengüter an den Nachfolger zurückzufallen haben.¹ — Oefters und schon früh erscheinen die Ministerialen mächtiger als ihre Herren, schalten in den Stiftern nach Wohlgefallen.²

Wesentlichste Machtquelle war auch für die Ministerialen der ihnen als *beneficium* überlassene Grundbesitz.³ Schon sehr früh hat ein Anspruch darauf sich durchgesetzt, frühe

98. 1223 Weiland II. 118, (Hildesheim).

99. 1184 Weiland I. 424. (Kamerach). Die Antwort lautet hier bereits, der Herr dürfe zwar nach Belieben seinen Offizialen absetzen *salvo tamen beneficio*, das dieser vom Herrn habe.

100. 1209 Weiland II. 35, *quia sic ecclesiae ad nimiam paupertatem redigerentur*. — Ein ungewöhnlich frühes Beispiel von Güterschenkung nicht durch die Hand des Herrn, sondern durch den Ministerialen selbständig, im Beisein des Herrn, der die Tradition dann bestätigt, bei Schannat, Trad. Fuldens unter Trad. Cenob. Sti. Steph. in Wirzeb. S. 55, z. Jahre 1098. Anders aber ebenda S. 71 z. J. 1119.

1. 1219 Weiland II. 80, (Bremen).

2. Beispiele bei Waitz V² S. 386 f. Das Aergste dieser Art wohl 1150 in Corvey (s. bei Weiland I. 182). Für Franken s. unten S. 51. —

3. s. v. Fürth 273 ff.

auch (für Bamberg seit dem 11. Jahrhundert) die Vererbung selbst an Seitenverwandte. Wenn namentlich in älterer Zeit der Ministeriale und sein Benefizium vielfach als Zugehör eines Hofgutes, einer Burg des Herrn erscheint, mit diesem Grundbesitz veräußert wird,⁴ so werden doch auch seit dem 11. Jahrhundert schon zuerst Ministerialen des Reiches und der Kirchen, um ihre Stellung nicht zu verschlechtern, später aber auch andere Dienstmänner und selbst Eigennitter der freien Herren hierbei mit ihren Benefizien ausgenommen,⁵ — Zu statten kamen der Ministerialität die vom Reich unterstützten Bestrebungen der Kirche, die Entfremdung ihres Gutes nach Möglichkeit einzuschränken; sie haben den für die soziale Entwicklung so wichtigen Uebertritt der Edlen veranlaßt, daneben aber auch den Dienstmännern ein vor und während dieser Periode bedeutendes Vorzugsrecht auf die Güter ihres Herrn verschafft.⁶

In älterer Zeit war dem Ministerialen entweder über-

4. Waitz V² 379; s. oben n. 70.

5. 1057 M. B. 37, 25, Gütertausch: Der Bischof gibt Güter mit allem Zugehör, *exceptis bonis clericorum et servientium*; die Tochter des Pfalzgrafen E. dagegen macht nur zur Bedingung, dass *milites sui per successiones filiorum sua beneficia eodem jure obtinerent, quo a patre ejus . . . acceperunt*, u. desgl. für die *deservientes*, et ne ad aliam quam patres eorum servitutem inclinentur; (vgl. dazu 1131, ebenda S. 40.) — 1127 Ussermann, Bamberg 78, . . . *exceptis praediis et beneficiis ministerialium*. — Ueber die versch. Namen der Ministerialen (*servientes, officiales, ministri, clientes, milites*) s. Waitz V² 486 ff.

6. Waitz V² 372 f., v. Fürth 42 f. — 1127 Ussermann, Bamberg 78: Ernstlicher Rat des Bischofs an das Kloster Banz, nachdem er dieses, *bonis desolatam*, restauriert, künftig an niemand Lehen zu vergeben, *nisi ratione majoris emolumenti*, — *praeter hereditaria beneficia fidelium suorum*, die es auch nach Möglichkeit zurückzugewinnen suchen soll. 1216 M. B. 37, 200. Der Bischof gelobt u. a.: *Nullam alienationem, que vulgo „dinge“ dicitur circa barones terre vel alios faciam, vel admittam exceptis ministerialibus ecclesiae nostrae circa quos etiam capituli utar consilio*.

haupt nicht gestattet, sich ausserhalb der Genossenschaft zu vermählen, oder es blieb doch solche Heirat mit Rechtenachteilen, namentlich dem Verlust der Benefizien für die Nachkommenschaft verbunden.⁷ Auch die letzten aus dem Hofrecht stammenden Fesseln aber konnten nicht länger wirksam bleiben, nachdem infolge der steigenden Wertschätzung der *vita militaris*, für Rang und Ansehen nicht mehr die Herkunft aus Freiheit oder Hofrecht entscheidend war, als ein besonderer Stand aller nach Rittersart Lebenden sich auszubilden begonnen und die Ritterwürde den Ministerialen gleichberechtigter Gemeinschaft mit Kaiser, Fürsten und Edlen teilhaftig gemacht hatte, als in den Kämpfen der christlichen Streiter im Morgenlande — in denen diese Begriffe und Einrichtungen geschaffen worden, ihre religiöse Weihe erhalten hatten —, durch Berührung mit dem leichteren, phantasievolleren Geist des französischen Rittertums und dem Luxus des Orients der wuchtige Ernst des deutschen Kriegers gemildert, Sitten und Lebensweise verfeinert, als so das Selbstgefühl und die Ansprüche der Ministerialen mächtig gesteigert worden waren; als dann das gesetzliche Recht der sozialen Wandlung zu folgen begann, die Berechtigung zum Waffentragen auf den Ritterstand beschränkt, für die Lehens- und Turnierfähigkeit, sowie die Ebenbürtigkeit im gerichtlichen Zweikampf die Ritterbürtigkeit (Abstammung von nach Rittersart Lebenden im ersten, bald auch zweiten Glied) Voraussetzung geworden war, als damit der bisherige Berufsstand als neuer Geburtsstand sich fester abgeschlossen hatte und nun auch der Dienstmann den Gerichtsstand vor dem öffentlichen Gericht erlangte, seine Gleichstellung mit den Edlen auch im Lehengericht reichsgesetzlich ausgesprochen wurde.⁸ Die Verträge, welche nun die Herren zur Regelung

7. Waitz V² 354; 1137 Ussermann, Bamberg 84.

8. Waitz V² 452 ff. — Löher bezeichnet (Ritterschaft u. Adel im späteren Mittelalter,“ i. d. Münch. Sitz. Ber. 1861 I. 414 ff.), als das Wesen, den Geist u. Nerv des Rittertums in sozialer Hin-

der Verhältnisse aus Ehen ihrer beiderseitigen Ministerialen abschlossen,⁹ konnten wohl das Interesse der Herren, durch Ausgleichung von Gewinn und Verlust an Lehen und Leuten, in diesem Stadium der Entwicklung wahrnehmen, aber an Richtung und Kraft dieser Entwicklung selbst nichts ändern.

sicht: Manneselbständigkeit, in sittlicher: Trachten nach dem Hohen und Idealen; die Erziehung bezweckte die Entwicklung der Persönlichkeit in würdiger u. wuchtiger Gestalt, die Richtung des Sinnes auf das Hohe u. Glanzvolle. Für Recht u. Wahrheit ins Feld zu reiten war das Ritteramt. Für diese Tendenzen aber Raum nur zwischen den alten Volksheeren u. den Landsknechtsheeren des 16. Jahrs.; nur hier galt der Einzelne, galt die Wucht der Persönlichkeit. — Vgl. Roth v. Schreckenstein, „Ritterwürde u. Ritterstand“ 1886. — Verbot des Waffentragens für Bürger u. Bauern, sowie Forderung der Ritterbürtigkeit für Zweikampf im Landfrieden K. Friedr. I. v. 1152 (Weiland I. 197). Kleines Kaiserrecht (entstanden um 1300, vielleicht zw. 1308 u. 1313; Schröder, Rechtsgesch. 668) III. 5: Der Kaiser machte von erst frei des Reiches Dienstleute, seit sie der Kaiser geedelt hat durch ihre Treue vor allen Leuten und machte sie seine Genossen (bei v. Fürth S. 495). — 1222 Weiland II, 394. *Sentencia principum: Quod in jure feudali omnis ministerialis feodotarius eque judicare possit super feodis nobilium et ministerialium, exceptis tamen feodis principum.* — Den Beginn der Lehensfähigkeit der Ministerialen setzt Waitz (VI. 66) noch vor 1150; sie wurden Vasallen, zuerst durch Empfang von Benefizien aus der Hand eines fremden Herrn, indem es mehr u. mehr Regel ward, dass Ministeriallehen, mit denen ritterliche Dienste verbunden waren, gegen Mannschaft (Treueid) verliehen wurden.

9. Waitz V³, 355; v. Fürth 320 ff. — 1156 Wittmann S. 11. Einzelfall; zwischen Herzog Friedrich v. Staufen u. der Würzb. Kirche, vom König bestätigt. 1220 M. B. 30a 102; K. Friedr. II. Zustimmung zu allen Abmachungen zw. Würzb. u. Bamb. de matrimoniis interecclesiarum . . . familias contrahendis et de prolibus . . . partiendis. — 1231 (v. Fürth 323, 343) Vertr. zw. Würzb. u. Fulda: das erste Kind soll der Mutter folgen, das zweite dem Vater, u. s. f.: *Feodum autem paternum, non obstante quod pueri patris non sequuntur conditionem, filiis . . . per episcopum et abbatem . . . liberaliter conferetur.* — 1243 (v. Fürth 323). Vertr. zw. Würzb. u. Eichstädt: das I. Kind folgt dem Vater, das II. der Mutter.

Die rechtlichen Verhältnisse dieser Uebergangszeit kommen in den Urkunden hie und da zum Ausdruck. So wird z. B. das ansehnliche Zugehör eines der ersten Hofämter mit diesem selbst an Fremde verliehen unter der Bedingung späteren Einheiratens in die Ministerialgenossenschaft.¹⁰ In Bevorzugung bei Güterveräusserungen zeigt sich das immerhin grössere Vertrauen zu den eigenen Ministerialen noch geraume Zeit lebendig.¹¹ Schenkungen von Eigenrittern, selbst von Reichsministerialen kommen noch vor,¹² doch werden bei Güterveräusserungen die Mannen nun meist vorbehalten, wohl auch der Uebertritt in ihr Belieben gestellt.¹³ In den Verträgen der Fürsten finden sich nun häufiger Bestimmungen für den Fall, dass die beiderseitigen Mannen den Vertrag nicht anerkennen oder nicht beachten,¹⁴ oder auch die Verpflichtung, Ministerialen des Verbündeten gegen dessen Willen nicht bei sich aufzunehmen.¹⁵ — In den Würzburger Urkunden werden die Beisitzer des bischöflichen weltlichen Gerichts noch bis 1332 als Ministerialen („militēs, ecclesiae nostrae ministeriales,“ „unsers gotshus dienstman rittere“) bezeichnet; bei der Reform des Gerichtes im

10. 1231 M. B. 37, 245.

11. 1244 M. B. 37, 313; 1249 Ussermann, Bamberg 161; 1290 M. B. 38, 31.

12. 1215 M. B. 30a 32 König Friedr. II. schenkt der Würzb. Kirche den kl. Sohn seines Ministerialen L. de Stollberg, ut . . . pertineat ad officium dapiferatus hujus ecclesiae. 1230 M. B. 37, 235. Homines milit conditionis des Grafen Otto v. Bodenlauben, geschenkt ad servitium herbipol ecclesiae in marscalci officio. 1240 M. B. 37, 289; 1278 M. B. 37, 490. (Kriegsleute des L. v. Windsheim. 1298 M. B. 38, 187. (Mannen des Edlen C. von Wilperg).

13. 1231 M. B. 37, 246 . . . H. v. Lura überträgt homines proprios sive vasallos suos, soweit sie damit einverstanden (— die verdorbene Stelle ist wohl nicht anders zu verstehen —) an die v. Eberstein.

14. 1240 M. B. 37, 292 (Würzb. u. Henneberg); 1298 M. B. 38, 204 (Mainz u. Würzburg).

15. 1232 M. B. 37, 254 Würzb. u. Henneberg.

Jahre 1343 wird dieses nur mehr aus „Rittern“ gebildet.¹⁶ Auf sozialem Gebiete bleibt eine Unterscheidung der beiden Klassen, der „freien Herren“ und der „Ritter und Knechte“, bestehen, wenn auch schon früh die Bezeichnung „nobilis“ für Ministerialen vorkommt, und mehr und mehr der gesamte Stand der früher unfreien Ritterbürtigen zum Adel gerechnet wird, während den Titel „Herr“ bereits von ca. 1300 ab die Ritterwürde mit sich bringt, allgemein den Ritter vor dem Edelknecht auszeichnet. „Was sich von besonderen Machtbefugnissen der Herren gegenüber ihren Mannen — bei Eigenrittern bis ins 15. Jahrhundert — erhalten hatte, wurde nicht mehr auf persönliche Abhängigkeit, sondern auf eine grössere Strenge des lehenrechtlichen Verhältnisses zurückgeführt. Aus belehnten Eigenleuten hatte sich ein freier Lehensadel entwickelt.“¹⁷

16. 1332 M. B. 39; 473, 475; 1343 M. B. 40, 541. — In dem Würzb. Lehenbuch von 1303 (Archiv f. U. Franken, Bd. 24) werden die Lehenträger vielfach noch mit Zusatz des in der Familie hergebrachten Amtstitels aufgeführt (dapifer de Sternberg, de Seckendorf; marschalcus de Lura, de Hohenberg, de Kunst; pincerna de Rossberg, de Ostheim u. s. w.; vergl. das dort beigegebene Namensverzeichnis); die Hochämter des Hochstiftes sind hier mit ihrem Zubehör teils Edlen, teils einfach Ritterbürtigen als Amtslehen verliehen.

17. Schröder, Rechtsgesch.⁴ 445. — 1307 Aschbach, II. 65: „Wir her Kraft v. Hohenloh u. her G. v. Sluzzelberg, die edeln Herren u. her Cunrat von Camenberg, her C. v. Ussinckem . . . die erwern ritter, tun kunt . . . um die Sache als wir erevelt waren zu schid liuten . . .“ — 1307 ebenda S. 65: „Und die herren schuln scheiden uf irtruwe u. die ritter uf iren eit . . . hier „Herr“ für „freier Herr“. — 1300 M. B. 38, 245: Eberh. nobilis de Schowenberg . . . — „Ministeriales qui nunc militares appellantur . . . Nobiles se dici volunt, quum sit infimus Nobilium gradus in baronibus“, v. Fürth 502 aus Alb. Krantz, norddeutsch. Chronisten (Mecklenburg) der II. Hälfte des 15. Jahrhs.; vgl. oben n. 72. — Ueber den Titel Herr als Vorrecht des Ritters s. auch die Biographie Wilwolts v. Schaumburg (geschr. 1507; Bibl. d. Stuttgarter Liter. Vereins, Bd. 50) u. den dortigen Wechsel in der regelmässigen Bezeichnung

Ein grosser Abschnitt würde der von Uebergriffen und Gewalttaten des Kriegerstandes handelnde werden. Auch als die kirchlichen Ideen die Gemüter noch mächtig beherrschten, war es natürlich, dass ein hierdurch beengtes, lebendiges Kraftgefühl, bei noch naiven sittlichen Anschauungen, gelegentlich um so gewaltsamer sich Luft schaffen musste. Auch die fränkischen Quellen geben bewegliche Klagen der Bischöfe und Aebte über Anmassungen und Räubereien der Vögte, der Edlen und Ministerialen wieder.¹⁸ Nur schwache Hilfsmittel waren die Festsetzung der Rechte des Vogtes durch königliche Privilegien oder durch Vertrag bei Neuverleihung; in der Regel konnte von dem Missbrauch der Gewalt nur die Ablösung — durch Schenkung oder Rückkauf der Vogtei — befreien.¹⁹ — Die Zeiten schwacher Staats-

des Helden mit dessen Annahme der Ritterwürde (S. 1—89 u. 90 bis Schluss).

18. Codex Udalrici (bei Jaffé V. 166, 193, 395); 1127, Ussermann Bamberg 78, der Bischof restauriert das Kloster Banz: Was an Klostergütern injustis beneficiis, immo predatoriis permissionibus . . . a ministerialibus nostris, vel ab aliis hominibus usurpata et distracta fuerunt, hat er mit gr. Kosten dem Kloster zurückgestellt. ca. 1173 ebenda 123. — 1194 Wittmann S. 19; 1206 M. B. 37, 169; 1232 und 1234 M. B. 30a, 201, 223. — 1248 Oefele, Regesten der Gr. v. Meran: Testament Herzog Ottos, u. A. betr. die Rückgabe von unrechtmässig durch ihn oder s. Leute okkupierten Gütern an die Klöster Banz und Langheim und das Domstift Bamberg. 1262 M. B. 37, 401. — Ein Bischof v. Würzburg (Richard, 1088—1104) verglich die Vögte „einem schnellen, brennenden, ausdörrenden Wind.“ Fries bei Ludwig 506 f.; vgl. d. Bericht des Abtes Marquard v. Fulda (1150—65) bei Böhmer, Fontes III. 165 (auch in G. Freitags „Bildern“ I.). S. auch oben n. 106.

19. 1137 Ussermann, Bamb. 84: Der Bischof verleiht versch. Vogteien; Bedingungen: Verwaltung in Person, ohne Untervögte. Gerichtsgewalt nur in Fällen von fliessenden Wunden (percussura), Diebstahl u. Grenzstreit. Fünf Tage im Jahr soll der Bauer seinem Vogte arbeiten. — Aehnlich auch Fries bei L. 485, z. J. 1100. Vogteirückkäufe zahlreich, z. B. 1217 Ussermann, Bamberg 143: „considerata advocatorum violentia, qua omnes jam ecclesiae usque ad

gewalten vom 13. bis 15. Jahrhundert stehen an Gewalttaten der früheren Periode nicht nach; doch lenkte der Hass gegen die aufstrebenden Städte nun solche Tätigkeit mehr von Klöstern und Kirchen ab.

Der Ritterstand war ausgebildet worden zur Zeit und im Dienste eines starken Königtums, einer auf hohe Ziele gerichteten Reichspolitik; besonders die Dienstleute des Reiches und der Kirche hatten die Reichsheere zum grossen oder grössten Teile gebildet.²⁰ Als nun jene Ziele aufgegeben waren, als das Reich und seine Politik mehr und mehr zurücktrat, als zudem die Zahl der grösseren Grundherrschaften durch das Erlöschen einer Reihe alter Herrengeschlechter im 13. und 14. Jahrhundert sich verminderte,²¹ und somit die bisherigen Aufgaben und Verdienstmöglichkeiten dem Ritterstande zum grossen Teile entzogen waren, da mussten in dem nun lebhafter werdenden Ringen der Kräfte in den einzelnen Landschaften diese zahlreichen, selbst in den Zeiten der älteren Ministerialrechte und einer stärkeren Reichs- und Gerichtsgewalt nur unvollkommen in Schranken gehaltenen, von Ehrgeiz beseelten, auf die Erschliessung neuer Erwerbsquellen vielfach dringend angewiesenen kriegerischen Elemente zu einem bedeutenden Faktor und namentlich für die geistlichen Herrschaften nun erst recht zu einer Quelle ständiger Sorge und Gefahr werden. Die fürstliche Politik war nun zur Beherrschung dieser Kräfte

desolationem atteruntur“ . . . 1250 M. B. 37, 344; 1300, 1302 M. B. 38, 238, 280. — 1235, 1262, 1306. Wittmann, 35, 52, 104. — Verzicht auf Vogteirechte pro remedio anime z. B. 1269 Wittmann 57; 1246 M. B. 37, 325.

20. s. oben S. 38 u. Stälin III. 721.

21. Für Franken kommt in Betracht das Erlöschen der Familien: Abenberg bald nach 1199, Meran 1248, Hohenstaufen 1268, Wildberg 1305, Orlamünde 1340, Schlüsselburg 1347, Trimberg 1376, Bruneck 1390/1, Truhendingen 1424 (Stein, Gesch. Frankens I.). — Ueber die Allgemeinheit der Erscheinung u. deren Folgen für die Masse des Ritterstandes s. v. Inama, Wirtschaftsgesch. III. 1, 167 f.

und zur Sicherung des Besitzstandes darauf angewiesen, die dem Fürsten fast allein nur verbliebene, zur Bewältigung solcher Aufgabe unzulängliche lehensherrliche Gewalt²² durch Einzeldienstverträge zu verstärken, — die allerdings dann zum grössten Teile auch nur wieder neue Lehnungsverhältnisse begründet haben. Von den erhaltenen Verträgen dieser Art, — in denen dem Wunsche des Fürsten, den Betreffenden in seine Dienste zu ziehen, oft lebhafter Ausdruck gegeben ist²³ — beziehen sich einige auf Kriegsdienste,²⁴ bei weitem die meisten auf Burghut. Möglich wäre, dass aus älterem Lehnungsverhältnis die Verpflichtung zum Kriegsdienst in der Regel länger lebendig geblieben wäre, als die zur Burghut,²⁵ dass somit hier Ersatz häufiger nötig gewesen wäre; möglich auch, dass bei der im eigenen Interesse gebotenen Gewährung neuer Verdienstgelegenheit die Annahme als Burgmann damals relativ grössere Sicherheit für Erhaltung der Abhängigkeit geboten hätte. Sind dies Vermutungen, so steht dagegen als weitere Erklärung fest die grosse Bedeutung

22. Recht des Lehensmannes, jederzeit dem Herrn die Treue aufzusagen, unter Rückgabe des Lehens; später häufigere List, nur der Form des Aufsagens zu genügen. Vgl. das Kapitel der Goldenen Bulle: „Von denen die ihrem eigenen Herrn bösllich widersagen.“ (Neue Sammlung I. S. 68 Kap. 14.) — Auch das Verhältnis zu mehreren Lehnsherren erleichterte es, den Lehnspflichten sich zu entziehen.

23. Z. B. 1290, 1292, 1297 M. B. 38, S. 39, 74, 169, 172.

24. 1324 M. B. 39, 251; 1343 M. B. 40, 524 G. v. Absberg, Edelknecht schwört Urfehde, trägt Allode zu Lehen auf u. verpflichtet sich zu Diensten alljährlich einmal mit 10 Helmen. — 1390 M. B. 44, 161 E. u. G. v. Buchenau, Ritter, versprechen treu zu dienen mit allen ihren Schlössern, seien es eigene od. Pfandschaften, in allen Kriegen, auf Lebenszeit des Bischofs, auf dessen Kosten und Schaden; der Bischof soll sie schirmen und versprechen als andere seines Stiftes Mannen und Diener.

25. Ministerialen bildeten meist auch die Besatzung der fürstlichen Burgen; vgl. Waitz V.² 391; VIII. 206 sogar: „Regelmässig waren es Ministerialen“; s. v. Fürth 228 ff.

der Burgen für die Entwicklung des Territorialstaates. Die Burgen waren die wichtigsten Garantien für Bewahrung von Besitz und Herrschaft, von den Burgen aus wurde das Land geschützt und verwaltet, auf der Burg ruhte „die Macht und Feste des Staates“²⁶ Ebenso war aber auch die Burg der feste Kern, um den durch Erwerb an Gütern, Zins- und Lehensleuten eine Herrschaft überhaupt erst sich bilden liess. Nicht minder gross als das Streben der Fürsten, Zahl und Wehrkraft ihrer Festen zu vermehren, war deshalb der Eifer ihrer Vasallen und Ministerialen, in den Besitz von Burgen, — durch Erbauung, Kauf, Belehnung, Pfandschaft oder glückliche Fehde — zu gelangen.²⁷ Bestimmungen der Landfrieden versuchen, den harten Interessenkampf in gesunden Bahnen zu erhalten, die Anlage von blossen Raubburgen zu erschweren, indem sie das Recht zum Burgbesitz an ein Mindesteinkommen knüpfen.²⁸ Aehnliche Zwecke verfolgt auch das absolute Verbot eigenmächtiger Burganlagen in geist-

26. Stälin II. 652, 656; vgl. Waitz VIII. 200 ff. Burgenbau im Grenzgebiet war häufig der Anlass zu Streit u. Fehde (s. Stein, Gesch. Frankens I. 255, 258 ff., 293, 297, 320, 357 etc.), 1226 Aschbasch, II. 26; 1240 M. B. 37, 292. Vertrag zw. Würzb. u. Henneb.: Die Bergspitze in Holdere zur Burganlage geeignet, räumt der Bischof zur Hälfte dem Grafen ein; doch wird dieser sie weder verleihen noch selbst benützen, ebensowenig der Bischof seine Hälfte; hoc factum est, ne mons ab aliquo valeat edificari. 1247 M. B. 37, 332. —

27. Ueber den erneuten Aufschwung des Burgenbaues während der Stauferzeit hauptsächlich durch die Emanzipation der Ministerialen s. Inama, Wirtschaftsgesch. III.¹, S. 9 f. Als hauptsächliche Machtmittel wurden vor allem die Burgen später, als öffentliches Recht und Verfassung wieder neu ausgebildet werden konnten, für die Ritterschaft dem Landesherrn gegenüber zu Rechtstiteln ersten Ranges; vgl. v. Below, Territorium und Stadt 99, 160.

28. 1244 Weiland II. 572 Pax bavarica, art. 48: nullus habeat castrum vel aliquod munimen nisi reditus habeat ad illud XXX. librarum; ebenso art. 40 im bair. Landfr. v. 1256 Weiland II. 596; s. auch d. Landfrieden Friedr. II. v. 1235 Weiland II. 244, art. 8.

lichen Territorien (*occasione advocatie vel alio pretexto*) in den Fürstenprivilegien von 1220 und 1232.²⁹ — Bald haben aber Geldverlegenheiten häufiger zur Veräusserung bischöflicher Burgen genötigt. In der Regel wird hierbei das Offenhalten der Burg für die Interessen des Hochstiftes zur Bedingung gemacht, auch fast stets der Rückkauf vorbehalten; hie und da als ausgeführt nachzuweisen, musste letzterer im allgemeinen dadurch noch erschwert werden, dass die in der Zwischenzeit vom Inhaber aufgewendeten Kosten für Bauten — wenn mit Zustimmung des Bischofs geschehen — ersetzt werden mussten.³⁰ Abgesehen von der direkten

29. Weiland II. 90 u. 212. Mit rückwirkender Kraft nur 1220. — In der Wahlkapitulation v. 1225 (M. B. 37, 215) schwört der Bischof, die Burgen, welche der Marschalk v. Lura u. die welche der Graf v. Henneberg aufführen, an das Stift zu fordern, ihre Entfremdung nicht zuzulassen. 1333 (M. B. 39, 500) erlaubte der Bischof denen v. Thüngen die Anlage einer Feste Reussenberg (vgl. die Gesch. der Burg i. Archiv für U. Franken X.). 1350 zerstörte Bischof Albrecht eine ohne seine Erlaubnis durch Graf Berth. v. Henneberg erbaute Burg. Fries bei L. 638.

30. 1252 M. B. 37, 358: Der Bischof verpfändet *dapifero dicto Thorso* die Burg Rothebur. 1290 M. B. 38, 31. 1305 M. B. 38, 350 Verkauf der Burg Neuenburg an W. v. Seckendorf, „*dapifero, servitori et costrensi ecclesiae nostre*“; dazu der Rückkaufsvertrag v. 1312 M. B. 38, 514 (zum grösseren Teil Ueberweisung von Jahresbeden u. Korngülten, zum kleineren künftige Ratenzahlungen). 1316 M. B. 39, 35. Th. v. Hohenberg, Würzb. Marschalk, der im Dienst des Bisthums Kriegsschäden geschätzt zu 700 Pfund Heller erlitten hatte, erklärt, dass er dafür entschädigt sei u. dass das Hochstift die Burg Walberg um 700 Pfund H. zurückkaufen könne. 1316 M. B. 39, 60 Uebergabe der Hälfte der Burg Brandau an Alb. Küchenmeister von Schwarzenfels für Kriegsschäden geschätzt zu 200 Pf. H. 1326 M. B. 39, 284: Verkauf der Burg Lura an C. v. Lura für 1050 Pf. H. 1331 M. B. 39, 399, 404 Fr. v. Grumbach u. H. v. Salza bekennen, dass der Bischof ihnen die Veste Waldenburg für 800 Pf. H. verpfändet hat; für nötige Herstellungen soll jeder an seinem Teile binnen Jahresfrist 100 Pf. H. verbauen. Die Veste soll dem Stift geöffnet sein zu allen Kriegen, der Rückkauf für 1000 Pf. H. vorbehalten sein.

Belehnung, die sich ebenfalls häufiger als Teil eines umfassenderen Vertrages, gegen Gelddarlehen z. B., findet, ging ein weiterer Weg, auf dem die kleinen Vasallen in den Besitz von Burgen gelangen konnten und gelangt sind, aus von einem Dienstverhältnis, von dem Amt eines Burgvogtes oder Burgmannes auf einer bischöflichen Burg, das, vergeben meist gegen Belehnung mit einer Rente in der Regel aus Gütern in der Nähe und mit einer Wohnung bei oder innerhalb der Burg,³² mit der Zeit häufig selbst zu erblichem Lehen wurde, sodass in der Folge auch die Burg, ohne verbrieften Rechtstitel, ganz oder teilweise zum Lehensobjekt werden konnte.³³ Ein Verbot Friedrichs I. von 1160 soll den Burgenbesitz Bambergs vor Entfremdung, durch Belehnung

31. 1231 M. B. 37, 246. — 1244 Wittmann S. 38. — 1292 M. B. 38, 74. —

32. 1297 M. B. 38, 168: Das Würzb. Lehenbuch von 1303 (Archiv f. U. Franken, Bd. 24) nennt sub. 500—511 die zur Karlsburg (bei Karlsstadt a. M.) gehörigen Burglehen; sie bestehen sämtlich aus einem Raum (mansio, area) in der Burg mit Zugehör, teils in Gütern, Wiesen, Weinbergen, teils in Renten von bestimmter Höhe aus Gütern oder Zöllen. Die Lehenträger sind 13 Ritterbürtige mit 11 versch. Familiennamen.

33. S. z. B. Schnell: Gesch. d. Salzburg a. d. fränk. Saale, im Archiv für U. Fr. Bd. 29 (1886) S. 15 f.; Oesterreicher: „Die Burgen Neideck, Streitberg etc.“ (1819). An dem Zustandekommen der Eigentumsverhältnisse einer Burg erscheinen oft Rechtsvorgänge verschiedenster Art — Kauf, Belehnung, Verpfändung, Ueberlassung zu Burglehen — gemeinsam beteiligt. Greifenstein z. B. gehört 1348 dem Bischof von Bamberg zu 4 Teilen; bischöfl. Vogt eines Teils ist K. v. Streitberg, der drei anderen Heinr. v. Streitberg, welcher ausserdem zwei weitere Teile vom Bischof zu Lehen besitzt (Bamb. Rechtsbuch S. 87). — Das Würzb. Lehenbuch v. 1303 (Archiv f. U. Fr., Bd. 24) führt — von den Fällen, wo der Charakter unbestimmt bleibt, abgesehen — neben ca. 16 Lehenburgen, ca. 24 mit Burgmannen und Burglehen ausgestattete auf. Eine Aufzählung von über 60 Würzb. Burgen und Castellen gibt M. de Leone ca. 1350 (Archiv f. U. Fr. Bd. 13, 161 ff.).

nung und auf dem Wege des Burglehens sichern.³⁴ Bischof Hermann von Würzburg ordnete z. B. (durch Vergleich von 1231) die Rechtsverhältnisse der Burg neu;³⁵ das hier vom Bischof dem Kastellan gegebene Versprechen, bei etwaiger Neubesetzung der Stelle keinen diesem an Macht Ueberlegenem anzunehmen, findet sich häufiger³⁶ und ist für die Lage, in der sich die Kirche dem hauptsächlich doch auf ihre Kosten geführten Konkurrenzkampf gegenüber befand, bezeichnend; sie war genötigt ihn als berechtigt stillschweigend anzuerkennen, um auf seine Regelung Einfluss zu behalten und um dringenderen Gefahren begegnen zu können.

34. 1160 Ussermann, Bamb. 114: Auf Bitten des Bischofs befreit (eximit) der König alle Burgen des Bistums ab omni jure feudali, die Rechte ausgenommen, welche zwei Grafen (v. Plassenberg) auf Lebenszeit noch an den Schlössern Giech und Lichtenfels haben. Es soll keinem Bischof künftig erlaubt sein, von den Burgen seines Hochstifts aliquid infeodare aut sub colore costensis beneficii vel alio quolibet malo ingenio a privatis usibus episcopii alienare. 1249 Ussermann, Bamb. 161, sind die Burgen Giech und Lichtenfels durch den Tod des Herzogs von Meran (Nachkomme der Grafen von Plassenberg) heimgefallen und werden, auf Bitten der Ministerialen, nicht wieder verliehen.

35. 1231 M. B. 37, 245: Der Marschalk H. v. Lura u. B. v. Eberstein verzichten auf ihre Ansprüche an Teile der Burg, worauf der Bischof diese dem Marschalk zu erblichem Lehen gibt, so dass sie in feodo quod burglehen dicitur besessen werden soll, „nos (der Bischof) atque successores nostri idem castrum et proprietatem possidebimus pleno jure nobis liberum, sicut castrum in Salzberg dinoscimur possidere; ipse (H. v. Lura) castellanus noster erit, quod burgere dicitur in ipso castro. Der Bischof behält sich das Recht, einen anderen Kastellan dort anzustellen, vor. Hier ist später durch Kauf die Burg an die von Lura übergegangen. — Ein ähnlicher Vertrag zw. Stift u. Erben des R. v. Ried, über die Burg Ried v. 1240 M. B. 37, 290.

36. Z. B. 1240 M. B. 37, 290 . . . Nullum potentiorum vel di-
ciorem Cunrado, eo invito, d. episcopus in castro locabit. 1246 M. B.
37, 326,

Als Würzburger Burgmannen treten in den Vertragsurkunden — Verpflichtung zum Dienst in einer bestimmten Burg³⁷ gegen Verleihung eines Burglehen — Grafen und Herren³⁸ sowohl als einfache Ritterbürtige auf. Das Burglehen besteht in der Regel in einem festen Jahreseinkommen, zu beziehen aus bestimmten bischöfl. Gütern. Fast stets aber wird diese Form nur als Provisorium hingestellt, dem Hochstift das Recht vorbehalten, die betreffenden Güter für eine entsprechende Summe — meist das Zehnfache der verpfändeten Jahreseinnahme — wieder einzulösen; der Burgmann soll dann verpflichtet sein, in der Nähe der Burg gelegene Eigengüter in gleichem Wert dem Bischof aufzutragen, um sie hinfort als bischöfl. Burglehen zu besitzen.³⁹ Annahme unter sofortiger Barvergütung kommt nur selten vor.⁴⁰ Mit der Einlösung überwiesener Nutzungen beeilte man sich ganz

37. Einige der Verträge mit Grafen und Herren abgerechnet, wird der Betreffende stets „in castrensem apud castrum N.“ angenommen.

38. 1265 M. B. 37, 425: Die Brüder K. u. C. v. Hohenlohe bekunden, Burgmannen des Hochstifts auf Lebenszeit geworden zu sein gegen ein Burglehen von 200 Mark Silber; pro quibus cc marcis uterque nostrum de bonis suis propriis resignare debet ad X marcas. Faciemus etiam residentiam in castro St. Mariae cum triginta dextrariis phaleratis et decem balistariis, auf eigne Kosten. — Ähnliche Verträge mit Hanau, Trimberg, Henneberg, mit Burggraf Fr. v. Nürnberg, G. v. Bruneck a. d. Jahren 1290, 1297, 1318, 1324, 1325 M. B. 38, S. 39, 172; 39 S. 81, 229, 274; 1350 Schultes, II. 133.

39. S. z. B. 1297, 1304 M. B. 38, 168, 327 u. die meisten Urkk. voriger Note. Im Würzb. Lehenbuch von 1303 (Archiv für U. Fr. Bd. 24) erscheinen Burglehen — teils Güter, teils bestimmte Renten aus solchen — als Pfand sub 103, 105, 109, 448. Ueber Pfandlehen allgemein vgl. Schröder, Rechtsgesch.⁴ 407 f.

40. S. n. 38; ferner 1334 M. B. 39, 545. G. u. H. Glyme haben erhalten 30 Pf. H., dafür versch. Eigengüter „zu Burglehen aufgegeben und Burgmann darum zu sein zu Sinne u. auf Mahnung einer auf der Burg zu sitzen.“ — Ebenso 1355 Oesterreicher, Burg Neydeck, Beil. 1, —

besonders den Grafen und Herren gegenüber;⁴¹ doch zeigt sich, wie früher in der Bevorzugung der eigenen Ministerialen, jetzt seit dem 14. Jahrhundert, in dem allgemeinen Grundsatz der Vergütung militärischer Dienste durch Barzahlung das Bestreben, die vorhandenen Machtmittel nutzbringender zu verwerten.⁴² Aber Stand und Verwaltung der Finanzen waren hier für lange Zeit noch derart, dass meistens der Geldmangel wiederum zu wenigstens pfandweiser Ueberlassung von Gütern und von Gefällen aus solchen nötigte.⁴³ Auf solche Weise und infolge der lange andauernden Gelegenheit zu eigenmächtiger Erweiterung der erworbenen Rechte war um 1450 nahezu der ganze Grundbesitz des Hochstiftes als Pfand in die Hände des Stiftsadels gelangt; erst von da ab begannen, in grossem Umfang, die Einlösungen. — Jederzeit ist auch hier das Hauptaugenmerk darauf gerichtet gewesen, der Ausbildung grösserer Territorien in gefährlicher Nähe vorzubeugen;⁴⁴ so wurden Kirchen bei Ver-

41. 1318 (M. B. 39, 81) war Boppo Graf v. Henneberg als *castrensis et specialis servitor* des Bischofs angenommen worden gegen ein ablösbares Burglehen von 30 Pf. H. 1319 (M. B. 39, 143/4) gibt er, nach Empfang von 300 Pf. H., von seinem Eigen 30 Pf. H. Gülte dem Hochstift auf u. empfängt sie als Burglehen zurück. (1 Pfund Heller berechnet Lorenz Fries aus Urkk. des 13. Jahrs. zu 3 gl. (rheinisch), aus e. Würzb. Lehenbuch v. ca. 1320 zu 2 gl. 6 Batzen, aus Urkk. v. 1344 zu 1 gl. 25 kr., v. 1377 zu 1 gl. 20 kr.; in e. Urk. v. 1345 wird 1 Malter Waizen zu 7 Pf. H. angeschlagen (Arch. f. U. Fr. Bd. 22, S. 82 ff.). 1302 (M. B. 38, 281) wird 1 Malter Waizen = 2 Malter Hafer = 3 Pf. Heller gerechnet.

42. Der Umstand, dass die Güterverleihung mehr und mehr als unzweckmässige Kapitalanlage erkannt wurde, ist sicher eine der Ursachen gewesen, welche den Uebergang zur Geldwirtschaft auch in den fast ausschliesslich noch auf landwirtschaftliche Produktion angewiesenen Territorien, bei noch schwach entwickeltem Verkehr, beschleunigt haben.

43. Ueber die grosse Ausdehnung der Pfandgeschäfte als allgemeine Begleiterscheinung des Ueberganges v. d. Natural- zur Geldwirtschaft s. v. Meibom: D. deutsche Pfandrecht, S. 270 ff.

44. S. Inama, Wirtschaftsgeschichte III.¹ 170.

äusserungen stets vor jedem Laien bevorzugt.⁴⁵ Neben Burgdiensten nötigten vielfach die Forderungen für im Dienste des Hochstiftes erlittene Kriegsschäden zu Verpfändungen.⁴⁶ Von weittragender Bedeutung konnte die zunächst wohl nur zur finanziellen Sicherheit des Kriegsmannes, vielleicht daneben auch zu Gunsten der Bauern getroffene Vertragsbestimmung werden: bis zur Wiedereinlösung eines mit seinem ganzen derzeitigen Ertrag (an Grund- und Vogteizins etc.) verpfändeten Dorfes sollen Bischof und Kapitel weder irgend welche Steuer noch Prekarie daraus erheben dürfen.⁴⁷ Dass dagegen unmittelbar, in der Höhe der ihm zugesprochenen Entschädigung der Kriegsmann häufig nicht auf seine

45. 1244, 1280, 1295, 1324 M. B. 37, 313, 517; 38, 116; 39, 234.

46. 1282 M. B. 37, 549. Dem F. v. Heseler sind als Ersatz für einen *dextrarius* 40 l. hall. versprochen; der Bischof verpfändet ihm, *cum eris copia nobis non sit prompta*, das Dorf S.; 1302 M. B. 38, 295; 1316, 1331 M. B. 39, 57 u. 61, 440; s. auch oben n. 30.

47. 1326 M. B. 39, 282: Der Pfandinhaber, Ritter H. v. Seinsheim, verspricht seinerseits, dass er u. seine Erben die Einwohner nicht beschweren werden „*per precarias, sturas, herbergas, per vinum banni seu alias vexaciones. Ita tamen quod nec domino W. neque capitulo . . . sturam aliquam seu precariam recipere liceat . . .*“ Das Dorf ist Pfand für 200 Pf. H. an Kriegsschäden, namentlich in *dextrario et equis perditis*. — In anderen Fällen behält dagegen der Bischof das Recht der Steuererhebung in allgemeiner Landbede vor, so 1369 M. B. 42, 493 u. 1364 M. B. 42, 365; 1364 soll aber die dem Käufer (A. v. Hessberg) in bestimmter Höhe festgesetzte Jahresbede vor der Landbede erst „gar u. gänzlich erlegt sein.“ — Nach Vertrag v. 1400 (M. B. 44, 625) soll die auf 12 Jahre geplante allgemeine Steuer erhoben werden von allem Gut mit Ausnahme „aller edler Leute Gute, die vormals nit Steuer und Bete gegeben haben.“ Ebenso in der Vereinbarung mit den Grafen und Herren (1400 M. B. 44, 606): „Auch sollen wir ihnen keinen Detz setzen in ihre Städte . . . Dörfer darinnen Stadt- u. Dorfgericht ihr ist u. die bisher nicht betehaft sind gewest.“ — Einzelvertrag u. bes. Herkommen bestimmen die Rechtsverhältnisse der einzelnen Sachen u. Personen; die Masse dieser Einzelresultate ist als wirksam zu denken bei den späteren Versuchen zur generellen Neuregelung des Verhältnisses zwischen Fürst und Ritterschaft.

Kosten gekommen ist, zeigt eine Urkunde von 1269.⁴⁸ — Gegenstand von Verkauf auf Rückkauf und Verpfändung an Ritter oder Edelknechte sind auch bischöfliche Vogteien und Niedergerichte,⁴⁹ während bei Veräusserung der als Zenten bezeichneten Gerichte nur Geistliche als Käufer erscheinen.⁵⁰ Das Würzburger Lehenbuch von 1303 nennt eine grosse Anzahl an Ritterbürtige verliehener Vogteien und Dorfgerichte.

Derart gingen auch manche Hoheitsrechte, ihres staatlichen Charakters entkleidet, in diesen Zeiten privatrechtlichen Fühlens und privatrechtlicher Formen, als lehen- oder pfandweise überlassene Nutzungen an die Ritterbürtigen über, das erst später wieder in staatlichen Formen festgelegte Machtverhältnis weiter zu Ungunsten des Landesherrn verschiebend.⁵¹

Die gleichen Züge für ein Bild von den wirtschaftlichen Beziehungen der Ritterbürtigen zu ihrem bischöflichen Herren wie die Würzburgischen Urkunden liefert, etwas ver-

48. M. B. 37, 437: Der Ritter A. Wolwoit hatte im Dienst der Kirche Schäden erlitten, die das Kapitel auf 140 Pf. H. schätzt. Sed quia raro dampna in integrum restaurantur erhält er nun den Hof W. gegen das Recht des Rückkaufs um 100 Pf. H.

49. Meist unter dem Zugehör der Burgen und Dörfer genannt. 1275 M. B. 37, 453; 1336, 1337 M. B. 40 S. VIII, 105, 113; 1362 1364 M. B. 42, 315, 362. — Das Gericht „zum Hiltrichs“ wird vom Hochstift innerhalb 13 Jahren dreimal an einfache Ritter verkauft (1342, 1350, 1355 M. B. 40, 427; 41, 484; 42, 124). —

50. 1295 M. B. 38, 116; 1337 M. B. 40, 170. In der Urk. v. 1305 (M. B. 38, 352) über Verkauf d. Burg Neuenburg mit Leuten, Gerichten etc. an W. v. Seckendorf u. s. Erben für 1200 Pf. H. heisst es: *Judicia vero et decimas, dicto castro pertinentes, que appropriari non possunt, eisdem in feodum contulimus.* Nach dem Würzb. Lehenbuch v. 1303 (S. S. 134 u. 598) war damals die Zent Steinach einem gewissen Gruzzingus, die Zent Markolsheim an den Edlen v. Bruneck verliehen; vgl. unten S. 104 n. 51.

51. Vgl. v. Below, Territorium u. Stadt S. 11 ff., Riezler, Bayern, II. 476.

schärft, das Bamberger Rechtsbuch von 1348:⁵² Die Besitzungen des Hochstiftes erscheinen in 32 Ämter zusammengefasst, die ihren Namen fast ausschliesslich von den Burgen des Bistums führen; selten nur erscheint eine Burg nicht an anderer Stelle auch als Amtssitz. Unter den Kastellanen und Burgmännern kommen die alten Ministerialnamen Egloffstein, Giech, Lichtenfels, Kunstat, Redwitz, Wiesentau vor, neben anderen ihrer Bildung nach auf jüngeren, (niederem) Ursprung deutenden Namen.⁵³ Die den einzelnen Burgen zugewiesenen Burglehen („burghutae“ „purchhutae“) bestehen neben einer Wohnung in oder bei der Burg in liegenden Gütern, (Dörfern, Höfen, Aeckern, Wiesen, Fischteichen, Wüstungen), in Naturalzehnten, in Grund- und Vogteizinsen. Diese Objekte sind auch hier vielfach nur Pfand für eine Geldsumme, die der Burgmann zu erhalten, in Gütern anzulegen, diese als Burglehen zu empfangen haben soll;⁵⁴ von Rückkauf und Einlösung wird mehrmals berichtet.⁵⁵ Neue Burgdienstverträge sind unter Barzahlung (S. 153), oder gegen Anweisung einer festen Rente aus Gütern abgeschlossen. (S. 172, 249); selten wird hier ein Grundstück, eine Wiese oder dergl., ganz ausnahmsweise nur mehr ein Dorf verliehen.⁵⁶ Die Burglehen sind fast stets erblich vergeben; der Besitz auf Lebenszeit kommt nur vereinzelt vor.⁵⁷ Auch

52. Herausgeg. v. Höfler in Bd. III der Quellensammlung z. fränk. Gesch. (1852). Die Aufzeichnungen scheinen 1346 begonnen. Nachträge gehen bis 1360.

53. Mehrfach finden sich Anzeichen eines Klassenunterschiedes innerhalb der Ritterschaft, z. B. S. 168: O. Huntzdorfer (ein K. Huntzdorfer ist ritterlicher Burgmann in V. [S. 165]), asserit, se habere (agrum) in feodum ab illis de Aufseze. Vgl. oben S. 37.

54. a. a. O. S. 49, 157, 193, 253, 272, 283.

55. S. 138, 249

56. Die Hälfte von Schonpach an Otto Fuchs; dieser versucht nun des Forstes L., der stets ad usum communitatis gehörte, sich zu bemächtigen, et jam non permittit eos iuribus suis uti (S. 297/9).

57. S. 272, S. 280: ex gratia, non jure hereditario.

Frauen erscheinen als rechtmässige Inhaber.⁵⁸ Persönliche Residenz in der Burg — ständig oder auf Anruf — ist öfters zur Bedingung gemacht;⁵⁹ mitunter soll Uebernahme fremden Herrendienstes den Verlust des Burglehens bewirken.⁶⁰ — Zahlreich sind nun die Klagen über Nichtbeachtung dieser Bestimmungen, über das Fehlen jeder Gegenleistung,⁶¹ über eigenmächtige Verkäufe und Verpfändungen des Burglehens,⁶² über unrechtmässige Erweiterung der Rechte auf den zur Nutzniessung überlassenen oder zur Verwaltung anvertrauten Gütern,⁶³ über oft umfangreiche Rodungen in den bischöflichen Waldungen, mit nachfolgender Gründung von Ansiedlungen auf dem Neuland, wovon der Zins und oft

58. S. 105. So auch schon 1234 u. 1255 M. B. 37, 272, 369.

59. z. B. S. 157, 193: Die Söhne des H. v. Grevenberg erhalten von Gütern in E. 4 l. hall. pro purchuta, residuum recipit advocatus; deberent facere residentiam in castro, sed non faciunt; s. ferner S. 240, 285, 288.

60. S. 265.

61. z. B. S. 192 f. mehrmals: sed in nullo servit; S. 240; 265: reliquit filium, sed cui serviat, nescitur; S. 291 f., 299.

62. S. 67, 134, 144, 146, 169. — S. 214: Dapiferi olim fuerunt castellani et purchmani in castro Sch., qui diversos agros eidem castro circumquaque adjacentes vendendo alienaverunt, et quibus venditi sunt, dicunt eos tenere in feodum ab eisdem Dapiferis. Antiquae vero purchute alienatae sunt penitus et distractae; 296 ff.

63. S. 90: Der Neurottzehnt in Z. ist den J. u. W. v. Redwitz verpfändet; die Bauern dort sagen eidlich aus, dass jene seit der Verpfändung mehr als 300 Pf. H. über den schuldigen Zehnt erpresst haben. S. 143 f., 147: Die Dorfältesten in Schorgast sagen aus: aliquando iudex in Sch. recepit ad usum Episcopi omnia bona quae nobiles ibidem (hauptsächlich die Familie der Waldenroder) sibi jam attribuerunt pro purchutis. Omnes Waldenrodarii violenter usurpant sibi ligna pertinentia ad communitatem in Sch. et prohibent cives . . . ne . . . utantur, asserentes, quod pertineant ad eorum purchutas, quod dicunt (rustici) non ita esse. Den Novalzehnt dort empfängt der Vogt im Namen des Bischofs, sed de iis nihil dat Episcopo (190); 194: K. Egloffsteiner hat einen Hof des Bischofs in M. als Burglehen, empfängt von den dortigen Bauern Steuer (steueram) nach seinem Wohlgefallen; 288, 296 ff.

auch der Novalzehnt dem Bischof vorenthalten werden.⁶⁴ Gewiss wird manche anscheinende Willkür auf Erlaubnis oder Vertrag beruht haben, wie dies auch einzelne berichtigende spätere Noten zeigen;⁶⁵ im ganzen aber ist an der Häufigkeit der vielfach auch eidlich bezeugten Uebergriffe umso weniger zu zweifeln, als diese Klagen in zahlreiche ähnliche früherer und späterer Zeit sich einfügen und ihr Gegenstand aus der Natur der Dinge: dem bedeutenden Mass von Selbständigkeit und Macht, das besonders der Amtmann oder Burgvogt besass,⁶⁶ den mannigfachen Anlässen, aus denen die Mannen in ihrem Verhältnis zum Herrn sich benachteiligt, zur Selbstentschädigung berechtigt glauben konnten, aus der grösseren Unsicherheit des Rechtsgefühles und der Allgemeinheit und häufig zwingenden Notwendig-

64. Sehr zahlreich; z. B. auch S. 46: *de isto nemore isti de Aufsezze et quidam cives Babenb. extirpaverunt ultra 200 agros, de quibus neque decimas dent neque censum.* Der Wald ist des Bischofs, wie 300 Bauern dort geschworen; 103, 147 f., 149 Note: *In officio Marktschorgast episcopus habuit magnos redditus, qui mirabiliter sunt distracti. nunc continue extirpantur ibidem nemora episcopi et fiunt agriculturae multae, instituuntur novae villae et omnes proventus episcopi in censibus et decimis distrahuntur.* — 166 ff., 248. — Ueber die Rodungen der Familie Forstmeister im bischöfl. Würzb. Salzforst noch um 1500, mit Anlage von 7 dem Geschlecht zinsenden Dörfern auf dem Rottland und den Rechtsstreit daraus, der endgültig erst 1571 zu Gunsten des Bischofs entschieden wurde, s. Kmiotek „Siedlung u. Waldwirtschaft im Salzforst“ (1900) S. 68 ff.

65. Rechtsbuch S. 144, 299/303. Auch Kmiotek, a. a. O. S. 20.

66. Vgl. Schröder, Rechtsgesch., S. 618. Rechtsbuch S. 192 f.: *O. E. tenet castrum R. et eo vivente a castellania amoveri non debet;* ebenso S. 272; häufige Uebergriffe gerade auch der doch durch Dienst und Besoldung fester dem Herrn verbundenen Amtleute (*judices, castellani, advocati*) S. 85, 102, 147 f., 285, 296; vgl. v. Inama, Wirtschaftsgeschichte III¹, 44. — e der Bambg. „Amtleute, welche unverpfändete Städte, Schlösser und Aemter inne haben“ v. 1421 bei Schubert, Nachträge z. Versuch über die Verf. des Hochstifts B. (1792) S. 101.

keit des Strebens, die eigene Macht nach Massgabe der Kräfte auszudehnen, hervorzugehen scheint.⁶⁷ Mehrfach ist das Burglehen als einzige rechtliche Grundlage, als Ausgangspunkt für weit beträchtlicheren späteren Besitz an einem Orte genannt, Rodungen im Bischofswald oder Occupation von Gemeindegut als Zwischenglieder der Entwicklung.⁶⁸ — Ausser den Burglehen führt das Rechtsbuch eine grosse Anzahl ohne Dienstverpflichtung pfandweise überlassener Güter: ganze Aemter, Burgen, Dörfer, Höfe, Vogteien, Gerichte, Zehnten⁶⁹ im Besitz von Ritterbürtigen auf; mitunter war die Verpfändung zur Erwerbung wichtiger oder zum Rückkauf gefährdeter Güter nötig geworden;⁷⁰ gelegentlich stellt sie sich dar als Folge eines Missgeschickes, das dem Hochstift im Geschäftsverkehr mit Adligen zugestossen war. (S. 108). — Auch hier kommen Vergütungen an Adlige für Offenhalten ihrer Burgen vor.⁷¹ — Jede bischöfliche Burg

67. Vgl. v. Inama III.¹, 169 ff. Auch von Uebergriffen und Entfremdungen durch Bürger und Bauern weiss das Rechtsbuch hie und da zu berichten (z. B. S. 296 f.).

68. S. 166 f., 253: Einer v. Vestenberg hatte vom Bischof 7 Pf. H. von e. Güterzins in St. als Burglehen erhalten, gegen Rückkauf. Auf seine Bitte wurde ihm erlaubt, sein Vieh auf einer Wüstung zu weiden, worauf er subsequenter *ligna desolati vendidit et exstirpando eadem in agriculturam redegit, in quibus jam plures rustici sunt instituti, de quibus episcopus posset ut dicitur habere annuos redditus ad 40 l. hall. et ultra; et haec omnia et alia . . . tenent solum pro 7 l. h. eis deputatis pro purchuta.*

69. S. 105, 149. — 126, 138, 156. — 82, 299. — 103, 194. — 93, 103, 108, 112 f. — 284. — 90. S. 121. Für eine Gesamtschuld des Bischofs an F. Marschalcus de Kunstat von 240 l. h. behält dieser jährlich von den Gefällen seines Officiums 16 l. h. u. 60 h., den Rest verrechnet er dem Bischof. Nota: Fr. M. selbst behauptet, die Obligation betrage 750 l. hall. —

70. Ebenda S. 138; weitere Rückkäufe des gleichen Bischofs (Leopold v. Bebenburg 1352—63) S. 105, 108.

71. S. 106: *Decima novalium est Heinrici de Giech, ex infeodatione d. Episcopi, ad castrum suum Hohenbrunne, cum quo respicere debet ecclesiam, ut ipsemet fatetur; S. 139. Dieses Mittel*

hatte neben den ihr zur Verteidigung zugewiesenen ritterlichen Mannen noch eine ständige Bewachung durch niedere Burgleute; diese erscheinen besoldet meist in Geld und Naturalien, vereinzelt aber auch in Burglehen.⁷² Erwähnenswert ist endlich noch das häufigere Vorkommen von Selbstbewirtschaftung bei den im Besitz von Ritterbürtigen befindlichen Gütern.⁷³

Religiöse Bedürfnisse, in mannigfacher Abstufung von derber zu feinerer Empfindung, hatten den ausgedehnten Besitz der geistlichen Stifter zum grössten Teile geschaffen; aber gerade für diese war auch die ergänzende Seite menschlicher Natur: das Bewusstsein der eigenen Kraft, der Drang sie in Macht umzusetzen, eine ständige Gefahr, der sie auf dem Wege der Unterhandlung, auch durch kluge Nachgiebigkeit in hoffnungslosen Fällen, in der Hauptsache aber durch Unterhaltung einer starken Kriegsmannschaft zu be-

zur Erhöhung der Wehrkraft war damals allgemein üblich; s. z. B. 1352 Schultes, I. 253.

72. S. 192: Burg R. hat 3 Turnarii qui vigilant in turribus et in muris, einer ist zugleich portarius; ihnen sind gewisse Aecker und Wiesen pro purchutis angewiesen.

73. Rechtsbuch S. 99, 118: Die Marschalke von Kunstat haben als Burglehen zur Burg Kunstat 5 Mansen, wovon sie zwei selbst bebauen; 124, 153, 193 f.: V. v. Wiesentau hat als Burggut $\frac{5}{6}$ des Hofs L., bebaut ihn selbst. C. v. Egloffstein besitzt desgl. einen Hof in M., wovon er $\frac{1}{4}$ selbst bebaut, $\frac{3}{4}$ ausgetan hat. S. 299: W. v. Rotenhan desgl. versch. Wiesen und Aecker unter der Burg Zeil, quae in majori parte per se colit. S. 82: Villa P. obligata est Alberto de Molendino et fratribus ejus; eandem villam multo tempore coluerunt per se, sed nunc instituerunt ibi 4 colonos. Nach Inama (Deutsche Wirtschaftsgesch. III. ¹, 178, 267 f.) war alllgemein bei dem Kleinadel der Eigenbetrieb in der 2. Hälfte des Mittelalters noch sehr häufig. Ueber Bekehrung eines Teiles der Ritterschaft zu bedächtiger Wirtschaftlichkeit führten schon die Minnesänger, wie H. v. d. Aue, später H. v. Sachsenheim u. a. heftige Klagen (s. Roth v. Schreckenstein, Ritterwürde und Ritterstand 171 ff.).

gegenen suchen mussten. Für die letztere Aufgabe, — die sich ausserdem auch aus der Notwendigkeit, einen aus früheren Zeiten überkommenen zahlreichen und anspruchsvollen Kriegerstand dauernd zu beschäftigen und sich zu verbinden, wie aus den Vorteilen, welche ein stattlicher Lehenhof auch auf mehr ideellem Gebiet für das Streben nach Landeshoheit gewährte, ergab, — reichte die erst nur unvollkommen ausnützbare wirtschaftliche Kraft vielfach nicht aus; umso weniger als die Inanspruchnahme durch das Reich noch fort dauerte, während der von ihm ausgehende Rechtsschutz fast wirkungslos geworden war.⁷⁴⁾ Ein sehr grosser, fortwährend noch sich vergrößernder Teil des Güterbesitzes leistete, als Ritterlehen, weder Zins noch ordentliche Bede,⁷⁵⁾ ein anderer bedeutender Teil war als Pfandschaft vergeben⁷⁶⁾

74. Vgl. v. Inama, Wirtschaftsgesch. III.¹, 41, 144, 165. — Für Würzburg s. schon die Urk. v. 1216 (M. B. 37, 198), in der die bis dahin noch nicht verpfändeten Einnahmen nahezu sämtlich dem Kapitel verpfändet werden, wobei der Bischof Einschränkung der Hofhaltung etc. gelobt (*expensas et familiam ad consilium fratrum temperabo*); ferner 1222 M. B. 37, 210: Güterverkauf, „*cum propter guerras et multimoda servitia in negotiis imperii ab ecclesia multotiens requisita d. episcopo varii labores incumberent et expensae . . .*“ 1276 M. B. 37, 469: „*bona ecclesiae pro majori parte obligata . . .*“. 1282 M. B. 37, 547 u. s. w. (s. unten n. 78 und S. 92 f.).

75. Schröder, Rechtsgesch. 612; v. Inama III.¹, 263.

76. Vgl. auch die Urkk. v. 1220, 1225, 1324, M. B. 37, 205, 215; 39, 256. In einer kurz vor dem Tode Albrechts v. Hohenlohe (1345—1372) abgefassten Klageschrift der Domkapitulare heisst es, der Bischof habe seit 1345 25 ganze Ämter, ferner 15 Schlösser ohne Amt teils verpfändet, teils mit Schulden belastet; z. Z. seien die Stadt Würzburg und die Veste Frauenberg daselbst allein unverschuldet (Fries bei L. 647). Als Ursache werden Fehden, Unterhaltung von Reisigen etc. genannt, doch stehen den Verpfändungen immerhin auch bedeutende Ankäufe (s. Fries bei L. 641) gegenüber. — F. Sixt, Chronik der Stadt Gerolzhofen, im Archiv f. U. Fr. Bd. 35 (1892) S. 142 nennt von Verpfändungen an Ritterbürtige im dortigen Amt: 1358: Güllen, um 800 Pf. Heller; 1365: Stadt und

und zwar für Würzburg wie Bamberg zum sehr grossen Teil wieder an die Ritterschaft. Diese Erwerbungen wie ihre Aemter als Burgvögte und Amtleute boten den Ritterbürtigen dann Stützpunkte für weiteres Umsichgreifen im Forst, in Dorf- und Waldmark, und ferner die Möglichkeit, zu den vom Stift erworbenen auch die übrigen grundherrlichen Rechte zu ersitzen, indem der Ritter, der als Pfand- oder Lehensinhaber Grundzins oder Gerichtsgefälle für sich erhob, den Bauern bald mehr als der ferne Bischof als ihr eigentlicher Herr erscheinen musste und schliesslich auch dazu werden konnte.⁷⁷⁾ Ausserdem aber kamen dem Ritterstand des Territoriums, bezw. der gerichtlichen Machtsphäre der Bischöfe die steten Finanznöte der Bistümer dadurch zu gut, dass für ausserordentliche Massregeln zu deren Hebung seine und des Klerus Zustimmung nach Herkommen erforderlich war und gerade derartige Anlässe diesen Faktoren Gelegenheit gaben, ihren Einfluss noch mehr zu erweitern.⁷⁸⁾

Schloss, unter andern Stiftsgüter, an 14 Ritter und Edelknechte, als Sicherung für 30 000 Pf. H.; 1367: Zoll etc., um 720 Pf. H.; 1374: Gülte, um 700 Pf. H.; 1405: das ganze Amt für 8000 gl.; 1411: die Hälfte des Amtes für 8000 gl. — Bischof Rudolf löste Stadt und Amt wieder ein mit einem Aufwand von 28 000 fl.

77. v. Inama III.¹, 172; Schröder, Rechtsgesch.⁴ 604, 714 f; v. Below, Territorium u. Stadt 12. —

78. Schröder Rechtsgesch.⁴, S. 613 ff.; Riezler, Baiern II. 514. — 1276 M. B. 37, 469: Der Bischof, durch die Schuldennot des Stiftes veranlasst, a clero, nobilibus terrae, ministerialibus, civibus, et universo populo tam civitatis quam dioecesis subsidium petere, das ihm bewilligt worden ist, erklärt, es ex nullo jure vel consuetudine, sed ex ipsorum benevolentia empfangen zu haben und gibt die feierliche Versicherung, dass die petitio nie wiederholt werden wird; 1324 M. B. 39, 254/6: Bitte um Steuerbewilligung zur Begegnung grosser Gefahren, da ecclesia gravibus debitorum oneribus onerata. 1400 M. B. 44, 624: Das Hochstift bevollmächtigt 5 Adelige (Scinsheim, Thüngen, Vogt v. Salzberg, Stein, Rosenberg), die zur Schuldentilgung auf 12 Jahre bewilligte Landessteuer zu

Wenn auch nicht zweifelhaft sein kann, dass der fränkische niedere Adel zum grossen Teil auf Kosten der dortigen Bistümer, als der hauptsächlichen Arbeitgeber, emporgekommen ist und dass deren andauernde finanzielle Schwierigkeiten ihm noch besonders zu statten gekommen sind,⁷⁹⁾ so könnte diese Seite der Entwicklung, die aus den vorhandenen, meist geistlichen Urkunden am deutlichsten entgegentritt, doch auch überschätzt werden, und ist hier nochmals an den bedeutenden Grundbesitz des Reiches und seinen teilweisen Uebergang an den Kleinadel, direkt oder durch die Mitglieder der Burggrafen, Grafen und freien Herren — mittels Belehnung, Heirat etc. — zu erinnern.⁸⁰⁾ — Ferner ist in Bezug auf die Zeit des Emporkommens festzuhalten, dass der Ritterschaft zu beträchtlicherem Grundbesitz nicht erst die Zeiten um und nach 1300 und die damaligen recht- und unrechtmässigen Erwerbungen, sondern

verwalten. 1400 M. B. 44, 632 Vollmacht an die gleichen Personen zur Veräusserung von Besitzungen der Kirche bis zum Werte von 20 000 gl. (wahrscheinlich nicht vollzogen, s. dort). Für die frühere Zeit s. oben S. 44. n. 95.

79. Die Gegenwirkung der Bischöfe tritt zu Tage ausser in Bevorzugung des Klerus bei Veräusserungen und in den Vorsichtsmassregeln bei Vergebung von Vogeleien, auch in Anweisung grösserer Summen für Rückkauf und Ersatz entfremdeter Güter (z. B. 1327 M. B. 39, 303), sowie in der sehr häufig den im Felde besiegt oder sonstwie einer Strafe verfallenen Grafen und Rittern auferlegten Verpflichtung, ihre Allode dem Stift zu Lehen aufzutragen; s. z. B. 1243 Schultes, I. 169 und Fries bei L. 623, 642, 667, 683, 854.

80. Der Adel der Kantone Altmühl, Gebirg, auch Odenwald, wird z. gr. Teil auf diesem Wege heraufgekommen sein. — Für den Adel im Dienste der Würzb. Grafengeschlechter s. bes. das Henneberger Urbarium v. 1317 bei Schultes, I. 183—237; auch dort wird nicht selten von eigenmächtigen Erweiterungen des Besitzes auf Kosten der Herrschaft berichtet, sowie von Pfandschaften (dazu s. bes. auch die Urkk. v. 1348 ff., ebenda I. 246/7, 250/1). Ein Henneberg-Schl. Lehenverzeichnis v. 1317 bei Schultes II. 30—62.

schon die Periode der Ministerialität und der Reichskriege vom 10. bis 13. Jahrhundert verholpen haben müssen. — Ueber die Verteilung des Grundbesitzes innerhalb der Ritterschaft wissen wir noch sehr wenig. Anzunehmen ist, dass jeweils nur verhältnismässig wenige Geschlechter die Gelegenheit zu grösseren Erwerbungen durch Dienste am Hof, im Feld und in Geldgeschäften ausnützen konnten, dass deshalb bedeutende Verschiedenheiten bestanden haben und vielleicht die sehr grosse Mehrzahl auch bei günstigen Zeitverhältnissen über einen nur mässigen Besitzstand nicht hinausgekommen ist.⁸¹⁾ Als ganzes betrachtet würde die wirtschaftliche Entwicklung der Ritterschaft keinesfalls eine gleichmässig aufsteigende Linie darstellen. Nicht nur gelegentliche Einflüsse, wie Seuchen oder anhaltende Missernten, nicht nur der — i. g. seit dem 13. Jahrhundert allmählich nachlassende⁸²⁾ — Eifer zu frommen Schenkungen, auch einzelne wesentliche Momente der wirtschaftlichen Entwicklung, wie das Missverhältnis zwischen steigenden Preisen und festen Renten aus Zinsgütern, auch die Schmälerung der Verdienstmöglichkeit bei allmählichem Ersatz vieler mittlerer Grundherrschaften durch wenige grosse mussten zu verschie-

81. S. v. Inama III. 1, 180.

82. Ueber die bedeutenden Schenkungen bes. der grösseren Grundherrschaften bis zu Ende noch des 13. Jahrhs. s. Th. Henner: Bischof Hermann v. Würzb., u. Stein, *Gesch. Frankens I.* (z. B. 298, 328, 369), über das nun beginnende Nachlassen der Opferwilligkeit allgemein Inama III. 1, 164. Immerhin kommen selbst Stiftungen neuer Klöster durch einfache Ritter auch noch im 15. Jahrh. vor (s. z. B. Fries b. L. 697, 807). — Zu vergl. die Urkk. 1173 Ussermann, Bamberg 123; 1246, 1262, 1275, 1276 M. B. 37, 325, 401, 453, 492 (Mehrfach grössere Güter und einfach Ritterbürtige). Von da ab meistens Zehente betreffend, z. B. zw. 1290 und 1320 M. B. 38, 15, 130, 258, 339, 396, 410, 428, Bd. 39, 98, 118; der Einfluss der Frauen ist nicht zu verkennen (vgl. auch 1254, 1303, Wittmann 44 f., 102). Anlass war sehr häufig der Eintritt eines Verwandten in das betr. Kloster; vgl. *Regesten des Klosters Wächterswinkel im Archiv für U. Fr.* Bd. 15 (1861).

denen Zeiten in verschiedener Art und Stärke wirken, konnten die Ursachen wirtschaftlicher Krisen werden. Eine solche Krisis wird für die fränkische Ritterschaft um 1330 durch häufigere Verkäufe „propter onera gravia debitorum“ angedeutet.⁸³⁾ —

Die altgermanische Rechtsanschauung, dass dem Geschädigten die Wahl zwischen Selbsthilfe und Klage vor Gericht frei stehe, hatte, in Zeiten kräftiger Staatsgewalt mühsam gewandelt, seit dem Mainzer Landfrieden von 1235 die gemeinrechtliche Form angenommen, dass die Fehde nur da zulässig sei, wo der Kläger mit Hilfe der Gerichte zu seinem Recht nicht habe kommen können; innerhalb des Ritterstandes hatte sich eine besondere gewohnheitsrechtliche Entwicklung vollzogen, welche das alte Fehderecht schon früh wieder zur vollen, hier erfolglos bekämpften Geltung gebracht hatte; seit 1235 war es unter die Strafe des Landfriedensbruches gestellt.⁸⁴⁾ — Wenn auch nach 1250 die noch frische Kraft des Ritterstandes, den stolzen Traditionen getreu, auf den grösseren Kriegsschauplätzen der Zeit und im Dienste des Kaisers sich zu betätigen trachtete,⁸⁵⁾ so

83. A. d. Jahren 1325—1332 M. B. 39, 265, 330, 333, 380, 332, 383 459, 463, 465. Verkäufe von Höfen, Gütern, Zinsen, *urgenti necessitate* etc., durchweg an geistl. Stellen oder Personen; Kaufsummen von 40 bis 330 Pf. H.; Namen: Fuchs, Rüde, Grumbach, Zobel, Witolshusen, Retzstadt, Tungersheim etc.

84. Schröder, *Rechtsgesch.* 79 ff. 342 f. 651 ff. 759; v. Zallinger: „Der Kampf um den Landfrieden in Deutschland während des Mittelalters“ in den *Mitlgen. des Inst. für österreichische Gesch. Forschung*, Erg. Bd. 4 (1893). — Aus dem Landfrieden Fr. I. v. 1186 (Weiland I 449) erhielt sich dauernd die Forderung, dass jede Fehde dem Gegner mindestens 3 Tage vor Eröffnung der Feindseligkeiten förmlich angesagt werden müsse (art. 17). Der Mainzer Landfriede v. 1235 bei Weiland II. 241. —

85. Fälle, in denen Grafen u. Ritter in Kämpfen des 14. Jahrh. in Frankreich, Italien, den nordischen Reichen und gegen die heidnischen Litthauer in Preussen sich ausgezeichnet, bei Stälin, *Wittenberg'sche Gesch.* III 212, 358. Vgl. die Urkk. v. 1315, 1323 ff. Schultes, *Henneberg* II. 20, 67 ff.

wurde solches doch nur wenigen Begünstigteren wirklich möglich, in der Hauptsache mussten die Kräfte fortan innerhalb der Landschaft verbraucht werden, im Dienst der Fürsten und Herren und in selbständigen Fehden mit Hilfe guter Genossen. An Vorwänden und auch an triftigen Gründen zur Fehde konnte es bei der weitgehenden Teilung der Rechte, der oft durch Generationen vererbten Bestrittenheit gegenseitiger Ansprüche, und den Finanznöten der Dienstherren kaum jemals fehlen.⁸⁶⁾ Sehr nahe musste von Anfang an der Missbrauch des Fehderechtes liegen, für den im Gefühl seiner Macht das Recht des Anderen missachtenden Herrn, mehr noch für die Masse der auf meist nur geringen Lehenbesitz, ja bei dem Grundsatz der Unteilbarkeit der Lehen vielfach allein auf Erwerb durch ihr Schwert angewiesenen Ritter. Erscheinungen berufsmässigen Raubrittertums sind schon seit frühen Zeiten dauernd nachweisbar;⁸⁷⁾ seit dem 13. Jahrhundert gab der Haß des Kriegers gegen die mit unkriegerischen Mitteln zu Ansehen und Wohlstand aufsteigenden Städter diesen Auswüchsen neue Nahrung.⁸⁸⁾ Der Kampf gegen sie, sowie gegen die in gutem Glauben, jedoch rechtswidrig — nicht erst nach vergeblicher Beschreitung des Rechtsweges und rechtszeitiger Ansage — begonnene Fehden ging seit Rudolf I. mehr und mehr vom Reiche auf die Landschaften über; an Stelle der Gesetzgebung⁸⁹⁾ traten die, im 14. Jahrhundert meist noch

86. S. Wilwolt v. Schaumbergs Biogr. S. 58, 60, auch das Kapitel „Krieg u. Fehde im 14. u. 15. Jahrh.“ in G. Freitags „Bildern“ II. 273 ff.

87. v. Zallinger a. a. O. 447; dort auch die Chronistenangabe z. J. 920: *Multi illis temporibus etiam nobiles latrociniiis insudabant.*

88. „... hii qui habebant assidue manus pendulas ad rapinam dicentes esse sordidum, mercatores habere super homines honoratos et nobiles dominatum.“ Alb. Stade, bei Roth v. Schrekenstein I. 276. —

89. Fränkischer Landfriede v. 1281 Mon. Germ. leges II. 432, ebenso wie die zw. 1273 u. 1313 erlassenen Reichslandfrieden eine

unter Vermittlung und mit Beteiligung des Königs abgeschlossenen Landfriedenseinungen.⁹⁰⁾

Die hauptsächlichsten, allen fränkischen Bündnissen dieser Art⁹¹⁾ im wesentlichen gemeinsamen Punkte sind: 1. Einsetzung einer vereidigten Kommission für die Behandlung

geringe Abänderung des Mainzer Gesetzes von 1235; am Schlusse heisst es: „Wir Rudolf v. G. Gn. . . . haben geschafft, dass die Bischof, Grafen, Freien, Dienstmann u. gemeiniglich alle die von Franken haben geschworen zu den Heiligen am St. Jakobstag zu Nürnberg in der Schotten Münster, dass sie . . . den Fried als der vor bescheiden ist, sollen halten u. schaffen mit ihren Unterthanen, dass sie ihn auch halten;“ (auf 5 Jahre). Weitere Landfrieden v. 1287 (Würzburg,) 1303 u. 1323 (Nürnberg), in „Neue Sammlung der Reichsabschiede“ I. 34, 38, 43. —

90. Doch sind provinzielle Landfriedenseinungen, auch in Franken, schon seit dem 11. Jahrh. nachweisbar (vgl. v. Zallinger S. 545 n. u. Urk. v. 1103 M. B. 37, 31.) —

91. 1340 (Mon. Wittelsb. II. 363): Einung zw. den Söhnen des Kaisers u. den fränk. Fürsten, Edlen u. Städten; von Karl IV. seit 1349 sechsmal, zuletzt 1378, für die fränk. und angrenzende bair. u. schwäb. Gebiete in wechselnder Gruppierung — 1358 fehlen z. B. die Bischöfe v. Würzb. u. Bamb. — erneuert (Böhmer-Huber, Regesten Karls IV.) — Einungen K. Wenzels mit fränk. u. a. Fürsten u. Städten v. 1389. (N. Samml. I. 91) u. 1397, inhaltlich erweitert 1398, 2. März; Dauer bis Nov. 1399; (Minutoli, „Friedrich I., Kurfürst v. Brandenburg, Beil. Nr. 32.) — K. Rupprechts „Einung u. Friede in Franken“ v. 1403, 26 VIII.; verbessert 1404, 11. VII., erneuert 1407, 19. VII. (Chmel, Regesta Ruperti regis. Urk. Nr. 17, S. 205; vgl. L. Fries bei L. 683.) Teilnehmer: Würzburg, Bamberg, Fulda, Burggraf Friedrich u. die 5 Reichsstädte. — L. Fr. Einung der 4 fränk. Fürsten („für uns alle, unser Ritter, Knecht, Städte, Schlösser, Land, Leute“) u. dreier Reichsstädte von 4. II. 1427 (Minutoli Nr. 42); desgl. der Bischöfe von Bamb., Würzb. u. des Kurfürsten Friedr. v. 11. XI. 1436 (ebenda Nr. 45: „Zum 1. sollen u. wollen wir obgen. Fürsten, unser Grafen, Herren, Ritter u. Knechte, die dann mit uns in diesem gemeinen Friede kommen, uns freundlich zu einander halten;“ jeder Fürst ordnet zwei seiner Räte, jedes Fürsten Ritterschaft einen aus ihrer Mitte ab zur Bildung des Landfriedensausschusses. Vertreter der Ritterschaft bekrunden am Schlusse die Einung mit.)

aller den Landfrieden betreffenden Fragen; meist ernannte der König den Obmann, die Vertragschliessenden, — Fürsten und Herren aus ihren ritterlichen Mannen, die Städte aus ihren Ratsmitgliedern — die Beigeordneten; zu bestimmten Zeiten (meist in jedem 3. Monat) kamen diese Geschworenen zusammen, ausserdem nach Bedarf, auf Beschreiben des Obmanns. 2. Wird ein Mitglied der Einung angegriffen und entscheidet die Mehrzahl der Geschworenen, dass der Angriff wider Recht geschehen ist, — dass also ein Fall von Raub, Mord, Brand, grundlosem Fangen oder unrechtem Widersagens (s. oben) vorliegt, — so sind sämtliche Mitglieder zum Beistand bis zur Abstellung des Schadens verpflichtet. 3. Irrungen zwischen Mitgliedern werden vor die Geschworenen gebracht; zum Vollzug ihres Entscheides haben nötigenfalls sämtliche Mitglieder Beihilfe zu leisten. 4. Offenkundig gewohnheitsmässige Räuber und Friedbrecher („schädliche verleumunte Leute“) haben weder Friede noch Geleit.⁹²⁾ Der Landfriede wurde beschworen von den Vertragschliessenden; ausserdem sollten ihn nachträglich zu geloben haben nicht nur alle Amtleute, Vögte, Richter der betr. Fürsten etc., sondern auch teils die Eingesessenen, soweit sie eigene Festen hatten (1340), teils alle reisigen Eingesessenen ohne Ausnahme (1349, 1398 etc.). Wer den Schwur weigerte, ward friedlos, seinen Angreifern preisgegeben.⁹³⁾ — Weitere Bestimmungen betreffen: den Vorbehalt der Mitglieder für ihre Rechte, Freiheiten und Gerichte, ferner — ein sehr wichtiger Punkt — die, nach vergeblicher Mahnung durch die Kommission zur Zahlung oder

92. Vgl. v. Zallinger a. a. O. 456 f.; Schröder, Rechtsgesch. 774 f. — Mitunter ist die Friedlosigkeit auch auf alle reisigen Knechte ohne Herrn, der sie verantwortet, und ohne glaubhaften Bürgen für ihre Unschädlichkeit ausgedehnt.

93. Die Friedenseinung von 1427 sieht ein Gelöbnis nicht vor und es kann zweifelhaft sein, ob sie noch den Charakter der Landfriedenseinung trägt. —

Stellung vor Gericht, in bestimmter Form zulässige private Pfändung,⁹⁴⁾ das Verhalten auf Kriegszügen von Reichs- oder Landfriedens wegen,⁹⁵⁾ Kontingente und Geldbeiträge festgesetzt meist durch die Kommission, Verpflichtung zur Nach-eile bei Freveltat und Geschrei, Halten einer ständigen Polizeitruppe (1427, von mindestens 60 Pferden), Vereinbarungen mit benachbarten Landfrieden in Schwaben und Baiern u. s. w. — Wie diese Landfriedensorganisationen z. gr. Tl. beruhen auf den schon im 13. Jahrhundert üblichen Verträgen der Fürsten und Herren, ihren für den Austrag von Streitigkeiten eingesetzten Mannengerichten, so ziehen sich auch durch das 14. und 15. Jahrhundert solche Bündnisse, die neben Verfolgung besonderer Zwecke hauptsächlich auch die Beruhigung des Landes erstreben, durch Austragsgerichte und bewaffnete Hilfe Fehde und Strassenraub einzuschränken suchen, die somit den eigentlichen beschworenen Landfriedenseinungen sehr nahe kommen und hie und da auch, durch Erweiterung ihrer Bestimmungen in diese übergegangen sind.⁹⁶⁾

94. 1400 (M. B. 44,625) traf das Hochstift Würzb. mit Anzahl seiner Gläubiger ein Abkommen, worin diese sich verpflichten, für bestimmte Zeit keinen Zugriff oder Beschädigung zu tun von derselben Schulden wegen; vgl. unten S. 93 n. 20.

95. Die Bestimmungen (z. B. 1404/7) zeigen das geringe Zutrauen zu der Rechtlichkeit auch der Organe des Landfriedens. Kam es doch vor, dass der Hauptmann des Landfriedens selbst als Kirchenräuber exkommuniziert wurde. (Wyneken, Landfrieden in Deutschland von Rudolf I. bis Heinrich VII. Gött. Diss. 1886, S. 40).

96. 1316 M. B. 39, 62; 1339 M. B. 40, 271. Zw. Mainz, Würzb., Burggraf v. Nürnberg: Hilfeleistung bei Mahnung. Für Entscheidung innerer Zwiste durch Minne oder Recht sind bestellt: Gr. Rudolf v. Wertheim als Obmann, die Amtleute zu Durn, Hohenberg u. Onolzbach als Ratsleute; 1341 M. B. 40, 372; 1395 M. B. 44, 388, — 1401 (J. Looshorn, Bistum Bamberg IV. 7 ff.); 1403 Juli (ebenda): Uebereinkunft wegen des Landfriedens zw. Bamb., Würzb., 2 Burggr. v. Nürnberg, 2 Gr. v. Henneb., Joh., Herrn zu Hohenllohe u. vielen Ritters u. Knechten „auf Befehl K. Rupprechts“; Vorbereitung zu

Kunde von der Tätigkeit der Landfriedensgerichte geben deren erhaltene Entscheidungen.⁹⁷⁾ — Ueber die praktischen Ergebnisse erfahren wir a. d. Jahre 1398, dass der damalige Hauptmann des Landfriedens, Burggraf Friedrich v. Nürnberg, seine Aufgabe ernst nehmend, durch Verträge mit den Grafen v. Henneberg und den Landgrafen v. Thüringen sich deren Beitritt zur Einung, mit einem Teil der fränkischen Ritterschaft⁹⁸⁾ die nötige Kriegsmacht auch für

dessen Landfrieden. — Fränk. Fürsteneinung v. 1422, erneuert 1424, abermals u. erweitert durch den Beitritt fränk. Reichsstädte 1427 (desgl. S. 177 f.); 1440 Minutoli a. a. O. 137 Nr. 54; 1448/50, 1457, 1464 (Looshorn IV. 288 ff., 308).

97. 1359, Schultes, II. 149: Der Hauptmann des Landfriedens zu Rothenburg u. mit ihm die Ritter, die den L.-Fr. daselbst besitzen, verkünden, dass Frau Elsbeth Gräfin zu Henneberg vor ihnen mit dem L.-Fr. geklagt hat nach Recht gegen 3 Ritter, die ein Dorf geplündert. Entscheid ist, dass man der Klägerin zu Schadenersatz helfen soll mit dem L.-Fr. als es gesetzt ist. — 1359 M. B. 42, 597. 1376 Wittmann 174; 1393 M. B. 44, 287. Joh. Graf v. Wertheim u. die 8, die mit ihm über den L.-Fr. zu Franken u. Baiern gesetzt sind, über das Nichterscheinen des Amtmann zu Koburg, vorgeladen in e. Streitsache mit dem Bischof v. Würzb. 1380, 1396. (Obmänner die Ritter Fr. v. Streitberg u. A. Fuchs), Wittmann 187, 197. 1404 Schultes I, 509. — Gütlicher Vergleich vor dem Landfriedensgericht wird in dessen Entscheidungen meist noch offen gehalten.

98. 1398 Minutoli a. a. O. Nr. 35 S. 90. Die von Schaumberg, Lichtenstein, Hessburg, Stein, Rotenhan, Fulbach, die Fuchse, Marschalk, Zollner, „die in der Einigung sind,“ bekennen, sich mit dem Burggrafen Friedrich verbunden zu haben, der Räuberei zu wehren, „hie dieshalben des Mains bis in die Puechen“ insbes. zu einem Zug den sie tun sollen „über unsere Feinde, die andern Fürsten . . . u. uns u. sonst Städte, Land u. Leute wider Recht geraubt u. beschädigt haben; dazu wir ihm dienen sollen auf seine Kosten . . .“ Die genannten Ritterfamilien (die nach d. Präsenzliste des Schweinfurter Rittertages v. 1523 ausser Marschalk sämtlich dem Ritterort an der Baunach angehören, scheinen damals eine bes. Einung bereits gebildet zu haben (vgl. auch Minutoli S. 88). Die Schlacht bei Berchthaim (11. I. 1400) wird durch das 60 Pferde

den täglichen Kleinkrieg sicherte, nachdem er durch Zerstörung einer Burg mit Hilfe der Einungsfürsten und des Hauptmanns über den L.-Fr. in Baiern bereits einige Friedbrecher (2 Marschalks, 2 Vogte von Salzburg, W. v. Sternberg etc.) zur Unterwerfung unter den Landfrieden gebracht hatte.⁹⁹⁾ — 1403 zogen „aus Gebot des Königs und zur Vollziehung des Landfriedens“ versch. fränkische Grosse vor ein Raubschloss derer v. Hutten. Dort vermittelten jedoch deren Freunde ein Abkommen, demgemäss die Fürsten abzogen, die von Hutten aber gelobten, dem Rechtsspruch des L.-Fr.-Hauptmanns und zweier Würzb. Räte sich zu unterwerfen. Auch dieses Schiedsgericht erkannte auf Abstellung der Würzb. Beschwerden (Brandschatzungen, Fehden wider Recht, „dass sie ihrer zum rechten nicht wollten mächtig sein lassen“ etc.) und auf Schadenersatz; von dem endlichen Vollzug hören wir nichts.¹⁰⁰⁾ — Für den Vollzug wird, bei meist beschränkten Machtmitteln, der Hauptmann in der Regel genötigt gewesen sein, mit den Parteiungen innerhalb der Ritterschaft zu rechnen und dadurch in Gefahr gekommen sein, Privatzwecken dienstbar zu werden, wenn auch die Landfrieden den Zusammenschluss gerade der ge-

—————

starke bischöfl. Aufgebot des Adels an der Baunach entschieden; Fries bei L. 676.

99. Urkk. v. IX. 1398 ausgestellt vor Marisfeld u. XI. 1399, Minutoli Nr. 33—38.

100. Fries bei L. 684. — 1409 hatten die v. Aufsess die Würzb. Stadt Schwarzach geschätzt. Auf Klage des Bischofs vor dem L.-Fr. sollten sie den Städtern Entschädigung zahlen, allein sie erreichten durch Verhandlung mit dem (neuen) Bischof, „dass er ein ziemlich nahm u. das Recht wieder abschaffte. Die von Schwarzach mussten im Schaden liegen.“ Fries bei L. 687. — Als die v. Thüngen v. ihrer Burg Reussenberg aus Würzb. Gebiet geplündert hatten, erwirkte der Bischof vor den Landfrieden einen Exekutionsbeschluss; auch hier kommt es aber nur zu einem Kompromis, (1393), wonach die Ritter Allode zu Lehen auftragen u. die alten Verträge wegen Reussenberg neu geloben und wenig später sind die Plackereien wieder wie früher im Gange.

sünderen Elemente innerhalb der Ritterschaft gefördert haben werden. Wenig wahrscheinlich ist, dass die vorgesehene Beschwörung der Landfrieden durch alle Reisige später noch wirklich, auch nur zum grössten Teil, zu erreichen gewesen wäre, dass die gegen Räuberei, gegen das Beherbergen von Friedbrechern¹⁾ etc. gerichteten Bestimmungen sich hätten bei den damaligen Anschauungen von den Vorrechten der Ritterbürtigen wirklich durchsetzen lassen.

Von König Sigismund waren die Versuche zur Einwirkung durch die Reichsgesetzgebung wieder aufgenommen worden, z. B. 1431, — zunächst zur Stärkung der Wehrkraft des Reiches in den Hussitenkämpfen, — das Recht zur Fehde im ganzen Reiche vorübergehend gänzlich entzogen worden.²⁾ Aber weder diese Bestrebungen noch auch der Nürnberger Landfriede König Albrechts, — der das Fehderecht dauernd aufzuheben und das rechtliche Verhältnis der verschiedenen Stände festzulegen versucht, als Grundlage der Reform die (z. Th. schon 1414 und 1435 geplante) Kreisverfassung vorgesehen hatte, — waren nach dem frühen Tode Albrechts von wesentlicher oder gar bleibender Wirkung.³⁾

1. Vgl. die hierin auf Lehens- u. Blutsverwandschaft Rücksicht nehmende Bestimmung in der *Constitutio contra incendiarios* v. 1186 (Weiland I. 449, § 16) u. die Burgfrieden noch des 16. Jahrh., welche die Aufnahme von Landfriedensbrechern allein an deren Gelöbnis knüpft, dem Burgfrieden gemäss leben zu wollen (z. B. ca. 1520, Wittmann 314).

2. Vorschläge von 1414, 1427, 1435, 1437, Landfriede v. 1431 (Neue Sammlung I. 111, 120, 150, 152; 144 [für 1 Jahr]). —

3. 1438 (Neue Sammlung I. 154, 164): Ein Graf, Freier, Ritter oder Knecht klagt gegen einen Fürsten 1. um Schulden oder um einen schlechten Spruch, nicht antreffend Lehen, Herrlichkeit, Freiheit, Ehre, Leib oder liegend Gut: vor dessen Räten, die dem Kläger unverdächtiglich sind. 2. um Erb u. Eigen: vor dem ordentlichen Gericht zu dem das Gut gehört. 3. um Lehen oder Herrlichkeit: vor dem Lehensherrschaft, von dem solche Lehen u. Herrlichkeit herkommen. — Ein Fürst klagt gegen einen Grafen oder Ritter etc. 1. Um Schuld oder Spruch vor dem Herrn u. seinen Räten, dessen

K. Friedrich III. beschränkte sich 1442 wieder auf das Verlangen rechtlichen Widersagens; seine späteren, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Fortschritte der Türken, erlassenen Landfrieden haben an der tatsächlichen Herrschaft des ritterlichen Fehderechtes nichts, an dessen Auswüchsen nur wenig ändern können. In der Erläuterung noch desjenigen von 1487 gilt der gewaltsame Vollzug eines Gerichtsurteils durch die siegreiche Partei selbst als erlaubt,⁴⁾ Die schon früher merkbare, seit 1467 stärkere Initiative der höheren Reichsstände brachte nach dem Tode des alten Kaisers die Reformbewegung in lebhafteren Fluss und erreichte, dass 1495 zu Worms das Verbot jeglicher Fehde auf alle Zeiten von Reichswegen ausgesprochen und die Errichtung eines Reichskammergerichtes beschlossen wurde, worauf in den nächsten Jahrzehnten diese Beschlüsse zur Wirkung zu bringen, und eine Reichsverfassung durch Kreiseinteilung und Reichsregiment auszubauen unternommen worden ist.

Besondere Bündnisse innerhalb der Ritterschaft treten in Franken wie in Deutschland überhaupt seit Mitte des 14. Jahrhunderts auf.⁶⁾ Die Gemeinsamkeit der Lebens-

Mann, Rat oder Diener der Beklagte ist. 2. u. 3. wie oben. Für Streitigkeiten zwischen Grafen, Rittersn etc. ist zunächst der gütliche oder rechtliche Austrag durch gewählte Schiedleute, führt das nicht zum Ziel, die Klage vor dem Herrn des Gegners vorgesehen. Nicht genannt bleibt das Forum für Klagen des Adels gegen Fürsten in Sachen, die Freiheit, Ehre, Leib betrafen; vermutlich war für sie der Austrag vorgesehen; vgl. dazu die Urkk. v. 1408 u. 1420 unten S. 89 und oben S. 30 n. 54.

4. 1442, 1467 (auf 5 Jahre, Strafe der Reichsacht), erneuert 1471, 1474, Neue Sammlung I, 170, 225, 244, 261; 1486/1487, N. S. 275/81 f. —

5. s. die Aktenstücke bei Rancke, Ref. VI., z. B. den „Abschied geistl. Kurfürsten, mit was Mittel das Römer Reich wieder aufzubringen wäre,“ v. ca. 1453, (S. 9 ff.)

6. In Frankreich schon früher; Beispiele v. 1248, 1281 bei Roth v. Schreckenstein (I. 447 f.), der für diesen ganzen Abschnitt zu vergleichen. S. auch Gierke, Genossenschaftsrecht I. 487 ff. — Auch

führung und Interessen, wie des Gegensatzes zu Fürsten und Städten, das Beispiel dieser Stände, die Traditionen der Ministerialität, die Machtlosigkeit des einzelnen Ritters der feindlichen Stadt, wie den Anforderungen seines Lehens- und Gerichtsherrn gegenüber mussten zu solcher, noch lange freilich stets nur für kurze Zeit eingegangener Beschränkung des Einzelwillens und der Sonderinteressen veranlassen.⁷⁾ Die um 1355 gestiftete Rittergesellschaft der „Fürspänger“ hatte eine nicht politische im wesentlichen religiöse Grundlage.⁸⁾ Dagegen scheint der Bund der Gesellen mit dem Greifen (1379) bereits, — wenn er auch in üblicher Weise ausnimmt alle, „denen wir mit Treuen und mit Eiden verbunden sind,“ — mit gegen die Fürstenmacht gerichtet gewesen zu sein.⁹⁾ Eine Einung fränkischer Ritter an der

in Deutschland schon frühere Andeutungen, z. B. 1271 Roth v. Sch. I. 248 (aus Ried, Cod. Ratisb. I. 524): Sühne zw. den Ministerialen von Freising u. denen von Regensburg durch ihre Bischöfe, nach Fehde wegen Raub u. Brandstiftung.

7. Noch zu untersuchen wäre wohl Zusammenhang und Wechselwirkung der grösseren Ritterbünde mit den Burgfrieden und Familieneinungen. Gewiss häufiger waren solche Einungen wie sie sich unter den urkundl. Nachrichten der Helmstadt'schen Familie finden: Einung in der Mark zu Helmstadt v. J. 1380 betreffend Nutzung u. Verwaltung der Mark, Geldbeiträge, Ausschuss, Verkaufsrecht der Genossen; Verkauf von Gütern überhaupt nur an solche, die „an Adel nit besser van wir geboren“ etc.; ferner Einung des ganzen Geschlechtes v. 1395 (35 Siegel) zur Schlichtung aller inneren Zwiste um Wort oder um Werke durch 3 erwählte „Gemeine“; jeder v. H. soll mit erreichtem 15. Jahre die Einung geloben. —

8. Das nach einer Nürnberger Reliquie der Jungfrau gewählte Abzeichen gab den Namen. Beiträge zur Stiftung ewiger Messen und zu Feierlichkeiten beim Tode eines Mitglieds; gegenseitige Aus- hilfe zu Hof- u. Turnierfahrten. — Spätere Ausartung in äusseren Prunk. Reformbeschluss a. d. J. 1520: Am jüngsten Tage werde nicht nach der Zahl der Messen gefragt werden, sondern es werde heissen nach der Schrift: ich habe gehungert u. ihr habt mich nicht gespeiset, etc. Der Verein erhielt sich bis 1602. — Die Namen der

Baunach wird 1398 aus ihrem Dienstvertrage mit dem Landfriedenshauptmann und aus den Urfehden von ihr in dessen Auftrag bekriegter Edelleute bekannt.¹⁰⁾ — Als Mittel zur Förderung politischer Standesinteressen tritt in Franken die ritterliche Einung ausgesprochener erst mit dem 15. Jahrhundert zu Tage. Die damals, i. J. 1402, von einem sehr grossen Teile der Würzburgischen Ritterschaft auf drei Jahre gelobte Einung will das Verhalten der Mitglieder zu einander und zur Aussenwelt, i. g. nach Art der Landfriedens-einungen, regeln und damit vor allen auch einen Druck ausüben auf das Verhalten des Landesherrn zu ihren Mitgliedern.¹¹⁾ Die Grundzüge der Organisation, die Berück-

ersten Mitglieder gehören der Würzb. Ritterschaft an. Archiv f. U. Franken III. S. 118 ff.; s. Roth v. Schr. I. 518 ff. —

9. Bundesbrief v. 1379 i. Archiv f. U. Fr. XIV. 2, 259. „... Wär es, dass unser (einer) eines Herren Amtmann wär oder sein Diener, der mit unser Gesellen einem zu schicken hätte, wenn ihn dann die 3 Könige (d. i. der Bundesausschuss) hiessen, dass er es abtäte, so soll er es tun u. soll unserm Gesellen, der mit dem Herrn zu schicken hätt beholfen sein als ander unser Gesellen.“ An der Spitze steht ein Graf v. Wertheim; von den 44 Siegeln gehören die erkennbaren meist dem Adel im Odenwald an (Gr. v. Rieneck, Schenk v. Erbach, Helmstadt, Gebadel, Rüdts v. Bödighheim, Krautheim, Hartheim etc.) — Eine Turniereinung von 137 fränkischen Grafen, Herren, Rittern u. Knechten v. 1387 i. „Hennebergischen Urk. B.“ (1842 ff.) IV. 31. —

10. Vgl. S. 76, n. 98. —

11. 1402, 8. XI. Lünig, Reichsarchiv. Pars spec. cont. III. Franken 226: Fünferausschuss. Bei Verunrechtung eines Mitglieds Fürbitte der Genossen auf Recht; wenn erfolglos bewaffnete Hilfe nach Erkenntnis des Ausschusses. Austrag innerer Zwiste durch die Fünfer in bestimmter Frist. „Ob sich Kriege in andern Landen unter Fürsten, Herren, Städten erheben,“ sodass die Einungsbrüder (in Folge ihrer Dienst- und Lehensverhältnisse) sich feindlich gegenüberständen, „sollen sie und ihre Diener zu dem Andern nicht greifen oder ihn beschädigen mit ihren Schlössern oder sonst, auch keine Kundschaft über den andern geben.“ — Lehensachen werden dem Lehengericht vorbehalten, die bestehenden Burgfrieden durch die Einung nicht berührt. Unter den 113 Siegeln der Urk. sind die

sichtigung entgegenstehender Schwierigkeiten und viele Einzelheiten kehren in den meisten späteren Rittersetzungen, auch des 16. Jahrhunderts, wieder. Ausgenommen wird hier neben dem König auch der Bischof v. Würzburg; „es wäre denn dass uns unser gn. Herr von Würzburg beschweren wolle, uns und die Unsern, mit Zöllen, Dätzen (Taxe, Steuer), Ungeld (Verbrauchssteuer) oder mit anderer Unbilligkeit, anders denn unsere Eltern, wir und das Land zu Franken bisher kommen sein.“ Wird der Bischof hierin ihre Bitte und ihre Dienste nicht ansehen, so wollen sich die Einungsbrüder „dess mit einander einträchtiglich aufhalten und dawider treulich setzen,“ damit sie bei altem Herkommen bleiben. Nicht die Gerichtsbarkeit des Bischofs und die Art ihrer Ausübung sondern Steuerforderungen waren demnach der hauptsächliche Anlass, der die Würzb. Ritterschaft in diesem Falle gegen den Landesherrn in Einung gebracht hat.¹²⁾ Der Bund scheint noch im Frühjahr 1403 bestanden zu haben;¹³⁾ über seine weiteren Schick-

der Grafen v. Henneberg, Wertheim, Rieneck, Kastell, der Herren v. Hohenlohe, der Familien v. Seckendorf, Bibra, Lichtenstein, Grumbach, Vestenberg, Truchsess, Thüngen, Hutten, Zobel, Schaumberg, Rotenhan, Münster, Seinsheim, Fuchs, Stein, Schott, Giech u. s. w.

12. Nach Riezler, Baiern III. 751 haben die Bündnisse des Adels gegen die Steuerforderungen der Herzöge den Grund zur Ausbildung der dortigen Landstände gelegt. — Bischof Joh. v. Würzb., (seit 1400) hatte, durch die überkommene Geldnot genötigt, 1401 eine allgemeine Steuer auf 5 Jahre ausgeschrieben; dazu kam 1403 eine allgemeine Bede des 10. Pfennigs für Geistliche, des 15. für Laien, auf 3 Jahre (Fries bei L. 682 f.). — Fries berichtet (S. 660 bis 804) von ausserordentlichen Steuern oder Beden zwischen 1375 und 1450 aus folg. Jahren: 1376 (auf 2×2 Jahre), 1385 (Weinbeden, von allen Stifts- u. Reichsuntertanen), 1396, 1401, 1402 (Stiftsklerus), 1403, 1407, 1410, 1413, 1422, 1428, 1435, 1446, (von jeder Heerdstätte 1 gl.) 1447 (Korn- u. Weinsteuer, auf 10 Jahre), 1450 (s. S. 94 n. 24).

13. Wenigstens ist in dem von L. Fries (Würzb. Geheimschreiber, geb. 1491 gest. 1550) verfassten Repertorium (Tom. II

sale und seine Stellung zu dem im Sommer 1403 geschlossenen Landfrieden bieten die gedruckten Quellen nur sehr wenig.¹⁴⁾

Reichsgesetzlich waren Bündnisse zwischen Privaten oder Städten nur erlaubt, wenn mit Wissen des Landesherrn geschlossen und wenn sie diesen ausdrücklich ausnahmen;¹⁵⁾ auch der fränkische Landfriede König Rupprechts enthält Bestimmungen gegen „böse Gesellschaften,“ die ohne Wissen des Reichs entstanden und „gemeinem Nutz und Friede schädlich.“¹⁶⁾ — Ein gänzlicher Bruch mit der Vergangenheit, eine in das Verhältnis zwischen Fürst und Ritterschaft tief eingreifende, für die Zukunft folgeschwere Massregel war es, als König Sigismund nach der schweren Niederlage bei Deutsch-Brod, mit den meisten Reichsfürsten noch in schlechtem Einvernehmen und des Ersatzes an Streitern dringend benötigt,¹⁷⁾ im Herbst 1422 der Ritterschaft überall in deutschen Landen, mit ausdrücklicher Beziehung auf den Zwang, den sie vielfach erleide, das Recht gewährte,

„Ritterschaft“) im Würzb. Archiv eine Einung v. 23. IV. 1403, auf 2 Jahre, mit gleichen, etwas verstärkten Tendenzen verzeichnet, die eine Bekräftigung derer von 1402 gewesen sein dürfte. Sicheres hierüber, wie nähere Aufschlüsse für die ganze folgende Epoche wird erst eine Bearbeitung des II. Bandes der „Ritterschaftshandlungen“ (1403—1483, Standbuch Nr. 494) im Würzb. Archiv geben können.

14. Ein Graf Friedr. v. Henneb., der 1402 als Haupt des Ritterbundes erscheint, schliesst 1403 die Uebereinkunft auf Befehl K. Rupprechts mit ab. (s. oben n. 96); 1410 erneuerten fränk. Grafen, Herren und Ritter ihre Einung auf 3 weitere Jahre (Roth von Schr. I. 602).

15. Goldene Bulle cap. 15 (Neue Sammlung I. 69 f.); vgl. Urk. v. 1224 Weiland II. 638.

16. Chmel, Regesten S. 208. Ebenso im Landfrieden zu Eger 1389 (Neue Sammlung I 93.) 1372 hatte Karl IV. zur Befestigung des Landfriedens die Auflösung gewisser Ritterbünde in Schwaben verfügt. Stälin III. 310.

17. Prutz, Staatengesch. im Mittelalter II. 387, 400 f.

„sich mit einander zu verbinden, wie sie das am besten dünken werde, auch Reichsstädte in ihren Bund zu nehmen“.¹⁸⁾ Ferner ist noch eine Mahnung des Königs an die Ritterschaft „auf dem Gau und Westerrich“ von 1429 erhalten, sich, da sie „vast und merklich gedrunge werde,“ zu vereinen. Sie möchten selbst prüfen, welchen Nutzen der Ritterschaft vom St. Georgenschild (in Schwaben) ihre Einung, dazu er ihr geholfen, hoch und täglich bringe.¹⁹⁾ — Diese veränderte Lage der Dinge musste schon einer Einung zu gut kommen, welche Ende 1423 Grafen, Herren, Ritter und Knechte zu Franken in grösserer Anzahl unter sich und mit der Reichsstadt Schweinfurt auf 10 Jahre schlossen.²⁰⁾ Schon einige Jahre zuvor hatte eine Anzahl Herren und Ritter mit der Stadt Schweinfurt, die sich geweigert, vor dem Würz-

18. 1422, 13. IX. Bürgermeister, Cod. dipl. equestris I. 30: Der König hat „vernommen, dass die Ritterschaft in deutschen Landen viel Zwang erleidet u. fast gedrunge wird von ihren Rechten.“ Da er selbst zur Abhilfe oft zu fern, gibt er ihr „volle Macht u. Gewalt . . .“ etc. — Mit einer so verpflichteten, organisierten Ritterschaft mussten Verhandlungen leichter möglich, ein Erfolg wahrscheinlicher sein. — Jedoch hat der Kaiser mit der Begünstigung einer Verbindung von Ritterschaft u. Städten, als Gegengewicht gegen die Fürstenmacht, völlig neue Bahnen nicht eingeschlagen; vgl. z. B. den Landfriedensbund K. Albrechts v. 1307 (Stälin III. 113) u. die k. Privilegien v. 1333 u. 1366 an die vier Reichsstädte der Wetterau „dass sie sich von Reichswegen verbinden mögen zu Herren, Rittern u. Knechten auf dem Lande;“ W. Wettermann, Wetterau, (1608) S. 21; u. Moser in Maders Magazin II. 183.

19. Bürgermeister, I. 31.

20. Bundesbriefe v. 3. XII. 1423. Lünig P. spec. cont. III. Abs. II. 228 u. 232. Wegen viel beschwerlicher Neuerungen, doch zur Förderung des Friedens. Hauptmann ist Graf L. v. Castell. Die sechs vorgesehenen Versammlungsorte liegen sämtlich (für Gr. Bankheim ist wohl Gr. Wenkheim zu lesen) im Gebiet der Würzb. Diözese. In beiden Urk. wird allein der König ausgenommen. — Ein Rechtsspruch der „fünf über die Einung der Ritterschaft zu Franken Gekorenen“ v. 1431 (Lünig, P. sp. cont. III. 2. S. 240) zeigt, wie machtlos die Einung der wilden Gesinnung des Einzelnen

burger Landgericht zu Recht zu stehen, in Feindschaft gegen den Bischof sich verbunden.²¹⁾ Wie damals (Juli 1421) durch Graf F. v. Henneberg und andere, kam jetzt (März 1424) durch Vermittlung des Bischofs von Bamberg ein Vergleich zustande, und schon aus den nächsten Monaten liegen Beitrittserklärungen vor zu der Einung, welche die fränkischen Fürsten inzwischen geschlossen hatten „mit Grafen, Herren, Rittern und Knechten in ihren Landen zu Franken gesessen, und nämlich mit denen, die zuvor daselbst in Einigung und Freundschaft sich gesetzt.“²²⁾ Es ist die Anpassung der fürstlichen Politik an die nach beginnendem Zusammenschluss des Ritterstandes in selbständigen Einungen von politischer Färbung und nach Gutheissung, ja Förderung dieses Prozesses durch die Reichsgewalt veränderte Lage. Wie nach Lockerung des Ministerialitätsverhältnisses durch Dienstverträge mit den einzelnen Ritterbürtigen suchen die Fürsten nun durch Verhandlung mit den Einun-

gegenüber stand, wie wenig praktische Bedeutung im Sinn einer Verminderung von Raub u. Fehde sie noch hatte. — Bereits aus dem Frühjahr 1423 sind Zwistigkeiten zw. Bischof u. Ritterschaft bekannt, die damals vom Domkapitel durch Aufhebung des Zolles, den K. Sigismund dem Bischof in Franken bewilligt, geschlichtet wurden (1423, 16. III., Wittmann 248).

21. Fries b. L. 700 (ca. 1420). Die Weigerung stützte sich darauf, dass das Landgericht nicht mit Rittern in der herkömmlichen Anzahl besetzt sei. Schon 1388 hatte die Stadt dem bischöfl. (weltlichen) Gerichtsherrn den Gehorsam aufgesagt. Fries bei L. 663.

22. Lünig P. sp. cont. III. Franken (Abs. II.) 234 f. Die Bischöfe v. Bamberg u. Würzburg, und die Markgrafen Friedr. u. Joh. v. Brandenburg standen schon seit März 1422 in Einung; diese war im Januar 1424 erneuert u. nun durch Aufnahme der Rittereinungen erweitert worden; am 21. V. trat auch Eichstädt bei, um dieselbe Zeit Grafen u. Herren v. Oettingen, Hohenlohe, Weinsberg. 1427 gehören dem damals erneuerten Friedensbund auch die fränkischen Reichsstädte an; die Fürsten urkunden für ihre Ritter u. Knechte; der Grafen u. Herren wird nicht gedacht, auch nicht einer bes. Ritterscheinung (vgl. S. 75, n. 96).

gen ihren Einfluss auf die Ritterschaft zu wahren, und gut verstehen sie es, den ihnen feindlichen Bestrebungen durch Beschwichtigung und geeignete Zugeständnisse, namentlich auch durch das Mittel des Beitrittes zu der betreffenden Einung immer wieder eine unschädlichere Richtung zu geben, den ernsteren ihren Interessen, in letzter Linie ihrer Landeshoheit, drohenden Gefahren vorzubeugen.²³⁾ 1430 griff die Einungsbewegung der Ritterschaft auch über die weiteren Landschaftsgrenzen in ähnlicher Art hinaus. wie dies schon in den Landfriedenseinungen des 14. Jahrhunderts geschehen war; in diesem Jahre ging die Gesellschaft des St. Georgenschildes in Schwaben mit den Ritterschaften in Franken einen Bund ein auf 2 Jahre, gegen „Räuberei, Reutherey, unredliche Zugriffe und unrecht Widersagen“;²⁴⁾ am gleichen Tag schlossen der St. Georgenbund, „die Gesellschaft der Vereinigung zu Franken“ und die Gesellschaft vom Eingehörn in Bayern einen Vertrag zu gleichen Zwecken.²⁵⁾ Zu dauernder Verbindung haben diese Berührungen zunächst hier ebenso wenig geführt als 70 Jahre später die gemeinsame Bewegung gegen den „Gemeinen Pfennig“.²⁶⁾

23. Vgl. Roth v. Schr. I. 626. — Schon in den Einungen von 1402 u. 1403 dürfte ein ähnliches Verhältnis von Ursache u. Wirkung zu sehen sein, n. 96 u. S. 81 n. 11.

24. 1430, 10. VII. zu Ellingen; Lünig a. a. O. S. 237: gütlicher Austrag von Streitigkeiten durch den Hauptmann des Beklagten mit Rat einiger aus der Einung des Klägers. Bei Kriegen der Herren u. Städte sollen, „die in solchen Diensten wären, ihrem Herrn ihr Ziel wohl aushelfen, aber wenn das Ziel wohl auskommt fürbass still sitzen u. ihr jedweder Teil behülflich sein um die Sache.“ — Vgl. Roth v. Schr. I. 642, auch die Urk. v. 1431 oben S. 84 n. 20.

25. Lünig S. 239. — Von einer Einung innerhalb der Kraichgauer Ritterschaft v. 2. I. 1430 geben Beitrittserklärungen bis 15. VII. d. J. Kunde. (Schenck Herr zu Erbach, Sickingen, Helmstadt, Hirschhorn, Venningen, Gemmingen etc. J. G. 20 Namen. Gräfl. Helmstadt'sches Archiv in Neckar-Bischofsheim). —

26. Auch mit benachbarten Fürsten verband sich die Ritter-

Das Landgericht des Herzogtums Franken spielt in den erkennbaren Beziehungen zwischen Fürst und Ritterschaft auch nach seiner Erneuerung im Jahre 1343¹⁾ bis nach 1400 keine bedeutende Rolle. Nur die Bürgerschaft klagt bald darauf (ca. 1350) über die wider Herkommen strenge Handhabung des Landgerichtes, wie der geistlichen Gerichte, und weigert den Entscheidungen Gehorsam.²⁾ In dem fortdauernden Konkurrenzkampf mit dem Landgericht Rothenburg war das Stift, durch Fehden besonders infolge von Wahlstreitigkeiten geschwächt, auch jetzt noch im ganzen wenig glücklich.³⁾ Die Landgerichtsurkunden beziehen sich auf Güterstreitigkeiten, Erbteilungen, Vermächtnisse, also Fälle von

schaft, so 1437 (Minutoli a. a. O. 127) die Gesellschaft des St. Georgenschildes mit Kurfürst Friedrich v. Brandenburg u. dessen Söhnen, in Ansehung „solch adlig Stand u. Wesens“ dieser Fürsten, auch dass sie „den Adel u. alle Redlichkeit, Friede u. gemeinen Nutzen des Landes u. den Grund der Gerechtigkeit lieb haben,“ u. damit sie selbst „dester bas bei dem hl. Röm. Reich bleiben mögen“ — zu gegenseitigem Beistand in Fehden u. gegen Strassenräuberei. — Ueber einen Vorläufer der Einungsbewegungen grösseren Stils v. 1382 f. s. Stälin Wirt.-Gesch. III. 336 f. u. Moser, in *Maders Magazin* II. 144 ff.

1. 1343 M. B. 40, 541/2. Sechs Ritterbürtige bekunden „von dem Bischof zu Würzb. seines Stifts St. Kilians Ritter geworden“ zu sein; „so sollen wir . . an seinem weltlichen Landgericht vor einem jeglichen Bischof zu Würzburg und vor seinem Landrichter, u. auch an dem Landgericht unter den Brittern zu Würzburg das Recht . . . sagen, fürlegen, sprechen u. theilen.“ „Und sollen darum nicht Geld fordern oder nehmen.“ — Fries berichtet (bei Ludwig 629) aus den Landrechtsbüchern dieser Zeit, dass Bischof Otto (1333—45) bei den wichtigeren Verhandlungen noch selbst den Vorsitz führte.

2. Es kam zur Fehde; das Landfriedensgericht nahm Veranlassung, einzugreifen, den Bischof auf den Rechtsweg zu verweisen u. in der Folge ihn als Friedbrecher zu erklären. K. Karl IV. stellte sich auch hier auf Seite des Bischofs, nahm den Beklagten in Schutz u. vermittelte später selbst zw. Bischof u. Stadt. Fries b. L. 639 ff.

3. Fries bei L. 663. Vgl. oben S. 19 n. 1. —

Erb und Eigen, und scheinen mit seltenen Ausnahmen⁴⁾ Nicht-Ritterbürtige zu betreffen. Als vorsitzender Landrichter fungiert meist ein Würzburger Domherr, selten noch⁵⁾ der Bischof in Person. Der Unsicherheit des Urteilsvollzuges sucht man durch Aufstellung von „Schirmern“ für jeden einzelnen Fall zu begegnen und kann sich dabei in Anhäufung von Namen bald kaum mehr genug tun.⁶⁾ Streitigkeiten innerhalb der Ritterschaft und so'che zwischen Fürst und Ritterbürtigen werden auch jetzt in der Regel durch Austräge geschlichtet.⁷⁾

Aus dieser Jahrhunderte hindurch herrschenden, mit dem ritterlichen Fehdewesen eng zusammenhängenden Uebung des Austrages scheint dann, als es wieder zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem fürstlichen Gerichtsherrn und seinem Adel kam, in Würzburg die Exemption des letzteren von dem ordentlichen Gericht gefolgert worden zu sein. Zum besten des kurz zuvor erneuerten Landfriedens vermittelten dessen fürstliche Mitglieder⁸⁾ im Jahre 1408 zu Bamberg eine Uebereinkunft zwischen dem Bischof und dem in Auf-

4. 1381 u. 1388 M. B. 43, 385; 44, 67. — 1389 (M. B. 44, 121) bestätigt das Gericht auf Ersuchen des bischöfl. Hofmeisters die Rechtskraft einer durch die von Seinsheim ausgestellten Verkaufsurkunde. — 1390 M. B. 44, 198 bestätigt es den Wortlaut einer durch H. v. R. „Diener unsers Herrn von Würzburg“ präsentierten Pfandurkunde.

5. 1372 M. B. 42, 562.

6. S. z. B. die Urkk. v. 1374 u. 1384 M. B. 43, 91 u. 497; v. 1388 M. B. 44, 68.

7. Z. B. 1379 Schultes I. 484 Bischof v. W. u. Gr. G. v. Henneb. Wie üblich: Einigung auf einen (ritterlichen) „Ungeraden“, der zus. mit 2 mal 2 ernannten Beisitzern die Zwiste rechtlich entscheiden soll; ebenso 1379 Wittmann 184 (Bischof u. 2 Gr. v. Castell).

8. Wenigstens urkunden (1408, 24. VIII. Aschbach, II. 177) der Bischof v. Bamberg, Friedr. Burggraf zu Nürnberg, Fr. Schenck z. Limburg, Hauptmann des Landfriedens in Franken u. Baiern u. ein Rat des Königs Ruprecht als Zeugen.

lehnung gegen seine Gewalt begriffenen⁹⁾ Adel seiner Diözese, „wie sie in den nächsten sechs Jahren freundlich sitzen und bleiben sollen.“ Der Inhalt ist in Kürze: Einen Grafen oder Herrn, der vor das Landgericht geladen ist, soll der Bischof „auf dessen Begehr und Bitte vor sich nehmen von dem Landgericht,“ zu rechtlichem Entscheid der Sache durch 3 oder 5 seiner vom Bischof zu bestimmenden Genossen; sind dem Bischof gerade nicht 3 oder 5 Grafen oder Herren zur Hand, so kann er — jedoch nur in Sachen, die nicht Ehre oder Herrschaft des Betreffenden anrühren, — die Zahl aus Mitgliedern seines Rates ergänzen. Ähnliches gilt für den Ritter oder Knecht, der auf seinen Wunsch ebenfalls nicht vor dem Landgericht, sondern vor 5 oder 7 Räten des Bischofs zu Recht stehen wird. Nur wenn auf solche Weise der Kläger aus Schuld des Beklagten nicht zu seinem Recht binnen 4 Wochen gekommen ist, muss dieser nun doch vor dem Landgericht sich verantworten. Streitigkeiten zwischen Bischof und Grafen oder Herren sollen gütlich oder rechtlich ausgetragen werden durch 3 vom Bischof auszuwählende fränkische Grafen oder Herren, solche zwischen Bischof und Rittern oder Knechten durch 5 von deren Genossen, und zwar wählt den Obmann der Bischof aus 6 von dem betr. Ritterbürligen Vorgeschlagenen aus; jede Partei gibt zwei Beisitzer hinzu. — Es ist ein Kompromiss zwischen dem bisher herrschenden Gebrauch und den Ansprüchen des Gerichtsherrn, der nun die Rechtspflege wieder fester in die Hand zu nehmen sucht. Bemerk-

9. 1408 7. VII. (Wittmann, 213) hatte das Kapitel mit einer gr. Zahl von Grafen, Herren, Rittern u. Knechten ein Abkommen getroffen, dass sie, „um Gewalt u. Unrecht des Bischofs aufzuhalten,“ auf 3 Jahre Dietz v. Thüngen zu einem Ungeraden nehmen, ihm von beiden Seiten je 2 ihrer Freunde begeben wollen. — Hier ist es offenbar eine starke Opposition gegen die Gerichtsherrschaft des Bischofs, die dann durch Vermittlung u. Konzession beschwichtigt wurde.

kenswert ist der geringe Unterschied in der rechtlichen Behandlung der Grafen und Herren einerseits, der Ritter und Knechte andererseits, als Ausdruck für die entscheidende Bedeutung des Momentes der Ritterbürtigkeit. Noch lange hat, mehr noch als die gemeinsame Opposition gegen die gerichtsherrlichen Ansprüche des Fürsten, dieser gemeinsame Charakter die beiden Klassen weiter einander genähert, die Ritter und Knechte noch mehr gehoben, vielleicht auch zu vorübergehender Verschlechterung der rechtlichen Stellung der Grafen und Herren beigetragen,¹⁰⁾ bis dann zu Anfang des 16. Jahrhunderts diese allein die Reichsstandschaft erwarben und hauptsächlich doch wohl dadurch Interessen und Bahnen beider Klassen sich wieder schieden. — Weitere Vertragspunkte betreffen die Rechtsverhältnisse der beiderseitigen Untertanen: Wie der Bischof seine Leute von dem Gericht des Adeligen abfordern kann, so ist dies umgekehrt auch dem Adeligen gestattet; doch muss er dann binnen 14 Tagen dem Kläger Recht schaffen, widrigenfalls dieser von neuem vor dem Zentgericht zu Würzburg („Brückengericht“) klagen kann. Das dortige geistliche Gericht soll nicht rein weltliche Angelegenheiten vor sein Forum ziehen, auch die Sendgerichte nach Herkommen gehalten werden. - -

Ob das zuerst 1412 in einem Vertrag des Bischofs mit Ritterschaft und Städten auftretende „Hofgericht“ zu Würzburg erst mit einer Folge dieses Abkommens von 1408 ist, erscheint zweifelhaft; später ist das Hofgericht Forum der Ritterschaft ausschliesslich, „für Lehen- und andere Sachen“ gewesen.¹¹⁾

10. Vgl. unten S. 93 f.

11. 1412 (Würzb. Archiv; Repertorium v. L. Fries): Der Vertrag betrifft Besetzung u. Handhabung des Hofgerichtes; Fehde, Krieg u. Geleitsbruch; Lehensachen; Austrag gegen den Bischof; Pfändung; Austrag gegen die Geistlichkeit, Adel u. Landschaft. Regest eines ähnlichen Vertrags mit Grafen u. Herren v. 26. V. 1412 bei Wittmann 216. — In der Beschreibung des L. Fries (gest. 1550) von dem Würzb. Gerichtswesen (s. Rockinger i. d. Abhand-

In den Anzeichen für die tatsächliche Wirkung des Vertrages ist die — wenn auch durch das Mass von Zutrauen zur Handhabung begrenzte — Willfährigkeit zur Unterordnung unter das bischöfliche Gericht unverkennbar.¹²⁾ Doch tritt in dieser Periode die Eigenschaft des Fürsten als Angehöriger und Genosse des Adels noch einmal stark, die Ausbildung fester staatlicher Formen hindernd hervor.¹³⁾ Entscheidend war hierfür die Persönlichkeit des glänzend veranlagten und ritterlich gesinnten, aber verschwenderischen und ausschweifenden Bischofs Johann v. Brunn; seine lange,

lungen der bair. Akademie III. Cl., XI. Bd. III. Abtlg. 1871) heisst es S. 74 von dem Hofgericht: Richter ist der Hofmeister, in seiner Abwesenheit der vorderste edle (weltliche) Rat. Die Beisitzer oder Urtheilssprecher werden genommen aus des Stifts Ritterschaft, die nicht Amtleute oder Diener u. doch vom Stift belehnt sind. „An solch Gericht werden gefordert u. beklagt die von der Ritterschaft in Lehen- u. anderen Sachen. Von diesem Gericht appelliert man an das Kais. Kammergericht. — In Baiern tritt ein Hofgericht schon zu Anfang des 14. Jahrh. (seit 1311) auf und scheint nach Riezler (II. 174, 545) dort aus dem herzogl. Lehengericht hervorgegangen. Dass der Fürst bei der Neuorganisation der Rechtsprechung auf das Lehensverhältnis, als das noch stärkste Band, mit in erster Linie sich gestützt habe, hat gewiss viel allgemeine Wahrscheinlichkeit. Für das markgräfliche Franken s. Lang, Gesch. v. Bayreuth (1798) S. 78 ff. die älteste dortige Hofgerichtsurkunde ist von 1403.

12. 1414 Wittmann, 232; Burgfriede der Veste Speckfeld, vereinbart zw. Gr. L. v. Castell u. Fr. Schenck, Herr zu Limpurg: Streitigkeiten wollen sie vor ihren Herrn v. Würzb. bringen zu gütlichem Austrag durch diesen selbst und ev. folgendem rechtlichen Entscheid durch seine Räte, „doch also, dass uns dess ein Austrag werde zu den längsten in zweien Monden;“ vgl. Urk. v. 1419 Aschbach II. 204.

13. z. B. 1428 Wittmann S. 252. Bischof Joh. v. Würzb., C. Herr zu Weinsberg, der Propst zu Haug u. H. Vogt v. Salzberg thun kund, dass in e. Jagdstreit zw. 2 Gr. v. Castell. u. C. v. Rosenberg diese Parteien „bei uns obgenannten Vieren blieben“ sind, „wie wir sie darum richten u. entscheiden in der Gültigkeit“. . . . Also richten u. entscheiden wir. So auch 1413, ebenda S. 217 u. 1419 Schultes, I. 527; auch 1444, Schultes II. 237/9. —

dem Hochstift unheilvolle Regierung (1411—40) und die seines Nachfolgers (1440—42) haben die früheren Ansätze zu staatlicher Ordnung fast wieder vernichtet, die Stellung der Ritterschaft aber, ihr politisches Ansehen und Gewicht noch mehr erhöht. In den damals selten ruhenden Streitigkeiten zwischen Bischof, Pfleger, Kapitel und Stadt bewerben sich die Parteien stets eifrig um gute Meinung und Hülfe der Ritterschaft; vielfach wird ihren Angehörigen Vermittlung oder Entscheidung der Streitpunkte übertragen, sie berichtet über die Lage an das Konzil,¹⁴⁾ die Ausschüsse zur Regierung des Landes werden zum grösseren Teil aus der Ritterschaft, zum kleineren aus dem Kapitel gebildet.¹⁵⁾

Diese Jahrzehnte lang führende Rolle in den Stiftsangelegenheiten hatte einen wesentlichen Rückhalt in der fortwährenden Stellung der Ritterschaft als Hauptgläubiger des tief verschuldeten Stiftes.¹⁶⁾ Weiter sind auch im 15. Jahr-

14. Fries bei L. 744, 755.

15. s. Fries bei L. bes. 705, 711 (Vertrag v. 1431), 715, 724, 759, 757 ff., 778, 787, 792, Der Vertrag von 1435 (Fries bei L. 734) gibt dem Bischof einen grossen Rat von 21 und einen diesem entnommenen kleinen Rat von 3 Mitgliedern zur Seite. Die Drei (1 a. d. Kapitel, 1 a. d. Grafen-, 1 a. d. Ritterstand) übernehmen mit Beirat der 18 die gesamte Verwaltung des Stifts; der Bischof wird keinen Krieg anfangen, in keine Einung kommen, keine Schulden noch Heerzug machen, nichts verpfänden oder verkaufen ohne Rat und Willen der 21. Der Vertrag trat nicht in Kraft (s. Fries, daselbst). — Am 27. IX. 1441 schlossen Kapitel und Ritterschaft ein Abkommen (Fries bei L. 785 ff.), das die Regierung 5 Personen — 2 a. d. Kapitel, 3 a. d. Ritterschaft — übertrug bis zum Tode des Bischofs. Die Regentschaft trat ihr Amt an, untersagte die Einrichtung einer vom Bischof einseitig ausgeschriebenen Steuer, unterhandelte später, gemeinsam mit dem Stiftsadel (auf Tagen zu Hassfurt u. Würzburg), mit den Abgesandten des Bischofs; ihr Gehorsam zu leisten, wies dieser selbst dann dem Ausspruch des Königs gemäss die Stiftsuntertanen an; erst Ende Juli 1442 setzte der König dem Hochstift wieder einen geistlichen Pfleger, den späteren Bischof Gottfried.

16. Die jährl. Einkünfte des Stifts sollen 1435 kaum 2000 gl.,

hundert ganze Aemter, Schlösser, Dörfer etc. an Ritterbürtige neu verpfändet worden;¹⁷⁾ die ausserordentlichen Steuern wurden bis 1443 selten zu Einlösungen, meist zu Kriegen und zur Bestreitung der Hofhaltung verwendet;¹⁸⁾ noch 1461 hatten „des Stifts Grafen, Herren, Ritter und Knechte . . . fast alle und jede des Stifts Wirzburg Schlösser, Städte, Amt und Flecken pfandweise in Händen“.¹⁹⁾ In zahlreichen Fällen werden berechnigte Geldforderungen des Adels als Anlass zu Feindseligkeiten gegen das Hochstift genannt.²⁰⁾ An eine wirksame, nachhaltige Bekämpfung des Fehdeunwesens war in solch ungünstiger Lage der obersten Landesgewalt nicht zu denken. Abgesehen von dem allgemeinen Rechtsbewusstsein, in dem die Landfriedensbestrebungen vorerst nur sehr schwache Wurzeln zu schlagen begannen, und dem solidarischen Zusammenhalten des Ritterstandes erklärt sich besonders aus dieser Lage die weitgehende Nachsicht in Behandlung wiederholt Besiegter und wieder aufsässiger Vasallen und sonstiger Friedbrecher.²¹⁾

Teils als Folge der allgemeinen Entwicklung, teils als Wirkung dieser besonderen Zustände tritt nun die gesamte, Grafen und Herren wie Ritter und Knechte umfassende „Ritterschaft“ vielfach geschlossen, in einer dem Fürsten gegenüber fast selbständigen und gleichberechtigten Stellung auf.²²⁾ Die grossen Landfriedenseinigungen des 14. Jahrhun-

gegen 130 000 gl. in früheren Zeiten betragen haben (Fries bei L. 747; ähnlich S. 800, z. J. 1444).

17. Beispiele a. d. J. 1400, 1413/35, 1411—35, 1444 s. in Fries bei L. 679, 741, 751 f., 800.

18. ebenda 752; 709, 712.

19. ebenda 828.

20. ebenda S. 682, 695, 763, 768, 840. Mahnung König Sigismunds v. 1434 (Aschbach, II. 244) an versch. Adelige, das Stift Würzb. nicht wegen Schulden zu befehlen, vielmehr dessen Lage durch Rat und Hülfe zu bessern. Vgl. oben S. 75 n. 94.

21. Fries bei L. 683, 847, 855/7.

22. Vgl. Ranke, Reformation I. 44: „Es scheint hie und da

derts hatten die Fürsten mit Grafen und Herren für aller Teilnehmer Land und Leute geschlossen;²³⁾ noch in der von 1427 (s. S. 73, n. 91) urkunden die Fürsten für ihre Ritter, Knechte und sonstigen Unterthanen. Dagegen versprechen 1436 (ebenda) die Fürsten und ihre Grafen, Herren, Ritter und Knechte, sich freundlich zu einander zu halten; Räte der Fürsten und Abgeordnete der Ritterschaft jedes Fürsten sollen den Einungsausschuss bilden. Entschiedener noch spricht sich die damals, unter Einwirkung auch schon des Gegensatzes zwischen Markgraf Albrecht Achilles und seinen Nachbarfürsten, nahezu unabhängige Stellung der Ritterschaft aus in einem Vertrag, den Bischof Gotfried v. Würzburg 1450 mit seinem Stiftsadel, der theils in seinem Dienste stand, theils in den der Reichsstädte, theils in den des Markgrafen und anderer Fürsten getreten war, zum Schutz der — meist ja an die Ritterschaft verpfändeten — Stiftsgüter abschloss.²⁴⁾ — Schon einige Jahre zuvor hatten die Streitigkeiten zwischen

als sei die Unterthänigkeit (des Adels) nur noch ein Bundesverhältniss.“

23. Vgl. Vielau, Beitr. z. Gesch. der Landfrieden Karls IV., Hall. Dissert. 1877.

24. Vertrag v. 29. IV. 1450, auf 1 Jahr, Fries bei L. 804, Art. 7: „Wir Bischof Gotfried, unsere Diener u. Knechte, auch wir Ritter u. Knechte, die der Städte Helfer sind, und wir Grafen, Herren, Ritter u. Knechte im Stift, die der Fürsten Helfer u. der Städte Feinde sein, sollen u. wollen zu einander nicht greifen . . . noch die Unseren in keiner Weise beschädigen noch zu thun gestatten;“ dazu Einschränkung (art. 8): Innerhalb des Stifts. — Eintheilung der Stiftslande in 4 Theile, Aufstellung von Schutztruppen unter Hauptleuten a. d. Ritterschaft in jedem Viertel; Hülfe mit gesammter Macht bei Angriffen von aussen. Die Vertragsverwandten haben, zur Deckung der Kosten a. d. Vertrag, sich vereinigt, von ihren „eigenen u. armen Leuten“ sich steuern zu lassen; Steuerverwaltung durch vereidigte Einnnehmer (3 für jedes Viertel). Kontrolle derselben durch 9 Personen, von denen Bischof u. Kapitel vier aus der Ritterschaft, Grafen u. Herren fünf aus ihrer Mitte bestimmen. In Kriegsfällen Verwendung des Geldes durch Hauptleute u. Einnnehmer nach Gutdünken. Dazu ein besonderer der Rit-

Bischof und Markgraf, besonders über die geistliche Gerichtsbarkeit und die beiderseitigen Landgerichte begonnen. Man hatte gerüstet, der Bischof ein Bündnis mit dem Pfalzgrafen, mit Nürnberg, Rothenburg und anderen Reichsstädten geschlossen (1447). Veranlasst durch diese ihm unsympathische Verbindung, hauptsächlich aber dem Bischof aufsässig seit dessen durchgreifender Reform und schärferer Handhabung des Gerichtswesens war die Stiftsritterschaft zum grösseren Teil auf Seite des als Freund des Adels geehrten Markgrafen getreten.²⁵⁾ Zum Kampfe war es damals nicht gekommen; doch lebte unter dem nächsten Bischof (1455—66) der Streit von neuem auf; nach dem Ausbruch des grossen Koalitionskrieges (1459—63) blieb die Mehrzahl des Stiftsadels untätig,²⁶⁾

terschaft ausgestellter Revers des Bischofs v. 1450 Lünig. P. sp. cont. III. Franken, S. 292.

25. Fries bei L. 801, 810. — 1443 dagegen hatte der Bischof ein Bündnis mit Kurmainz u. Markgraf Albrecht, auf Klagen ihrer Grafen, Herren, Ritter, Knechte, die in ihren Landen u. Gebieten gesessen, zur Verhütung der „Niederdrückung des Adels“ durch die Reichsstädte geschlossen; 1455 schrieben Kurmainz, die Markgrafen Albrecht v. Br. u. Jac. v. Baden u. Graf Ulr. von Wirtemb., an K. Karl VII. v. Frankreich um seine ev. Hilfe gegen die Städte, die sich zur Abschaffung der Privilegien der Kirche u. zur Vernichtung der auctoritas des Adels verbunden hätten (Stälin III. 509 n.).

26. 1459 (Lünig, R. A., P. sp. cont. III. Franken S. 293) hatten die Grafen Georg v. Henneberg u. Joh. v. Wertheim, ferner Ritter u. Knechte aus d. Familien Hutten, Thüngen, Truchsess, Rothenhan etc. eine Einung — z. Hülfe nach aussen u. Schlichtung innerer Zwiste durch 5 Personen, wie üblich — geschlossen, der noch im gleichen Jahre (Lünig S. 294) die Reichsstadt Schweinfurt, 1461 (Lünig S. 296) weitere Adelige (Seinsheim, Eyb, Seckendorf, Fuchs etc.) beitraten. Als 1460 der Bischof im Felde abwesend war u. feindlicher Einfall drohte, schrieben die Häupter der Einung eine Versammlung des Stiftsadels u. der Städte des Stiftes nach Schweinfurt aus, über Vorkehrungen zu ratschlagen. Dort suchten die bischöfl. Statthalter das Ungesetzliche solcher Tagung darzuthun und den Lehnadel zur Erfüllung seiner Pflicht im Felde anzutreiben. Fries

viele Lehensleute des Bischofs hielten zu Markgraf Albrecht, und erst als der Bischof persönlich im Felde erschien, nahm ein Teil, um nicht gegen den Lehnsherrn fechten zu müssen, seinen Urlaub (1460).²⁷⁾ Vergebens auch erbat 1461 der Bischof den Beistand seiner Ritterschaft, die Sendung ihrer Feindesbriefe an den Markgrafen in beweglichen Worten; auch auf die Verwendung böhmischer Hilfsvölker in seinen Stiftslanden, als Ersatz für den versagenden Adel, musste er verzichten angesichts der drohenden Haltung, welche dieser zu dem Plane einnahm.²⁸⁾ — Eine abermalige Bitte des Bischofs um Unterstützung an die — gerade in Volkach versammelte — Ritterschaft benützte nun aber diese dazu, ihre Beschwerden vorzubringen, im Falle der Abstellung treue Hülfe zu versprechen. Diese Beschwerden,²⁹⁾ welche bereits dem Bischof Gottfried (1443—55) vergebens vorgelegt worden,³⁰⁾ betrafen 1. die (nach Fries) „etwas strengere und heftigere“ Handhabung der von jenem reformierten Land-, Zent- und geistlichen Gerichte;³¹⁾ 2. mangelhafte Berücksichti-

bei L. 822. — Der seit den Gerichtsreformen Bischof Gottfrieds schärfere Gegensatz zeigt sich auch in den nun häufigeren Bündnissen des Adels mit der vom Würzburger Territorium ganz umschlossenen Reichsstadt Schweinfurt; so schon 1448 (Lünig S. 290), unter Vermittlung Markgraf Albrechts: Hülfe nach aussen, Schlichtung der Zwiste durch 5 Personen, zwei aus der Stadt, drei aus der Ritterschaft. Diese nimmt aus nur versch. Standesgenossen (C. v. Grumbach, 3 Thüngen), mit denen sie bereits in Einung steht. Namen: Schwarzenberg, Steinrück, Rüd, Vestenberg, Hutten, Thüngen.

27. Fries bei L. 822.

28. Fries bei L. 826, 828 f.

29. Fries bei L. 829.

30. Ebenda; vgl. die von fränk. Grafen, Herren, Rittern und Knechten (ca. 70 Namen) 1446 gegen Neuerungen u. Dringen von den alten Freiheiten geschlossene Einung, bei Lünig, R. A., P. spec. cont. III. Franken, S. 251.

31. Eine Reformation der geistlichen Gerichte bei Lünig a. a. O. S. 256, eine Ref. der Zentgerichte in Fries bei L., beide vom Jahre 1447.

gung ihrer Geld- und sonstigen Forderungen an Bischof und Kapitel,³²⁾ endlich 3. die häufige Verweigerung ihrer Bitten, ein bischöfliches Lehen verkaufen, verpfänden oder etwas darauf (den Frauen oder Töchtern) verschreiben zu dürfen. — Diese Erfassung des Augenblickes brachte der Ritterschaft den im Text als Vertrag bezeichneten, tatsächlich jedoch eine Kundgebung von Bischof und Kapitel allein darstellenden sogenannten „ritterlichen Vertrag“ v. 1461.³³⁾ Die Verschreibung, die für ewige Zeiten gelten soll, sagt allgemein zu, dass „alle Grafen, Herren, Ritter und Knechte unseres Stifts“ bei ihrem Herkommen und Freiheiten bleiben, ihnen an ihren Pfandschaften und Briefen keinerlei Gewalt noch Unrecht geschehen, nichts ohne Recht genommen werden solle. Im einzelnen folgt: Streitigkeiten zwischen Bischof und Ritterbürtigen sollen vor des Bischofs edlen weltlichen Räten,³⁴⁾ solche zwischen Geistlichen und Ritterbürtigen vor dem Bischof und seinen geistlichen und weltlichen Räten rechtlich ausgetragen werden; doch bleiben Sachen, die geistliche Angelegenheiten betreffen, den geistlichen Gerichten vorbehalten. Das Landgericht soll dessen Reformation gemäss ordentlich besetzt,³⁵⁾ niemand daran unbillig beschwert wer-

32. Wo sie Forderungen hätten, werde ihnen die Sache in die Harre gezogen u. könnten keinen schleunigen Austrag haben.

33. Fries bei L. 829; Lünig a. a. O. S. 297.

34. Vergl. den Vertrag v. 1408 oben S. 88 f.

35. Seit langer Zeit hielt es, da die kostspielige Ritterwürde von den Ritterbürtigen immer seltener erstrebt wurde, schwer, die herkömmliche Anzahl Ritter zur Besetzung des Landgerichts zu beschaffen. 1422 3. IX. hatte der Bischof ein Privileg des Königs erwirkt, das Gericht auch mit Edelknechten besetzen zu dürfen; Fries bei L. 701. — Vgl. Roth v. Schreckenstein, Ritterwürde etc. 331 ff., u. die „Gesch. u. Thaten Wilwolts von Schaumburg“ (Bibl. d. Litt. Vereins, Bd. 50, S. 40): „Markgraf Hans ward mit Wilwolten u. a. . . . Leuten Ritter geschlagen . . . aber Wilwolt wollt sich noch zu guets schwach, den Stand zu halten bedünken, liess sie abermals fallen“ (die Ritterwürde; u. zw. zum 4. Mal; sein

den, besonders soll keinem von Landgerichts wegen „sein Hab und Gut bei Strafe verboten werden,“ bevor rechtsgültiges Urteil ergangen, ausgenommen da, wo Gefahr im Verzug. Auch das Brücken- und die übrigen Zentgerichte sollen nach Laut ihrer Reformation gehalten werden. Zu der die bischöflichen Lehen betreffenden Beschwerde wird Abstellung zugesagt, doch soll die Verschreibung nicht über $\frac{2}{3}$ vom Werte des Lehens betragen dürfen. — Es ist bemerkenswert, dass selbst bei solch dringendem Anlass zur Nachgibigkeit die fürstliche Landeshoheit hier, trotz der dazwischen liegenden, ihr ungünstigen Epoche, doch bereits wieder schärfer ausgesprochen ist, als im Vertrag von 1408, wo besonders bei Streit zwischen Fürst und Grafen wie Ritttern noch der Austrag durch von Fall zu Fall gewählte Schiedsleute vorgesehen war. Im letzten Jahrzehnt hatte die stärkere Initiative der fürstlichen Gewalt, besonders auf dem Gebiete des Gerichtswesens, ihre gerichtsherrlichen Ansprüche wieder mehr zur Geltung gebracht, und unverkennbar ist nun der Wille, sie aufrecht zu erhalten.³⁶⁾ Eine grössere Bedeutung erhielt der Vertrag später, nachdem sich die Gegensätze noch stärker zugespitzt hatten. — Für den Augenblick halfen dem Bischof die hier in Handhabung der Gerichts- und Lehensgewalt gemachten Zusicherungen; aber schon im Feldzug des näch-

kinderreicher Vater hatte ihm nur „ein hoch Haus, unten leer, oben nit viel darin“ hinterlassen können, S. 33).

36. Vgl. v. Below: Die Neuorganisation der Verwaltung in den deutschen Territorien des 16. Jahrh. in „Territ. u. Stadt“ (1900), S. 287 ff. — L. Fries nennt unter den gleichzeitigen Würzb. Gerichten für den Adel neben dem im alten Reichsrecht fussenden noch immer fortbestehenden „Landgericht“, neben dem „Hofgericht“ (s. oben S. 90 n. 11) und dem Kanzleigericht (s. unten n. 47) auch ein besonderes „Gericht des Gnadenvertrags“ (ohne nähere Angaben), das seinen Namen von diesem Vertrag v. 1461 trage (Abhdlgn. der bayr. Akad., 1871, S. 74).

sten Jahres standen ihm wieder nur wenige aus seiner Ritterschaft zur Seite.³⁷⁾

Der Zwist des Bischofs mit Markgraf Albrecht wurde abgelöst durch Streitigkeiten mit Bamberg über Zoll-, Geleits- und Landgerichtsbefugnisse (1464—66); abermals fiel der Ritterschaft die ausschlaggebende Rolle bei den Verhandlungen zu.³⁸⁾ Sehr wesentlich ist die Emanzipierung der fränkischen Ritterschaft begünstigt worden durch diese, im ganzen unentschieden bleibenden Kämpfe der drei fränkischen Fürsten. Deren gemeinsame Bestrebungen zur Stärkung fürstlicher Gewalt³⁹⁾ wurden meist rasch wieder abgelöst durch die Politik einer Begünstigung der Ritterschaft zur Schwächung des Nachbarfürsten.⁴⁰⁾ — Die Beweggründe zum Wechsel des Herrendienstes sind in erster Linie gewiss in den persönlichen materiellen und in politischen Standes-

37. Fries bei L. 834: „... Der mehrerteil schied sich von ihm, denn sie hatten ihren witzen geschnitten u. eingeführt;“ wohl mit Beziehung auf diesen Vertrag.

38. Fries bei L. 839, 844.

39. Bes. Abkommen zw. Bamberg, Würzburg u. Markgraf Friedrich v. 1436 (Minutoli S. 118, Beibrief z. damaligen Fürsteneinung, s. oben S. 73 n. 91): Keiner soll des anderen Diener aufnehmen für die Zeit der Einung. Giebt ein Diener seine Stellung auf, so kann ihn wohl der andere Fürst in Dienst nehmen, „doch also dass er desselben zu Recht mächtig sei, u. sich derselbe Diener um alle vergangenen Sachen vor dem Herrn u. seinen ehrbaren Räten, dessen Diener er gewesen, an Recht genügen lasse.“ — Bestimmungen über gegenseitige Nichtaufnahme „ungetreuer, unverrechneter Amtleute u. Diener“, auch in den Landfriedenseinungen von 1398 u. 1404/7. — Die gleiche, Ministerialen betreffende Bestimmung auch 1232 (oben n. 15).

40. „... Die Ritterschaft unter dem Gebirg (im Gebiet von Ansbach) im Land mit viel Fürsten u. Herren versehen sind; wenn einem bei einem Fürsten oder Herren die Rechtfertigung nicht eben ist, so rückt er zu einem andern Fürsten oder Herrn, dadurch er Wegerung und Verzug erlangt.“ Ludwig v. Eybs Aufzeichnung etc. (entstanden ca. 1480) herausgeg. v. W. Vogel, 1867, S. 62. — L. v. Eyb stellt dem die straffere Handhabung u. gesichertere Exe-

interessen zu suchen, daneben ist aber auch die Anziehungskraft unverkennbar, welche Persönlichkeiten wie die Markgrafen Friedrich und Albrecht — auch abgesehen von der den Adel planmässig begünstigenden Politik dieser Fürsten — und Bischof Johann v. Brunn auf die Ritterschaft ausgeübt haben, während andererseits gerade die tüchtigen Würzburger Bischöfe mit ihrer vorsichtigen, den Interessen des Stiftes angepassten äusseren Politik kaum weniger als durch die grössere Entschiedenheit, mit der sie den Ansprüchen ihres Adels entgegengetreten sind, sich dessen Abneigung zugezogen haben.⁴¹⁾

Bischof Gotfried hatte seine Aufmerksamkeit den drei hauptsächlich, in Wechselwirkung stehenden Uebeln: der Finanznot, dem Fehdeunwesen und der mangelhaften Rechtspflege zugewendet; er hatte einen Teil der Stiftsschulden getilgt, hatte die Gerichte reformiert und war gegen Raubritter mit Entschiedenheit vorgegangen.⁴²⁾ Das hier Begonnene konnte später Rudolf v. Scherenberg in langer und friedlicher Regierung (1466—95) in grösserem Umfange fortsetzen. Er hat das Stift von der drückenden Schuldenlast befreit, einen sehr bedeutenden Teil der verpfändeten Güter zurückgekauft.⁴³⁾ Wo neue Verpfändungen im Verlauf der Operationen nötig wurden, behielt er doch Erbhuldigung, wie Landsteuer und Bede dem Stifte vor.⁴⁴⁾ Mit Grafen, Herren, Rittern und Knechten seines Stifts schloss er (1467)

kution der Urtheile wie sie „auf dem Gebirg (dem geschlossenen Kulmbachischen Territorium) am Hofgericht der Ritterschaft da oben geschieht“, entgegen.

41. Fries bei L. 764 f., 801, 812.

42. Den „üblen Götzen“ nannte ihn der gemeine Reiter; Fries bei L. 812.

43. Das von ihm selbst kurz vor seinem Tode aufgestellte Verzeichnis der (mit einem Aufwand von über 500 000 gl.) eingelösten Aemter u. Ortschaften, bezahlten Gläubiger u. Neuankäufe s. in Fries bei L. 865.

44. Beispiele von 1474 u. 1478 im Archiv f. U.Fr., Bd. 4

einen Vertrag auf 3 Jahre zu gegenseitiger Unterstützung.¹⁵⁾ Doch musste ihn sein Streben zur Festigung staatlicher Gewalt bald zu dem Adel, dessen Macht und Wesen dem vor allem entgegen stand, in Gegensatz bringen. Wir hören schon 1470 von einer Einung der Ritterschaft zur Aufrechterhaltung des Vertrags von 1461,⁴⁶⁾ von ihren i. J. 1474 in 15 Artikel gefassten Beschwerden⁴⁷⁾ und von einer grösseren,

(1838), Heft 1, S. 154. — Dass früher eine bischöfl. Ortschaft, die mit ihrem ganzen Jahresertrag u. der Gerichtsherrlichkeit („Stab u. Gericht u. alle Herrlichkeiten“) an einen Adeligen verpfändet wurde, regelmässig diesem Huldigung zu leisten hatte, geht aus e. Urk. v. 1435 (Fries bei L. 741 f.) hervor.

45. Würzb. Archiv, Repertorium v. L. Fries, T. II. Von der Ritterschaft siegeln Grafen v. Henneberg, Wertheim, Rieneck, Herren v. Bickenbach u. A.

46. 1470 Lünig a. a. O. S. 299. An der Spitze stehen ein Hauptmann (Gr. v. Wertheim) mit vier Beigeordneten (Fuchs, Zobel, Thüngen, Bibra). Mitglieder sind 2 Grafen v. Henneberg, ein Graf v. Castell, Herren v. Weinsberg, Heideck, Schwarzenberg und gegen 60 Ritter und Edelknechte. Ausgenommen werden Papst, Kaiser u. der Bischof v. Würzburg. Die Mitglieder werden alle inneren Streitigkeiten vor „die ordentlichen Gerichte unseres gn. Herrn v. Würzburg, unseres Landesfürsten“ bringen. — Wird ein Mitglied vergewaltigt, so schreibt, auf Ansuchen, der Hauptmann dem Angreifer u. bietet für den Angegriffenen Recht („dass wir seiner zu Recht mächtig seind“). „Und so diejenigen . . . bei unserer Erbietung Rechts nicht bleiben mögen,“ wird die Einung zur Waffenhilfe aufgemahnt.

47. Repertorium v. Fries, im Würzb. Archiv, Bd. II. — Es sei „ein neu Gericht in der Kanzlei angefangen, dem Hofgericht nit gleich, daraus wider den Vertrag u. alt Herkommen merklich Beschwerbnis“ erwachse. Landgericht u. Kanzlei werden als „Rachgericht“ bezeichnet. Weitere Artikel richten sich gegen Uebergriffe des bischöfl. Zentgerichts (da doch gemäss der Reformation keine Zent in die andere richten solle), gegen die hohen Kanzleitäxen, gegen Wein- u. Getreidezoll. — Die neuen Gerichtsorgane der territorialen Verwaltung, Kanzlei- wie Hofgericht, scheinen damals auch hier fest abgegrenzte Kompetenzen noch nicht gehabt zu haben, letzteres vorübergehend durch das erstere ersetzt worden zu sein;

gegen die Fürstenmacht gerichteten Einungsbewegung im Jahr 1483: Grafen, Herren, Ritter und Knechte zu Franken vereinigen sich, „bei ihrer alten Freiheit, sonderlich bei Bischof Johannsen von Grumbach (1461) erobert, zu bleiben. Gemeinsame Hülfe soll geschehen dann, wenn 1. einem sein Lehen anders, als Herkommen ist und sein Lehenbrief lautet, eingezogen wird, 2. jemand zu Dienst oder Herfolge über das Herkommen hinaus gezwungen wird, 3. jemandem oder den Seinen Steuer oder Schatzung aufgelegt wird, gegen Herkommen, 4. jemand überzogen, sein Stadt oder Schloss „angewonnen“ wird wider Recht, 5. einer ohne redliche Fehde von jemand zu Gefängnis genommen wird.“⁴⁸⁾ Es wurden Versammlungen zu Schweinfurt und zu Pfarrweisach (a. d. Baunach) abgehalten; der Bischof schickte seine Räte dorthin und es gelang schliesslich zu beschwichtigen, die Einung „etlichermassen“ zu verhindern.⁴⁹⁾

vgl. v. Below, „Territorium u. Stadt“, S. 292 f. — Im 16. Jahrh. war das „Kanzleigericht“ aus geistlichen u. weltlichen Räten des Bischofs zusammengesetzt u. hatte zu richten „in allen Sachen, die appellationsweise von dem Landgericht u. andern des Stifts Stadt- u. Dorfgerichten dahin kommen u. mehr als 70 gl. antreffen.“ (L. Fries, Abhdlgen. d. bayr. Akad. III. Cl., XI. Bd., III. Abthl. S. 72.) — Auch das Landgericht blieb weiter in Erb u. Eigen betreffenden Sachen der Ritterschaft kompetent. Landgerichtsurk. z. B. v. 1470, unter den Regesten der Truchsesse v. Baldersheim, i. Archiv f. U. Fr. 14 (1858) 3, 198; v. 1476, Wittmann 281. — S. die alterthümliche Beschreibung des Landgerichts (mehrfach ganz nach der Urk. v. 1168) v. L. Fries (i. d. Abhdlgen. etc. S. 49 u. 53); Besetzung: Ein Domherr als Richter, sieben vom Adel als Urtheiler. Kompetenz: Fehdesachen, solche um Erb u. Eigen, Schmäh-sachen; es handelt gegen alle Leute und Güter in dem Herzogthum und Bisthum begriffen. — Von dem Weinzoll (vgl. Fries bei L. 848) sollten Geistlichkeit und Ritterschaft für Wein zu Selbstverbrauch befreit sein; diese klagte nun über Verletzung des Privilegs und hätte es ausserdem gern auf den ganzen Wein- und Getreideertrag ihrer Güter ausgedehnt gesehen.

48. Repertorium v. Fries, T. II., im Würzb. Archiv.

49. Als „Ausschreiber“ zu den Rittertagen nennt Fries (Würzb.

In der alten Reichsordnung lag die Gerichtsgewalt der fränkischen Fürsten über die innerhalb ihrer Amtsgebiete Gesessenen begründet; aus der Amtsgewalt hatte zu Ende jener Periode die Landeshoheit bereits bis zu einem gewissen Grade sich entwickelt gehabt. Das „alte Herkommen“, das so vielfach von der Ritterschaft, auch von der fränkischen, ins Feld geführt worden ist, sprach im Grunde hier fraglos gegen sie und ihre Ansprüche. Aber die ganze spätere Entwicklung, der Verfall der Reichsverfassung und seine Folgen: die Lockerung der Rechtsordnung und das Herrschen privatrechtlicher Formen, die Rivalität der Fürsten, ihre Finanznöte, ferner das Eingreifen Kaiser Sigismunds und die Lässigkeit mancher Bischöfe in Wahrung ihrer öffentlichen Rechte hatte die Ritterschaft bis 1450 zu einer tatsächlich selbständigen, der fürstlichen ebenbürtigen Macht erstarken lassen.⁵⁰⁾ Das Lehensverhältnis erscheint in jenen Zeiten vielfach als das allein wesentliche Moment, das den Adel, — soweit er nicht durch Dienstvertrag oder Amt dem Fürsten verbunden war, noch in gewisser Abhängigkeit von diesem hielt. Als nun, begünstigt durch das immer stärker sich geltend machende Bedürfnis der Allgemeinheit nach Ordnung, der Staatsgedanke wieder mehr in den Vordergrund trat, die Kraft der Fürsten soweit erstarkt war, dass sie dessen gleichmässig in ihrem besonderen wie im allge-

Archiv) die Grafen Ott v. Henneberg, Hans v. Wertheim, Ph. v. Rieneck, die Herren Mich. u. Sigm. v. Schwarzenberg u. A. v. der Ritterschaft. Die gleichen Personen stehen an der Spitze der am 7. IV. 1483 auf 3 Jahre geschlossenen Einung (Aschbach, II. 298), die einen grossen Theil der Würzb. Ritterschaft umfasste (Thüngen, Rosenberg, Hesberg, Steinau-Steinrück, Bebenberg, Massbach, Bibra, Schaumberg, Rüdts v. Collenberg, Vogt von Rieneck, Ehenheim, Truchsess, Absberg, Ussigheim, Stetten); sie bezieht sich im einzelnen nur auf die oben unter 4 u. 5 genannten Fälle.

50. Ranke bezeichnet (Reformation II. 75) das Ritterthum als „die eigenthümliche Hervorbringung mittlerer Jahrhunderte, die auf einer Zersetzung kräftiger Staatsgewalten beruhte“.

meinen Interesse gelegene Verwirklichung in Angriff nehmen konnten, da musste erst die Erfahrung, eine Erprobung der beiderseitigen Kräfte die Frage entscheiden, ob das alte Recht mit Entschiedenheit vertreten, der Ritterschaft gegenüber werde durchgesetzt und, darauf gegründet, die Landeshoheit werde dauernd aufrecht erhalten werden können. Ueber ein Jahrhundert haben sich die ständischen Kämpfe hingezogen und zuletzt mit der Reichsunmittelbarkeit der gesamten fränkischen Ritterschaft geendet. —

Seit Ende des 14. Jahrhunderts hatten auch manche einfach Ritterbürtige die hohe Gerichtsbarkeit erlangt, teils durch Kauf oder Lehensübertragung einer älteren Gerichts-

51. 1399 (Archiv f. U. Fr., Bd. XIV (1858), 3, 151; Regesten der Truchsesse zu Baldersheim): Verkauf des Marktes Auwe (halb) mit Dörfern u. Halsgericht, wie es die Herren v. Hohenlohe hergebracht durch C., Herrn zu Weinsberg, an Ritter Hans Tr. v. B. mit Genehmigung des Bischofs v. W. Im 16. Jahrh. stand die Obrigkeit der Zent Aub halb dem Bischof v. W., halb den Truchsessern v. B. u. denen von Rosenberg zu; „doch leiht unser gn. Herr v. Würzb. den Bann über das Blut“ (L. Fries bei Rockinger, in den Sitz. Ber. der bair. Akad. Bd. II., 1872). Die Beschreibung der Zent giebt ein Beispiel von der allgemeinen Zersplitterung der Güter u. Rechte. — 1460 (Schultes, II. 474) sind die von Schaumberg im Besitz der Zent Marksteinach, gemeinsam mit Graf W. v. Henneberg (der kurz zuvor seine Hälfte erst erkauft hatte); den Zentgrafen haben jene allein zu setzen, ohne Einrede des Grafen. 1515 (ebenda S. 481) ist ihre Hälfte aber bereits an den Bischof v. Würzb. übergegangen. — 1522 (ebenda 341) hat Graf W. v. Henneberg den Ritter Chr. Fuchs mit Schloss u. Halsgericht Wallenberg belehnt; den Bann über das Blut zu richten soll der Richter jeweils vom Grafen empfangen.

52. Z. B. 1397 u. 1408 (Lünig, R. Archiv, Spicileg. secul. I. 192 u. P. spec. cont. II. Suppl. S. 38). Privilegien K. Wenzels u. K. Rupprechts für M. Förtsch u. Erk. v. Seinsheim, Halsgerichte zu Thurnau u. Ostheim aufzurichten. — 1518 (Archiv des Germanischen Museums) kündigt Ritter Euk. v. Aufsess dem Bischof v.

stätte vom hohen Adel,⁵¹⁾ teils durch kaiserliche Privilegien zur Errichtung neuer Halsgerichte,⁵²⁾

Bamberg Fehde an, weil dieser ihm sein von K. Wenzel verliehenes Halsgericht zu Aufsess hatte umhauen lassen. — Vgl. Roth v. Schr. I. 558.

I. Der Kampf des Adels gegen die Reichssteuer.

Die Beschlüsse des Wormser Reichstags von 1495 waren hervorgegangen aus dem Widerstreit hauptsächlich zweier, grundverschiedener Tendenzen: Dem ernstlichen, unter Führung des Erzbischofs von Mainz, Grafen Berthold von Henneberg,¹⁾ kraftvoll vertretenen Wunsche der Reichsstände, die Ordnung im Innern durch bleibende Einrichtungen zu sichern, und den kriegerischen Plänen des noch jungen und ehrgeizigen, auf Erhaltung des kaiserlichen Ansehens nach aussen vor allem bedachten Königs.²⁾ Hatten auch die Stände den begehrten Reichsrat zur Leitung der Reichsangelegenheiten nicht durchsetzen können, so schien doch das im Innern vorerst nötige im Prinzip erreicht mit der Schöpfung eines vor Hofeinflüssen tunlichst sicher gestellten Reichsgerichts und der gänzlichen Aufhebung des Fehderechtes auf ewige Zeiten. Zur Ausführung dieses Programmes— zur Unterhaltung des Kammergerichts, für Exekutionen gegen mächtigere Friedbrecher etc. — war eine allgemeine Reichssteuer bestimmt, aus der ausserdem auch die Anleihen für eine dem König zugesagte Hilfe in Italien und für Unterhaltung von Kriegsvolk wider die Türken gedeckt werden sollten.³⁾

1. geb. 1442, gest. 1504. Eine kurze Charakteristik gibt Ranke, *Reformation* I. 81.

2. Ulmann, *K. Max.* Bd. I. 339 ff. — Die Akten zum Teil bei J. J. Müller *Reichstags-Theatrum* unter K. Max., Bd. I. (1718) 373 ff.

3. Reichstags-Abschied und Gesetz v. 1495 (*Neue Sammlung* II, 3 ff.): 1. *Landfriede*: Von Zeit der Verkündung an sind Fehde und Verwahrung durch das ganze Reich hin aufgehoben und abgetan.

Manches wesentliche, wie namentlich die Art der Durchführung von Exekutionen des Landfriedens und der Kammer-

Den Friedbrecher und seine Helfer trifft des Reiches Acht mit ihren Folgen (Verlust des Anspruches auf Rechtsschutz für Leib und Gut, der Lehen und Pfandschaften etc.). Verdächtige sollen den Reinigungseid vor dem Herrn des Geschädigten zu leisten verbunden, bei Weigerung des Friedbruchs schuldig erachtet sein. Bei L. Fr. Bruch sollen alle, die dessen „zu frischer Tat ermahnt“ oder sonst inne werden, mit Macht nachzueilen auf eigene Kosten verpflichtet sein; wo die lokalen Kräfte nicht ausreichen, soll die (geplante) jährliche Reichsversammlung eingreifen, nötigenfalls der Kammerrichter eine ausserordentliche Ständeversammlung einberufen. (N. Sammlg. II. S. 4 § 4 u. 6 auch S. 12 § 3 f. u. S. 26 § 45.) Der König wird eine von ihm oder dem Kammerrichter ausgesprochene Acht nicht (ungerechtfertigt) aufheben ohne Willen des Beschädigten. — 2. Kammengericht: Der König ernennt den Richter, dazu 16 von den Ständen präsentierte Beisitzer, zur Hälfte Rechtsgelehrte, zur Hälfte Rittermässige. — Das K. ist erste Instanz für Klagen gegen Reichsunmittelbare („die Kaiser und Reich ohn Mittel unterworfen sein“), gegen Mittelbare nur dann, wenn dem Kläger von dem zuständigen unteren Gericht das Recht versagt oder verzogen worden ist. Für Streitigkeiten zwischen Fürsten ist der herkömmliche rechtliche Austrag und ev. Appellation an das Kammergericht vorgesehen (daselbst S. 10 § 28). Für Klagen von Prälaten, Grafen, Herren, Rittern, Knechten und Reichsstädten gegen Fürsten gelten ebenfalls besondere, den tatsächlichen Machtverhältnissen und der überlieferten Praxis einigermaßen Rechnung tragende Bestimmungen: Betrifft die Beschwerde Schuldsachen, Bedrang oder Entsetzung, Eingriff in Wildbann-, Zoll-, Geleits-, Gerichts- etc. Rechte, so soll der Fürst auf Ersuchen des Betreffenden, binnen einem Monat ihn zur Verhandlung vor neun seiner Räte (teils Adelige, teils Rechtsgelehrte) laden. Aus ihnen ernennt der Kläger den Richter; dieser und die 8 Beisitzer werden, im Beisein des Klägers, auf unparteiische Rechtssprechung vereidigt; sie sind aller dem entgegen stehenden Gelübde etc. für Dauer des Prozesses (die $\frac{1}{2}$, höchstens 1 Jahr nicht überschreiten soll) entbunden. Beiden Parteien steht Appellation an das Kammergericht frei; dieses wird auch hier I. Instanz bei Rechtsversagung oder Verschleppung durch das fürstliche Gericht; (daselbst S. 10 § 30.) — 3. Der „Gemeine-Pfennig“: Jedermann im ganzen Reich soll, für die

gerichtsurteile blieb späterer Regelung auf den beabsichtigten alljährlichen Reichstagen vorbehalten.⁴⁾ Auch in dem Beschlossenen aber hatte die von der starken Reformpartei der Kurfürsten beabsichtigte ernstliche Bekämpfung des in Rechtsbewusstsein und Praxis der ritterbürtigen Kreise fast unbeschränkt noch herrschenden Fehderechtes fürs erste geknüpft werden müssen an ein günstiges Ergebnis der vereinbarten Reichssteuer. Hierfür konnte man sich nun aber allzu grossen Hoffnungen nicht hingeben, wie denn auch im Reichsabschied schon der Zweifel, ob der Gemeinde Pfennig für Besoldung des Kammergerichtes ausreichen werde, durchklingt.⁵⁾ Von der Opferwilligkeit des Königs war, obwohl er nach anfänglichem Sträuben sich schliesslich verpflichtet hatte, in seinen Erblanden voranzugehen,⁶⁾ bei seiner teils gleichgültigen und skeptischen, teils widerwilligen Stellung zur Reichsreform nicht viel zu erwarten. Von manchem Fürsten mochte bekannt sein, dass auch in seinen Augen noch ebenso wie in denen der Ritterschaft „jede Reichssteuer ein schmälicher, der deutschen Natur unwürdiger Tribut und das Beispiel der französischen Monarchie nur ein abschreckendes war.“⁷⁾ Eine besondere Schwierigkeit lag ferner darin, dass viele der für das Gelingen massgebenden Faktoren auf dem Reichstag weder zugegen noch durch volle Gewalt vertreten gewesen und damit auch an

nächsten 4 Jahre, jährlich geben von je 1000 gl. Vermögen 1 gl., die weniger Bemittelten (bis 500 gl. Vermögen) je $\frac{1}{24}$ gl. Das Geld soll nach Pfarreien eingenommen und an die vom Reich zu besoldende „Kommissarien“ und „Schatzmeister“, zu endlicher Verfügung der jährlichen Reichsversammlung weiter gegeben werden. — Die spätere Unterhaltung des Kammergerichtes, nach Ablauf der 4 Jahre, wird dem Könige obliegen (daselbst S. 15 ff.).

4. Neue Sammlung II. 11 § 1.

5. ebenda S. 25, §§ 34, 31.

6. Reichstags-Theatrum I. 378; Neue Sammlung II. 15, § 6.

7. v. Bezold, Reformation S. 61, von Albrecht Achilles, z. Jahre 1480; vgl. unten S. 134 n. 84.

die dort gefassten Beschlüsse nach Herkommen nicht gebunden waren.⁸⁾ Mit ihnen, den zufällig abwesenden Fürsten und den Prälaten, Grafen, Herren, Rittern etc., deren Berufung zu Reichstagen nicht üblich war, die aber vielfach entweder überhaupt nicht einem Fürsten von altersher unterstanden, oder doch bereits zu mächtig geworden waren, als dass ihr Herr für sie hätte mit beschliessen können, mussten nun besondere Verhandlungen eröffnet werden. Der Reichstagsabschied hatte das hierfür nötige bestimmt;⁹⁾ zur Verhandlung mit dem fränkischen Adel waren die fränkischen Fürsten von Würzburg, Bamberg und Brandenburg beauftragt. —

Auf Ladung dieser Fürsten versammelte sich Mitte Dezember 1495 die Ritterschaft des Frankenlandes zu Schwein-

8. Vgl. die früheren, von allen Beteiligten erst zu beschwörenden Landfriedenseinungen. Auch 1495 noch wird mit der Möglichkeit gerechnet, dass jemand „in diesem Landfrieden nit sein wollt.“ Die „Ordnung des Gemeinen Pfennigs“ ist abgefasst nicht etwa in Form eines Reichsgesetzes, sondern einer Vereinbarung der zu Worms vertretenen, einzeln benannten Stände und des Königs. (N. Sammlg. II. S. 26 § 45 u. S. 14 f).

9. N. Sammlg. II. S. 24 f. Die in den einzelnen Landschaften verschiedene Stellung der Ritterschaft zu den Fürsten wird darin angedeutet: Es sollen handeln: Trier u. a. auch „mit seiner Ritterschaft“; ebenso Köln. — „Mit der R. am Rhein, was in der Pfalz ist,“ der Pfalzgraf. Desgl. zu Bayern die 3 Herzöge v. B. „jeder in seinem Land.“ Desgl. „im Land zu Franken“ die Bischöfe v. Würzb. u. Bamb. u. Markgr. Friedr. v. Brandenb. „Mit Grafen u. der R. um Metz u. Westreich“ Trier u. Lothringen. Mit der R. im „Breisgau, Sundgau, Elsass“ der König u. der Bischof v. Strassburg. Desgl. „in der Mortnau“ der Markgraf v. Baden. Desgl. „zu Schwaben“ die Hauptleute u. Räte des Schwäbischen Bundes. — Die Ritterschaft in Sachsen, in Brandenburg, Mecklenburg etc. wird in den Aufträgen dieser Fürsten gar nicht erwähnt; mit einem Auftrag an Mainz fehlt auch eine Erwähnung der dortigen Ritterschaft —, soweit sie nicht zur fränkischen gerechnet worden ist. — Die 8 Reichsburgern in der Wetterau „sind zum fürderlichsten hierher zu beschreiben.“

furt.¹⁰⁾ Die Rechtsverhältnisse waren in Franken nicht genügend klar, die Macht der Fürsten über ihren Adel nicht soweit gefestigt, dass die Reichsversammlung die wichtige Angelegenheit auch hier, — wie in Baiern, in Trier etc. — jedem Fürsten einzeln, zur Regelung innerhalb seines Gebietes, hätte überlassen mögen. Leider versagen die Würzburger Ritterschaftsakten für den Zeitraum von 1484 bis 1495 vollständig, wir wissen vorerst nicht, wie weit der Zusammenschluss des ganzen fränkischen Adels in diesen 11 Jahren etwa schon gediehen oder doch vorbereitet war. Bis 1483 ist es nach den Würzburger Quellen, — bei allen Beziehungen auch zu anderen Fürsten durch Lehen- und Dienstverhältnisse, zu der Ritterschaft anderer Territien durch Turnier- und Fehdeinteressen, — in den ständischen Kämpfen die Ritterschaft der Diözese, die sich den Ansprüchen ihres fürstlichen Gerichts- und Landesherrn in Einungen entgegenstemmt; zu Vereinbarungen mit dem Adel der benachbarten Territorien scheint es nur während der grösseren Bewegung des zweiten und beginnenden dritten Jahrzehntes gekommen zu sein; später und noch 1483 stehen sich stets wieder der Fürst und seine Ritterschaft allein gegenüber.¹¹⁾ Sichtbarer noch als das Kaiser Sigismunds im Jahre 1422¹²⁾ hat nun das Eingreifen des Reiches seit

10. Ein Verzeichnis der Ritterbürtigen, die „1495 von den drei Fürsten auf Befehl des Königs wegen des gemeinen Pfennigs auf Montag nach Lucie (14. XII.) gen Schweinfurt betagt worden“ im Standbuch 472, fol. 45—52 des Würzb. Archivs.

11. S. oben S. 85. — Der häufigeren Bezeichnung der Würzb. Ritterschaft als „Gr., H., R. u. Knechte zu Franken“ entsprechen Stellung u. Titel des bischöfl. Herrn als „Herzog zu Franken.“ — Fries spricht z. J. 1483 von einem (Ritter-) „Ort Baunach zu Pfarrweisach versammelt,“ wohl nur mit einem ihm geläufigen Ausdruck. Ausgeschlossen wäre freilich nicht, dass ein bei der Bodenausformung Frankens natürlicher Zusammenschluss innerhalb der einzelnen Landschaften damals bereits hie und da festere Formen angenommen hätte.

12. S. oben S. 83.

1495 den Zusammenschluss des fränkischen Adels gefördert. In einer allgemeinen Frage, mit einer Forderung, welche dem Vorurteil des Ritters als Beeinträchtigung seiner Freiheiten erschien, ihn aufs tiefste erregte, die zugleich aber auch geeignet war, selbst die nüchterner Denkenden bei der Flagge ihrer Genossen festzuhalten, wendete der Reichstag von 1495 sich an „gemeine Ritterschaft im Land zu Franken,“ verfügte das Zusammenkommen des gesamten fränkischen Adels zu gemeinsamer Verhandlung. Im damaligen Zeitpunkt, nachdem die Kämpfe in den einzelnen Territorien politischen Sinn und Fähigkeit zur Organisation bereits entwickelt hatten, musste die Wirkung eine bedeutende sein und es liegt kein Grund vor, die Angabe zu bezweifeln, nach welcher die von nun ab dauernd nachweisbare, vorerst freilich nur in Zeiten hochgehender Erregung mit kräftigerem Leben erfüllte Form der Organisation des fränkischen Adels in 6 „Orten“ erst auf diesem Tage von Schweinfurt zustande gekommen ist.¹³⁾ An eine direkte Einwirkung des dort durch seine Räte vertretenen¹⁴⁾ Kaisers kann sehr wohl gedacht werden, wenn sie auch nicht nachzuweisen ist.¹⁵⁾ Für den Beschluss des Reichstags ist gewiss nicht ohne Einfluss gewesen, dass der erfahrene

13. S. unten S. 115 f.

14. Ulmann, K. Max. Bd. I. 394; vgl. unten.

15. Der Zusammenschluss der schwäbischen Stände — Ritterschaft des St. Georgenschildes und Städte, bald auch die dortigen und benachbarte Fürsten — im Jahre 1487,88 war unter wesentlicher Mitwirkung des Kaisers erfolgt, der da, wo dies noch möglich, die Kräfte des Reichs fester an sich zu knüpfen suchte; (s. Datt, de pace publica 272; Stälin III. 618 ff.). Auch die Angliederung des fränk. Adels an diesen Bund ist versucht worden: Ende 1499 wünscht Markgraf Friedr. v. Br. Abstellung der königl. Mandate, durch die fügenommen werde, seine Räte und Diener (Ludwig v. Eyb u. a. seiner Ritterschaft) die „vormals in dem 10jähr. Bund nit gewesen sein, in den Bund zu dringen, denn wir können es nit erleiden uns die abzuziehen“; (Archiv Oesterr. Gesch. Quellen Bd. VIII., 238).

und in Wahrung seiner Hoheitsrechte entschieden auftretende Bischof Rudolf kurz zuvor gestorben war, weder Würzburg noch auch Bamberg zu Worms durch ihre Fürsten vertreten gewesen sind. Die Markgrafen haben sich in ihrer Rivalität mit den Herzögen zu Franken in Würzburg stets auf den Adel gestützt und infolge davon zu dessen Einigungsbestrebungen sich günstiger stellen müssen, gerade auch damals scheinen sie eine Sammlung der kleineren Gewalten Frankens unter ihrer Führung ernstlicher angestrebt zu haben.¹⁶⁾ Später dringt, in andauerndem Gegensatz zu ihnen, Würzburg immer wieder darauf, dass jeder Fürst mit seiner Ritterschaft verhandle.

Von dem markgräflichen Adel wissen wir, dass die Reichsteuerforderung ihn in lebhafter Bewegung gegen die Fürstenmacht angetroffen hat, dass auf einem Rittersstage zu Neustadt a. d. Aich (Anfang August 1494) Einigungsartikel ausgearbeitet worden waren, betreffend Abstellung von Gewalttaten, Einsetzung eines Austragsgerichtes und Beistand nach aussen.¹⁷⁾ Wir hören von der Gegenwirkung der Markgrafen, wie sie auf die Haltung ihres Vaters (Albr. Achilles), der als ein „Erzieher“ und „ein Aufenthalt des Adels“ gegolten, hinwiesen, das gleiche Entgegenkommen allezeit zusagten, und inbetreff der Einigungsabsicht, die sie

16. Vgl. Ulmann, K. Max. Bd. I. 57 n. 1.

17. C. Höfler i. Archiv Oesterreich. Gesch. Quellen Bd. XI. (1853) 186: Art. 2: In Sachen der Ehre und des Glimpfes soll ein Gericht von 7 Bundesverwandten ohne Appellation entscheiden. Art. 7: Wem das Recht gerichtlich zuerkannt worden, der soll das auch mit der Tat erfordern dürfen. 10: Hülfe bei Gewalt von aussen wider rechtliches Erbieten. 12: Räuberei soll unter ihnen und ihren Knechten nicht geduldet werden. 13: Gegen das Zutrinken mit Halben und Ganzen. 14: „Keiner soll von keines Fürsten oder Herrn wegen den andern an Leib und Gut schädigen.“ 15: Schulden einzufordern sei jedem unbenommen. 16. (Sehr häufige Bestimmung): Müssen bei Hülfe nach aussen Lehen aufgeschrieben werden, so soll später keine Richtung eingegangen werden, bevor allen ihre Lehen wieder geliehen sind.

an sich billigten,¹⁸⁾ zu erreichen suchten, dass jeder seinen Herrn ausnähme, und dass den fränkischen Fürsten der Beitritt zur Einung vorbehalten werde. Ganz besonders legten sie ihren Räten ans Herz, eine Verbindung des Adels mit Würzburg zu verhindern; auch sollten diese den Bund, den die schwäbische Ritterschaft mit Städten und Fürsten eingegangen, vor Augen halten.¹⁹⁾ — Dass in fränkischen Ritterkreisen selbst der Gedanke an eine Verbindung mit den Städten gegen die Fürsten auch damals hie und da aufgetaucht ist, zeigt die oft zitierte Stelle in einer Beschwerde der Frau Anna Marschalk, geb. v. Thüngen, über Markgraf Friedrich.²⁰⁾

Auch über die Organisierung des Widerstandes gegen den Gemeinen Pfennig sind wir von Seite der markgräflichen Ritterschaft durch mehrere Schreiben eines der dortigen Hauptleute und sonstige Aktenstücke, aus dem Februar 1496, unterrichtet. Auf Tagen zu Onolzbach, später zu Neustadt a. d. Aich, hatten die in geringer Zahl Versammelten²¹⁾ „etliche Artikel aufgezeichnet und geratschlagt, ein grosse

18. „Damit die Ritterschaft desto friedlicher bei dem Ihren und ihren Freiheiten unvergewaltigt bleiben und ihrem Herrn desto statthlicher gedienen möchten.“

19. Höfler, a. a. O. S. 187 f. Instruktion der Markgr. Friedr. und Sigismund für Ludwig (?), nach Lang, Gesch. v. Bayreuth S. 103: Hans) v. Eyb und Conr. v. Berlichingen: „It. wo die Ritterschaft darauf geen wollt, dass sie sich zum Bischof zu Würzburg thun wollen, davor sey; denn es . . . wär ihnen damit übel gehalten gein des Bischofs Pundsgenossen, die der Bischof nit würd dahinten lassen.“

20. ebenda S. 187: . . . „denn so die gemeine Ritterschaft bei gleich Recht und Billigkeit bleiben will, so müssen sie sich, wie denn vorlängst profezeit ist, zu den Städten thun und verbinden.“ (Schr. v. 24. IX. 1500; z. grössten Teil abgedr. bei Kamann, die Fehde des Götz v. Berlichingen gegen Nürnberg S. 117).

21. Es handelt sich wohl um Gesamtausschusstage der 6 Ortsausschüsse.

Notturft sei, dass an jedem der sechs Orte . . . ein Tag gehalten u. auf vermelte . . . Artikel geratschlagt werden soll“ und zwar sollten diese Ortstage sämtlich am 24. Februar (Mittwoch nach Invocavit) gehalten werden; der Platz dazu sollte von den Ausschüssen nach Gutdünken gewählt, die Ausschreiben an die zu Schweinfurt Gewesenen in Kürze, die an die Uebrigen dagegen mit ausführlicher Begründung abgefasst werden. In Ausführung dieses Beschlusses schrieb nun jener Hauptmann an die Ausschüsse und legte eine „Instruktion“ sowie ein Formular für das Beschreiben der nicht in Schweinfurt Erschienenen bei.²²⁾

Letzteres lautet nach dem üblichen Eingang: „Ihr habt Wissens des Ausschreibens unserer gn. Herren der Fürsten Bamberg, Würzburg u. Brandenburg, [aus Befehl] der Römischen königlichen Majestät an gemeine Ritterschaft des Landes Franken auf einen Tag gen Schweinfurt zu kommen gethan; daselbst dann Ihr Gnaden in eigner Person erschienen, gehandelt betr. den gemeinen Pfennig, wie den auf nächsten k. Mjt. Tag zu Worrms zu geben beschlossen sei; und nun (? wir?) ihren Gnaden auf solchem Tag, nachdem gemeine Ritterschaft . . . nicht alle versammelt, endlich Antwort nicht haben geben können, sondern ihre Gnaden unterthänig gebeten, dass sie die k. Mjt. bitten wollten, vermelte Ritterschaft bei dem alten Herkommen u. Freiheiten bleiben zu lassen;²³⁾ und haben auf solches sie, die Ritterschaft, so auf gemeltem Tag zu Schweinfurt gewest, weiter im besten fürgenommen und in der Ritterschaft Landts Franken sechs Theile gemacht u. an jeden Theil u. Ort zween verordnet²⁴⁾ u. ernannt, die, ob in Jahreszeit weiteres

22. Schr. v. 9. II. 96 (Di. Appoloniae), aus Neustadt a. d. Aich, nebst Beilage abschriftlich im Würzb. Archiv.

23. So auch Ulmann (K. Max. Bd. I. 395), a. d. Bericht der 3 Fürsten an den König v. 17. XII. i. Bayr. Staatsarchiv, „mit Erinnerung an ihr u. ihrer Vorfahren Blutvergiessen u. nützliche Dienste.“ Hiernach ist das Begehren, die Freunde auf einen andern Tag zu endlicher Antwort zu laden — kaum $\frac{1}{10}$ der Ritterschaft war in Schweinfurt anwesend — gleich dort zurückgewiesen worden, da auch von den Uebrigen eine andere Antwort nicht zu erwarten sei.

24. Die Namen der Geordneten u. die damalige Bezeichnung

hierinnen begegnen oder zustehen würd, die andern Ritterschaft Landts Frankens desselben Orts . . . zusammen erfordern und desshalb mit ihr ratschlagen sollen.“ Es seien nun Wege in dieser u. andern Sachen vor Augen, die schriftlich zu eröffnen, nicht angehe, desshalb seien sie von ihren Freunden gebeten, einen gemeinen Ortstag auszuschreiben etc.

Auf diese Aufforderungen des ungenannten Hauptmanns liefen aus Rhön-Werra, Steigerwald und anderen Orten Gegenvorschläge für die beigelegte „Instruktion“ ein,²⁵⁾ die von dem Hauptmann, zusammen mit „etlichen geordneten Hauptmännern der 6 Orte und andern von der Ritterschaft, so jetzo mit meinem gnädigen Herrn Markgrafen Friedrichen, auch sonst, allhier sein“ geprüft und „in zwei Ar-

der 6 Orte erfahren wir aus einer auf den Schweinfurter Tag von 1495 sich beziehenden, später irrtümlich einer Abschrift des Schweinfurter Einungsbriefes v. 1523 angefügten Notiz: „It. am Ottewald, Kocher u. Jagst:

Herr Conradt von Berlingen	} Ritter, (den schreibt man Her Schwager u. gueier freunt)
Herr Georg von Rosenberg	

It. an der Saal, Rhön u. Werra:

Herr Conrad von Hutten und	} (Liebe Schwäger)
Antoni von Bibra	

It. am Steigerwaldt und unter dem Bergrist:

Cuntz von Schaumberg Marschalk	} (Liebe Schwäger)
Martin Truchsess	

It. an der Baunach:

Hanss von Stein zum Altenstein	} (Liebe Schwäger)
Wilhelm Fuchs zu Breppach	

It. an der Altmühl, Eysch u. Eschelberg:

Herr Appel von Seckendorf	} Ritter; (Liebe Schwäger)
Herr Paulus von Absperg	

It. Birg u. Foitlender (Vogtländer):

Herr Eberhard von Streitberg	} Ritter; (Oheim und Schwager).“
Herr Caspar von Wallenfels	

25. Von Herrn Conr. v. Hutten, Herrn Hans Fuchs, Hofmeister, Ritter, Cuntz v. Schaumberg, Marschalk, Barthol. v. Herbilstatt, u. v. Ant. v. Bibra. Bei der (nicht erhaltenen) „Instruktion“ handelt es sich um einen auf den Ortstagen vorzulegenden Einungsentwurf.

tikeln, nämlich der Beschädigung und der Rüstung halben, in ein Veldt gehörig“ gebilligt wurden; die entsprechenden Aenderungen waren, wie der Hauptmann am 18. Februar den Einsendern schreibt,²⁶⁾ damals bereits den „Hauptmännern uf dem Gebirg, an der Altmühl und Jagst mitgeteilt.“ Der Hauptmann bat in diesem zweiten Schreiben,²⁷⁾ den für die Ortstage angesetzten Termin einzuhalten, so dass man den Gesamtausschusstag der 6 Orte zu „endlichem Beschluss in den Sachen“ auf den 8. März (Di. n. Oculi) ansetzen könne. — Schnelligkeit und Entschlossenheit des Handelns müssen in Erstaunen setzen, wenn wir auch aus obigem wissen, dass die Bewegung nicht ihre volle Kraft aus den Vorgängen des Schweinfurter Tages erst geschöpft hat. —

Es ist ferner noch ein Programm für die Verhandlung auf einem der Ortstage vom 24. Februar erhalten:

Den Versammelten ist vorzuhalten, wie die Ritterschaft auf Befehl des Königs nach Schweinfurt geladen worden; wie dort die Fürsten u. des Königs Sendbotschaft den Abschied des Königl. Tags von Worms ihr haben vorlesen lassen, u. begehrt, den gemeinen Pfennig, dessen Zwecke eine zugleich dort verlesene Instruktion verdeutlicht, mit den Ihrigen zu verwilligen; wie die Ritterschaft sich darauf bedacht u. eine Antwort erteilt habe. (Diese ebenso wie jene Erläuterung, soll den Versammelten verlesen werden.) Der König habe etlichen der Fürsten geschrieben, (laut zu verlesender Copien,²⁸⁾ woraus zu ersehen, dass „er der Ritterschaft Antwort nicht

26. Schr. v. Do. in den vier Tagen angehenden Fasten 1496, aus Nürnberg.

27. Die Copie desselben hat die Unterschrift: „E. W. S. Ritter, Hofmeister, Hauptmann;“ das vom 9. II. nur die Buchstaben „E N S R.“ Die Initialen (für W. u. N. ist wohl V. zu lesen) würden passen auf einen der geordneten Hauptleute der „Birgischen und Vogtländer“ Ritter Eberhard von Streitberg. Ein Eb. v. Str. stand Markgraf Friedrich nahe; als dessen Hofmeister i. J. 1495 wird jedoch Hans v. Eyb genannt (Lang, Gesch. v. Baireuth S. 36, 39).

28. Eine ders. bei den Akten (auch gedruckt bei Datt, de pace publica 542): Der Kaiser schreibt am Christabend 1495 an einen

Gefallen trage“; doch habe man aus Schwaben u. der Wetterau vernommen, dass auch dort die Ritterschaft gleich oder ähnlich geantwortet habe. Heute solle nun Beschluss gefasst werden u. sei zu bedenken: „Wenn wir uns dem verwilligen, den Pfennig zu geben oder dazu gedrungen werden, so müssen wir möglich zinsbar sein²⁹ und die gemeine Pfennig höher und mehr auf uns wachsen u. dess kein Abgang sein, dadurch wir zu eigenen Leuten u. also vertrübt (? vertruckt?), dass wir verachtet würden dann (?) die Bauern, u. können von den Freiheiten u. Rechten, die unsere Eltern durch ritterliche Gethat mit Schwendung ihres Bluts u. Guts erworben u. bis auf uns bracht haben, die wir fürder vielleicht nimmermehr oder schwerlich erlangen, auch in solche Verachtung kommen, dass wir bei unseren gnädigen Herren, den Fürsten zu Dienst nicht kommen möchten.“ — Nach dieser Mahnung sollten die Anwesenden einzeln befragt und zwei Listen mit den Namen derer, die die Steuer leisten, bezw. nicht leisten wollten, aufgestellt, darauf jene Nachgiebigen verabschiedet und den Uebrigen weiter eröffnet werden: Dass die Ritterschaft in Schwaben bereit sei mit der fränkischen sich zu Beistand in der Sache zu vergleichen, deshalb einen Tag auf Sonntag Letare (13. März) nach Schwäb. Hall angesetzt habe; man hoffe, dass auch die Ritterschaft in der Wetterau sich anschliessen werde. „Zu beständiger Handfestigung der Dinge“ sollten dann alle noch Anwesenden „geloben u. schwören“,

geistl., mit zu Worms gewesenen Fürsten (wohl Eichstätt; s. dieses Bischofs — zurückhaltende — Antwort v. 28. XII. bei Chmel, Urk. z. Gesch. Max. I., Bibl. des Lit. Vereins X. S. 81), begehrt auf die Schweinf. Antwort der fränk. Ritterschaft seinen Rat, ob weitere Verhandlungen, oder Abwarten bis nach dem für 2. II. 96 angesetzten Reichstag, oder gewaltsames Durchgreifen („oder ob wir gestrack ohn fernere Ersuchung an alle unsere u. des Reichs Hauptleute Befehl geben sollen — nachdem etliche ders. Personen des Adels fern von einander gesessen seindt u. sich keiner des andern in diesem Handel gern mächtigen würde — den gemeinen Pfennig von jedem in Sonderheit einzubringen“) angezeigt sei. Er würde gern den fränk. u. schwäbischen Adel vor sich gen Nördlingen erforschen, doch fürchte er einen endlichen Abschlag, der die Steuer bei andern Ständen „ganz zerütten u. hinterstellig machen u. uns dess auf nächstem Reichstag Schult zugemessen werden möchte.“ Vgl. Ulmann, K. Max. Bd. I. 395 f.

29. Wohl gleich „für zinsbar gelten“, vielleicht ist auch „möglich“ nur Versehen des Copisten für „männiglich“.

den Pfennig nicht zu geben, „u. ob ihr einer oder mehr darob gefangen, sein Schloss, u. Güter, es wäre Erb oder Pfandschaft, angewonnen, genommen oder verderbt würden, dass sich die Andern ohne desselben Willen nicht richten lassen sollen noch wollen.“ Schliesslich sollte die Versammlung vier oder sechs aus ihrer Mitte wählen zu den 2 geordneten Hauptleuten, welche 6 oder 8 dann auf dem Gesammtausschusstag vom 8. März zu Bamberg Macht haben sollten, endlich mit zu beschliessen, auch über gemeinsame Schritte mit den ausserfränkischen Ritterschaften. Dem soll später „nachgegangen werden u. Folge geschehen, es sei auf dem Tag zu Hall mit den Schwaben oder dem in der Wetterau.“³⁰

Für den Fortgang der Bewegung sind wir auf den wenig zuverlässigen Linturnius³¹⁾ angewiesen und dessen Nachricht von einer Protestversammlung des gesamten oberdeutschen Adels gegen den Gemeinen Pfennig zu Schweinfurt am 1. August 1496.³²⁾

Es ist keinesfalls allein, und wohl auch nicht in erster Linie wirtschaftlicher Eigennutz gewesen, was die Ritter-

30. Zu diesen (sämtlich nur abschriftlichen) Akten v. 1496 gehört noch eine ablehnende Erklärung der Landstände v. Baiern — Landshut auf dem „dritten Landtag des gemeinen Pfennig halber“ v. 21. XI. 96 (97? Vgl. Ulmann, K. Max. I. 563 f.), sowie Verhandlungen mit der Ritterschaft in Schwaben, vielleicht auf einem Tag des Schwäb. Bundes (ohne Datum, gedruckt z. B. bei Datt, de pace publ. 543), wo diese das dort Gehörte ihren Genossen des St. Georgenbundes an Reminiscere (für 1496 der 28. Febr.) vorzulegen versprechen u. der Zuversicht sind, „wo der gemeine Pfennig gebracht werde, wie der fürgenommen u. ihnen jetzt erzählt sei (durch den Erzbischof von Mainz in Person), es werde an der Ritterschaft kein Mangel erscheinen.“ — S. auch das Schreiben des Kurfürsten v. d. Pfalz an den König, vom 30. VII. 96, der nach Auftrag, „mit der Ritterschaft in seinem Fürstenthum“ mit allem Fleiss gehandelt hat. Was aber ihm zur Antwort begegnet, habe er dem König jüngst berichtet, der daraus ersehen, dass es an ihm nicht gefehlt habe. „So hab ich auch für die Meinen, der ich ungeverlich mächtig bin,“ den Pfennig bewilligt; er ist aber „aus vielen Hindernissen zu verziehen nit unbillig verursacht worden.“ (Chmel, Urk. z. Gesch. K. Max. I. 112).

31. Um 1500 Geistlicher in Hof; s. Lang, Gesch. v. Baireuth 71.

32. Bei Müller, Reichstagstheater I. 691. Seine Angabe (ebenda)

schaft gegen die Besteuerung so entschieden sich verwahren, hier und später mit Aufgebot aller Kräfte Front machen liess. Als wenige Jahre später das Reich durch den Schwäbischen Bund die Schweizer Städte unter eben diese Beschlüsse des Reichstags von 1495 zu beugen unternahm, beschloss eine zahlreiche Versammlung des fränkischen Adels³³⁾ die schwäbischen Standesgenossen vor Vertilgung durch die „Bauern“ zu bewahren, aus einer Geldumlage (1 gl. von je 1000 gl. Vermögen) reisigen Zuzug aufzustellen.³⁴⁾ Vergebens hatte der König die Ritterschaft für den Gemeinen Pfennig zu gewinnen gesucht durch die Aussicht, dass, wenn sie nur wollten, die Steuer ihnen selbst, als Reichssold für Kriegsdienste zu gut kommen solle; auch soweit man zum Dienste bereit war, wollte man doch von Besoldung aus der Steuer nichts wissen.³⁵⁾ Mit am meisten wirksam war wohl das besonders seit dem stärkeren Andringen der fürstlichen Gewalt fast krankhaft empfindliche Standeshewusstsein, dass jede gleiche Behandlung des Ritterbürtigen und der Volksmasse als Erniedrigung empfand. Das Zinßen war Kennzeichen des gemeinen Mannes, zu den Pflichten des Ritters sollte nur Herrendienst und Lehens-

von einem Rittertag zu Kulmbach am 2. März 96 würde auf den um eine Woche verzögerten Ortstag des „Gebirgs“ zu beziehen sein; vielleicht ist aber die von Lerch (bei Datt, de pace publ. 543) gegebene Datirung: 18. III. 95 richtiger, der Tag zur damaligen lokalen Bewegung (s. ob. S. 113) gehörig; nach obigen Aktenstücken erscheint jedenfalls ausgeschlossen, dass schon damals, Anfang März, bindende Vereinbarungen der Franken und Schwaben stattgefunden haben.

33. Im April 1499, zu Bamberg.

34. Schr. von 4 Adeligen zur Mitteilung des Bamberger Beschlusses u. Ladung auf einen ferneren Tag, nach Schlüsselfeld auf 6. Mai. (Archiv Oesterreich. Gesch. Quellen Bd. VIII. 239).

35. Ranke, Reformation I. 84; Bericht des Grafen Ph. v. Nassau an den König v. 3. III. 1496 aus Köln, bei Chmel, Urk. z. Gesch. K. Max. I. S. 96.

treue gehören;³⁶⁾ heftig verfocht die Ritterschaft damals allenthalben den Anspruch, dass auch ihre von Bauern erkauften Güter als steuerfrei zu behandeln seien.³⁷⁾ Sie dachte nicht daran, sich einzugestehen, dass die Tätigkeit des Ritters als Krieger längst aufgehört hatte, eine überwiegend gemeinnützige zu sein, und hielt den anders gearteten Bedürfnissen und Forderungen der Mitwelt gegenüber nur umso hartnäckiger an ihren aus der Blütezeit des Standes, der Quelle des eigenen Ansehens, überlieferten Anschauungen fest.

Die Reichstage von 1496/7 und 1497/8 hielten die Forderung des Gemeinen Pfennigs aufs ernstlichste aufrecht; Beschlüsse gegen die Widersetzlichen aber mussten 1498 kommenden Reichstagen vorbehalten werden.³⁸⁾ Damals war

36. S. z. B. auch die Supplikation der Grafen, Herren etc. v. 1521 betr. ihre Veranlagung zur Reichssteuer (Deutsche Reichstagsakten, j. R. II. 446): „Wo das bestehn sollt, hätten Grafen u. Herren von Burgern u. Bauern, die ihre Güter verzinsen u. versteuern, kein Unterschied, u. möchten fortan nicht mehr einen ritterlichen Stand, der . . . mit dem Schwert zu dienen gewidmet erhalten u. haben.“ — Stets wird als Grund der Ablehnung aus der Vergangenheit hervorgeholt, dass der Ritter mit seinem Schwert, nicht mit Geldzahlung diene, so schon bei der Steuerforderung v. 1427 zum Hussitenkrieg: „se (Schwaben u. Franken) liberos esse a tributo, corpore tamen non pecunia si opus fuerit libenti animo pro ecclesia et regno pugnaturos“ (Trithemius, Annales Hirsaug. a. 1428, II. 377). Ganz ähnlich 1495/96: „se liberos Francones esse, imperio non pecuniis sed corporibus sumptibus contra ecclesiae hostes inservire velle.“ (Linturnius von der Stimmung auf dem Rittertag zu Schweinfurt, bei Müller, R. Theater I. 690). Die Variation ist wohl bezeichnend: Man klammerte sich mehr und mehr an die grosse Vorzeit, wollte auch von eigner Betätigung in den Privatkriegen des Königs nicht mehr viel wissen.

37. Z. B. in den Beschwerden des Bamberger Adels v. November 1503 (Looshorn, B. IV. 454), in denen v. 1507 (s. unten) und Ende 1522 (D. R. A. III. S. 699); die Fürsten sahen sich im praktischen Einzelfall vielfach genötigt nachzugeben (s. unten die Würzb. Antwort: S. 243, n. 87).

38. Müller, R. Theater II. 114, 670.

ein Teil der Steuer bereits eingegangen, so dass dem König einige tausend Gulden von der zugesagten Hilfe ausgezahlt werden konnten. Die Fürsten berichteten über ihre Erfahrungen in den einzelnen Territorien; offenen Widerstand hatte ausser der Ritterschaft kein Reichsglied gewagt.³⁹⁾ Im Reichsabschied von 1500 wurde dem damals errichteten Reichsregiment anheim gegeben, Mittel zur Einbringung der noch fehlenden Summen — es war noch immer der bei weitem grössere Teil — zu finden.⁴⁰⁾ Zugleich ward hier aber ein neuer Weg eingeschlagen, das gewünschte Ziel: die Schaffung einer Kriegsmacht gegen äussere wie innere Feinde, zu erreichen: Für 6 Jahre zunächst sollten je 400 Einwohner in jeder Pfarrei, von ihren Obrigkeiten erfordert, einen Mann zu Fuss ausrüsten und unterhalten; Fürsten, Grafen und Herren die zugehörige Reiterei aufbringen.⁴¹⁾ Von Rittern und Knechten wurde erwartet, „dass sie zu dem christlichen Fürnehmen, auch zu Beschirmung des heiligen Reichs nach ihrem Vermögen auch etwas thun,“ und der Abschied bestimmte, dass König und Regiment mit der Ritterschaft zu Franken, Schwaben und Rheinlanden darüber verhandeln sollten, „dieweil sie um ihrer Vordern Verdienst willen von demselben Reich ihr Ehr und Würde, auch den mehren Teil ihres Guts haben.“⁴²⁾ Zum Reichshauptmann, „zu Vollziehung Friedens und Rechts, auch zu Widerstand dem Türken und andern Anfechtern der

39. Ulmann, K. Max. I. 597 ff., — doch hatte nach Bericht der Schatzmeister auch ein Teil der Reichsstände „sich hören lassen, den (Pfennig) nicht zu geben.“ — Da die merklichen Stände noch säumig, würden Verhandlungen mit der Ritterschaft vorerst nur schädlich sein, antwortete die Reichsversammlung dem König am 2. V. 1498 auf dessen Vorschläge (Harpprecht, Staatsarchiv II. 323).

40. Neue Sammlung II. 67.

41. Dasselbst S. 60 ff. Grafen und Herren von je 4000 gl. jährl. Gülden einen Reisigen; die Fürsten mit ihren Kammerleuten insgesamt nicht unter 500 Pferde.

42. eßenda S. 62, 84.

Christenheit und des Reiches“ wurde der tatkräftige Herzog Albrecht von Bayern erwählt.⁴³⁾

Diese Beschlüsse, welche die Absicht erkennen liessen, im Innern durchzugreifen, der Ruf des bayrischen Herzogs, der unlängst (1493) im siegreichen Kampf mit seiner im Löwlerbund gegen ihn vereinigten Ritterschaft seine Landeshoheit gefestigt hatte,⁴⁴⁾ und die richtige Vermutung, dass es nicht nur auf einzelne Landfriedensbrecher, sondern auch auf Durchsetzung der verhassten Reichssteuer abgesehen sei, haben die fränkische Ritterschaft zu umfassenden Massregeln gemeinsamer Abwehr veranlasst. Seit dem Spätherbst wird von Unruhen, von Tagungen berichtet,⁴⁵⁾ Als dann die sächsischen Fürsten ihre Stände, darunter auch die Ritterschaft ihres fränkischen Gebietes, aufforderten, die Ihren zu belegen,⁴⁶⁾ wandte sich der in Schweinfurt versammelte Adel Hilfe suchend gegen solch „unbillige Neue-
rung“ an die fränkischen Fürsten. Werde ihre Bitte nicht

43. ebenda S. 85 ff.

44. s. Riezler, Bayern III. 531 ff. — 1489 hatte der Bund auch bei der fränkischen Ritterschaft um Hülfe gegen den Herzog gewonnen. (ebenda S. 538).

45. Ausschr. der Sachsenherzoge an Pfleger u. Amtleute ihres Koburger Gebietes, in Bereitschaft zu sitzen, da sich in angrenzenden Landen, „viel Aufruhr u. Empörung zeigen“ v. 15. XI. 1500; Burkhardt, Ernestinische Landtagsakten I. (1902) S. 50. (Das Koburger Land war 1347 als Hennebergisches Erbe an Meissen gefallen; s. Schultes, Henneberg I. 154, 361. Der dortige Adel scheint unter der stärkeren Territorialgewalt seine Zugehörigkeit zur fränkischen Reichsritterschaft nur bis gegen Ende des 16. Jahrhs. haben aufrecht erhalten zu können: J. J. Moser berichtet, dass 1593 dieser 52 Ortschaften in der Koburger Pflege von Sachsen entzogen worden seien; „Von d. Teutschen R. Stände Landen“ S. 1262). — „Grafen, Herren u. Ritterschaft, zu Würzburg in merklicher Zahl versammelt,“ laden zu einem Tag nach Schweinfurt auf 10. I. 01. (Schr. v. 7. XII. 1500, gesiegelt von Gr. Michael v. Wertheim, H. Fuchs, Jörg v. Rosenberg, Sigm. v. Thüngen; Henneb. Archiv).

46. So, dass je 400 Personen jährl. 52 gl. zur Stellung eines Kriegsmannes aufbrächten; Ausschr. v. 22. XII. 00, Burkhardt S. 50 f.

erfüllt, drohte ihre Gesandtschaft in Bamberg (am 16. Januar), so hätten sie sich vereinigt, andere Hilfe zu suchen, daraus dem Stifte Nachteil erwachsen möchte.⁴⁷⁾ Der Bischof legte dar, wie das Vorgehen der Herzöge aus den Beschlüssen des Reiches folge, verfehlte auch nicht, anzumerken, er selbst habe in die Steuer für niemand als für die Seinen, deren er mächtig, gewilligt, „derer vom Adel ganz nichts mächtigen, noch für sie einichelei willigen wollen.“⁴⁸⁾ Nach langen Verhandlungen — Rittertag zu Würzburg am 8. Februar 1501 — sagten schliesslich⁴⁹⁾ die Fürsten zu, eine Botschaft an den König zu senden, die folgendes vorstellen sollte: Der den Adel betreffende Artikel des Reichsabschiedes sei „etwas bittlich, nicht auf Ernst oder Zwang gestellt.“ Die drei Fürsten hätten sich der Auflage ihres Adels nicht mächtigen wollen, das auch den Ständen angezeigt. Der Adel in Franken und anderen Landen hätte sich zum Widerstand vereint; Ungehorsam allein und Auflehnung werde aus Zwang erfolgen; ja es möchte der Adel sogar Wege suchen, auch den gemeinen Mann gegen die Steuer aufzureizen.⁵⁰⁾ „So der Adel sich von ihnen, den fränkischen Fürsten schlagen sollte, könnten sie ihr Fürstentum nicht erhalten, ohne den Adel dem Reich nichts nützen.“ Ihre Bitte sei, die Ritter-

47. Repertorium v. Fries, Würzb. Archiv.

48. Es ist die gleiche Stellung in der wir auch den Kurfürsten v. d. Pfalz zu seiner Ritterschaft sehen (vergl. n. 30).

49. Nach Roth v. Schr. (Reichsritterschaft II. 155) auf e. Adelstag zu Ochsenfurt am 25. IV., wo Bischof Lorenz u. Markgraf Friedrich persönlich zugegen waren.

50. Das Beispiel einer Verbindung von Adel und Bauern war in den Hussitenkämpfen vor Augen gestellt worden. Im Würzburgischen hatten auch mehrere Adelige dem Pauker von Niklas-hausen (1476) angehangen. Freilich bedurfte es solcher Erschütterungen des Gleichgewichtes, um den fundamentalen Gegensatz der beiden Stände zu überwinden. — Vgl. v. Bezold, Reformation 150 ff. und „Die armen Leute u. die deutsche Literatur des späteren Mittelalters, i. d. Histor. Zeitschrift Bd. 41.

schaft mit dem Anschläge nicht zu bedrängen, sondern auf Wege zu denken, wie man sie dennoch, „nach altem löblichem Herkommen zu des Reichs Diensten, wie ihre Voreltern, gebrauchen möchte.“⁵¹⁾

Die Gesandtschaft ging ab.⁵²⁾ Unterdessen setzten ab die 6 Orte ihre Vorbereitungen für einen kriegerischen Ausgang fort.⁵³⁾ Zum obersten Hauptmann der 6 Orte war Graf Michael v. Wertheim erwählt worden. Auf einem Ortstag (2. Mai 1501) zu Culmbach gelangte die Ritterschaft des „Gebirgs“ in einem Voranschlag ihrer einzusetzenden Streitmacht zu den Zahlen: 710 reisige Pferde, 1754 Fussknechte; dazu 17 Schlangen und Steinbüchsen, der nötige Wagenpark (156 W.); an Munition 2 Zentner Blei, 3 Zentner Pulver, 3000 Pfeile;⁵⁴⁾ jedes Mitglied sollte zu Pfingsten (30. Mai, dem Termin, für welchen auch die Musterung angesetzt war) von 1000 gl. Vermögen 1 gl. für Beschaffung von Fussknechten, Munition etc. erlegen. Zugleich war hier auch eine weitere Einteilung des sehr ausgedehnten Ortes in 6 Unterabteilungen (vielleicht in Anlehnung an eine damals schon für Zwecke des Lehenaufgebotes bestehende Einteilung) vorgenommen, Hauptleute an deren Spitze gestellt.⁵⁵⁾ — Die übrigen 5 Orte, — die auch jetzt

51. Repertorium v. Fries im Würzb. Archiv. — Zugleich sollte der Adel von sich aus Abgeordnete mitschicken.

52. K. v. Wirsberg (bei Roth v. Schr. II. 155): „Das ist geschehen, die Räte sein hin u. wir warten Antwort.“

53. Das folgende nach Roth v. Schreckensteins Mitteilungen in d. Notizenbuch des Kunz v. Wirsberg, damaligen Hauptmanns des Ritterortes „Gebirg u. Vogtland“ (Anzeiger f. Kunde der deutschen Vorzeit 1859 S. 175, 211, 247).

54. Von den grossen Geschlechtern waren angesetzt z. B.:

Die von Redwitz mit 30 Pferden u. 80 Fussknechten

„ „ Aufsess „ 29 „ „ 53 „

„ „ Egloffstein „ 33 „ „ 79 „

55. Nämlich: K. v. Kinsperg, an der Radach; H. v. Aufsess auf dem Gebirg; Seb. v. Wallenfels, um Kulmbach; L. v. Leyneck

unter den Bezeichnungen Odenwald, Steigerwald, Altmühl, die Rhön, Baunach erscheinen, — waren in gleicher Weise tätig, so dass auf einem Tag wohl der 6 Orte oder doch ihrer Ausschüsse,⁵⁶⁾ die gesamte für nötig erachtete Streitmacht folgendermassen auf die Orte verteilt werden konnte:

Die Birgischen	400 Pferde,	2000 Fussknechte,	
Baunach	300 „	800 „	„
Rhön	400 „	1200 „	„
Odenwald	400 „	2000 „	„
Altmühl	260 ⁵⁷⁾ „	900 „	„
Steigerwald	200 „	600 „	„

Dabei schätzt aber Wirsberg die in seinem Orte Gebirg überhaupt vorhandene Zahl gegenüber dem Anschlag auf das Dreifache an Pferden, das Doppelte an Fussknechten. — In dieser Zeit tritt auch, wie später häufiger, der genossenschaftliche Boykott als Massregel gegen die der Bewegung sich Entziehenden auf.⁵⁸⁾ — Die verschiedenen deutschen Landschaften strebten auch jetzt wieder, wie 1496, ein gemeinsames Vorgehen an: Am gleichen Tage wie die fränkische Ritterschaft zu Ochsenfurt (26. IV.) hatten Grafen, Herren und Ritterschaft der Rheinischen Gaue (aus dem Elsass, Wasgau, dem Gau, der Balze, Rheingau, Grabgau etc.) zu Speier getagt; auf einem weiteren, für den 6. Juni beabsichtigten Tage zu Speier, wo auch die Ritterschaft an der Eifel und im Stift Trier vertreten sein würde, sollten die Franken ihre Boten zum Abschluss einer Vereinbarung schicken.⁵⁹⁾ — Von den Beschlüssen aber zur Ausführung

um Beyreuth, H. Nothafft, um Wunsidel, J. v. Feylitsch, in dem Voitlande. Ueber ihnen stand als Hauptmann des ganzen Ortes K. v. Wirsberg. — Vgl. Lang, Neuere Geschichte von Bayreuth (1798) S. 6 ff. 13.

56. Ein Ausschnstag zu Würzburg am 5. Mai war unzureichend besucht. (R. v. Schr. II. 155).

57. S. R. v. Schr. II. 154.

58. ebenda.

59. ebenda.

war, hier wie später, innerhalb der vielköpfigen, eigenwilligen und durch Rücksicht auf ihre Fürstendienste gebundenen Ritterschaft, mehr noch als in den Reichsangelegenheiten, ein weiter Weg: Wie die Zahlungen und Rüstungen bisher betrieben seien, erwerbe man nichts als müde Beine und Pferde, klagte Kunz v. Wirsberg Anfang Juli: Er befürchte, als Hauptmann Schande und Spott zu erleben, und begreife nicht, wie man einige Gulden höher anschlagen könne als die getanen Zusagen und die althergebrachte Freiheit.⁶⁰⁾ — Zu gutem Glück des Adels genügte seine drohende, scheinbar einmütige und entschlossene Haltung schon, König und Stände, die unter sich von Einigkeit weit entfernt waren, von der Anwendung der Gewalt abzuhalten. Schon in einem Schreiben vom 9. April (an Kurfürst Friedrich v. Sachsen, den Statthalter des Regiments) hatte der König die Befürchtung ausgesprochen, dass der fränkische Adel „schwerlich in des Reichs Ordnung zu bringen sein werde;“ doch möge man dessen Taktik, bei Anforderungen des Reichs seine Verpflichtungen gegen seine Fürsten, bei Bedrängnis durch die Fürsten seine Zugehörigkeit zum Reich vorzuschützen, nicht hinnehmen, wenigstens einen Reiterdienst auf Reichskosten (von 1000 Pferden) von ihm fordern.⁶¹⁾ — Auf das hier getadelte Doppelspiel war die Ritterschaft in ihrem Verlangen, die alte Ungebundenheit zu bewahren, hingewiesen; es hat sich nach beiden Seiten hin bewährt, der Ritterschaft die beanspruchte Sonderstellung im Reiche verschafft.

Auf dem Reichstag von 1505, nach dem Tode Bertholds von Mainz und dem Zerfall der kurfürstlichen Reformpartei (Erbfolgekrieg von 1504), wurden die früheren Reichssteuerbeschlüsse ausdrücklich aufgehoben; an ihre Stelle trat nun das den tatsächlichen Verhältnissen mehr angepasste föderalistische System der Matrikularumlage, das — vorübergehend

60. Schr. v. 7. VII. 01 an seine 6 Hauptleute; Roth v. Schr. II. 156.

61. Harpprecht, Staatsarchiv II. 421 „ aber nachdem

und unvollkommen schon früher, für Stellen von Kriegsmannschaft seit 1422, für Leistungen in Geld z. B. 1487⁶²⁾ angewendet -- sich seitdem dauernd bis zur Auflösung des Reiches erhalten hat: Die hier dem Könige (für Ungarn) bewilligte Hilfe wurde auf die einzelnen Reichsstände verteilt auf Grundlage einer neu aufgestellten Matrikel, und sollte von ihnen, ohne Mitwirkung des Reiches, aufgebracht werden.⁶³⁾ Die Anwendung dieses Systems musste in den Teilen Deutschlands, wo die Stellung der kleineren Potenzen zu den Fürsten noch ungeklärt war, die Entscheidung beschleunigen. In allen Forderungen des Reiches sollte dieses künftighin nur mit den Reichsständen zu verhandeln haben, ihnen, wie es 1507 für den damaligen Anschlag heisst, „vorbehalten sein alle diejenigen, so ihnen von alters und nit dem Reich gedient, und dem Reich nit on Mittel zustendig oder verwandt, oder nichts vom Reich haben, und die vor in des Reichs Anschlägen nit gewesen.“⁶⁴⁾ Die hier gegebenen Kennzeichen werden in sehr vielen Fällen teils für teils gegen das Vorbehalten gesprochen haben, und so ist diese erste Definition nur der Ausdruck der tatsächlichen Unsicherheit für die Behandlung mancher Faktoren, namentlich auch eines grossen Teiles des niederen Adels;⁶⁵⁾ aber die Frage nach Mittelbarkeit oder Unmittelbarkeit war nun auch von ihrer formalen Seite her lebhafter angeregt. In den früheren Reichsanschlägen kommen ausser den Fürsten, Grafen und Herren nur die Ganerben der Reichsburgern

sie allezeit anzeigen, dass sie so ganz freie Franken sein, und sich doch jetzt der Fürsten, als ob die ihre Herren wären, gegen uns und dem hl. Reich annehmen, und hinwiederum sich unser und des Reichs gegen den Fürsten, wo ihnen von denselben einig Bezwang begegnet, als ob sie nicht ihre Herren wären“⁶⁴⁾ vgl. den Vorschlag der fränk. Fürsten oben S. 124 f.

62. Neue Sammlung I. 117, 137, 219, 241, 265; 278.

63. N. Samml. II. 102 f.

64. ebenda 111 f.; ebenso auch 1510 (das. S. 133).

65. Vgl. Ranke, Ref. I. 132 ff.

Friedberg und Gelnhausen⁶⁶⁾ und die Ritterschaft St. Georgenschildes in Schwaben⁶⁷⁾ hie und da vor. Die Reichsmatrikel des Jahres 1507 enthält wiederum Anschläge für die Ritterschaften des St. Georgenschildes im Hegau und der Schlösser Friedberg und Gelnhausen,⁶⁸⁾ dazu aber gemäss obiger Definition die „Nota“: „Die Ritterschaft, so Lehen vom Reich tragen.“ Unter diese Kategorie fiel nun aber ein grosser Teil der Ritterschaft, teils noch aus den Zeiten der Reichsministerialität, teils durch neue Verleihungen und Auftragungen zu Lehen,⁶⁹⁾ der jedoch vielfach unter fürstlicher Gerichtshoheit von jeher und noch immer stand,⁷⁰⁾ nach Herkommen dem Reiche „nicht ohne Mittel zuständig“ war. Erster Grundsatz war auch in der Matrikelfrage, dass das Herkommen entscheiden sollte.⁷¹⁾ Aber gerade für Franken konnte es nun, nachdem die Versuche zur Reichsreform Jahre hindurch an dem Bestehenden gerüttelt hatten, die Kräfte in Bewegung gebracht waren, kaum mehr zweifelhaft sein, dass die landesherrliche Autorität der Ritterschaft gegenüber in dieser schwierigen, vom Reich ihr zugewiesenen Angelegenheit der Reichssteuer sich ebenso wenig als zuvor die von Kaiser und Reich werde durchsetzen können und somit eine starke Einbusse zu erleiden haben werde. Die fränkischen Bischöfe scheinen deshalb auch den Versuch garnicht erst gemacht zu haben: 1510 war dem

66. 1467, 1480, 1487; 1495 neben ihnen noch die weiteren: Lindheim, Reiffenberg und Trachenfels; N. Samml. I. S. 221, 271, 286; II. S. 23.

67. 1431, 1467 („an der Thunau“), hier auch „die Ritterschaft zu Gülich und zu Geldern“, 1495 („im Hegau“); N. Samml. I. 138 u. s. w.

68. N. Samml. II. S. 109.

69. Einige der letzteren Fälle, aus einem Reichslehenverzeichnis von 1590, gibt Moser in Maders Magazin II. 115.

70. Für Würzburg s. die kaiserl. Privilegien v. 1168 u. 1347 und die Erklärungen des fränkischen Adels z. B. v. 1470 u. 1512, oben S. 18 n. 17, S. 21 n. 29, S. 101 n. 46, unten S. 146.

71. S. auch Ranke, Reformation I. 133.

Kaiser zu Augsburg eine Hülfe gegen Venedig bewilligt worden; am 17. November d. J. schreibt in der Sache der Bischof v. Bamberg an den von Würzburg, er fürchte, wenn er von der Ritterschaft nur wenige zur Verhandlung beschreibe, von diesen keine endliche Antwort zu erhalten, wenn aber alle, in Irrungen zu kommen; er denke deshalb, nur Prälaten und Landschaft zu laden, „denn sich die von der Ritterschaft, wie E. L. aus vorigen Begegnissen wissen, in nichts begeben werden“; Markgraf Friedrich habe auf dem Gebirg 6 von der Ritterschaft und 6 von der Landschaft erfordert.⁷²⁾ Die Reichsforderungen und die Abneigung, auf die sie in Ritterkreisen stiessen, haben also hier eine Trennung der Stände, ein Fernbleiben des Stiftsadels von solche Fragen betreffenden Landtagen herbeigeführt.⁷³⁾ —

Darauf versuchte es der Kaiser, im Frühjahr 1511, wieder mit direkten Unterhandlungen über einen Reiterdienst, ohne besseren Erfolg. Seine Gesandten wurden von einem Rittertage zum andern mit der Entschuldigung mangelnder Beschlussfähigkeit hingehalten;⁷⁴⁾ vergebens versprachen sie pünktliche Auszahlung des im Reichsabschied von 1510 festgesetzten Soldes (10 gl. monatlich) binnen Jahresfrist, unter Verschreibung des Regimentes zu Innsbruck; vergebens wiesen sie darauf hin, dass „verruckter Jahren Kay. Majt. von der Ritterschaft ein Reuterdienst zu thun Zusage geschehen.“ Diese widersprach dem nicht, erbot sich aber nur, wo „ein gemeiner Zug, der Christenheit zu gut“ fürgenommen werde, sich „zu halten, als frummer Ritterschaft gebührt.“ In einer Denkschrift des Adels an

72. Würzb. Archiv.

73. Doch ist auch später noch in Reichsangelegenheiten auf Würzb. Landtagen mit der Ritterschaft verhandelt worden, z. B. 1523; s. unten S. 295.

74. 2 Tage zu Schweinfurt an Letare (30 III.) u. Cantate (18. V.); s. unten S. 164 ff.

die fränkischen Fürsten⁷⁵⁾ wurden diese um Verwendung bei dem Kaiser, da der Reiterdienst dem Adel wie den Fürsten gleich schädlich sein werde, gebeten.⁷⁶⁾ — Der Reichsabschied von 1512 griff noch einmal auf den Gemeinen Pfennig zurück, der nun in geringerem Ansatz als 1500, allein von den Untertanen der Stände, mit Verschonung des Kammergutes, erhoben werden sollte; auch die Ritterschaft sollte nur verpflichtet sein, ihre Hintersassen mit der Steuer zu belegen.⁷⁷⁾ Darüber liess der Kaiser mit dem fränkischen Adel zu Schweinfurt, an Martini 1512, verhandeln.⁷⁸⁾ Diese blieb bei ihrer jede Forderung des Reiches unbedingt ablehnenden Haltung. Sie klagte über Zölle, Frohnen, Dienste, Ueberladung mit geistlichen und weltlichen Gerichten; daneben könnten ihre armen Leute nicht

75. Oder an einen derselben; die Schrift ist zwischen die beiden Schweinfurter Tage zu setzen; Würzb. Archiv.

76. Leisten sie den Dienst, so wird daraus ein Recht des Reichs, und ihre wie der Fürsten Lehen dadurch beschwert. Sollen sie dem Reich dienen, so „würden sie desto weniger auf der Fürsten Gebot oder Dienst achten, dem Kaiser nachlaufen, sie zu schützen vor den Fürsten.“ Es ist die schon bekannte Taktik.

77. Neue Sammlung II. S. 138 f. Weit zarter noch als i. J. 1500 wird jetzt das Schmerzenskind angefasst: „Und nachdem . . . die Ritterschaft zur Erlangung und Erhaltung des Röm. Reichs . . . ohn Zweifel ihre treue Hülfe mit ihrem Blutvergiessen und sonst stattlich mitgeteilt und getan haben, so setzen wir . . . in keinen Zweifel, die Ritterschaft werde sich zu Vollziehung angezeigter des Reichs notdürftigen Sachen, auch gutwillig erzeigen und ihre Untertanen oder Hintersassen in diesen Anschlag auch ziehen, denselben einbringen und sich selbst davon, so not sein wird, besolden“ (§ 15). Die Form der Erhebung — selbständig, durch Geordnete der Ritterschaft, ohne Mitwirkung der Fürsten — regelt § 24. (S. 140).

78. Würzb. Archiv. Seine Gesandten waren Graf Wolf v. Oettingen, Ritter E. v. Waldau (oder Velden) u. Dr. W. v. Reichenbach. Von der Ritterschaft scheinen nur die 3 Orte Baunach, Rhön und Steigerwald vertreten gewesen zu sein, wenigstens ist eine dort dem Hochmeister erteilte Antwort nur von diesen ausgestellt. (Voigt i. d. Beitr. z. Kunde Preussens II. 344).

auch noch solche Auflage erschwingen. Sie und die Ihren seien bisher frei von Reichsaufgaben gewesen; sie bäten, bei dem Herkommen bleiben zu dürfen.⁷⁹⁾ — Ebenso wenig Erfolg haben spätere Versuche des Kaisers, die Kräfte der deutschen Ritterschaft — so weit nicht fürstliche Rechte im Wege standen — in den Dienst des Reiches zu ziehen, gehabt; so namentlich sein Plan vom Jahre 1517 zur gesetzlichen Fixierung ihrer rechtlichen Stellung,⁸⁰⁾ so auch die weiteren Ansuchen um Beiträge zu Reichshilfen, z. B. 1518

79. Antwort den Gesandten (v. 12. XI.; Würzb. Archiv): „Die Ritterschaft zu Franken hat Kaiser und Reich oft und viel gedient, über ihr Vermögen, bei und neben den Fürsten;“ sie wollen das auch künftig tun. „Und so also der Adel dem Reich neben den Fürsten dient, alsdann vielfältig zu Schulden kommt; was sie dann solche Rüstung und Zubusse — ob sie gleich je zu Zeiten Futter und Kost von den Fürsten haben — gesteeet, das wird mancher mit grossem Unrat und Darlegen gewahr, als man solches an Ab- oder Zunehmen des gemeinen Adels Nahrung wohl spüret.“ Sie müssen ihren Fürsten, „in deren selbst Sachen, denen sie verwandt sind, mit merklichem Darlegen dienen“ und sind, wenn sie bei Nahrung und Rüstung bleiben wollen, genötigt, der Ihren Zins und Gült zu gebrauchen; u. s. w. Auf die Gegenvorstellung der Gesandten, dass die Steuer ja zur Besoldung der Ritterschaft dienen solle, gehen sie nicht ein; sie hoffen, von der Auflage frei zu bleiben. — In der Werbung der Baunacher Ritterschaft an den Bischof v. W. von ihrem Tage zu Ebern aus heisst es: „So haben die von der Ritterschaft in e. Gn. Stift gar geringe arme Güter und ganz arme Leut, und keinen andern Zugang von den Ihren denn ganz geringen Zins und Rent, auf die dann erst auch menigfältig Beschwerung in Menschengedächtnis, mit Zöllen, Frohnen, Diensten, Atzungen und anderm auf sie gedrungen, dazu einige mit geistl. und weltl. Gerichten auf das allerhöchst überladen werden.“ Bitte um Verwendung. Wo diese nicht möglich, seien sie genötigt, selbst Wege zu suchen. „Ob das dann E. f. Gn. u. Stift zu Vorteil oder Nachteil gereichen, geben die von der Ritterschaft E. f. Gn. u. Kapitel zu bedenken.“ Mit dieser schon gebräuchlich gewordenen Drohung schliesst die „Werbung“.

80. S. unten Teil III.

gegen die Türken.⁸¹⁾ Erst einige Zeit später trat eine Wandlung ein, in deren Folge sich allmählich die Einrichtung des „subsidium caritativum“ ausgebildet hat.⁸²⁾

Unzweifelhaft haben die finanziellen Anforderungen des Reichs unter Kaiser Maximilian die fränkischen Verhältnisse stark zu Gunsten der Ritterschaft beeinflusst. In gemeinsamer und nachhaltiger, siegreicher Opposition gegen das unverständene Neue, das sich gewaltsam ihr aufdrängen wollte, lernte die Ritterschaft ihre Kräfte, die Bedeutung

81. Ablehnende Antwort der Koburger Ritterschaft an die Sächsischen Fürsten v. 5. I. 1519; Ernestin. Landtagsakten I. 138. — Zu vergl. auch deren Schr. v. 10. I. 1508, wegen Hilfe z. Romzug; daselbst S. 66. S. auch unten S. 236 n. 68 u. S. 295.

82. Im Sommer 1529 beschloss die fränk. Ritterschaft, dem Kaiser, auf dessen „Kost und Schaden“, den gewünschten Reiterdienst zu leisten, von je 1000 Gulden 1 gl. u. 1 Ort zu bezahlen (Aufforderung der Ritterschaft zu Mergentheim versammelt an Eberh. Hundt, in den Beschluss zu willigen, v. Mi. n. St. Laurenztag (11. VIII.) 1529; gegen 30 Unterschriften des Odenwälder Adels. Schriftlich eingewilligt hatten auch Graf Georg v. Wertheim, Schenk Eberh. zu Erbach, Zeisolf v. Rosenberg, Ludwig v. Hutten u. a.; Werth. Archiv). — Ebenso hat dann 1532 und 1542 die fränkische und schwäbische Ritterschaft in die auf den gleichzeitigen Reichstagen beschlossenen Reichshilfen wider die Türken gewilligt (Kerner, Staatsrecht der Reichsritterschaft (1786) III. 133 ff.; vgl. die Reichsabschiede von 1529, 1532 und 1542, Neue Sammlung II. 296, 354, 455). Allmählich aber treten die Leistungen nur mehr auf Grund von Vereinbarungen zw. Kaiser und Ritterschaft, unabhängig von den auf den Reichstagen bewilligten Anschlägen auf; anfangs und bis auf Ferdinand III. nur zu Türkenkriegen, von da ab auch zu andern Kriegen und zum Friedensbedarf des Kaisers. „Charitativsubsidiën“, im 18. Jahrh. das bedeutendste Einkommen des Kaisers aus dem Reiche. Durch diese Einrichtung ist der Ritterschaft dauernd Gelegenheit geblieben, ihre Privilegien zu erweitern, ihren Beschwerden gegen Reichsstände Nachdruck zu verschaffen. Vgl. dazu die Verhandlungen des fränkischen Adels mit dem Kaiser schon 1545/46 (Lenz: „Die Kriegführung der Schmalkaldener“, in der Histor. Zeitschr. 1883, S. 392 ff.; Burgermeister, Cod. dipl. eq. II. 957). Allgemein s. Kerner III. 161 ff.

eines nach aussen geschlossenen und entschiedenen Auftretens für den Erfolg kennen, eine Erfahrung, die ihr Selbstvertrauen noch steigern und ihr in den fortdauernden ständischen Kämpfen mit den Fürsten zu gut kommen musste. Auch aus der Bewegung selbst haben die fränkischen Bischöfe keinen Vorteil gezogen. Ihr kaum erst wieder etwas gefestigtes landesherrliches Ansehen reichte nicht hin, in derartigen Stürmen die Gemüter zu leiten. Die Initiative lag bei dem Adel; er verlangt unter Drohungen die Verwendung der Fürsten bei Kaiser und Reich, und diese geben den stürmisch an sie herantretenden Wünschen nach. Wenn auch die Abwehr von Anforderungen des Reichs mit in ihrem Interesse lag, so konnte doch die damalige Anforderung selbst, bei dieser Art der Rollenverteilung für sie nur nachteilig sein. Anders lagen die Dinge unter sächsischer Herrschaft; auch hier hat aber die weit stärkere Gewalt der Landesherren nicht vermocht, sich in Franken in dieser Frage den gewünschten Gehorsam zu verschaffen.⁸³⁾ — Den fränkischen Ritter erhob das stolze Bewusstsein, dass an seinem Widerstand hauptsächlich der Plan, die Ritterschaft deutscher Lande „zinsbar und tributisch“ zu machen, gescheitert sei.⁸⁴⁾

83. S. oben S. 133 n. 81.

84. „Do es an unss franken kam, do hant wir unss mit gelübden zusammen gethan unss des zu weren; also styss ess sich ob uns;“ Kunz v. Wirsberg, bei Roth v. Schr. II. 144. n.; — „ . . . und sonderlich von der Franken Bewegen, dass sie sich den Franzosen, die auch frei gewest, mit Behendigkeit, als ihnen geschehen, nit gleich machen lassen wollten, ward dagegen von ihnen fürgenommen, darnach sich viel der andern Lande richten . . .“; der Biograph Wilw. v. Schaumburgs (Ludw. v. Eyb d. j. s. Ulmann in der Histor. Zeitschrift Bd. 39), S. 156.

II. Fehdewesen.

Die Frage der Sicherung von Friede und Recht im Reiche hat fast alle Reichstage unter Maximilian als Hauptgegenstand beschäftigt. Die Verpflichtung der Reichsstände, 20 Meilen im Umkreis, zur Waffenhilfe gegen Landfriedensbrecher wurde nach 1495 mehrmals erneuert;¹⁾ eine Erläuterung des Landfriedens von 1498 enthält strenge Bestimmungen gegen Begünstigung und Fürschub von Friedbrechern.²⁾ Der andauernd schwächsten Seite dieser Gesetzgebung, dem Mangel einer wirksamen Exekutive, suchte der König mehrmals aufzuhelfen durch Vorschläge, welche jedoch nicht die Zustimmung der eine Beeinträchtigung ihrer Hoheitsrechte fürchtenden Stände fanden.³⁾ Später, 1512, ist die damals

1. 1495 (s. oben S. 107 n. 2), 1496, 1498, Neue Sammlung II. S. 26, 30, 42.

2. Dasselbst S. 39 ff. König u. Stände verpflichten sich, hierfür keinem, der einen von ihnen wider den Landfrieden beschädigt, in ihren Landen Unterschleif oder Fürschub zu geben. Auch der als Begünstiger Verdächtige sollte nun zum Reinigungseid vor Reichsversammlung oder Kammerrichter geladen werden können, bei Nichterscheinen der Acht verfallen. Mit der Acht sollten namentlich auch alle Ganerbenrechte erlöschen; die Ganerbenschaft, welche den geächteten Genossen herbergen würde, sollte ebenfalls die Acht treffen. In der L. Fr. Erklärung v. 1500 (N. Sammlung II., 64 ff.) ist an Stelle der jährl. Reichsversammlung das (schon 1502 wieder eingegangene, 1505 förmlich aufgehobene) Regiment, auch für Vollzug von Friede u. Recht, getreten.

3. 1505 zu Cöln: Aufstellung von 4 Marschällen, jeder mit 25 Rittersn, am Oberrhein, Niederrhein, a. d. Donau u. in den Elb-

vorgenommene Einteilung des Reiches in 10 Kreise zur Grundlage auch für Handhabung des Landfriedens und Vollzug der Kammergerichtsurteile genommen worden; aber auch hier kam es nicht zur Durchführung der Beschlüsse: Der Anschlag, aus dem die Kosten bestritten werden sollten, ist nicht erlegt, die Kreishauptleute sind nicht ernannt worden; die Kreiseinteilung blieb vorerst ohne jede Bedeutung.⁴⁾ — Das Kammergericht, das seine Sitzungen im November 1495 eröffnet, im Februar 1496 sein Recht, in die Acht zu erklären, zum erstenmale ausgeübt hatte, sah sich aus Mangel an Geld zur Besoldung seiner Mitglieder bald darauf genötigt, die Verhandlungen ganz auszusetzen. Auch nachdem Ende 1496 dem Uebelstand durch Einziehung des Gemeinen Pfennigs von den reichsstädtischen Juden fürs Erste abgeholfen war, blieben doch namentlich das willkürliche Eingreifen des Königs in die Verhandlungen und die Schwierigkeit des Vollzuges unübersteigliche Hindernisse für eine

gegenden; 1510 zu Augsburg: Ein immerwährender Reichsanschlag soll ermöglichen, in jedem Falle des Friedbruchs oder der Widersetzlichkeit gegen Urtheile des Kammergerichts ein entsprechend grosses Reichsaufgebot rasch verfügbar zu machen; ein bes. Ausschuss des Kammergerichts soll auf Verwendung solcher Hilfe erkennen, Hauptleute in jedem Viertel des Reichs sie ins Werk setzen; Ranke Ref. I. 109, 129; vgl. Harpprecht, Staatsarchiv II. 443, III. 240 f.

4. N. Sammlung II. 138. — Den schon i. J. 1500 für die Wahlen zu Regiment u. Kammergericht gebildeten 6 Kreisen (s. ebenda S. 58; z. B. § 6: „Der erste Kreis begreift . . . die Bischöfe von Bamberg, Wirtzburg, Eystatt, den Markgrafen v. Brandenburg als Burggrafen zu Nürnberg, auch die Grafen, Frey- und Reichstädt, um oder bey ihnen gesessen u. gelegen“), wurden jetzt (1512) aus den Landen des Kaisers u. der Kurfürsten vier weitere Kreise zugefügt. — Auf Anrufen des Geschädigten soll der Kreishauptmann mit seinen Zugeordneten rathschlagen, wie der überführte u. geächtete Friedbrecher zu strafen sei; ist der „Handel“ für die Kreise zu schwer, so soll der Hauptmann das Reich anrufen, ein Reichstag durch Kaiser oder Kanzler berufen werden.

erfolgreiche Wirksamkeit. Anfang 1502 waren die Geldmittel wiederum erschöpft, und zugleich mit dem Regiment löste sich damals auch das Kammergericht gänzlich auf. Erst 1507 zu Konstanz trat es wieder ins Leben und erhielt durch das System der Matrikularbeiträge nun auch eine etwas festere Grundlage;⁵⁾ doch blieb die Wirkung auch in dem nächsten Jahrzehnt eine äusserst geringe. — Auf dem Reichstage von 1517 legte ein Gutachten⁶⁾ des Ausschusses die Gründe dafür, dass andauernd Landfriede und Recht nicht gehandhabt würden, sondern „zerrüttet, verschmähet, verachtet“, dar; es misst die Hauptschuld den Mängeln des Kammergerichts bei, das schwach und vielfach mit Untauglichen besetzt sei, unter Beeinflussung leide, und deshalb die Prozesse oft viele Jahre hinziehe; habe man mit vieler Mühe endlich ein Urteil erlangt, so finde man Exekution weder bei hohen noch bei niederen Ständen. So komme es, dass sich jeder scheue, seine Händel vor Gericht zu bringen. Die Acht schrecke niemanden mehr, denn der Geächtete finde stets Unterschlupf und Fürschub, zuweilen auch Schutz eines Fürsten: Die Strassen seien nirgends sicher, man kümmerge sich um kein Geleit, „so wenig des Hauptes als der Glieder, alles zu Schmach und Verderben des Reichs.“

In 20 Jahren mühevoller Arbeit hatte die Reichsgesetzgebung an der Herrschaft des Fehderechtes und ihren Begleiterscheinungen nur verschwindend wenig ändern können. Auch unter den Fürsten waren Kriege und Fehden aus Streitigkeiten oder einseitigem Drang zur Machterweiterung nicht selten geworden,⁷⁾ noch weniger bei dem niederen Adel, der nicht an die Interessen weiterer Kreise gebunden war,

5. S. Ranke, Ref. I. 80 ff. — Nach Harpprecht II. 94 sind in den ersten 7 bis 8 Monaten (26. II. bis 14. X. 1496), elf Achterklärungen durch das Kammergericht ausgegangen.

6. Harpprecht III. 355, vgl. Ranke, Ref. I. 145.

7. Vgl. Ranke, Ref. I. 134, 222; Ulmann, K. Max II. 577.

für den der Appell an das Schwert bei jeder wirklichen oder vermeintlichen Benachteiligung, — die „rechtmässige Gegenwehr“, — noch immer die natürlichste Auskunft bildete, der zudem die Unzuverlässigkeit auch der neueren Rechtsprechung aus häufiger Erfahrung kannte. Der Kaiser, dem in der Gesetzgebung weniger ein hohes Ziel vor Augen stand, als die Abstellung der grössten Uebelstände im einzelnen, hat einerseits auf wirksame Massnahmen gegen Strassenräuberei, gegen Friedbrecher und die adeligen Verächter der Reichsbeschlüsse meist am stärksten, wenn auch ohne Nachhaltigkeit gedrungen,⁸⁾ andererseits aber die vielfach ungünstige Rechtslage der Ritterschaft als Quelle mancher Gewalttat wohl erkannt. In den Wormser Landfrieden hat er einen Artikel über Pfändung einrücken wollen, aber gegen die Stände nicht durchsetzen können;⁹⁾ man geht wohl kaum fehl, wenn man ihm darin die Absicht einer Abweichung von der Grundidee des ewigen Landfriedens, aus praktisch gerechtfertigten Gründen, eine Berücksichtigung des Interesses der Gläubiger ihren mächtigeren Schuldner gegenüber zuschreibt. Eine gesetzlich begrenzte Möglichkeit privater Schadloshaltung¹⁰⁾ hätte der Sache des Friedens auch jetzt noch besser vielleicht gedient als ihr Ersatz allein durch ein staatliches Prinzip, zu dessen Durchführung die Kräfte noch in keiner Weise ausreichten. — Auch die Klagen der Ritterschaft über Einwirkungen der Grossen auf das Kammergericht hat der Kaiser als berechtigt anerkannt: entweder könne der Arme vom Adel gar kein Recht bekommen, oder es sei „scharf und spitzig,“ sodass es ihm nichts fruchte.¹¹⁾ In Franken hat er mehrfach einzugreifen, Klärung und

8. S. oben S. 135, S. 127 n. 61, auch Ullmann, Sickingen 235 f.

9. Müller, R. Theater I. 396.

10. S. die meisten früheren Landfrieden (oben S. 74 f).

11. Ranke, Ref. I. 134.

Fixierung des rechtlichen Verhältnisses zwischen Fürst und Ritterschaft zu erreichen gesucht.¹²⁾

Eine noch wesentlichere, allgemeinere Ursache für Unzufriedenheit und Ausschreitungen des Kleinadels als Willkür der Fürsten bildete aber wohl das dauernde Missverhältnis zwischen den stolzen Traditionen der Ritterschaft und der Unmöglichkeit diesen nachzuleben, das von den Vätern Ererbte mit Leben selbst erst zu erfüllen. Mit dem Ende des alten Reiches war dem Ritterstand der „Segen einer grossen Aufgabe“ entzogen worden. Seitdem waren die Zeiten des Ringens und langsamen Ausbildens neuer Lebensformen in engeren räumlichen Grenzen einer Steigerung jener sozialen Ansprüche günstig, der Möglichkeit, sich das Recht dazu durch kühne Taten für Reich und Kirche zu verdienen, ebenso ungünstig gewesen. In den kleinen Verhältnissen der Territorien, in den um wirtschaftliche Einzelinteressen geführten Fehden mussten dem Sinn des Ritters die alten Ideen und Standesprinzipien, an denen er festzuhalten suchte, die er formal noch weiter ausbildete, tatsächlich wesensfremder werden, innere Unwahrheit vielfach die Folge sein.¹³⁾ Indessen verschärfte sich der Gegensatz zu der im Lauf der Zeiten gewandelten übrigen Welt. In den Kämpfen der Schweizer gegen Herzog Leopold hatte die Ueberlegenheit geschlossener Infanteriemassen gegenüber den Panzerreitern sich dargetan und seitdem, besonders durch die Hussitenkriege, jene neue Taktik auch in Deutschland Boden gewonnen, in Verbindung mit steigender Verwendung der Feuerrohre die Kriegsdienste des Ritters zu entwerten begonnen; durch das Geschützwesen verlor allmählich auch die den Fürsten verkaufte Oeffnung der Ritterburgen, „ein

12. S. unten S. 180.

13. Als „unehrliche Thaten u. Misshandlungen“ bezeichnet z. B. der Reichsabschied v. 1512 das damalige Gebahren der adeligen Strauchritter.

wichtiges Vermögensobjekt des kleinen Adels,¹⁴⁾ an Bedeutung — wenn auch die Fürsten, vor allem die geistlichen, noch lange von ihrer Ritterschaft abhängig geblieben sind, in ihrem Kriegswesen das ritterliche Lehensaufgebot, — aus Geldmangel, aus der Notwendigkeit, den Adel sich verpflichtet zu erhalten, — auch in unserer Periode noch die erste Rolle spielt.¹⁵⁾ Im Gerichtswesen und selbst in der Verwaltung der Territorien begannen die nicht belehnten bürgerlichen Elemente mit dem Adel in Konkurrenz zu treten.¹⁶⁾ Die stärkere Belastung des Grundbesitzes, infolge der mehr und mehr erweiterten Tätigkeit des Territorialstaates, traf wenigstens zum Teile auch die Hintersassen der Ritterschaft mit.¹⁷⁾ — Während so die bisherigen Einnahmequellen immer ernstlicher bedroht erschienen, und die Möglichkeit, den Ausfall durch Erschliessung neuer Quellen zu ersetzen, bei der ablehnenden Stellung des deutschen Adels zu jeder Art friedlichen Erwerbs, den Herrendienst ausgenommen, nicht in Betracht kam, steigerten sich gleichzeitig die Aus-

14. Ulmann, Sickingen 26; vgl. oben S. 65.

15. S. Ulmann, K. Max., Bd. I. 320 ff., 847 ff. In Franken begann damals allein Markgraf Casimir (1515—27) aus seinem Landvolk eine geübte Fusstruppe für den Kriegsfall zu bilden (Lang, Gesch. v. Baireuth, 159 ff.); die meisten Würzburger Aufgebote ergehen damals ausschliesslich an den Lehensadel, seltener daneben auch an Städte u. Dörfer (Würzb. Archiv).

16. Doch scheinen in Franken um 1500 die Amtleute noch sämtlich aus dem Adel genommen worden zu sein: Aufgebot aller Würzb. Amtleute v. 1522 im Würzb. Archiv; zweifelhaft könnte hier allein ein Jörg Steirer, Amtmann zu Werneck sein. Verzeichniss der Culmbach'schen Amtleute a. d. J. 1486 bei Lang, Gesch. v. Baireuth, S. 34. Bürgerliche Doktoren als Urtheiler am Hofgericht 1507 ff. s. daselbst S. 78; bürgerliche Räthe auch im Stift Würzburg schon häufiger.

17. S. oben S. 132 n. 79 u. unten S. 178, z. B. auch Looshorn, Bamberg IV. 515. Allgemein vgl. Lenz i. d. Histor. Zeitschr. 1896; ferner W. Stolze: „Zur Vorgesch. des Bauernkrieges“ (1900) S. 33 ff.

gaben. Der wachsende Luxus an Fürstenhöfen,¹⁸⁾ Wohlstand und Prunk in den Städten reizte den Stolz auch des wenig wohlhabenden Junkers zum Wetteifer. Versuche zur Beschränkung der Ueppigkeit in Kleidung, in Zurichtung der Feste etc. beschäftigten seit dem 14. Jahrhundert die Behörden der Städte, gegen Ende des 15. und zu Anfang des 16. die meisten damaligen Rittertage, seit 1497 auch die Reichsgesetzgebung;¹⁹⁾ im wesentlichen ohne Erfolg.

Es kann kaum bezweifelt werden, dass in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts in weitesten Kreisen der Ritterschaft stärkere Unzufriedenheit, eine innere Gärung vorhanden gewesen ist, und dass diese Erscheinung aus dem Zusammentreffen verschiedener, uns bekannter Umstände zu erklären ist: einmal aus der Konsolidierung und dem stärkeren Sichgeltendmachen, namentlich den wachsenden finanziellen Anforderungen des Territorialstaates, ferner aus den Versuchen des Reiches zur Besteuerung auch des Kleinadels und zum Ersatz des Fehderechtes durch eine Reichsordnung, welche der Ritterschaft die schwerste Selbstüberwindung zumutete, ohne ihr dafür wirksamen Rechtsschutz zu gewähren,

18. Beispiel für damals stark vermehrte, weit über die Kräfte gehende Hofhaltung bei Schultes, Henneberg II. 227 u. Lang, Gesch. v. Baireuth S. 19.

19. Städtische Kleiderordnungen zu Nürnberg 1343, Frankfurt, Speier 1356, München 1405; seitdem, in immer kürzeren Zwischenräumen, mehr u. mehr verschärft. 1479 vereinbarte der Turnieradel zu Würzburg, dass keiner golddurchwirkten Stoff noch gestickten Sammet tragen solle; die Frauen sollten nicht über vier Festkleider haben, nicht mehr als 2 von Sammet. Hätten aber etliche Frauen und Jungfrauen kein Sammetkleid, so sollten „dieselben dennoch nach ihrem Stand zu Ehren gezogen werden.“ — Kleiderordnungen für alle Stände i. d. Reichsabschieden v. 1497, 1498, 1500 u. s. w. N. Samml. II. S. 31, 47, 78 etc. Sorge für Ausführung u. weitere Einzelheiten werden z. B. 1498 den Fürsten, „nachdem die Ritterschaft mit der Kleidung ihrer Frauen u. Kinder übermässige Kostlichkeit leidet,“ dringend ans Herz gelegt.

sowie endlich aus dem unabweisbaren Vergleich der eigenen begrenzten Hilfsquellen mit dem wachsenden Wohlstand anderer mehr im Strom der Zeit stehenden Stände.²⁰⁾ Eine weitere Frage aber ist, ob der Kleinadel damals eine ausgesprochene wirtschaftliche Krisis, entstanden aus den oben genannten und anderen weniger offensichtlichen wirtschaftlichen Ursachen²¹⁾ durchzumachen gehabt, ob eine solche Krisis zur Erhöhung jener Unzufriedenheit beigetragen hat. Es ist hier vorerst zu erinnern, dass von Anfang an die grosse Masse ritterlicher Burgmannen in einer wirtschaftlich nur bescheidenen Lage sich befunden hat, dass schon im Verlaufe des 14. und 15. Jahrhunderts viele Ritterbürtige ihre soziale Stellung nicht zu behaupten vermocht haben, in der Bürgerschaft oder im Bauernstand aufgegangen sind,²²⁾ dass also, wenn wir von Notstand und Armut ritterlicher Familien um und nach 1500 hören,²³⁾ daraus allein noch nicht auf aussergewöhnliche Ursachen geschlossen werden darf. Doch kommt hinzu, dass bei den damaligen Verkäufen und Auftragungen zu Lehen gegen Bargeld es sich um Angehörige vielfach auch der angesehensten Ministerialgeschlechter handelt und dass hierbei häufig Notdurft als Grund angegeben wird, in anderen Fällen bei der Häufigkeit der von einer

20. S. Ulmann, Franz v. Sickingen S. 229 ff., Bezold, Reformation 28; vgl. unten S. 242. —

21. Zu deren Erhellung kann hier leider nichts beigetragen werden; Literaturangaben bei W. Stolze, a. a. O. S. 41.

22. v. Inama, Wirtschaftsgesch. III¹. S. 41; v. Below, Territorium u. Stadt S. 33. — Lang, Gesch. v. Baireuth S. 42 fand aus den Plassenburger Akten v. 1486—1527, dass viele Bauern in der Herrschaft Culmbach Abkömmlinge adeliger Familien waren.

23. Z. B. 1498: A. S. bittet den Bischof, ihn von der befohlenen Rüstung zu befreien, da er den Winter krank war, keinen Knecht u. nur ein Pferd hat, dabei aber 8 lebendige Kinder (Looshorn, Bamberg IV. 416). Für Baiern ähnliche Bitten armer Edelleute v. 1525 bei J. E. Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode von 1522 bis 1526, S. 49.

und derselben Person vorgenommenen Aktionen dieser Art zum mindestens sehr wahrscheinlich ist.²⁴⁾

Man wird wohl eine Krisis anzunehmen haben, wenn auch von einer allgemeinen Notlage des gesamten Adels nicht die Rede sein kann, schon deshalb weil die Arten des Einkommens doch zu mannigfaltig waren und namentlich der Fürstendienst für Ausfall an Grundrente Ersatz ermöglichte.²⁵⁾ Darin, dass der Adel wirtschaftlich so sehr auf die Fürsten angewiesen war, liegt aber auch die wesentlichste Erklärung für das lange Hinziehen des ständischen Kampfes in dem bischöflichen Franken.²⁶⁾ —

Fehdewesen und Strauchrittertum standen vor allem in Franken und am Rhein noch in voller Blüte, während in Schwaben der Schwäbische Bund die unruhigen Elemente mehr in Schranken hielt, in Baiern und im Norden die stärkere Gewalt der Landesfürsten bessere Ordnung bereits geschaffen hatte. Die Entartung vieler Edelleute brandmarkte z. B. der Reichsabschied von 1512: „also dass einer den andern heimlich fahet, blendet, hinwegführt, dass etliche

24. Looshorn, Bamberg IV. 397 ff. 442, 470, 510, 515, 742: Veit v. Rotenhan verkaufte dem Hochstift 1488—1501 Güter für i. g. 582 fl., Jobst v. Egloffstein i. J. 1502 Güter um 6000 gl., die er „zu seiner u. seiner Erben merklichen Notdurft u. anliegenden Schulden“ brauchte. Weitere Verkäufe u. Auftragungen durch versch. Angehörige dieses Geschlechtes a. d. Jahren 1493—1535, oft „aus Notdurft.“ — In ähnlicher Lage erscheinen die Familien von Waldenfels, v. Aufsess, v. Schaumberg u. A. — 1511 verkaufte z. B. Silvester v. Schaumberg, Amtmann zu Murstat „aus Notdurft“ seine bischöfl. Stiftslehen um 550 gl.; 1512 Georg v. Sch., Ritter, zu Lautterburg sein Eigen in G. um 400 gl.; 1515 Chr. v. Sch. zu Mupperg „aus Notdurft“ sein Burglehen zu H. um 60 gl.; 1520 tragen 3 Gebr. v. Sch. „zum Hauge“ Eigengüter zu Lehen auf, gegen 300 gl.; 1525 verkauft Eukar. v. Aufsess, Ritter, „aus Notdurft“ 2 Meierhöfe zu K., um 550 gl. — Für den Würzb. Adel fehlt es an Nachrichten aus jener Zeit. —

25. S. Lenz i. d. Histor. Zeitschrift 1896 (Bd. 77) S. 406 ff.

26. Vgl. Ulmann, K. Max Bd. I. 592; W. Stolze, a. a. O. S. 12 f.

heimlich mordbrennen, auch Zuschub mit heimlichem Absteigen der Schlösser und Häuser üben, etliche fürsätzlich und wider Recht totschiagen und ermorden,“ und suchte dagegen durch erneute Forderung des Reinigungeides für Verdächtige einzuschreiten.²⁷⁾ Das zähe Festhalten am Reiterberufe, bei Mangel an Verwendung in grossen Dingen, hatte allmählich eine gewerbsmässige Praxis im kleinen ausgebildet; am häufigsten waren die gewinnversprechenden Handel mit Städten. Nach einem festen System wurden die meisten dieser willkürlichen Fehden herbei- und durchgeführt: „Im Namen angeblich verletzter Rechte eines Dritten sagte so ein Strauchritter einer Stadt Fehde an, und dann galt nicht etwa bloss die Obrigkeit oder auch die Bürger derselben, sondern ein jeder, der handeltreibend dort Verbindungen pflegte,²⁸⁾ als gute Beute.“²⁹⁾ So sind, neben vielen unbedeutenderen, die Fehde des Franz v. Sickingens gegen Worms,³⁰⁾ diejenigen des Conrad Schott (1499),³¹⁾ des Götz von Berlichingen,³²⁾ der Hans Georg und Hans Thomas von Absberg, des Mangold v. Eberstein,³³⁾ u. a. sämtlich gegen Nürnberg, teilweise auch die von H. Th. v. Absberg gegen die Grafen v. Oettingen³⁴⁾ entstanden. Bemerkens-

27. N. Sammlung II. 142. — Ueber die Schandtaten z. B. Hans Thomas v. Absbergs u. seiner Helfer, mit Händeabhauen etc. s. Bibl. d. Litterar. Vereins Bd. 114 S. 28 ff.

28. S. z. B. Müller, R. Theater II. 727; Kamann a. a. O. S. 25,

29. Ulmann, K. Max Bd. II. 593; s. auch Ulmann, Sickingen 29 f.

30. Ulmann, Sickingen 36 ff.

31. Aktenstücke bei Müller, R. Theater II. 697 ff.

32. J. Kamann: „Die Fehde des Götz v. Berlichingen mit der Reichsstadt Nürnberg u. d. Hochstift Bamberg 1512—14,“ (Nürnberg 1893).

33. L. F. Frhr. v. Eberstein: Die Fehde Mangolds v. Eberstein gegen Nürnberg 1516—22. (2. Aufl. 1879.)

34. Verhandlungen über Hans Thomas v. Absberg, her. v. J. Baader, Bibl. des Litterar. Vereins in Stuttgart, Bd. 114, (1873).

wert ist nun der Rückhalt, dessen sich auch solche berufsmässigen Raubritter nicht nur bei ihren Genossen, sondern auch bei ihren Fürsten,³⁵⁾ ja selbst bei anderen Reichsständen und dem Kaiser³⁶⁾ zu erfreuen hatten. Als Stand fühlte sich der Kleinadel durch die Wandlung der Zeiten beschwert; geschlossen sehen wir ihn deshalb auch eintreten für seine Mitglieder, so oft sie durch kecke Gewalttat mit dem geschriebenen Recht in Konflikt und in Bedrängnis geraten sind, — ganz abgesehen von Hülfe und Fürschub durch die Einzelnen bei den Raubzügen selbst, die in vorgeblichem oder tatsächlichem Glauben an das gute Recht des Genossen, mit oder ohne Berufung auf Herkommen, auf Burgfrieden und Einungspflichten bereitwilligst geleistet werden.³⁷⁾ Für Conrad Schott z. B. verwendete sich die von ihm zusammengerufene Ritterschaft und stellte an Nürn-

35. Auf weitgehendste Nachsicht den Ausschreitungen ihres Adels gegenüber waren sämtliche fränkische Fürsten in annähernd gleicher Weise angewiesen; s. z. B. Kamann a. a. O. 67, 106, Baader, a. a. O. S. 2 ff., 534 f.

36. Zeugnisse dafür, dass der Kaiser die Fehden gegen Städte nicht ungern gesehen habe, weil er dadurch besser ihres Gehorsams versichert zu sein geglaubt, bei Ulmann, K. Max Bd. II. 614. Vgl. Aleander, bei Kalkoff S. 27, 88.

37. „Wie Seeräuber ihre Prisen in einen befreundeten Hafen, so durften die adeligen Banditen ihre Gefangenen in ihre „offnen Häuser“ schleppen, um sie dort mürbe zu machen zur Zusage der geforderten Lösegelder,“ Ulmann a. a. O. II. 593, s. z. B. Kamann S. 26 Eberstein S. 69 ff. Hie u. da siegte freilich auch Furcht vor Strafe über Bundestreue u. Hoffnung auf Gewinn, sodass Götz einmal nach geglücktem Ueberfall zornig ausrief: „Ich hab Hühner u. kann keinen Korb dazu bekommen.“ (Kamann 27.) — Mit dem in Franken seit uralter Zeit herrschenden Gebrauch des Reisdienens verteidigten die Vertreter des Adels vor dem Schwäb. Bund ihre Genossen u. deren Beteiligung am Forchheimer Ueberfall; von Götzens Absichten hätten sie nichts gewusst (das. S. 50). Ebenso später (1523) der fränk. Adel die Helfer Sickingens gegen Trier. Vgl. die Biographie Wilwolts v. Schaumberg (Bibl. d. Litterar. Vereins Bd. 50), S. 60.

berg das Verlangen, jenen ausser Sorgen zu lassen, unter Androhung der Fehde; als darauf die Stadt auf ihr Recht in der Sache, anerkannt durch die über jene Placker verhängte Reichsacht hinwies, sich auch neuerdings zu Recht erbot, erklärte der Adel wiederum solidarisch: Schott habe aus Gegenwehr gehandelt, der Kaiser sei durch die Städter getäuscht worden.³⁸⁾ — 1512 entschuldigte sich zu Schweinfurt die Ritterschaft vor den Gesandten des erzürnten Kaisers: Die böse Händel trieben, seien in geringer Zahl „als kein Landt uff erdtrich ist man findet böss u. gut lewt darinnen.“ Es stehe nicht in ihrer Macht, die Uebeltäter zu strafen: „solches gebührt ohn Mittel unsern gnädigen Herren den Fürsten, die Land und Leute haben.“ Ohne „gleichmässiges, schleuniges, austrägliches Recht“ aber sei ein guter Friede nicht möglich. Zugleich brachte der Adel gegen Nürnberg heftige Beschwerden vor und trat für den geächteten Götz lebhaft ein. Aus Mitleid nur habe sich dieser einiger unschuldig Vergewaltigter³⁹⁾ angenommen. Die Städter, meinen sie dagegen, hätten kein Recht, für Miss-handlungen der Ihren an anderen Unschuldigen vom Adel Rache zu nehmen, — „sonderlich nachdem die Ritterschaft einander dermassen nit verwandt sein, dass billig in solchen

38. Rittertage zu Aub u. Grünsfeld, wohl hauptsächlich nur des Odenwälder Adels, vom 9. I. u. 6. II. 1500. Die Schreiben sind gesiegelt von Asmus, Grafen v. Wertheim, den Rittern Jörg v. Rosenberg, Sigm. v. Thüngen, Jörg Truchsess u. A. (Müller a. a. O. II. 697 ff.).

39. Ermordung des Hans v. Egloffstein, der „als ein arm unbesorgt edel mensch“ mit seiner Hausfrau seiner Burg zugeritten; Verwundung des Eustach v. Lichtenstein; Gefangennahme des Fritz v. Lidwach. Zu dem letzteren Fall, der in Götzens Fehdebegründung die Hauptrolle spielt, s. aber die Urkk. bei Kamann a. a. O. S. 79. Den Jörg v. Wichsenstein hätten die Nürnberger gemartert, „dass er sein Leben lang nit überwinden mag, u. ihm sein Seytten aufgerissen ist u. zuletzt als einen Unschuldigen gekrüpelt u. verderbt;“ Würzb. Archiv.

Fällen einer des andern Schuld tragen solle.“ Eifrig arbeitete später der Adel, freilich mit unter dem Eindruck der ihm selbst nun drohenden Gefahr — Aechtung nun auch der einer Mitschuld Verdächtigen,⁴⁰⁾ Kriegspläne des Schwäbischen Bundes⁴¹⁾ — auf gütliche Beilegung des Götz'schen Handels hin.⁴²⁾ — Welchen Anteil ehrliche Verblendung, besonders aus Standesvorurteilen, wieviel die gewohnheitsmässige Phrase und die Absicht zu täuschen, wieviel endlich auch die wirklichen Tatsachen an den Darstellungen der Ritterbürtigen, in denen sie sich selbst immer wieder als die Vergewaltigten, zur Gegenwehr Genötigten hinstellen, gehabt haben mögen, würde wohl schwer sein, festzustellen. Dass der kleine Krieg auch von den Städtern mit Erbitterung geführt worden ist, dass auch den städtischen Söldnern viele Unmenschlichkeiten zur Last fallen, gesteht diese Gegenseite selbst zu;⁴³⁾ jedenfalls kann aber darüber nicht der leiseste Zweifel bestehen, welche Partei durch Ruhe und Ordnung, welche durch die Herrschaft des Faustrechtes mehr zu gewinnen hatte. — Dass die Ritterschaft in ihrer Eigenart, dieser

40. Von den als verdächtig vor das Kammergericht (3. XII. 1512) Geladenen hatten nur wenige den Reinigungseid zu leisten vermocht. Das Gericht hatte darauf als Mitschuldige des Götz in die Acht erklärt: 2 v. Hutten, 2 v. Thüngen, 2 Fuchs, Wilh. v. Schaumberg, Engelh. v. Münster, C. v. Herbilstadt, Ph. Truchsess, Ph. v. Mosbach, Bernh. Steinrück u. a., meist Würzb. Lehensleute, mehrere davon Würzb. Amtleute u. Hofdiener (Kamann, S. 34, 42, Looshorn, Bamberg IV. 504). — Ende 1512 zerstörte Nürnberger u. Bamberger Kriegsvolk eine Burg des Hans v. Selbitz (das. S. 47, 120).

41. Der Bund hatte im Nov. 1512 das feste Raubnest Hohenkrähen im Hegau genommen. Auf Drängen der Bundesglieder Nürnberg u. Bamberg wurde auf dem Tag v. Augsburg (Januar 1513) der Plan zu einem Zug gegen die Burgen der geächteten Franken ausgearbeitet. Da der Kaiser Würzburg zu schonen wünschte, ward die Ausführung mehrmals, zuerst für Sept. 13, dann auf 1. Mai 1514 zurückgestellt; Kamann 47 f., 54.

42. Kamann, S. 48, 52.

43. S. Kamann, S. 39.

„Anschauung der Welt vom Bergschloss aus“⁴⁴⁾, als Stand sich im Gegensatz zu den Bestrebungen ihrer Zeit gefühlt hat, zeigt am klarsten die Häufigkeit der Fälle, in denen Adelsversammlungen und einzelne Ritter für Standesgenossen auch anderer Landschaften eingetreten sind, so z. B. fränkische Edelleute für Ludwig v. Boyneburg,⁴⁵⁾ Sickingen und Frundsberg für den gefangenen Götz,⁴⁶⁾ Ludwig und Frowin v. Hutten und Dietrich Spät für Sickingen,⁴⁷⁾ die Häupter des fränkischen Adels für Hans Thomas v. Absberg⁴⁸⁾ u. s. w. „Wir Edelleute lassen einander nicht, da richtet euch eben darnach“ — lautete der trotzige Bescheid jener Edelfrau.⁴⁹⁾ —

Für den Kampf um den Landfrieden kamen auch jetzt noch, mehr als das Reich und seine Bestrebungen, in alter Weise die Friedensbündnisse in Betracht. In Franken hatten Bamberg, Würzburg, Eichstädt und Markgraf Friedrich im Jahre 1503 eine Einung zur Bekämpfung der Plackerei auf 3 Jahre geschlossen; sie war 1507 auf Antreiben des Kaisers auf weitere 3 Jahre erstreckt worden.⁵⁰⁾ 1509, später nochmals 1512, ward auch eine, ebenfalls schon ältere Einung zwischen dem Hochstift Bamberg und der Reichsstadt Nürnberg erneuert.⁵¹⁾ Auch auf solchem Wege aber konnten die

44. Jacob Burkhardt, bei v. Bezold, Reformation 421.

45. Rommel, Gesch. v. Hessen, VI. 1, Anm. 9.

46. Ulmann, Sickingen 152.

47. Schreiben der Genannten v. 6. X. 1516 an Sickingen aus Augsburg, dass sie der Wormser Fehde wegen „mit hohem Fleiss bei k. Mjt. gehandelt haben,“ Geleit erwirkt etc. (Solms'sches Archiv zu Lich).

48. Looshorn, Bamberg IV. 563.

49. Eberstein S. 72.

50. Errichtung von reisigen Polizeitruppen unter Hauptleuten. Die Amtleute sollen auf Einschreiten gegen Uebeltäter von Amts wegen, auch ohne Mahnung, verpflichtet, bei Lässigkeit mit ihrem Vermögen haftbar gemacht werden. Looshorn, Bamberg IV. 448, 464.

51. Dasselbst S. 473. — Bei der Erstreckung v. 1512 schlug die Stadt dem Bischof einen Kriegszug gegen die Grafen v. Henne-

fränkischen Verhältnisse zu wesentlicher Besserung nicht mehr gelangen, da die Schäden hier hauptsächlich mit lagen eben in jenem Missverhältnis zwischen dem Streben der Fürsten, — besonders Würzburgs —, die überkommenen Machtbefugnisse aufrecht zu halten u. ihrer tatsächlich geringen Macht. An der völligen Unzuverlässigkeit der fast durchweg noch dem Ritterstande angehörenden Amtleute in Sachen des ritterlichen Fehdewesens konnte die bloße Drohung, sie haftbar zu machen, nichts ändern; an deren Ausführung aber war wenigstens in Würzburg, wie die Akten sowohl der Fehden als der ständischen Kämpfe zeigen, gar nicht zu denken. Die fürstlichen Streifkorps machten viel böses Blut,⁵²⁾ waren aber für ihre Aufgabe zu schwach. —

Zum berufensten Träger der Ordnung ward, durch seine festere Organisation wie durch die Macht seiner Glieder, mehr und mehr der Schwäbische Bund. Weit weniger als Franken litt damals Schwaben unter noch ungeklärter rechtlicher Stellung des Adels. Innerhalb des Bundes war die Ritterschaft neben Fürsten und Reichsstädten als selbstständiger, gleichberechtigter Faktor anerkannt: Streitigkeiten wurden hier durch Austragsgerichte entschieden, von den 21 Stimmen für Bundesbeschlüsse hatten Prälaten und Ritterschaft ein volles Drittel inne.⁵³⁾ — Die fränkischen Markgrafen waren dem Bunde schon gleich nach seiner Ent-

berg, die v. Absberg u. die geächteten Placker vor; Bischof Georg ging darauf mit Rücksicht auf seine Ritterschaft u. den Markgrafen nicht ein; Kamann S. 119, n. 97.

52. Klage der Ritterschaft den kaiserl. Gesandten zu Schweinfurt 1512: „Durch der Fürsten u. Städte Knechte, die hin u. wieder im Land reiten, werden viel böse Händel u. Raub veranlasst u. geübt, die dem Adel leid sein“ etc.; Würzb. Archiv.

53. Bundesbrief über die Erneuerung v. Febr. 1500, Bürgermeister, Cod. dipl. equ. I. 119: Fürsten verklagen Grafen, Herren, Ritter u. Knechte vor dem Richter, der von diesen dafür eingesetzt ist u. seinen 2 Beisitzern, die von beiden Parteien ernannt sind; ebenso umgekehrt. — An Schwierigkeiten fehlte es freilich auch

stehung (1488) beigetreten;⁵⁴⁾ bei der Erneuerung von 1512 folgten auch Bamberg und Eichstädt,⁵⁵⁾ während die Stadt Nürnberg seit 1500 dem Bunde angehörte.⁵⁶⁾ Würzburg dagegen blieb trotz dringender Aufforderungen zum Beitritt auch 1512 ferne und schloss bald darauf (Mai 1513) mit Württemberg, Pfalz und Baden den sogenannten „Kontrabund“, dem später (1515) auch Sachsen beitrat.⁵⁷⁾ An dieser Haltung Würzburgs hat, neben seinem Gegensatz zu den Markgrafen, zweifellos sein Verhältnis zu seiner Ritterschaft wesentlichen Anteil gehabt. Es war die Zeit heftigsten ständischen Kampfes, die Erregung des Adels verstärkt noch durch die Exekutionsabsichten des Schwäbischen Bundes.⁵⁸⁾ Würzburg durfte nicht wagen, durch Anschluss an eben diesen Bund seinen Adel, dessen Wünschen nach genossenschaftlichem Austrag gegenüber es eben erst seine Gerichtsherrlichkeit noch einmal ungeschmälert durchgesetzt hatte,⁵⁹⁾ aufs Höchste zu reizen.⁶⁰⁾ Der Eintritt in die eigene Ritterschaft, auf Grundlage annähernder Gleichberechtigung, konnte für die stärkeren Hoheitsrechte Würzburgs noch weit weniger in Frage kommen, als für Württemberg; den Eintritt ohne Berücksichtigung seines Adels aber hat das Hochstift erst 10 Jahre später, unter dem energischen Bischof Konrad von Thüngen, gewagt und damit bei jenem einen Sturm der Ent-

dort nicht: 1499 (Klüpfel, Urkk. z. Gesch. des Schwäb. Bundes I. 391) z. B. zeigt sich nur der kleinere Teil des schwäb. Adels willig, dem Bunde wieder beizutreten.

54. Klüpfel a. a. O. I. 37. Die Litteratur zur Frage nach der damaligen Politik der Markgrafen, bei Ulmann, K. Max Bd. I. 56 ff.

55. Ulmann II. 574; Klüpfel II. 57, 71.

56. Klüpfel I. 416.

57. Ulmann: „Fünf Jahre Würtemb. Gesch. S. 5 ff.; vgl. Klüpfel II. 80 ff. —

58. Kamann S. 42 f., 45 f.; Klüpfel a. a. O. II. 73 ff.

59. S. unten S. 179 f.

60. Vgl. die Beschwerden des Würzb. Adels v. 1511 über die damaligen Bündnisse seines Fürsten, unten S. 166 f., 178.

rüstung, der sein Staatsschiff gefährdete, hervorgerufen.⁶¹⁾ Es ist vielleicht nicht ganz ohne Bedeutung, dass der „Kontrabund“ von 1513 aus Gebieten sich zusammensetzte, in denen die Landeshoheit am meisten bestritten war.⁶²⁾ Im markgräflichen Franken mögen den Landesherren ihre Stellung als weltliche Fürsten, die dort fehlende Opposition gegen die Lasten und Schäden geistlicher Gerichtsbarkeit zu statten gekommen sein, sowie der Ruf der Adelsfreundlichkeit, den ihr Haus genoss und den sie aufrecht zu erhalten wussten,⁶³ ferner auch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Nürnberg. Nähere Aufschlüsse über die dortigen Adelsverhältnisse und diejenigen Bambergs — das damals gegen die stärker betonten Ansprüche Würzburgs als Herzogtum Franken Rückhalt an den Markgrafen zu suchen begann⁶⁴ — wird erst die Ausbeutung der ritterschaftlichen Akten zu Bamberg und Nürn-

61. S. unten S. 236, 263, 277 f., auch Planitz v. 28. II. 23 (S. 381 f.) — Ueber die Schwierigkeiten Bambergs u. Brandenburgs in ihrer Eigenschaft als Glieder des Bundes, bei unklarer rechtlicher Stellung ihres Adels, s. ihre u. Baierns Beschwerden an die Bundesversammlung v. Febr. 1516, bei Klüpfel II. 117 ff.

62. Herzog Ulrich hatte 1512 die Schwäb. Ritterschaft vom Eintritt in den Schw. Bund abzuhalten gesucht; „er wollte Leib u. Gut zu ihnen setzten;“ Kamann S. 119 n. 96.

63. Kamann S. 59, 98, 106 ff. Aber auch sie hatten ihrem Adel gegenüber schweren Stand. Als sie Anfang 1512 mit Kriegsabsichten gegen Nürnberg umgingen, mahnten die Räte dringend ab: Es fehle an Kriegsbedarf u. Geld, auch vom Adel würden nur wenige Hilfe leisten, „denn ein jeglicher sagt, er sei u. werd verlassen;“ Kamann Note 91. Auf e. Adelstag v. 18. II. 1514 liess Markgraf Friedr. erklären, dass er trotz des neuen Geleitsbruches durch Götz v. B. nicht gewillt sei einzuschreiten, „nachdem sich sein Gnad je u. allweg bei gemeinem Adel als ihr gnedigst Fürst gehalten.“ Er müsse zwar seine Pflichten als Mitglied des Schwäb. Bundes erfüllen, aber wider den Adel habe er sich mit niemandem verbunden (das. Note 119).

64. Siehe Göbl: „Bischof Lorenz v. Bibra“ i. d. Allgem. deutsch. Biographie; Kamann S. 33; Looshorn, Bamberg IV. 507 f.

berg (Berlin) geben können.⁶⁵⁾ — Die notgedrungen weitgehende Rücksicht auf seinen Adel ward dem Hochstift Würzburg als Einverständnis mit den adeligen Plackern, als Begünstigung der Wegelagerei von seinen Gegnern angerechnet, so dass z. B. für die Fochheimer Tat die Fürsten des Kontrabundes schliesslich den grössten Teil der Entschädigung aufbringen mussten.⁶⁶⁾ —

In der Schwäche der Fürsten, besonders in den daraus folgenden Schäden des Geleitswesens erblickten auch die Städte das Haupthindernis für Friede und Recht. In einem Gutachten (v. ca. 1522) führte Nürnberg aus:⁶⁷⁾ Es werde solches Geleit durch die Geleitsherren „so gar weitläufig und ungeschickt“ gegeben, nämlich: „für sich, die Jhren und der sie ungeverlich mächtig sein, auch die so von ihren wegen thun und lassen wollen,“ auch oft mit dem Zusatz, dass in solchem Geleit alle, die mit den Ständen des (Schwäbischen) Bundes oder mit anderen Reichsständen in offenen

65. S. die Beschwerden des Bamberger Adels z. B. v. 1503. (Reis- u. Steuerpflicht seiner bürgerl. Lehen; geistl. Gerichte, Münzscha den, Schmälerung der Möglichkeit z. Versorgung seiner Kinder in geistl. Stiftern), und die Gegenbeschwerden des Bischofs (Halten v. Juden, dazu vgl. Kerner, Staatsrecht der Reichsritterschaft I. 174, 206; auch sei bisher das Stift von niemand mehr, als von Edelleuten, die dem Stift verwandt seien, befehdet worden etc.) bei Looshorn, Bamberg IV. 454; vgl. das. S. 410 f.

66. Kamann S. 55 ff. 67, 70. — Die Güter des Götz v. B. waren z. grössten Teil Würzb. Lehen u. als solche nach der Aechtung von Würzb. einzuziehen; daran knüpften die Forderungen für Entschädigung an. Derartige finanzielle Opfer der Fürsten, auch freiwillig dargebracht, ihren Adel bei Laune zu erhalten, waren übrigens nichts Ungewöhnliches. So hat z. B. Markgraf Casimir das von H. Th. v. Absberg geforderte Lösegeld für kaiserl. Gesandte, die dieser abgefangen hatte, ihm nach vergeblichen Vermittlungsversuchen aus der eignen Tasche z. Tl. erlegt. (Baader, S. 9 f., 15).

67. Gutbedünken des Rats zu Nürnberg, wie die Räubereien etc. im Reich abzustellen, auf Begehren des Statthalters k. Mjt., Erzherzogs Ferdinand, nach geschעהner Supplikation des Rates z. N., schriftlich übergeben, (Kreisarchiv zu Nürnberg).

Fehden ständen, ausgenommen sein, für⁶⁸ diese Geleit und Versicherung nicht gegeben sein solle. Das sei unleidlich, mehr eine Verführung, als eine Versicherung zu nennen. Ferner würden oftmals Kaufleute und Handwerker durch Geleitsobrigkeiten und deren Amtleute genötigt, Geleit zu nehmen, während sie auf eigne Gefahr weit besser durchkommen könnten. Es solle, meint der Rat, allen Geleitsobrigkeiten im Reich auferlegt werden, einem Jeden der darum ansuche, mit Geleit zu versehen und solches „frei, sicher und ohne alles Ausnehmen, Geding und Fürwort zu geben,“ auch für erlittenen Schaden aufzukommen. Ausser diesem „Haupt- und Prinzipalstück“ wird weiter beanstandet, dass die Einziehung der Güter von Geächteten durch deren Lehensherren häufig nur zum Schein, um sie dem Täter später wieder zuzustellen, geschehe; oft seien auch die Güter garnicht Lehen oder die so Besitzergreifenden doch nicht die Lehensherren; solcher Fürschub bestärke in bösem Tun und mache den Beschädigten unmöglich, sich schadlos zu halten. — Es fehle die abschreckende Strafe; nötig sei deshalb, von Reichswegen eine grössere Zahl von Reisigen zu täglichem Streifen zu halten. Auch möge man beschliessen, Regiment und Kammergericht auf eine längere Reihe von Jahren zu unterhalten, da eine stattliche Obrigkeit not tue. —

68. Wohl im Sinne von „gegen“; s. u.

III. Der Kampf des Adels gegen fürstliche Gewalt.

Wir haben oben gesehen, wie durch das 15. Jahrhundert hin ein Ankämpfen des fränkischen Adels gegen die Landeshoheit seiner Fürsten in Einungen und Beschwerden zum Ausdruck gekommen ist. In der Reichsordnung von 1495 war dem altherkömmlichen, den Unabhängigkeitsbestrebungen der Ritterschaft entsprechenden genossenschaftlichen Austragsprinzip ein nur bescheidener Anteil, der für sie selbst und ihr Verhältnis zu den Fürsten kaum etwas in Betracht kam, gelassen worden, dazu auch das zweite, bewährteste Hilfsmittel in Rechtsstreitigkeiten, die Fehde, gänzlich untersagt worden;⁶⁹⁾ die neue Reichsgesetzgebung hatte; wie es nicht anders sein konnte, die Ansprüche und Interessen der fürstlichen Gerichtsherren begünstigt, die des Adels bekämpft oder doch vernachlässigt. Gleichzeitig war aber die tatsächliche Macht der fränkischen Ritterschaft durch Vereinigung der drei oder vier territorialen Gruppen und ihren Sieg in der Reichssteuerverfrage noch mehr gestiegen. Das Ergebnis musste sein, dass die eigenen Tendenzen, gegen eine ungünstige Gesetzgebung, nun umso schärfer betont wurden. Was die ungeschwächte Herrschaft der Fehde betrifft, so ist davon einiges angeführt worden. Neben Draufgängern nach Art Götzens v. Berlichingen und verzweifelten Existenzen wie H. Thomas v. Absberg gab es aber auch jetzt eine Richtung der Besonnenen und Einsichtigeren, einflussreich durch die Zahl, durch Stellung und Besitz ihrer

69. S. oben S. 107 n. 3.

Anhänger, welche die Fehden zu beschränken und durch Verhandlungen mit den Fürsten die Berücksichtigung der Wünsche ihres Standes zu erreichen suchten. Ihre Bestrebungen hatten den Erfolg, dass i. J. 1507 die Ritterschaft sich mit Beschwerden und, als Mittel zu deren dauernder Abstellung, mit bestimmten Vorschlägen für rechtlichen Austrag an die fränkischen Fürsten wandte. Das Hauptverdienst für diesen ersten bekannten aus der Reihe ähnlicher Reformversuche, die den endlichen Erfolg des Adels auf dem Wormser Reichstage von 1521 vorbereitet haben, gebührt dem Freiherrn Johann (Hans) v. Schwarzenberg;⁷⁰⁾ neben ihm wird schon hier der damals noch jugendliche Sebastian v. Rotenhan⁷¹⁾ genannt. Als Vorsitzender des Bamberger Hofgerichtes hatte Schwarzenberg die damalige Rechts-

70. geb. 1463, gest. 1528. Jugentliche Fehdelust, frühe Heirat; Palästina-reise, Kriegszüge unter Maximilian; seit 1500 oder 1501 als Hofmeister im Dienste Bambergs. Die von ihm verfasste Halsgerichtsordnung wird 1507 für Bamberg Landesgesetz, a. d. Reichstag v. 1532 z. Reichsgesetz erhoben. 1523/4, als Vertreter des Erzbischofs v. Mainz u. a. Fürsten, Mitglied des Reichsregiments. Als aufrichtiger Anhänger der Lehre Luthers trat er (spätestens 1524) in die Dienste der fränk. Markgrafen — vorübergehende Tätigkeit im neuen Herzogtum Preussen 1525/6 — über. M. Balfanz: „Beitr. z. staatsmännischen Wirksamkeit des Frhrn. Joh. v. Schwarzenberg“ (Greifsw. Dissert. 1900); Aufsatz v. Neff i. d. Allgem. deutsch. Biographie. — Zu verweisen ist auf eine demnächst erscheinende Biographie J. v. Sch.'s durch W. Scheel.

71. geb. 1478 gest. 1534. Universitätsstudien zu Erfurt, Ingolstadt, Bologna 1496—1502; Dr. jur., später (bis 1519) am Reichskammeregericht; dazwischen, 1512—15, grosse Reisen, Ritterwürde vom hl. Grab; trat 1519 in Mainzische, mit 1. I. 1523 in Würzb.'sche Dienste, in denen er als Hofmeister bis zu s. Tode blieb. Seit 1522 Mitglied des Reichsregiments. — Humanistische Neigungen: edierte die Chronik des Regino, Beziehungen zu Ulr. v. Hutten, der ihm den „Vaciscus“ widmete, ihn 1520 zur Teilnahme am Kampf gegen das Papsttum aufforderte. (S. Böcking I. 405). R. blieb jedoch ein „treuer wenn auch kritischer“ Anhänger der alten Kirche. (Wegele i. d. Allgem. deutsch. Biographie; zu vgl. D. R. A. II. u. III.)

pflge und ihre Schäden⁷²⁾ gründlich kennen gelernt; seine Reformierung des Strafrechtes, welche „die Idee der gerechten Untersuchung wieder belebt hat,“ sichert ihm vor allem das ehrende Gedenken der Nachwelt. Das rohe Treiben der Mehrzahl seiner Standesgenossen und dessen Beschönigung mit Ehrliche und Standesvorrecht hatte er früh verachten gelernt und es ist wohl zu glauben, dass sein späterer, mit geistigen Waffen geführter Kampf gegen Strassenraub, gegen Völlerei und Spiel mehr erreicht hat, als alle Bestrebungen der Reichsgesetzgebung.⁷³⁾ Er verkannte aber auch ebensowenig, dass für die schlimmen Zustände in Franken — bei der grossen Zahl überkommener und neu entstehender Privatstreitigkeiten zwischen Fürst und Adel, bei noch unvollkommener Trennung fürstlicher Gerichts- und Verwaltungsorganisation,⁷⁴⁾ bei geringer Bürgerschaft auch für den Urteilsvollzug — eine Hauptursache bei den Fürsten lag, in deren hartnäckigem Aufrechterhalten des Anspruchs unbedingter Gerichtshoheit auch ihrem mächtigen Adel gegenüber. Als sich nun die Führer des Adels (von Schweinfurt aus, wo sie über Aufstellung von Beschwerden beraten hatten,)⁷⁵⁾ mit der Bitte um Teilnahme an den ferneren Verhandlungen auch an Schwarzenberg wandte, sagte dieser zu. Auf einem Ritterschlage zu Kitzingen⁷⁶⁾ ist dann von ihm und Seb. v. Rotenhan der „Entwurf einer Einung, eines rechtlichen

72. Vgl. z. B. H. Ulmann, „Das Leben des deutschen Volks bei Beginn der Neuzeit“ (1893) S. 23 ff. —

73. Sein „Büchlein vom Zutrinken,“ eine feine aber scharf treffende Satire ist (in den Halle'schen Neudruckten deutscher Literaturwerke 1900) von W. Scheel herausgegeben. — Bestimmungen gegen das Zutrinken mit Halben u. Ganzen in den meisten damaligen R. Abschieden seit 1495. —

74. S. Z. B. v. Below: Territorium u. Stadt S. 294.

75. am 28. X. 1506; Balfenz S. 13.

76. Die ritterschaftliche Bewegung des Jahres 1507 stellt Balfanz (a. a. O. S. 13 ff.) aus Standbuch Nr. 398 des Würzb. Archivs dar; der Verlauf wird jedoch nicht völlig deutlich. — Zu Beschlüssen

Austrags⁷⁷⁾ zwischen den 3 fränkischen Fürsten Bamberg, Würzburg und Brandenburg einerseits und den „Grafen, Herren und Ritterschaft im Land zu Franken gesessen“ andererseits ausgearbeitet worden. Dessen Inhalt ist: Für alle Streitigkeiten zwischen Fürsten und Adel wird ein Austragsgericht aus 9 Personen gebildet, u. zw. haben die Fürsten 6 (jeder Fürst 2, davon je einer mindestens vom Adel), Grafen und Herren einen, die Ritterschaft 2 dieser Richter zu ernennen. Das Gericht soll alle Quatember, abwechselnd in den fürstlichen Städten Bamberg, Würzburg und Neustadt a. d. Aich und in der Reichsstadt Schweinfurt — der gewöhnlichen Malstatt der Ritterschaft — gehalten werden. Das Recht zur Appellation an das Kammergericht wird, um böswillige Verschleppungen zu vermeiden, beschränkt, namentlich an einen Eid, durch das ergangene Urteil sich beschwert zu fühlen, gebunden. Zum Vollzug der Urteile, sowie bei Angriffen von aussen sollen die Mitglieder der — vorerst auf 10 Jahre beabsichtigten — Einung, Fürsten wie Ritter, zur Hilfeleistung verpflichtet sein. Aufgabe der Neun soll ferner sein, auf eine gründliche Reform der fürstlichen Gerichte hinzuwirken; nötigenfalls, bei Widerstreben eines Fürsten, soll die Angelegenheit vor die beiden anderen Fürsten und den Adel gebracht werden. — Nochmalige Durchberatung des Entwurfs war einer auf Anfang Mai nach Schweinfurt angesetzten Adelsversammlung vorbehalten; erst danach sollte er den Fürsten vorgelegt werden. — Die fürstl. Gerichtsherrlichkeit wird auch hier rechtlich in keiner Weise angezweifelt; aus Gründen der Zweckmässigkeit allein, „um allerlei Unfrieden zu vermeiden“ wird ihre Beschränkung den Fürsten, durch Ausscheidung aller Fälle, in denen sie

über Einung u. Austrag wie über die Beschwerden scheint es erst auf e. Tage zu Kitzingen, Febr. oder Anfang März 1507, gekommen zu sein; hier setzt dann sofort die Gegenwirkung der Fürsten ein.

77. Balfanz, S. 15 ff.

selbst klagende oder beklagte Partei sind, angesonnen, wird eine Mitwirkung des Adels zur Reform ihrer Gerichte gewünscht. Der Einungsvorschlag hat nach der im 15. Jahrhundert geübten Praxis nichts Befremdendes; allgemein, auch in Territorien mit stärkerer Centralgewalt, bestand um 1500 zwischen Adel und Fürsten noch nicht das Untertanenverhältnis im späteren Sinne. Besonders in allen Streitfällen der genannten Art aber — und zwar auch in solchen, die öffentliche Rechte betrafen — sah die Ritterschaft das Verhältnis noch, gewiss nicht ganz mit Unrecht, lediglich als ein *privates*, als das der Grossen zu den Kleinen an; auch die Auffassung der Fürsten weicht davon noch kaum ab.⁷⁸⁾ Hierin hält der Gedanke des Neunergerichts an dem fest, was in den letzten Jahrhunderten anerkannte Rechtspraxis unter Ritterbürtigen, die Fürsten inbegriffen, gewesen war. Von ihrem Standpunkt aus konnten die Urheber des Entwurfs umso mehr hoffen, dass er den Fürsten nicht als unerhörte Zumutung erscheinen werde, als selbst das völlig unter dem Einfluss der höheren Reichsstände entstandene Reichsgesetz von 1495 dem gegen seinen Fürsten klagenden Edelmann das Recht der beschränkten Wahl des Richters (aus neun Räten) zugestanden hatte. Jede Vergewaltigung einer Partei schien bei dem geplanten Gericht ausgeschlossen, da stets ausser 1—3 befreundeten noch 4 unparteiische, wenigstens zunächst unbeteiligte, Stimmen vorhanden gewesen wären. — Zweifellos hauptsächlich auf Antrieb Würzburgs — die Stellung der 3 Regierungen wird später deutlicher — haben sich die Fürsten aber auf eine Erörterung des Vorschlags gar nicht eingelassen, vielmehr mit ungewöhnlicher Energie der Bewegung sich entgegengestemmt. Noch war in dem bischöflichen Franken das Kräfteverhältnis nicht genügend

78. S. z. B. die von der Würzb. Regierung verfassten Erwidern auf die Beschwerden der Ritterschaft von Nov. 1522, D. R. A. III. 697 ff.

durch Kämpfe geklärt, um den dortigen Fürsten⁷⁹⁾ Konzessionen von solch grundsätzlicher Bedeutung, die das Fundament des jungen Staatsgebildes zu bedrohen schienen, notwendig erscheinen zu lassen. Uebrigens mochte wohl, auch abgesehen von seiner Pflicht, einer Schmälerung der überkommenen Hoheitsrechte entgegenzuwirken, keiner der 3 Fürsten einem Gerichte gern sich unterwerfen, an dem er bei jedem Rechtsstreit fürchten musste, ausser den Stimmen der Gegenpartei noch 2 oder 4 weitere der missgünstigen Nachbarfürsten⁸⁰⁾ gegen sich vereinigt zu finden. — Zunächst, Mitte März, kamen Würzburg und Bamberg überein,⁸¹⁾ ihren Hofdienern und Stiftsverwandten die Beteiligung an jenem Schweinfurter Rittertag „bei hohen Ungnaden“ zu verbieten; auch verpflichteten sich beide Fürsten für den Fall, dass der Tag dennoch zu stand käme, den ritterschaftlichen Vorschlag unter keinen Umständen anzunehmen. Bamberg übernahm es, auch den Markgrafen zum Anschluss an diese Haltung zu bestimmen. Dies ist ihm jedoch nicht gelungen. In dem Abschied der Beratungen, die nun Bamberg und Markgraf Friedrich (im Kloster Langheim, am 22. März) abhielten, kommt die besondere Politik dieses Fürstenhauses zum Ausdruck. Danach sollten, nach Rücksprache mit Würzburg, die Fürsten ihrerseits die von der Ritterschaft auf einen Tag laden, und zwar die 3 Fürsten gemeinsam den gesamten Adel Frankens, wie es 1495 in der Reichssteuersache geschehen war. An Stelle grundsätzlicher Ablehnung also ein Eingehen auf die Bewegung mit der Absicht, deren Leitung in die Hand zu nehmen. Wenn dieser Plan dann

79. Gemeint ist hier, wie sonst wo der Ausdruck im Gegensatz zum Adel gebraucht ist, die fürstliche Regierung; in den Bistümern kommt neben den Bischöfen stets das Domkapitel als massgebender Faktor in Betracht.

80. S. z. B. Kamann 59; S. Göbl: „Lorenz v. Bibra,“ i. d. Allgem. Deutsch. Biographie.

81. Abschied zu Geroldshofen, v. 16. III. 1507 (Belfanz S. 25).

zu Bamberg, wo darauf am 30. März die drei Regierungen vereint berieten,⁸²⁾ wieder aufgegeben und beschlossen wurde, auf dem zu Geroldshofen eingeschlagenen Wege zu beharren, so bedeutet dies zweifellos einen diplomatischen Sieg Würzburgs und seines Strebens, die Ritterschaft nach Territorien getrennt zu halten. Erleichtert wurde er durch die Erfolge der von den beiden Bischöfen inzwischen mit ihren Edelleuten gepflogenen Verhandlungen, namentlich durch die erreichte Verschiebung des Rittertags auf unbestimmte Zeit. Für alle Fälle ward zu Bamberg eine Instruktion der ev. auf den Tag abzuordnenden Räte festgesetzt: Diese sollten das Befremden und Missfallen der Fürsten über den Vorschlag aussprechen, der sie an ihren Regalien Sal-, Hof- und Landgerichten mit schwerem Nachteil und Abbruch bedrohe; auch des Kaisers Ungnade sei zu erwarten, da ja die Appellation an das Kammergericht „abgeschnitten“ werden solle. Unleidlich sei ihnen, darauf einzugehen. Habe der Adel Beschwerden, so möge er sie vorbringen. Für den Fall, dass die Ritterschaft angeben werde, zur Abstellung des Plackerunwesens versammelt zu sein, sollten die Gesandten die Bereitwilligkeit der Fürsten zur Aufrichtung jeder Ordnung zu erkennen geben, „sofern dieselbe ohn Nachteil, Schaden und Schmälerung J. F. Gn. Regalia, Sal-, Hof-, Landgerichten u. a. Gerechtigkeiten fürgenommen werde; denn wo die J. Gn. daran einigen Nachteil gebären sollt, könnten sie“ darein nicht willigen. — Auch verpflichtete man sich zu Bamberg, dass keiner der Fürsten Zusagen machen werde ohne Zustimmung der anderen.

Der einmütigen Haltung der Fürsten gegenüber hatten die Anhänger des Austragsgedankens ausreichende Kräfte

82. Abschied des Tags zu Bamberg, v. 30. III. 1507 (i. Archiv f. Kunde österr. Gesch. Quellen VIII. 241; vgl. Balfanz S. 25), unterzeichnet von Bischof Georg v. Bamberg, von Thomas v. Stein, Domherr für Würzburg und Ulr. v. Zedwitz, Ritter, Hofmeister für den Markgrafen.

nicht ins Feld zu stellen. Nur ein kleinerer Teil des Adels wird sich für das Prinzip eingesetzt, die grosse Masse der Fehdelustigen und derjenigen, welche auf ihr Einkommen aus fürstl. Diensten angewiesen waren, ihm mit Unlust gegenübergestanden haben. Schwarzenberg, der dem lebhaften Unwillen der Bischöfe gegenüber einen schweren Stand hatte⁸³⁾ verlor bald jede Lust an der Sache. Schon Mitte März erklärte er: „wenn er das Land mehr helfe zu reformiren, so solle man ihm wie einem Mönch die Platte scheeren; er habe die Sache dermassen nit bedacht und wisse wohl, dass ihm an den Fürsten mehr gelegen sei, als an dem gemeinen Haufen.“⁸⁴⁾ — Er ist in den späteren ritterschaftlichen Bewegungen nur wenig mehr hervorgetreten.

Zugleich mit dem Austragsentwurf zur Begründung dieses Verlangens nach einem „gleichmässigen, schleunigen, hilflichen Recht,“ hatte die Ritterschaft (auf Tagen zu Schweinfurt und Kitzingen) ihre Beschwerden in 25 Artikeln aufgestellt.⁸⁵⁾ Diese betreffen: die Abhängigkeit der Bischöfe, selbst als Lehensherren ihres Adels, von ihren Kapiteln;⁸⁶⁾ die Behandlung der durch Edelleute von Nicht-Ritterbürtigen erkauten oder an diese verkauften Güter als steuer- und reispflichtig;⁸⁷⁾ die von den Fürsten, ungeachtet aller Beschwerden, behauptete Kompetenz ihrer Landgerichte auch für die Reichslehen der Ritterschaft;⁸⁸⁾ das Belegen freier

83. Sein Rechtfertigungsschreiben an seinen Dienstherrn v. Bamberg, v. 5. März, im Würzb. Archiv; Balfanz S. 24.

84. Schr. Bischof Georgs v. Bamb. an Bischof Lorenz v. Würzb. v. 18. III.; Balfanz S. 27.

85. Balfanz S. 20 ff. Selbstverständlich hat aber weniger das übliche Vorbringen von Beschwerden als der Austragsgedanke den Zorn der Fürsten erregt.

86. Bes. Wahlverschreibungen, die den Bischof verpflichteten, nur mit Zustimmung des Kapitels grössere Lehen neu auszuleihen.

87. Unerträglich sei das, da so mit der Zeit alle Ritterlehen steuerpflichtig werden mussten. Vgl. oben S. 120 f.

88. Diese für die allmähliche Entwicklung zur Reichsunmittelbarkeit so wichtige, hier zuerst sichtbar werdende Ausstellung stützt

Mannlehen mit „Bede und Steuer,“ gegen alles Herkommen, da doch mit Leib und Blut ein Lehen vollkommen bezahlt werde;⁸⁹⁾ die „unerhörte“ Neuerung, dass ihre Hintersassen zur Warenverzollung in des Fürsten Stadt angehalten würden.⁹⁰⁾ Es dürfe, meint weiter die Ritterschaft, dem Bischof (?) nicht gestattet sein, ohne Zustimmung seiner Ritterschaft und Städte mit den Reichsstädten sich zu verbünden,⁹¹⁾ da jene solche Bündnisse ja auch mit ihrem Leibe zu verfechten hätten. Fernere Punkte betreffen: Beschwerung der geistlichen Gerichte, Schäden des Münzwesens, das Verbot für des Adels Hintersassen ein Handwerk zu treiben, den Anspruch der Fürsten auf ein Vorkaufsrecht bei Verkauf adeliger Güter.⁹²⁾ Die Landgerichte würden nicht gemäss ihrer Reform gehalten, die armen Leute des Adels in den fürstlichen Aemtern wider Herkommen vor Gericht gezogen; es folgen Beschwerden betr. niedere Jagd und Fischerei etc. — Bemerkenswert ist, dass die meisten Punkte ausschliesslich gegen die geistlichen Fürsten gerichtet sind.

Das Bündnis der fränkischen Fürsten zur Ausrottung der Plackerei für weitere 3 Jahre⁹³⁾ blieb vorerst einziges Ergebnis dieser Vorgänge. „Da die 3 Fürsten,“ berichtet Fries, „die Fürnehmsten vom Adel beschrieben und abwendig gemacht, ist nichts aus der Handlung worden.“ — Doch nahm die Bewegung im ganzen ihren Fortgang, wie ein

sich jedenfalls auf die Reichsgesetzgebung seit 1505 (vgl. oben S. 127 ff.).

89. Balfanz S. 21; diese Beschwerde findet sich sonst nicht.

90. Aehnliche Beschwerde z. B. schon 1402; s. oben S. 81.

91. Bamberg z. B. stand seit 1500 mit Nürnberg in Einung (Klüpfel a. a. O. I. 418 II. 57).

92. In der Hauptsache handelt es sich wohl um die früher unter solcher Bedingung erworbenen Pfandschaften; doch ist gewiss nicht unwahrscheinlich, dass die Fürsten solches Recht zu einem allgemein gültigen zu machen gesucht haben.

93. Repertorium v. Fries im Würzb. Archiv; vgl. oben S. 148 f.

Ausschreiben vom 16. Nov. 1508 zeigt, aus dem auch hervorgeht, dass man nun vor allem die fürstlichen Amtleute zu bearbeiten suchte, und dass damals ein Teil bereits zugesagt hatte, gegebenenfalls ihr Amt aufzukündigen;⁹⁴⁾ das gleiche Thema behandelt noch eine ablehnende Antwort der „Amtleute an der Altmühl“ vom 13. II. 1510.⁹⁵⁾ Ergebnislos scheinen sich die Beratungen über ein Adelsbündnis zur Ausübung eines Druckes auf die Fürsten hingeschleppt zu haben; die Einmütigkeit, die in der Angelegenheit der Reichssteuer solche Erfolge ermöglicht hatte, war hier durch jahrelange Anstrengungen der Führer nicht zu erreichen.

94. „Herm. u. Wilh., Grafen zu Henneberg und die Ritterschaft der Rhön u. Werra, zu Schweinfurt versammelt,“ an die Orte Steigerwald, Gebirg, Odenwald: Gemäss Beschluss des gemeinen Rittertags zu Schweinfurt an Mo. n. Anthonii möchten nun, gleich ihnen, auch die anderen Orte über den dortigen Abschied beraten. „Nachdem es hievor uff dem Gebirg u. der Baunach geschehen, dass die Orte der vier Fürsten Amptleute, die darein gehörig, beschrieben, der ein theils nicht haben kommen wollen, u. etwo ein merklich Zahl der uff dem Gebirg die Pflicht uffzuschreiben zugesagt,“ sei rätlich, allenthalben mit den Amtleuten zu verhandeln, dass sie sich „von gemeiner Ritterschaft nicht setzen, der Herren Dienst so hoch nicht lieben wollen, dadurch ihre Kinde, Nachkommen u. Freunde hernach verdruckt“ würden, sondern „sich nicht weiter gegen die Fürsten verpflichten, dann wie von Alter Herkommen, u. den Vertrag zu Kitzingen (1507?) abgeredt u. uffgezeichnet, getreulich fördern helfen.“ Do. n. Martini anno octavo; Kreisarchiv Bamberg.

95. Die an sie, zugleich mit den Artikeln eines Schweinfurter Tags, gelangte Werbung, „der neuen Pflichten halben die Fürsten, ihre gn. Herren zu bitten, sie der zu erlassenen, u. sich dergleichen Pflichten hinfür zu enthalten,“ ist ihnen „nicht wenig beschwerlich; sie können nicht einsehen, wie ihre Verpflichtung der Einung Nachteil bringen soll. „So aber die Zeit des (Dienst-)Vertrags ausgeht, wissen wir uns als frumme Ritter u. Knecht zu halten, der Ritterschaft zu Nutz.“ Dat. Onolzbach, Mi. n. Estomih anno decimo; Henneberger Archiv. — Ueber die „neuen Pflichten“ der Amtleute vgl. die Klagen des Adels v. 1511, unten S. 167.

Zu Anfang des Jahres 1511 schien es als ob die Ausdauer ihren Lohn endlich finden solle. Nachdem im Spätherbst 1510 (5. Nov.)⁹⁶⁾ ein Ausschusstag zu Schweinfurt seine Beschlüsse den 6 Orten zur Gutheissung auf Ortstagen überwiesen hatte, nachdem solche Tage — zu Schlüsselfeld, Mergentheim, Münnerstadt, Ebern,⁹⁷⁾ sowie etwas später zu Kulmbach stattgefunden, die Bischöfe vergebens abmahnende Schreiben dorthin gerichtet hatten,⁹⁸⁾ kam, auf

96. Dienstag nach Allerheiligen. Auch am 21. IX. 1510 war in Schweinfurt getagt worden.

97. Nach Lage der Plätze haben dort die vier z. grössten Teil Würzburgischen Ritterorte: Steigerwald, Odenwald, Rhön-Werra, Bau nach getagt.

98. Schr. des Bischof Lorenz an die Ritterschaft zu Ebern versammelt, v. 11. Dez.: Er habe zwar Geleit zu diesem wie zu anderen Tagen bewilligt, doch befremde es ihn höchlich, dass derart ohne seinen, als ihres Landesfürsten Rat, Wissen u. Willen verhandelt worden. Dem Gerücht von einer beabsichtigten Einung mit Hauptmann u. Pflichten des Zuzugs könne u. wolle er nicht glauben; sie möchten bedenken, wie unendlich solches seinem Stift sein würde. Er begehre, sie möchten sich halten „als die getreuen Unterthanen, u. euch niemandes dess weyss machen lassen vor uns zu scheuen in allen ziemlichen, billigen Sachen;“ Würzb. Archiv. — Bischof Lorenz v. Bibra (1495—1519), geb. ca. 1458, besass eine „von seinen Zeitgenossen oft bewunderte“ wissenschaftl. Bildung, ein reges Interesse für Wissenschaft u. Kunst, das „seinem ganzen Wesen wohlthuende Wärme u. Milde verlieh,“ feine Lebensformen, einen „friedfertigen Sinn, der jeden Konflikt zu vermeiden suchte.“ Die finanziellen Verhältnisse des Hochstifts erreichten unter ihm den höchsten Grad der Blüte. Dagegen war er nicht der Mann für die vielfach nötigen durchgreifenden Reformen. S. Göbl, i. d. Allgem. Deutsch. Biographie. — Schr. des Bischofs v. Bamberg (Georg, Schenk zu Limpurg, 1505–22) an seine zu Culmbach versammelte Ritterschaft, v. 21. Januar 1511: Er könne nicht zugeben, dass in ihrer Einung ihre Pflichten gegen ihn u. sein Stift nicht ausgenommen werden sollten u. hoffe dass sie sich als „seine getreuen Verwandten“ halten würden; Repertorium v. Fries i. Würzb. Archiv. — Am 16. Dezember hatten Würzb. u. Bamberg (zu Hassfurt) abermals sich zu

einem Tage der 6 Orte zu Schweinfurt am 31. März 1511 der Entwurf für ein Bündnis zustande⁹⁹⁾:

Die 6 Orte wählen Hauptleute; diese haben gegen Plackerei („vhedlich und unehrlich thätlich Handlung“) und deren Fürschub auf Klage einzuschreiten, die Einung zur Hilfe aufzunehmen. Wird ein Mitglied von einem Fürsten vergewaltigt, „der mag mit seiner Freundschaft denselbigen Fürsten bitten, das abzustellen oder mit ihm zu ordentlichen Gericht, zu der Sachen dienstlich, fürzukommen“. Schlägt der Fürst das ab, so soll jener die Sache an den Hauptmann bringen, Rat und Hilfe der Einung ihm zu Teil werden. Ebenso soll zu frischer Tat „mit Leib und Gut, ohn Weigerung und Ausflucht“ geholfen werden, wenn ein Fürst ein Mitglied gefangen, oder an Leib und Gut geschädigt hat. — Wahl eines obersten Hauptmanns, der in grossen Sachen eingreifen, Macht haben soll, die Ortshauptleute zum Zuzug aufzunehmen. Treuliche Teilung der Beute. „Wo aber des Schadens, da Gott vor sein wolle, mehr denn Gewinns wäre, soll jeder seinen Schaden selbst tragen.“ Die Einung wird keine Richtung eingehen, ehe die in gemeinsamer Sache aufgeschriebenen Lehen zurück geliehen sind. — Geldumlage; gegen den Säumigen sind die üblichen Mittel der einfachen Mahnung, derjenigen zur „Leistung“,¹⁰⁰⁾ schliesslich der Pfändung durch den Hauptmann vorgesehen. — Jährlich ein Ortstag. Rechnungslegung der Hauptleute. Die Wahl zum Hauptmann auf ein Jahr muss jeder annehmen. Kein Mitglied soll einen reisigen Knecht in Dienst nehmen, „er habe denn einen Passport, wie er vor abgeschieden und sich gehalten“. — Dauer der Einung 3 Jahre.¹⁾

unbedingter Ablehnung aller ritterschaftl. Wünsche nach Austrag verpflichtet; Ulmann, K. Max. Bd. II. 592 n.

99. „Aynung der Ritterschaft, Mo. n. Letare 1511 zu Sweinfurt abgeredt, aber nit von allen angenommen, sunder uff So. Cantate uffzurichten beschlossen.“ Sie beginnt nach dem üblichen Eingang: „Wir von Gottes Gnaden N. u. N. gefürstete u. andere Grafen u. gemein Ritterschaft der 6 Orte des Lands zu Franken . . .“ (Standbuch Nr. 495 des Würzb. Archivs.)

100. Aufforderung, in die Herberge einer bestimmten Stadt einen reisigen Knecht mit Pferd zu schicken u. dort zu lassen so lange, bis die Schuld bezahlt ist.

1. Im Standbuch Nr. 495 befindet sich ein weiterer Einungs-Entwurf, „durch etliche vom Adel begriffen u. auf Mo. n. Letare des 1511. Jahres zu Schweinfurt auf den Tag gebracht,“ an den sich

Von dem Plane Schwarzenbergs, im Einverständniß mit den Fürsten geordnete Rechtszustände herzustellen, war die Ritterschaft nun wieder²⁾ zur Absicht geregelter Selbsthilfe, gegen Auswüchse des eignen Standes, entschiedener und vielleicht auch ernstlicher gemeint, gegen Uebergriffe und gegen die wachsenden Hoheitsansprüche der Fürsten gelangt. — Der förmliche Abschluss des Vertrages wurde damals — ebenso wie auch die Antwort auf die kaiserliche Forderung eines Reiterdienstes³⁾ — einem weiteren, für 18. Mai nach Schweinfurt angesetzten Rittertage vorbehalten; mittlerweile hoffte man, einen Teil der Unschlüssigen noch zu gewinnen. Auf eine Ausschusssitzung wahrscheinlich jenes ersten Schweinfurter Tages bezieht sich ein Bericht eines Anwesenden an seinen Fürsten über dort vorgebrachte Beschwerden und sonstige Verhandlungen⁴⁾:

1. „Hat man fürgehalten, der Bischof von Würzburg besetzt sein Hofgericht mit Geistlichen und seinen Amtleuten; daselbst kann kein Edelmann den Bischof mehr rechtfertigen.“ 2. „Der Bischof

der oben mitgeteilte im wesentlichen gehalten hat. Aus den vielen Einzelheiten sind erwähnenswert: Wer wider Ehre tut, mit Mord, Rauben, Notsachen, hat sich zu verantworten vor dem obersten Hauptmann, den Hauptleuten u. Räten. Reinigt er sich hier nicht, so wird er aus der Einung ausgeschlossen u., wenn ergriffen, „seinen geborenen Freunden“ zu gefänglichem Gewahrsam geschickt, ihn, bei ihren gethanen Pflichten nicht auszulassen ohne Befehl der Hauptleute u. Räte. Schlägt sich solcher Täter zu Fürsten, Herren oder Städten, so soll man dem Fürsten etc. schreiben, sich seiner zu enthalten; tut ers nicht, so wird „nach Rath zu handeln vorbehalten.“ Reiterdienst: Ging der Ritt wider einen Verwandten, so soll der gedient hat, dem Beleidigten anzeigen, dass er davon kein Wissens gehabt u. ihm seinen Anteil der Beute wieder geben. Bestimmungen gegen Kleiderluxus u. das Zutrinken mit Halben u. Ganzen, „das den Franken in Krieg, Vernunft u. a. ehrlichen Sachen Hinderung ist.“

2. S. z. B. die Einungen v. 1470 u. 1483, oben S. 101 f.

3. S. oben S. 130.

4. Abschriftlich im Standbuch Nr. 495 des Würzb. Archivs.

schliesse Bündnisse wider gemeinen Adel, schicke einer dem andern Edelleute gefangen: Nun soll er keinen Edelmann gefänglich halten, er hab ihn dann vor der Ritterschaft abgeklagt und mit Recht überwunden.⁵⁾ Er halt' auch Wilh. Fuchs noch unbillig im Gefängniss.“ 3. „So hab er all seine Amtleute mit fremden Gelübben und Eiden beladen, anders denn Herkommen, zuwider gemeinem Adel: Dass man Leut niederwerfen und anderen Fürsten und Herren überantworten soll, die doch gar nichts mit dem Stiff zu thun haben“ u. s. w. 4. „Niemand werde bei gleich und bei recht gehandhabt. Stachius von Thüngen hab sein' Sachen, vor aller That, auf den Bischof geboten, das aber ihm nicht hab gedeihen mögen. So ist Wilh. Fuchs, dem hat der Bischof von Bamberg sein Leib und Gut unbefehdet angewonnen, umb sonst. — Also reden sie von der Sach, das sei unleidlich.“ 5. „Der Bischof von Bamberg hab sich hören lassen, alle die jetzt wider ihn gedient, wolle er richten lassen, wo er sie niederwerfe;“ es sei aber altes Herkommen, dass einer dem andern „Reise diene“. 6. etc. 7. „Dass man keinem kein Hilf schuldig sei in dem, was er für sich selbst anfangt, und es nit vorher anbringe, dass man für ihn schreibe.“⁶⁾ 8. Man will auf dem nächsten Tage die Listen verlesen und sollen dort die Ortshauptleute „umb einen Jeden besonder Antwort geben“; wer nicht gekommen sei, auch nicht Gewalt (Vollmacht) geschickt habe, solle hinfort nicht mehr aufgefodert werden. — Damals gefehlt, auch nicht Gewalt geschickt hatten: Schenk Friedrich (z. Limburg), Herr Hans von Schwarzenberg, Herr Jörg Manuel von Schaumberg und Eberhart Förtsch.

Als allgemeine Gründe, welche Einigungen der Ritterschaft stets erschwert haben und die kurze Dauer solcher

5. Artikel 1 zeigt, dass in Zivilklagen zw. Fürst u. Adel noch alles beim Alten, die gerichtsherrlichen Ansprüche unbedingt aufrecht erhalten, die Mängel der Gerichte aber nicht abgestellt waren; nach art. 2 scheint die Form der Strafrechtspflege damals bereits grundsätzlich umstritten; zwar erklärt nicht nur dem Kaiser gegenüber der Adel, dass die adeligen Uebeltäter zu strafen allein ihren Fürsten gebühre (vgl. unten S. 297 n. 1), aber auch eine Aeusserung des Bischofs v. 1523 lässt auf tatsächliche freie Mitwirkung des Adels für diesen Teil der Rechtspflege schliessen.

6. S. den Einungsentwurf oben S. 165, dem entspricht z. B. auch der Einungsbrief v. 1523, unten S. 252 ff.

Bündnisse erklären, sieht Kerner⁷⁾ mit Recht an: Die Anhänglichkeit an Schwert und Faustrecht; die Abneigung, sich Hauptleuten, Ausschüssen etc. unterzuordnen, Geldopfer zu bringen, endlich die Furcht vor Verlust der fürstlichen Aemter und Dienste, sowie vor Felonieprozessen. — Diese Gründe stehen z. gr. Tl. auch hinter einer „Beschwerde gegen den Vertrag der Ritterschaft,“ den ihr Verfasser, ein Ritterbürtiger in fürstlichen Diensten, als geradezu verderblich für den ganzen fränkischen Adel erklärt⁸⁾:

Der Vertrag ist den Fürsten zuwider. Wer ihm nicht beitreten will, — „als ich glaub viel das nit thun mögen,“ — der wird von den anderen gehasst und verlassen, und wird Bruder wider Bruder und jedermann wider den anderen sein, zumal die anderen dann wohl veranlasst werden, unter sich auch einen Vertrag aufzurichten. Der vorgesehene Austrag ist „nicht jedermann gemäss“; wer sich nicht an ihm genügen lassen will, wird Gewalt leiden müssen. — „Wenn nun die Zeit des Vertrags aus wär, wer gäb jedermann seinen Schaden wieder?“ Es wäre gut und den Fürsten löblich, vor Schaden zu warnen: „Das wird auch von dem gemeinen Mann eher gehört und verstanden; denn wenn wir gleich viel untereinander reden, dann do will nymand des andern Rede gern hören.“⁹⁾ Jeder Fürst möge seine Verwandten, — aus jedem Geschlecht 1—3 Personen — auf einen Tag noch vor dem zu Schweinfurt beschreiben.

Das hier angeratene, öfters schon bewährte Mittel beschlossen (bei einer persönlichen Zusammenkunft zu Iphofen am 2. Mai) die Fürsten anzuwenden:¹⁰⁾ Jeder von

7. Staatsrecht der Reichsritterschaft (1786) II. 26; vgl. Moser, Beitr. zur ritterschaftl. Sachen I. 64.

8. Würzb. Archiv. Es ist nach Form u. Inhalt eher ein für einen der Fürsten aufgesetztes Gutachten.

9. Dass es selbst auf damaligen Fürstenversammlungen nicht anders zugeht, die Beschlüsse der Reichstage unter ganz ähnlichen Umständen zu stande kamen, bezeugt aus längerer eigener Anschauung der französ. Kanzler Duprat (s. Kalkoff, Aleanders Depeschen, S. 134 n.)

10. Abschied zu Iphofen, Fr. n. Quasimodogeniti 1511, von den 3 Fürsten unterzeichnet. (Abgedruckt i. Archiv für Kunde österr. Gesch. Quellen VIII. 243).

ihnen, verabredeten sie auch jetzt wieder, solle durch Verhandlungen mit den Seinen das Zustandekommen der Einung zu hindern suchen,¹¹⁾ dagegen auf Beschwerden eingehen, ihre schriftliche Ausarbeitung und Vorlage veranlassen. Würde im Verlauf solcher Verhandlungen über Beschwerden der Adel eines Territoriums stärker auf gemeinsame Beratungen mit Fürsten und Adel der beiden anderen dringen, so soll doch kein Fürst einseitig darin Zusagen machen, abermalige Beratung der 3 Fürsten stattfinden. Wiederum hatte die Bearbeitung des Adels, hatten Vorstellungen, Versprechungen, Drohungen den Erfolg — begünstigt vielleicht auch durch die damals erneuten Ansprüche von Kaiser und Reich,¹²⁾ — dass die Ritterschaft einzulenken begann, und zwar in der fürstlicherseits vorausgesehenen Art. Nachdem der zweite Schweinfurter Rittertag (18./19. Mai)¹³⁾ resultatlos verlaufen war, gelangte man (auf einem anscheinend nur schwach besuchten) Adelstage zu Windsheim an Joh. Sonnenwende (24. Juni), zu dem Beschlusse, die Fürsten zu bitten, auf einem (für den 18. August wieder nach Windsheim angesetzten) Tage mit der Ritterschaft gemeinsam über Abstellung der Gebrechen zu beraten. — Fürstlicherseits fand in den nächsten Wochen eifriger Meinungsaustausch, brieflich und auf Zusammenkünften der Räte, statt darüber, ob man das Erscheinen zusagen, oder bei dem bisher noch immer durchführbar gewesenen Grundsatz Würzburgs, nur mit der Rit-

11. Erhalten ist (Standbuch Nr. 495) eine — unentschiedene — Antwort der Ritterschaft a. d. Altmühl, dem Markgrafen Friedrich auf dem Tag zu Onolzbach, Do. n. Jubilate (15. V.) gegeben.

12. Siehe oben.

13. So. u. Mo. Cantate. Ausschreiben dazu durch die Ortsausschüsse, z. B. der „Baunach“ v. 21. IV. (Unterschriften: Adam v. Schaumberg, Ritter, Wilh. v. Stein, Hans Truchsess, Claus v. Hessberg, Erh. v. Lichtenstein, Hans v. Sternberg) u. des „Gebirgs“ v. 14. IV. (Unterschr.: Ludwig v. Eyb, Hauptmann, Ritter, Seb. v. Waldenfels, Ritter, Heinz v. Redwitz, Utz v. Kindsberg) i. Würzb. Archiv.

terschaft des eignen Territoriums zu verhandeln, verharren solle. Auch der Adel bereitete sich in seinen „Orten“ auf die Entscheidung vor.¹⁴⁾ — Anfang August bat die Koburger Ritterschaft ihre Fürsten, ihnen das Erscheinen auf dem Landtage zu Jena (10. VIII.) diesmal zu erlassen, da sie von den drei fränkischen Fürsten nach Windsheim geladen sei. Anders als 1507 hatte diesmal die Politik der Markgrafen sich gegen Würzburg, wenigstens teilweise, durchgesetzt.

Am Montag nach Mariae Himmelfahrt (18. VIII.) 1511 versammelte sich der fränkische Adel zu Windsheim. Die Fürsten von Bamberg und Brandenburg waren in Person erschienen; Würzburg jedoch hatte nur zwei fürstliche Räte, die Domherren Peter v. Aufsess und Math. v. Herbilstat, gesandt, mit dem Auftrage, ausschliesslich mit den vier Orten, die dem Stifte Würzburg angehörten, und zwar nur über ihre Beschwerden, zu verhandeln, sowie das Mögliche zu versuchen, um den Würzburger Adel abermals von seinen Genossen dauernd zu sondern. Sie entledigten sich dieser Aufgabe mit Geschick und bestem Erfolg. Auf ihre Werbung, der Bischof sei, soviel an ihm liege, zur Abstellung ihrer Beschwerden gern erbötig nicht nur als ihr Herr, sondern als der seiner Geburt nach ins Land gehöre, und ihre Einladung nach Würzburg (auf 30. Sept.) zu Beratungen

14. Ausschreiben eines Tags nach Ebern auf 23. VII., zu Vorberathungen; (v. 11. VII. 1511; untersch. v. Hans Truchsess, Amtmann z. Rottenstein, Claus v. Stein z. Altenstein, Heinz v. Lichtenstein, Hans v. Sternberg z. Kalenberg); es ist der Ort Baunach.

15. Schr. v. 2. VIII. 1511, unterzeichnet v. 19 Edelleuten (Jörg v. Schaumberg, Ritter, Euch. v. Hessberg, V. v. Bibra u. a.) Die Herzöge erteilten am 5. VIII. die erbetene Erlaubnis, „dieweil wir euer unterthenig erbieten vermerkt, das wir gnediglich angenommen.“ (Burkhardt, Ernestinische Landtagsakten S. 86. Ein Verzeichnis der fränkischen, zum Landtag nach Jena berufenen Adeligen das. S. 85 f.)

hierüber antwortete zunächst¹⁶⁾ der „Steigerwald“ (durch Graf Wolf v. Castell, Herrn Hans v. Schwarzenberg, Peter Esell und Fabian v. Liessperg): Etliche am Steigerwald sitzend seien allein dem Bischof, ohn Mittel, zugehörig und ohne weiteres bereit nach Würzburg zu kommen; etliche wären „s. Gn., und daneben der andern Fürsten, Bamberg u. Brandenburg einem oder beiden verwandt und hätten gegen diese Fürsten, die hier wären, auch Mängel;“ sie wollten vorerst „versuchen, ob sie bei diesen Fürsten hie möchten einen leidlichen Austrag erlangen;“ doch wollten auch sie dann auf den Würzb. Tag kommen. Ebenso erklärten (am gleichen Tage noch) die Orte „Rhön u. Werra“ u. „Baunach“ ihre Bereitwilligkeit,¹⁷⁾ während der „Odenwald“ sich vorerst zurückhielt. Das von den 3 Orten erbetene Geleit nach Würzburg sagten die Räte zu.¹⁸⁾ — Bei den anwesenden Fürsten suchten die 6 Orte gemeinsam um Eröffnung von Verhandlungen über rechtlichen Austrag nach; der Markgraf wünschte gleich anfangs, dazu auch die Würzburger Räte beizuziehen¹⁹⁾ und liess diesen am folgenden Tage vor-

16. Am Mi. n. Assumpt. Mariae (20. VIII.) 1511. Die Vorgänge auf d. Windsheimer Tag nach d. Bericht der Würzb. Räte; Würzb. Archiv.

17. Ihre Sprecher waren: Hans v. Miltz für Graf Hermann (v. Henneberg), Herr Sigmund v. Thüngen, Hans v. d. Thann, Jörg u. Ott Vogt; Hans Truchsess, Apel u. Clas vom Steyn, Wolf Schott, Erhart v. Lichtenstein, Wilh. v. Stein.

18. Geleitsbriefe für den Würzb. Tag, vom 6. IX., an Sigm. v. Thüngen, Ritter, (Rhön); Bernh. v. Berlichingen, Ritter (Odenwalds) Hans Truchsess v. Wetzhausen, (Baunach); Peter Esel zu Alten-Schonbach, (Steigerwald) i. Würzb. Archiv.

19. „Hat Brandenburg gesagt, ob man nit die Würzb. Räte auch fordern wolle. Hat Herr Conrad Schott gesagt, sei nit von nöthen; wir hätten soviel bei denen so zum Stift gehörten gehandelt, dass sie ein gut Genüge hätten; bäten auch allein, ob sie dergleichen bei ihren Gnaden auch erlangen könnten.“ (Bericht der Räte).

stellen:²⁰⁾ Abhülfe in einzelnen Beschwerden sei allein nicht ausreichend, vielmehr jener vom Adel gewollte Austrag von nöten, um „grossen Unrat und Mehrung aller Untat“ zu vermeiden. Den Fürsten gebühre, Einsehen zu haben, besonders da „aller Adel so geneigt sei, sich binden zu lassen, als nie bei ihnen erlangt hat mögen werden: Man sehe an alle Verträge, hie zu Windsheim erstlich und danach zu Bamberg aufgerichtet; hätten sie nie wollen zusagen.²¹⁾ Aber jetzo wär jedermann willig.“ Weigere man den Austrag, so würden alle üblen Folgen mit Recht den Fürsten, nicht dem Adel zugeschoben werden. Die Würzburger Gesandten entschuldigten sich mit ihrer Instruktion, die ihnen gemeinsame Verhandlungen nicht zulasse. — Inzwischen hatte auch der Odenwald sich bereit erklärt,²²⁾ seine Verordneten nach Würzburg zu senden. — Die gesandten Räte hörten von zornigen Reden der Edelleute gegeneinander: Die sich jetzt von ihnen geschieden, sollten daran später denken, wenn sie gern Hülfe hätten von den andern; sie würden zu Würzburg nichts erreichen. Die Räte hatten den Eindruck, dass der Stiftsadel sich an seinem Vertrage²³⁾ und an den Reformationen geistlichen und weltlichen Gerichtes²⁴⁾ werde genügen lassen, „so ihnen dieselben ohne Abbruch gehalten werden“. — Am Nachmittag des 21. August fand im Kloster zu Windsheim eine Sitzung gemeiner Ritter-

20. Durch Hans v. Seckendorff in seinem, Dr. Linhart v. Egloffstein in Bambergs Namen.

21. Von den hier angedeuteten Gegenvorschlägen der Fürsten ist in den Würzb. Ritterschafts-Akten keine Kunde erhalten. Auch 1515 ist Würzburg anfangs auf die Wünsche des Adels nach Austrag eingegangen; s. unten.

22. Durch seine Sprecher: Herr Conrad Schott, H. Bernhard v. Berlingen (Berlichingen), H. Zeisolf v. Rosenberg, H. Jörg Truchsess, Stefan Zobel, Ph. v. Seldeneck, „ein Doktor einer von Thuren“, Ernst v. Wolmarshausen.

23. Der „Gnadenvertrag“ v. J. 1461; s. oben S. 97 f.

24. Die Reformationen v. J. 1447; s. oben S. 96 u. 31.

schaft statt; zur Verhandlung standen: Die Klagen des Hoch- und Deutschmeisters, die dem Kaiser zu gebende Antwort — (sie wurde dann auf einen ferneren Tag, zu Windsheim am 1. November abzuhalten, verschoben)²⁵⁾ — endlich Beratungen über ein Bündnis der Ritterschaft allein, falls die inzwischen von den Ausschüssen fortgesetzten Unterhandlungen mit den Räten der beiden Fürsten nicht zum Ziel führen sollten. Weitere Nachrichten von dem Tage liegen nicht vor; doch besteht kein Zweifel, dass die Verhandlungen mit den Fürsten sowohl, als auch die über ein Adelsbündnis zu keinem bleibenden Ergebnis geführt haben.

Zu Würzburg am 30. September 1511 überreichte die Stiftsritterschaft, unterstützt von einem Teile des Bamberger und Markgräflichen Adels, ihre Beschwerden.²⁶⁾ Sie betreffen hauptsächlich die Handhabung des Gerichtswesens, ferner Uebergriffe der Verwaltungsbeamten, Fürstenbündnisse etc.:

I. Geistliche Gerichtsbarkeit: Die Reformation von 1447, von Bischof Johann bestätigt (1461), werde vielfach überfahren, nämlich 1. seien die Offizialen „meist Laien, dazu meist ungelehrt und unerfahren des Rechtes“. Grafen, Herren und Ritterschaft erklären, dass sie hinfort durch solche untaugliche Offizialen ergangene Urteile, falls sie ihnen nachteilig, nicht mehr anerkennen werden.²⁷⁾ 2. überschritten die geistlichen Gerichte ihre sachliche Kompetenz. Gemäss der Reformation sollten sie in weltlichen Sachen nicht rich-

25. Der Kaiser hatte die 3 Fürsten gebeten, (Schr. an Würzb. v. 14. VIII. i. Würzb. Archiv), auf dem bevorstehenden Adelstag ihren Einfluss für Bewilligung der Hilfe persönlich geltend zu machen. Dies scheint auch geschehen, wenigstens an jenem Tag im Beisein der 2 Fürsten u. der Räte lange darüber verhandelt worden zu sein (Bericht der Würzb. Gesandten).

26. Di. n. Michaelis. (Standbuch Nr. 495).

27. Antwort v. Bischof u. Kapitel (Lünig, R. Archiv, Part spec. cont. III., Franken, S. 267 ff.; ohne Datum und Jahreszahl): Sämtl. Offizialen seien Geweihte; seien sie nicht alle gebildet („hochgelehrt“), so komme das aus den „Leuften der Zeit, die sich verwandelt, also dass durchaus, auch in anderen Ständen, Abnehmen

ten, wenige Fälle ausgenommen (als um Handgelöbniß an Eidesstatt, oder so die weltlichen Richter Gerechtigkeit zu helfen säumig wären, oder ob ein Geistlicher wider einen Laien wollt rechtlich Sach handeln, die sein selbs Person, Ehre oder Leumund anginge). Das werde nicht eingehalten. Jeder geistliche Richter möge deshalb auf diesen Punkt der Reformation besonders vereidigt worden; auf Uebertretung müsse Strafe der Amtsentsetzung stehen. Zu gleichem Zweck solle in den Lade-, Mahnungs-, Verbotbriefen die Art der Klage deutlich ausgesprochen sein, solle ferner der Kläger vor der Ladung den „Eid für gewerde“ leisten, solle, dass dies geschehen, in dem Ladebrief vermerkt sein. Das geistliche Gericht dürfe, wenn eine Tat nach geistlichem und weltlichem („kaiserlichen“) Recht strafbar sei, dem weltlichen Richter die rechtliche Strafe nicht verbieten.²⁸⁾ — 3. und 4. etc. 5. Haltung der Sendgerichte: Die Offizialen nehmen Geld und erlassen dafür „die rechten, ordentlichen forchtsamen Straffen,“ sie „forschen auch, um ihrer Genüss willen zu Zeiten, auf der Leute Neid- oder Zornrede, noch Sünden, die laut der Reformation nicht öffentlich, sondern heimlich sind.“ Man möge nun sagen, es sei nicht Sache des Adels, für Seele und Gewissen zu sorgen; es sei dennoch Pflicht jedes Christen, „die Ehre Gottes und gute Werke zu fördern“; auch erwache ihren armen Leuten grosser zeitlicher Schaden, denn jedem, der sich eine Beschuldigung durch Eid zu reinigen habe, werde von den Offizialen für Zeugnisausstellung eine Taxe (2 gl. 7 sh.) abgefordert. Solches Geldnehmen sei gegen alle Reformation, müsse

gespürt“ werde, dann auch davon, dass es schwer sei, gute Elemente zu bekommen für ein Amt, das so vielem Schaden u. Spott jetzt ausgesetzt sei; man möge zuerst solche ungebührliche Handlungen abstellen.

28. Die Antwort hält den damaligen Grundsatz der Kirche aufrecht, dass, „wenn ein Theil geistlich, er sei Kläger oder Antworter, auch um weltlich Ding, die Sach vor dem geistlichen Gericht zu enden“ sei, dass auch Klagen von Unterthanen des Adels gegen Prälaten etc. wegen deren Obrigkeit und Gerechtigkeit nicht vor das Hochgericht, sondern vor das geistl. Gericht gehörten. Es werde unterstanden, dass der Weltliche Ehebruch, Unkeuschheit, Zauberei, Meineid etc. strafe, wiewohl dem Laien gar nicht zustehe, Visitation u. Inquisition, — wie dem geistl. Richter erlaubt sei, — zu thun. „Niemand soll mit zweien Ruthen geschlagen werden.“ — Allgemein vgl. hierzu Ranke, Reformation I. 169 f.

gänzlich abgestellt werden.²⁹⁾ 6. Die Reformation (von 1447) möge bei den Druckern zu Würzburg in Druck und zum Verkauf freigegeben worden.³⁰⁾ 7. Von einer Wirkung der auf Uebertretung der Reformation gesetzten Strafen sei nichts zu merken; es sei zu vermuten, dass die geistlichen Fürsten durch ihre Kapitel verpflichtet seien, solche Strafe nicht in Anwendung zu bringen, denn sonst würden sie „solche öffentliche, sündliche und schändliche Beschwerde, wie die vom Adel und ihre Hintersassen sie täglich erfahren,“ nicht dulden;³¹⁾ des Kapitel möge soviel verwilligen, dass solche Verpflichtungen hinfort keinem Bischof auferlegt werden dürften. — In die Vertheidigung des Offizials auf die Reformation werde ein Ausschluss eingeflochten, dass alles was er auf Geheiss seines Obersten tue, nicht wider diesen Eid getan sei; das sei unbillig, denn der Oberste habe in der Reformation keine Pflicht, auch sei zu glauben, dass „mancher Oberste gar viel mehr geneigt sei, zu heissen, das die Kirchen dann die Seele, laut der Reformation speiset“. — Bitte: Alle geistlichen Richter im Stift Würzburg von neuem auf die Reformation „sammt dieser gebetenen Erklärung und Besserung“ förmlich und feierlich zu vereidigen. — Darauf folgt eine Erklärung, dass das Vorgetragene ausgehe „fürnehmlich und zu vorderst von Grafen, Herren und Ritterschaft, so in der Würzburger geistlichen Gerichtsbarkeit Leut und Güter haben,“ an Bischof Lo-

29. Antwort: Der Ersatz der scharfen Strafen durch die milden Geldstrafen sei wohl gerechtfertigt; um den Argwohn des Adels zu meiden, soll zu den scharfen Str. zurückgekehrt werden. Auch heimliche Rügen seien im Send gestattet. „Und ob gleich etwan Nutz aus der Straf hat, ist nichts neues u. nirgends gemeiner als bei den Weltlichen.“ Zum Ueberfluss sollen Beschwerden der Gemeinden gegen Offiziale vor dem obersten Offizial zu Würzb. zugelassen werden.

30. Wird zugesagt.

31. Die Unterstellung wird mit Entrüstung zurückgewiesen. — Auf die Klage, dass der Adel vielfach dadurch, dass die Offizialen seine bisher sendfreien Güter in den Send zögen, „gedrungen werde, sich an andere Herren mit Lehenmachen, Verkaufen und Dienerschaft zu schlagen,“ wird erwidert, dass, wenn man den wahren Grund dafür, dass sich so mancher „einem andern Herrn zu unaufzaglichen Diensten beuge, auch das Stift nicht alleweg ausnähme,“ etc. eröffnen wollte, auch nicht ein Thun um Gottes oder der Gerechtigkeit willen erfunden würde.

renz und sein Domkapitel; „desgleichen bitten mit ihnen alle andern des Adel im Land zu Franken“. Daran schliesst sich eine kurze Bitte an Bamberg um Abstellung von Missbräuchen an dessen geistlichen Gerichten, endlich das Ersuchen an die Markgrafen Friedrich und Casimir um Fürbitte bei Würzburg: sie möchten bedenken, dass jene Missbräuche „etwa viel des Adels Burger und Bauern berühren, die ihnen (den Markgrafen) verwandt und unterworfen sein“. II. Landgericht: Auch dessen Reformation von 1447, ebenfalls bestätigt 1461 werde nicht gehalten, denn: sollten Richter sein ritterliche Leute; statt dessen weihe der Weihbischof solche Ritter wider allen Gebrauch der Ritterschaft.³²⁾ — Bitte: das Gericht zu besetzen mit Ritters, die nach Gebrauch des Adels ihre Ritterschaft erworben, oder mit anderen Verständigen des Adels „ausserhalb von gemelter Weihung und ungewöhnlicher Ritterschaft;“ dazu geregelte Besoldung, Abschaffung der Bestechungen etc. 2. Ersuche man den Bischof oder den Landrichter, vom Landgericht zu weisen, so werde oft die Weisung unbillig verzögert, bis es zur Anleite komme, und somit (der Reformation gemäss) zu spät sei. 3. Kompetenz: Sie erstreckte sich nach art. 29 der Reformation auf Erb und Eigen; dennoch würden auch viele andere Klagen dort angenommen. Kläger wie Richter müssten in solchem Falle gestraft werden. Auch bittet der Adel, um den Leuten die Kosten einer Reise nach Würzburg wenigstens in geringfügigen Sachen zu ersparen, einen Artikel in die Landgerichtsordnung aufzunehmen, wonach Vermächtnisse, Verzichtleistungen und Uebergaben, zum wenigsten dann, wenn sie nicht über 500 gl. Wert betreffen, auch vor anderen Gerichten geschehen dürften.³³⁾ 4. Die Richter am Landgericht sollen eidlich verpflichtet werden auf dessen Ordnung samt diesen Verbesserungen und, wo das nicht ausreiche, auf die „gemeinen kaiserlichen geschriebenen Rechte oder Gewohnheiten“.³⁴⁾

32. Jedoch nicht völlig wider den Gebrauch am Landgericht; s. d. Urkunde v. 1343 oben S. 87 n. 1.

33. Die gleiche Bitte bringen versch. Gemeinden auf dem Würzb. Landtag v. 1525 vor; Fries, *Gesch. d. Bauernkrieges* II. (1883), S. 57, 74, 235.

34. In der Antwort wird jede Schmälerung der Kompetenz abgelehnt. Das L. Ger. des Herzogthums Franken sei „der vier L. Gerichte eines im hl. Reich u. dem Hzgt. Fr. eingeleibet und also das höchste u. ordentlichste Gericht in der Weltlichkeit“. Solche Anträge auf Minderung seines Ansehens habe man von der Ritterschaft nicht erwartet. — Das Ger. solle aber künftig zur Zeit der

III. Zentgerichte: Auch deren Ordnung (von 1447, bestätigt 1461) werde vielfach überfahren, besonders in der sachlichen Kompetenz, wodurch den Edelleuten oft „alle ihre Gerichtsbarkeit abgeschnitten“ werde. Bitte um Abstellung, „dass in solchen Zentsachen die Ordnung kaiserlichen Recht oder gute Gewohnheit, die denselben Rechten gemäss, nit überfahren werde.“ Damit der Adel nicht scheine, hierin Unbilliges zu verlangen, erbietet er sich zu Recht vor k. Kammergerichte, vor Sachsen, Bamberg, Brandenburg oder jedem anderen Fürsten. Die Reformation besage, dass Leute und Güter in den Zenten, die von alters her nicht zentbar seien, dabei bleiben, an die Zenten nicht geladen werden sollen, — es werde denn einem das Recht wissentlich versagt; und wo Ladung dennoch ergangen sei, sollen die Betreffenden auf Ansuchen ihres Herrn wieder heim gewiesen werden. Das werde nicht gehalten.³⁵⁾ — Die Schöffen sollen keine Bussen nehmen, trotzdem erkennen sie selbst auf Bussen in allen Würzburger Zenten. III. a. Halsgerichte: Entleibungen geschähen öfters aus Ursachen, darum die Thäter „nach vermöge der kaiserlichen Rechte“ nicht peinlich gestraft werden sollten; trotzdem werde auch dann oft aus Unwissenheit der Richter auf peinliche Strafe erkannt. III. b. Brückengericht etc. IV. Wider den Vertrag von 1461 begegnen der Ritterschaft unzählige Beschwerden, also dass des Bischofs Geistlichkeit, Amtleute, Kellner und Diener, welche Grafen, Herren und Ritterschaft an sich stossen haben, diesen das Ihre nehmen. Klagt nun der Ede'mann „bei den Rechten, die in diesem Vertrag gesetzt oder sonst im Reich geordnet sind, so weiss menniglich, dass solchs, nach gestalt itzo zur Zeit solcher Gericht, kein Endschaft zu erlangen ist“. „Und wo das also die Harre werden sollte, so könnt der Adel vor solcher Gewaltsam gar wenig behalten.“ Ihre Bitte ist daher: Dass sich Bi-

Ernte u. des Herbstens seine Sitzungen aussetzen. Säumnisse in der Exekution seien bisher meist „auf Ansuchung u. ungestümes Anhalten derer vom Adel geschehen“. In versch. Punkten wird Besserung zugesagt (S. die Reformation d. L. Gerichts unten S. 179 n. 41). — Auch in der entspr. Beschwerde u. Antwort v. 1522 erscheint die Kompetenz — über ihre Grundlagen s. oben S. 15 ff. — strittig (D.R.A. III. 705).

35. Die Antwort will das nicht zugeben. Zentfrei bedeute freilich gar nicht, dass peinliche Sachen ungerügt bleiben sollten, sondern nur Befreiung von der Pflicht die Zent zu besuchen. — Aller Fleiss, die Reformation einzuhalten, Missbräuche abzustellen, wird zugesichert.

schof und Kapitel mit dem Adel bei „Irrungen um Entsetzung“ eines gleichmässigen rechtlichen Austrags vereinigen möchten; zu diesem Zweck hat die gesamte fränkische Ritterschaft einen „Fürschlag“ „hineben“ überantwortet, der auch den beiden anderen Fürsten, Bamberg und Brandenburg, übergeben worden ist.³⁶⁾ Zu fernem Schutz des Adels möge jeder neue Bischof auf den Vertrag von 1461, im Beisein einiger Vertreter des Adels, vereidigt werden. V. Bei Anlass von Bekenntnis oder Verschreibung auf Würzburger Lehen (gemäss jenem Vertrage) werden in der Kanzlei zu hohe Taxen genommen, (von 20 gl. Wert ein gl.). — Bitte: Von 100 gl. nicht mehr denn [freier Raum] gl. zu fordern. VI. Bündnisse der fränkischen mit fremden Fürsten: Bitte um Beschränkung solcher Verpflichtungen, den Pflichten zu gut, die sich aus dem vorgeschlagenen Austrag ergäben. „Wenn sollt ein fremder Fürst einem des Adels unrecht thun, das Seine nehmen oder vorenthalten und darauf weitläufig unendlich Recht bieten, und desselben vom Adel Fürst ihm dazu hilfreich sein . . ., wäre dem Adel unendlich“. — Angeschlossen waren dem noch mehr ins einzelne gehende Klagen:³⁷⁾ Dass der Bischof keinen vom Adel mit erkaufen Gütern belehnen wolle, sie seien dann von Adeligen erkauft; dass verfallene Mannlehen oft nicht wieder an Adelige ausgeliehen würden; dass der Bischof keinem Adligen seine Stammlenhen leihen wolle, er sei denn mit dem Verstorbenen in Erbsamtlehen;³⁸⁾ gegen das Streifen der bischöflichen Reiter im Land; gegen die Besteuerung von Hintersassen des Adels in Dörfern des Bischofs (mit „Steuern, Botten, Harvesten“ etc.); dass des Stifts Diener auf Gütern des Adels gebieten und verbieten wider Recht und Herkommen; „dass des Adels treulose und ungehorsame Bauern von Amtleuten und Kellnern vergeleitet und gehandhabt“ würden, als wären sie „alleweg Würzburgische gewest“; dass Edelleute von des Bischofs Dienern geschlagen, gefangen und verstrickt würden; dass der Adel nicht mehr so wie früher bei Besetzung der Aemter, der Rats- und Hofstellen wie auch der Klöster und geistlichen Stifter bevorzugt werde; dass Zölle erhoben würden an Orten, die bisher ohne Zoll; dass die Amtleute

36. Auf diesen (nicht erhaltenen) Vorschlag geht wohl der 1523 den Reichsständen vorgelegte Entwurf des fränk. Adels zu einem rechtlichen Austrag „umb Entsetzung oder Betrübung der Gewere“ (D.R.A. III. 734) zurück.

37. Repertorium v. Fries i. Würzb. Archiv.

38. Eine häufige Klage, z. B. auch in den Beschwerden von 1522, D.R.A. III. 700 (art. 8).

den Bürgern und Bauern Hasen und Hühner zu fangen erlaubten u. s. w. Das Hofgericht möge alle Vierteljahre gehalten werden.³⁹⁾

Auf die Resolution von Bischof und Kapitel⁴⁰⁾ zu diesen Beschwerden soll hier nicht eingegangen werden. Sie ist in selbstsicherem, doch entgegenkommendem Tone gehalten, geht auf die einzelnen Punkte meist ernstlich, hie und da nur mit leiser Ironie ein. Auch sie lässt aber wohl erkennen, dass die Missstände im geistlichen wie auch weltlichen Gerichtswesen und in der Verwaltung zahlreiche und tiefgehende waren, auch sie zeigt, wie gänzlich verkehrt es ist, unsere Anschauung von dem Staat als dem Träger der Ordnung ohne ganz beträchtliche Ummodelung auf die damaligen Verhältnisse zu übertragen. — Was die Ausführung der darin in Aussicht gestellten Reformen betrifft, so ist erhalten eine Reformation des Landgerichtes des Herzogtums Franken von 1512.⁴¹⁾

Die beiden Würzburger Unterhändler scheinen in ihrer Annahme, die Ritterschaft werde sich an einer genaueren Be-

39. Auch in späteren Beschwerden wird des Hofgerichtes kaum gedacht (s. z. B. D. R. A. III. 704 ff., v. 1522); möglich wäre, dass der Gerichtsherr seinem immer selbständiger werdenden Adel gegenüber in dieser Periode auf sein von Kaiser u. Reich stammendes Landgericht sich wieder ausschliesslicher zu stützen versucht hätte.

40. Gedruckt bei Lünig; s. Not. 27 ff.

41. Di. n. St. Elsbethtag (23. XI.) 1512. Mehrmals gedruckt, z. B. bei Schneidt, *Thes. juris franconici* II. 783 ff. (vgl. Rockinger, *Abhandlungen etc.* S. 88, n.): Besetzen des L. Gerichts mit Ritters u. a. Verständigen vom Adel, u. zw. so, dass niemals weniger als 7 Urtheiler Recht sprechen; feste Jahresbesoldung durch den Bischof. Können die Urtheiler sich nicht einigen, so haben sie den Rath des Bischofs u. seiner Räthe einzuholen. Der Anleiter (Immobiliarexecuter) soll ein Edelmann sein, die Anleite persönlich, u. zu. Ross, thun. Die Advokaten der Stadt W. sollen alle Sachen annehmen, „ohne Widerwillen u. Ungnad“ v. Bischof u. Kapitel (befürchten zu müssen); 2 vereidigte Boten am L. Gericht haben die Ladebriefe etc. spätestens 6 Tage vor der Ger.Sitzung persönlich zu überantworten. Genaue Festsetzung der Taxen. Eides-

obachtung jenes Vertrages und der Gerichtsreformen Bischof Gottfrieds genügen lassen, nicht völlig enttäuscht worden zu sein: obgleich die Beantwortung der Beschwerden die Bitte um rechtlichen Austrag ganz mit Stillschweigen übergegangen hatte, scheint in der nächsten Zeit die Bewegung von ihrer Kraft viel verloren zu haben;⁴²⁾ sicher haben auch die damals wieder ernstlicher vertretenen Reichssteuerverforderungen mitgewirkt, den Adel seinen Fürsten, deren Fürbitte er in Anspruch nahm, mehr zu nähern; dem Stift Würzburg wird ausserdem auch seine Haltung in der Sache Götzens von Berlichingen dem Adel gegenüber zu statten gekommen sein. Als auf dem Tage zu Schweinfurt vom 12. November 1512 der Kaiser ernstlich begehren liess, dass zur Abstellung der Plackerei die drei Fürsten sich mit der Ritterschaft vertragen sollten, „damit jeglicher wisse, wie er bei dem anderen sesse“, und dass solcher Vertrag, ehe man von dem Tag abscheide, aufgerichtet werde, als er zugleich aber auch die Bewilligung der Reichsteuer verlangte, da berührte der Adel in seiner Antwort den Mangel eines Austrags nur leicht, wendete dagegen allen Fleiss auf, die Schuld der Reichsstadt Nürnberg sowie die Unmöglichkeit einer Steuerzahlung nachzuweisen. In beiden Fragen blieben die Verhandlungen ohne Ergebnis.⁴³⁾ — Auch formeln für Landrichter, Urtheiler, Anleiter, Landschreiber, Kläger, Boten (Stadtarchiv zu Rothenburg).

42. Am 28. X. 1511 schrieb Bischof Lorenz an einen „Lieber Peter“ (v. Aufsess?) Angeredeten, Graf Michel (v. Wertheim) werde am 2. XI. zu Schweinfurt mit Graf Wilhelm (v. Henneberg), Neith. v. Thüngen u. Zeisolf v. Rosenberg zus. kommen zur Vorberathung vor gemeinem Rittertag am 3./4. XI. Graf Michel habe ihm entbieten lassen, es solle nichts weiter gehandelt werden, „als dass man gericht sein wolle derhalben dass die Fürsten jetzt einen Vertrag unter sich gemacht, dadurch ein Widerwillen zwischen der Ritterschaft sei“ (Würzb. Archiv). Es handelt sich wohl um Fürstenbündnisse gegen Strassenräuberei.

43. Hauptverhandlungstag ist der Fr. n. St. Martinstag (12. XI.); doch schreibt noch am 15. XI. die in Schweinfurt versammelte Ritter-

der Bamberger Adel hatte 1511 seinem Fürsten besondere Beschwerden vorgelegt, unter denen wieder die Klage über wachsende Konkurrenz der Nichtadeligen, in Besetzung der Klöster besonders, hervortritt: Wenn die Mönche hierin den Bischof nicht hören wollten, so möge dieser es dem Adel nicht verdenken, wenn er sich selbst handhabe.⁴⁴⁾

Etwa den gleichen Verlauf wie 1507 und 1511 nahm die Adelsbewegung drei Jahre später: Bestrebungen nach Einung und Austrag werden gefördert von Brandenburg und Bamberg und scheitern nicht nur an den Schwierigkeiten innerhalb des Adels, sondern hauptsächlich an der nach anfänglichem Schwanken doch entschieden ablehnenden Haltung Würzburgs, der Regierung des „Herzogtums zu Franken“. Im Juli 1515 finden wir wieder die sechs Orte, nach Windsheim berufen durch die von Hutten und ihre Freunde in eigener Angelegenheit, beschäftigt auch mit Beratungen über „Plackerei und Rauberei, von denen schon auf so vielen Tagen gehandelt, doch endlich nicht beschlossen, dadurch der Unschuldige des Schuldigen bisher hat entgelten müssen.“ Erhalten ist ihre „bittliche Ladung“ von diesem Tage an Bischof Lorenz auf Sonntag nach Matheustag (23. IX.), nach

schaft an den Hochmeister, dessen Bitte um Beistand gegen Polen betr.; vgl. oben S. 268, n. — Am St. Martinstag (11. XI.) 1512 tagte auch die rheinische Ritterschaft zu Worms; auch hier warb der Hochmeister um Hilfe, erhielt ebenfalls ausweichende Antwort (Voigt, Beitr. z. Kunde Preussens, II. 344 f.).

44. Beschwerdeschrift, verfasst auf e. Tag zu Culmbach, vorgelegt am 16. X. Noch vom Adel besetzt seien: Fulda, Banz, Weisenoe, Michelfeld, Steinach u. a., Münchberg u. Langheim möge der Bischof dem Adel zurückgeben (Looshorn, Bamberg IV. 514). Aehnliche Klagen schon 1493: „Und ob ein Edelmann zu voriger Zeit eingenommen, ist er ganz verdrückt, zu keinem Amt oder würdigeren Stand gelassen, sondern es haben diese (Stellen) Schuster- u. Schneiderssöhne“ . . . u. 1503 (daselbst S. 411 u. 454). — Häufig kehrt in den Beschwerden des Adels der — nur zum geringen Theil richtige — Gedanke wieder, dass seine Vorfahren die Klöster im Bisthum gestiftet und begabt hätten.

Windsheim. Wenn irgend tunlich, möge er in Person kommen, sonst wenigstens seine Räte senden, „damit solches abgestellt und ein jeder desto stattlicher bei Fried und Recht bleibe“.⁴⁵⁾ Wir hören ferner, dass Anfang September (9. IX.) Bischof Georg und Markgraf Casimir zu Bamberg die Artikel einer Einigung zwischen Fürsten und Adel entworfen haben, und zwar auf Grund von Verhandlungen zu Windsheim, an denen auch Würzburg beteiligt gewesen war.⁴⁶⁾ Dieser Entwurf wurde auf dem Windsheimer Tage vom 23. September — auf dem Bamberg und Brandenburg in Person zugegen waren, Würzburg dagegen nicht, auch nicht durch Räte vertreten gewesen ist, wo auch der Würzburgische Adel zum grösseren Teile gefehlt hat — in den Ausschüssen nochmals durchgenommen, den Interessen des Adels möglichst entsprechend geändert, und darauf an die sechs Orte zur Beratung geschickt;⁴⁷⁾ auf einem gemeinen Tag sollte endgültig beschlossen werden.

Von jenem Tage zu Windsheim vom 23. IX. berichtet ein Augenzeuge, der freilich der Austragsbewegung und ihren Leitern ferner

45. Schr. v. Fr. n. Kiliani (13. VII.).

46. Looshorn, Bamberg IV. 508, 566; s. unten den Bericht des 11. Windsheimer Tags. Die Dreifürstenberathung zu Windsheim hätte nach Looshorn am 12. Juli, also zu gleicher Zeit mit dem dortigen (ersten) Rittertag stattgefunden. Würzburg scheint also damals von dem Grundsatz, seinem Adel gegenüber die Form des Untertanenverhältnisses aufrecht zu erhalten, — sei es tatsächlich, sei es zum Schein — vorübergehend abgewichen zu sein. Der Entwurf betraf (nach Looshorn) bes. „eine Neuordnung der Gerichte“ zur „Beschleunigung der Rechtspflege“; die Einung war auf 5 Jahre vorgesehen.

47. Ausschr. (v. 22. XI.) der Geordneten der „Rhön u. Werra“ (Moritz Marschalk, Ritter, Val. v. Bibra, Engelh. v. Münster, Sylvester v. Schaumberg, Ph. v. Mosbach), gemäss Abschied des Windsheimer Tags, zu einem Ortstag, auf 30. XII. nach Münnerstatt. In Windsheim sei auch zur Sprache gekommen, wie die Ausschreiben zu dem dortigen Tag nicht in allen Orten geschehen, dadurch viele des Adels am Kommen verhindert worden.

gestanden zu haben scheint, auch nur von den Vorgängen im Plenum unterrichtet ist.⁴⁸⁾ Seine ungelenke Erzählung — die hier absichtlich im wesentlichen unverkürzt wiedergegeben wird —, gibt mehr nur ein Bild von den äusseren Formen, in denen solche Adelstage verliefen. Am Sonntag war der Bischof von Bamberg mit einem Gefolge von gegen 80, am Tag darauf (24. IX.) Markgraf Kasimir mit ca. 60 Pferden eingetroffen. Von Grafen und Herren waren persönlich zugegen: Graf Georg von Wertheim (14 Pferde), Graf Johann von Castell (5 Pf.), Schenk Friedrich von Limpurg (8 Pf.), Hans von Schwarzenberg (5 Pf.); ferner durch Botschaften vertreten die Grafen Wilhelm⁴⁹⁾ und Hermann von Henneberg (Paul Truchsess; Silvester von Schaumberg), und die Grafen von Hohenlohe (St. von Aletzhaim [?]), endlich eine „Kunigsteynisch Botschaft“ (Hans Bechert [?]), wohl von dem führenden Geschlecht der Rheinischen und Wetterauer Grafen. „Auf Montag früh, ehe denn Markgraf Casimir kommen, ist von den Orten auf das Rathhaus kommen Herr Hans von Schwarzenberg und Doktor Sebastian von Rotenhan, und nach den 6 Orten gefragt, wer davon da sei, ob jemand wüsst oder erfahren, wer von m. gn. Herrn von Würzburgs wegen da sei. Ist gesagt durch Dr. Sebastian, es sei noch Zeit, er möcht noch selbs kommen; Schwarzenberg gesagt, er verseh sich dess nit.“ — Danach ist jeder nach den Orten gefragt worden, haben sich angeben wie folgt: Von der Baunach verordnet: Dr. Sebastian von Rotenhan, H. Jörg von Schaumberg, H. Hans von Sternberg, Erhart von Lichtenstein. Altmühl: Ist niemand fürgestanden, bis der Markgraf kommen. Steigerwald: Graf von Castell, Schenk Friedrich, H. Hans von Schwarzenberg, Burkard von Gnotstat (?), als verordnet. Gebirg: H. Ruppert von Waldenfels, H. Sigmund von Wirsperg, Hans von Reitzenstein der alt, als verordnet. Rhön und Werra:

48. Würzb. Archiv; der Bericht scheint für den Bischof v. W., den Dienstherrn des Erstatters, bestimmt gewesen.

49. Seine gewundene Instrktion für P. Truchsess (im Henneb. Archiv), lässt erkennen, dass er eine Einung des gesammten Adels mit den 3 Fürsten nicht gewünscht hat, vor allem nicht mit Würzburg. Abstellung der Gebrechen, 1511 versprochen, aber nicht ausgeführt, müsse zu erreichen gesucht werden; dann sei auch die Einung nicht mehr von nöthen; die alten Verträge genügten. — Er schliesst mit der üblichen Hoffnung, es werde gelingen, Wege zu finden, auf dass man wisse, wie man beieinander sitze, gleich allen anstossenden Landen; „allein das Land zu Franken gehet noch irre als das verlorene Schaf“.

Gar niemand, verordnet oder ungeordnet. Odenwald: Gr. Jörg von Wertheim,⁵⁰⁾ H. Hans von Absberg, H. Zeisolf von Rosenberg; die haben sich bedingungsweise angeboten, dass sie nicht von ihres Orts wegen, sondern jeder für sich selber da seien.⁵¹⁾ — Darauf hat Herr Jörg von Schaumberg, der Schepfner (?) und Redner zu diesem Tag gewest ist, gefragt, ob jemand vom Bischof von Würzburg wegen da sei“; wenn nicht, solle trotzdem mit den anderen Fürsten gehandelt und zu dem Zweck zunächst Ortsausschüsse gebildet werden. „Da haben die 4 Ort ihre Ausschüsse geben, und nieder gesessen, und zu ihnen der 4 Grafen und Herren Botschaft, und sunst menniglich ausgetreten.“ — „Gleich nach solchem⁵²⁾ ist die Handlung, so hievor, als die drei Fürsten des Orts gewesen sein, Bamberg, Würzburg und Brandenburg, [geschehen], nach der Läng durch einen Bambergischen Schreiber verlesen worden von Worten zu Worten, und Herr Jörg von Schaumberg dazu geredt die Meinung: Auf gehaltenem Tag allhie von wegen Herrn Ludwigs von Hutten“⁵³⁾ hätten etliche geredet von bösen Handlungen, die den fränkischen Adel in schlechten Geruch bei Kaiser und Reich brächten; daran könne nur durch gute Ordnung gebessert werden

50. Der Graf hatte bei dem Markgrafen Kasimir angefragt, ob dieser „ob der Ritterschaft Tag zu W. fürgenommen Gefallens hab u. also kommen werde, so wolle er auch kommen“; Antwort v. Statthaltern und Räten zu Onolzbach v. 18. IX. (Werth. Archiv). — Ueber die zeitweilige Beteiligung der Landstände von Ansbach u. Culmbach an der Regierung nach Entmündigung des alten Markgrafen Friedrich s. Voigt, Markgraf Albrecht Alcibiades I. 2 ff.

51. Von dem Würzburger Adel scheint demnach nur zugegen gewesen, wer, — durch Lehen u. Dienste — an einem Austrag mit Bamberg u. Brandenburg Interesse hatte. Noch jetzt also bestand jene Trennung des Adels in der Austragsfrage fort, die auf dem Windsh. Tage vom August 1511 ihren Ursprung gehabt.

52. Vorher geht ein Bericht Schenck Friedrichs über einen Privathandel („... drauf Antwort gefallen, die bewilligte Rechtfertigung am Kammergericht werde ... anzeigen; um Verantwortens willen sei niemand da“).

53. Der Vater des von Herzog Ulrich v. Württemberg im Mai 1515 ermordeten Hans. Das Geschlecht warb mit Erfolg für einen Rachezug; Sept. 1516 stand es mit nahezu 1200 Pferden im Feld. Das Eingreifen des Kaisers verhinderte jedoch den Ausbruch der Fehde (Ulmann, Fünf Jahre Wirtemb. Gesch., S. 18 ff.; Strauss, Ulr. v. Hutten, 79 ff.). — Der Tag ist der vom 13. Juli (s. oben).

„und deshalb hievor in laut der verlesenen Ordnung eine Meinung fürgenommen, aber nit beschlossen worden, und des gemelten vergangenen Tags soviel davon gehandelt, diesen Tag auszuschreiben“. Es sei zu erwarten gewesen, dass viel mehr von der Ritterschaft erschienen wären; „dass man dann nit unnütz hier gewesen, wollen sie, die vom Ausschuss, dennoch sich der Sachen bemühen und beladen und diese Vorlesung unter Hand nehmen, daraus ihres besten Verstandes, was nutz und gut darinnen, auf- und anzunehmen sei, ausziehen und aufzeichnen, und dann den Fürsten entgegen fürhalten . . .“ „Darob ist man gestanden die Montag zu Nacht und Dienstag bis nach Essen. — Darunter ist Jörg Fuchs von Schweinshaupten fürgestanden und eine Entschuldigung thun wollen, ihm von seines Veters Christof und seines Bruders wegen aufgelegt; aber klein Gehör gehabt und gar verächtlich angesehen worden. Darnach ist des Haberkorns Schrift an die Lehenmannen des Stifts Würzburg gelesen worden und mancherlei davon geredt, dass gut zu verstehen sei, dass nach Verscheynen der Zeit er der Lehenmannen Feind werde; etlich [meinten] man sollt die Schrift meinem gn. Herrn [von Würzburg] zuschicken, etlich es wär nit von nöthen, er hett doch niemand do.“ Danach wurde ein Brief des Herzogs von Würtemberg verlesen, in dem dieser versuchte, die Ermordung Huttens zu rechtfertigen; sowie ein Schreiben des Pfalzgrafen, der den Verdacht, Conrad Schott sei mit seinem Wissen niedergeworfen worden, zurückwies. — „Danach ist H. Jörg von Schaumberg und der Doktor von Rotenhan fürgestanden mit den Artikeln, davon gerathschlagt worden, wie obsteht, und seind nit lauter geschrieben gewest, sondern viel aus- und eingethan, dass der Schreiber nit lesen konnt; sie wollten es diese Nacht abschreiben. Am Mittwoch sein sie verlesen worden, und wenig dabei gewest und der Abschied gewesen, diese Handlung wolle man an die 6 Orte schicken . . ., und wer in und bei der Handlung sein wolle, sammt den Fürsten, so darin willig wären, der mög das thun, wer aber nit, oder wem das nit gelegen, der mög dess ohn Nachtheil übrig sein.“

Von seinem Ortstage zu Coburg aus bat Anfang 1516 der Würzburgische Adel der Baunach seinen Fürsten um Erlaubnis, den Windsheimer Vertrag für sich anzunehmen;⁵⁴⁾

54. Schr. v. 1. I. 1516. „Dieweil aber wir, als dem mehrentheil nach E. f. Gn. Lehenmannen, in solchen Vertrag zu begeben noch z. Zt. nit willens sein, ehe denn E. f. Gn. den zuvor an-

der Bischof schrieb darauf abmahnend an die einzelnen dortigen Führer (Schaumberg, Rotenhan, Lichtenstein etc.)⁵⁵⁾ In einem Schreiben vom 31. Dezember 1515⁵⁶⁾ an den in Münnerstadt versammelten Ort „Rhön und Werra“ legte er dar, warum er den Tag von Windsheim nicht beschickt habe: Er habe vor drei Jahren in ihren Beschwerden Rat geschafft, auch mehr getan, als wohl nötig gewesen wäre; die Ritterschaft habe sich dafür dankbar gezeigt. Nun, da die gleiche Sache „von dem wenigertheil“ wieder angerührt worden, habe er nicht für nötig erachtet, sich darauf nochmals einzulassen; „uns auch nit gebühren wollen, sonderlich mit anderen, unserm Stift nit zugehörig, deshalb in Handlung zu begeben.“ Er hoffe, dass sie sich nicht verführen lassen würden, „des Vertrags zwischen unserm Stift und euch, darin wir zu einander stehen, Zerrüttung zu suchen“. — In bezug auf ihre Gebrechen sind freilich die Edelleute anderer Meinung: ihre Beschwerden, klagen sie dem Bischof, seien grösser als zuvor.⁵⁷⁾ Auch schriftliche Beschwerdeartikel sind in dieser Zeit wiederum dem Bischof überreicht worden.⁵⁸⁾

nehmen, u. etlich Artikel darein geändert . . ., doch nit in Verdacht oder Beschuldigung kommen, als sollten wir obberürts ehrbars Fürnehmen verhindern,“ bitten sie unterthänig, der Bischof wolle, „neben andern unsern gn. Herren, den Fürsten, den Prälaten, Grafen, Herren u. gemeiner Ritterschaft gnädigs Einsehen haben, damit Fried u. Recht zu Franken desterbas erhalten,“ das „Unlob“ des fränk. Adels abgewendet werde.

55. Repertorium v. Fries, Würzb. Archiv.

56. Datiert: Montag nach dem hl. Christtag 1516; Würzb. Archiv.

57. Schr. des Adels der „Rhön u. Werra“, zu Schweinfurt versammelt, v. 30. IV. 1516.

58. Repertorium v. Fries. — „Notanda“ dafür i. Standbuch 495: Es sollen jährlich mindestens 8 Hof- u. Mannengerichte gehalten werden, auch soll der Bischof als Landesfürst die Urtheile helfen vollstrecken. Wenn man den gemeinen Tag besuchen wird, sollen die von Schweinfurt gebeten werden, alle dort hinterlegte,

Die geschickte Politik des Würzburger Bischofs und seines Kapitels hatte den Adel dieses Stiftes wiederum vermocht, in der Austragsfrage nachzugeben, von seinen Genossen sich abzusondern. In dieser schwierigen Lage begannen seine Führer, dem im grossen, nur zum Teil durch diese ihre Absonderung, Misslungenen vorerst unanfechtbarere Grundlagen, durch festeren Zusammenschluss der besonnenen und wohl denkenden Elemente in den einzelnen „Orten“, zu geben. Einungsbriefe von 1516 und 1517 fassen zur Hebung des allgemeinen Uebels der Plackerei neben dessen einer Ursache, der unzuverlässigen Rechtspflege, zugleich die ebenso wesentliche der Verwilderung des Ritterstandes ernstlich ins Auge. Ihre Mittel zur „Erhaltung des adeligen Namens, der allein auf Tugend gegründet ist,“ sind: 1. Kulturelle: Beachten der alten frommen Bräuche (Totenmessen), Besserung der Sitten im täglichen Verkehr (durch Ausstossen z. B. des Mitgliedes, das durch unbegründete Schmäherei eines Genossen Ehre verletzt hat), Beschränkung des Kleiderluxus, der Ausgaben bei Familienfesten, des Zutrinkens,⁵⁹⁾ Strafen auf Fluchen und leichtsinnig Schwören; 2. Innere Zwistigkeiten sollen, wie üblich, durch Austräge geschlichtet werden; 3. Eines Genossen, der wegen „Räuberei oder anderer unehrbarer unadeliger Thaten“ von den Fürsten in peinliche Strafe genommen wird, wird sich die Einung nicht anders denn bittlich annehmen;⁶⁰⁾ 4. Ihre Stellung im ständischen Kampfe bestimmt die Einung von 1516 wie folgt: „Obwohl durch die früheren Kai-

die Ritterschaft betr. Akten besichtigen zu lassen. — Am 10. XII. 1516 tagte die Ritterschaft der „Rhön u. Werra“ zu Münnerstadt; die abgesandten bischöfl. Räte (Th. v. Stein, Dom-Dechant, H. Schott, Vikar u. Dr. Kiliani Munich, Kanzler) suchten zu beruhigen; (Repertorium).

59. „... aus dem Seel, Leib, Ehr u. Gut verletzt wird u. alle Laster fliessen.“

60. „Ob die Fürsten, als die von Röm. K. Mjt. das Uebel rechtlich zu strafen verordnet, begnad u. belehnt sind, einen unsers Ver-

ser, aus und von denen alle weltliche Recht fließen, . . . dem Vergewaltigten die Gegenwehr . . . zugelassen ist, zu der wir etwan vielfältig und höchlich von unsern Obern geursacht, so haben wir doch, weil Kaiser und Stände zu Worms vedliche Tat verboten, uns mit Hilf gegen einander, als s. Mjt. Gehorsame, dieser Zeit nit verbinden oder verpflichten wollen;“ doch hoffen sie, dass die Fürsten „aus ereigneten Läuften“ beherzigen, dass sie „an frume getrewe Ritter und Knecht ihre fürstliche Regierung nit erhalten mögen; derhalben die Unordnung geistlicher und weltlicher Gericht, auch unbillige Bedrangung ihrer Offizial, Kellner, Vogt und Zentgraven . . . gnedig abstellen.“ — Jedoch soll, wenn ein Mitglied klagt, dass es — von wem es sei — vergewaltigt werde, „gebürliche Hülfe und Rat“ getan, auch ihm auf Unkosten der Einung „zu Tagen und Handlungen jemand zugeschickt werden, damit er die Billigkeit desto eher erlange und bei Recht bleiben möge.“ Der Hauptmann hat die „gemeine Umlage“ für diese und andere Kosten festzusetzen.

Ein Bündnis auf solcher Grundlage errichteten eine Anzahl Edelleute des Ortes Baunach auf ihrem Ortstage zu Coburg am 1. I. 1516,⁶¹⁾ vorerst auf 2 Jahre. Als Hauptmann wurde Georg von Schaumberg, Ritter, Amtmann⁶²⁾

trags um Räuberei oder andere unehrbare, unredliche Thaten peinlich richten oder strafen würden, dass wir etc.“ „doch dass die That öffentlich, unleugbar oder zu Recht ganz kundig sei . . . u. auch desselben nächsten Freunden auf ihr Begehren glaublich angezeigt werde.

61. Die Anfrage an den Bischof von diesem Tage (s. oben n. 54) war demnach nur mehr eine formelle Rücksicht auf die Standesgenossen im Bamberger u. markgräflichen Gebiet. Das Datum der Einung: 1. I. 1516 ist mehrfach (Standbuch Nr. 495 und Repertorium v. Fries) bezeugt.

62. Dieser G. v. Sch., Ritter, dem wir schon auf dem Adelstage v. Windsheim 1515 als Leiter der Verhandlungen begegnet sind, und den wir später noch vielfach in der Sache seines Standes,

gewählt, der Bundesbrief ist von diesem und über 40 anderen Rittern und Knechten (Sebastian von Rotenhan, Ernst von Lichtenstein, Lorenz von Bibra, Wilhelm von Stein, Hans von Sternberg, Clas von Hessberg, Erh. von Lichtenstein, Hans von Schaumberg zu Fulbach, Wilhelm von Hutten u. a.) gesiegelt. — Fast in allem wörtlich wurden die Bestimmungen dieser Einung übernommen für einen am 18. I. 1517 von Adeligen der „Rhön und Werra“ geschlossenen Bund,⁶³⁾ der sich zum Hauptmann Moritz Marschalk, zu Räten Heinz von Wechmar, Silvester von Schaumberg, Engelhart von Münster und Ph. von Maspach erwählte. Alle Mitglieder sollten ihre Söhne, sobald sie 18 Jahre alt, ernstlich verpflichten, dem Vertrage beizutreten. — Aber hier zeigt sich auch schon die Schwierigkeit, die unternommene Selbstbeschränkung durchzuführen: In einem Zusatze des Einungsbriefes werden die ebenfalls beigetretenen Grafen v. Henneberg,⁶⁴⁾ gleich etwaigen anderen Grafen und Herren, von den Bestimmungen über Kleidung, Feste, Hofhaltung — nur die über das Zutrinken bleiben auch für sie bestehen — entbunden, und

an erster Stelle, erfolgreich thätig sehen werden, ist allem Anschein nach der G. v. Sch., Ritter, zu Lautterburg, dessen Personalien feststehen wie folgt: 1493 erscheint er als Hauptmann in den Kriegen gegen den Herzog v. Geldern, 1519 als Feldmarschalk im Feldzug gegen Würtemberg. 1506 (24. XII.) ernennt ihn Kaiser Max. z. kaiserl. Rath mit einem Jahrgehalt v. 100 gl.; im gleichen Jahre Bischof Georg zum Landrichter seines Stifts, zum tägl. Rath u. Hofgesinde; 1507 u. 1511 urkundet G. v. Sch. als Landrichter zu Bamberg; 1523 u. 24 erscheint er als Amtmann der Bamb. Stadt Kronach, 1513 u. 21 auch als Rath der Sächsischen Fürsten (seine Burg lag im Coburgischen Gebiet). (Sammlungen der Herren Hauptmann O. v. Schaumberg u. Pfarrer Kipp, a. d. Archiven zu Bamberg, Coburg etc.) — Ueber sein Ansehen unter den Räten des Kaisers s. auch Deutsche Reichstagsakten, j. R. I. 342 f.

63. 1517 Lünig, P. sp. cont. III. Abs. II. S. 3 ff.

64. Beibrief des Gr. W. v. H. v. 1517, bei Lünig a. a. O. S. 301.

schon in der Erneuerung des Vertrages von Anfang 1519⁶⁵⁾ sind die Artikel über Kleidung etc. wie Zutrinken und die Bussen für Ueberschreitung allgemein ausdrücklich aufgehoben.⁶⁶⁾

In das Jahr 1517 fällt auch der Versuch des Kaisers zu einer Reformierung des Ritterstandes,⁶⁷⁾ veranlasst durch die dringenden Klagen über allgemeine Fried- und Rechtlosigkeit.⁶⁸⁾ Um mit den Beschwerden über Langwierigkeit und Unausträglichkeit des Gerichtswesens auch der Selbsthilfe die Berechtigung zu entziehen, beabsichtigte er ein besonderes „Ritterrecht“, zunächst für den „Adel, so keinem Landsfürsten oder Landsherrn unterworfen,“ auf 6 Jahre aufzurichten,⁶⁹⁾ zugleich aber auch die Unterordnung dieses Adels unter seine kaiserliche Gewalt, durch Verpflichtung zur Leistung des Treueides, zu wirksamerer Geltung zu bringen. Zu dem Zweck sollte „der frey Adel u. die Ganerben“ aus den Fürsten, Grafen oder Edlen des Reichs 4 Bezirkshauptleute („Ritterrichter“) wählen, der Kaiser sie besolden; nämlich je einen diesseits und jenseits des Rheins, in Schwaben und in Franken. Diese sollten 4 mal jährlich, mit Beisitzern, von ihnen aus dem Adel ernannt, Gericht halten. Das Gericht sollte kompetent sein für alle Klagen gegen freie Adelige des Bezirks, sowohl seitens ihrer Genossen, als seitens aller

65. 1519, 4. I. Lünig a. a. O. S. 302.

66. Auch am Rhein war man damals mit Plänen für Hebung des Standes beschäftigt; ein 1516 zu Worms aufgestellter Einungsentwurf (Sickingen'sches Familienarchiv, i. Marburger Archiv) möchte die ebenfalls ernstlich betonte Aufgabe hauptsächlich durch Einschreiten gegen Missbrauch des Fehderechtes lösen.

67. Ulmann, Franz v. Sickingen 236 ff. — S. auch des Schr. des Kaisers an den Schwäb. Bund v. Juni 1517 bei Klüpfel a. a. O. II. 146.

68. S. oben S. 137.

69. „Kaiserl. Vorschlag eines Rittergerichts, so auf dem Reichstag 1517 zu Mainz den Ständen vorgelegt worden,“ bei Harpprecht, Staatsarchiv III. 372 ff.

andern Personen: Fürsten, Grafen, Freiherren, der Fürsten Adel, Städte, Bürger. Umgekehrt aber sollte der freie Adel seine Klagen gegen Fürsten, Fürstenadel und sonstige Private wie bisher vor dem ordentlichen Gericht des Antworters anbringen; nur sollte es dem „Adel, so unter Fürsten oder andern Herren gesessen“ in solchem Falle frei stehen, sich entweder vor seinem ordentlichen Gericht, oder ebenfalls vor dem Rittergericht zu verantworten. — Das Verfahren sollte erst gütlich, dann ev. rechtlich sein, die Appellation an das Kammergericht nur für Streitobjekte von über 100 gl. Wert zulässig sein. Geistliche- wie Lehenssachen blieben ihren besonderen Gerichten vorbehalten. — Als Gegenleistung für diese Berücksichtigung seiner Interessen sollte jeder Angehörige des freien Adels und in Zukunft jeder solche mit Erreichung des 18. Lebensjahres einen Eid in vorgeschriebener Form dem Kaiser vor dem Ritterrichter leisten; wer sich dessen weigerte, und wer nach dem Schwur noch Heckenreiterei trieb oder förderte, sollte Leib und Leben verwirkt haben. Alle bestehenden „Briefe und Burgfrieden“ sollten dem Kaiser zur Durchsicht und ev. Abänderung, „dem adeligen Wesen und alter Billigkeit gemäss,“ eingeschickt werden.⁷⁰⁾ — Ueber diese Vorschläge liess Anfang Juli der Kaiser

70. Eine Abschrift des Ritterrechtes u. der „drei Artikel so die kais. Hauptleute u. Kommissarien den Erforderten vom Adel so erscheinen werden, fürhalten sollen“ i. Wertheimer Archiv nennt, nach Eid u. Burgfrieden, als 3. Artikel die Absicht des Kaisers, zu Ehren u. Wohlfahrt des Adels, „die löbliche Gesellschaft des Thurners so vor zeiten im hl. Reich . . . in Uebung gewest, doch mit etlichen gebührlchen Veränderungen, aufzurichten,“ dafür „die alten Thurnersgesellschaften ungefehrlich auf Fassnacht zus. zu beschreiben, u. die alten u. die neuen Gesellschaften u. Artikel mit einander zu vergleichen; denselbigen Thurner sollen die vom Adel, jetzo auch annehmen u. verwilligen“. — Bestrebungen z. Wiederbelebung des Turnierwesens, den Verfall des Standes aufzuhalten, begegnen seit der 2. Hälfte des 15. Jahrhs. Von der fränkischen Rittergesellschaft der Fürspänger (s. oben S. 80) wurde eine Neuordnung der

an 4 ihrer Malstätten mit der dorthin einberufenen Ritterschafft unterhandeln, nämlich zu Friedberg, Gelnhausen, Bingen und Wimpfen. Erhalten sind die, anscheinend in allem wesentlichen völlig gleichlautenden Antworten der Reichsburgen Friedberg (mit den umliegenden Burgen der Wetterau) und Gelnhausen:⁷¹⁾ Der verlangte Eid sei, besonders weil auf Strafe der Ueberfahung gesetzt, beschwerlich; deshalb könnten sie dem Begehr des Kaisers „auf diesmal nicht geleben.“ Sie bäten dringend, die vorgeschlagene Rechtsordnung auf dem Reichstage zur Annahme zu bringen, damit sie vor Vergewaltigung durch die Mächtigen geschützt würden; doch unter sich selbst seien sie mit Austrägen und Rechten genugsam versehen, weshalb hierfür keine besondere Rechtsordnung nötig sei. Ihre Burgrieden wollen sie, in beglaubigten Abschriften, dem Kaiser einsenden.⁷²⁾ Ge-

Turniere entworfen u. auf dem gr. Turnier z. Würzb. 1479 z. ersten Anwendung gebracht; 1486 folgte ein T. zu Bamberg (s: Archiv d. Ver. f. U.-Franken Bd. 19, S. 164 ff.). Eine T.-Ordnung v. 1481, aufgestellt v. d. Gesellschaft des Esels (Kraichgau) für das T. zu Heidelberg, s. bei Burgermeister, Cod. dipl. eq. I. 54 (auch bei Lünig), eine v. 1485 (Heilbronn) das. I. 58. — Die Ordnungen betreffen die Frage der Zulassung (Nachweis v. 4 Ahnen, u. dass diese turnirt haben), T.-Strafen für Meineid, für Straussenraub etc., „also dass sie solchs nicht verantworten mögen,“ Handeltreiben, in Verheirathung „aus dem Stand greifen“ etc.

71. Letztere s. bei Ulmann, Fr. v. Sickingen 238; erstere im Frankfurter Stadtarchiv, datiert „in der Stadt Friedberg am 3. Juli 1517.“ Für Friedberg unterzeichneten (ausser dem Burggrafen Eberh. Weiss v. Feuerbach 66 Burgmannen; ihnen schlossen sich, jedoch z. Th. auf Hintersichbringen, an die Ganerben von Cronberg, Lindheim, Staden, Dorheim, Reiffenberg, Fantzberg (?), Falkenstein, Schweinsberg, Dornberg, (Hans v. D. zeigt an, dass sie von D. ohne Mittel im Fürstentum Hessen gesessen, diesem mit Gerichtszwang unterworfen sein). Mehrfach erscheinen die gleichen Personen als Teilhaber an 3 oder mehr Ganerbenschaften.

72. Dies scheint geschehen zu sein: Graf Eberh. v. Königstein klagt, als erbl. Mitburgmann, vor Gr. Wilh. v. Nassau als gütl.

lücke und Pflicht dem Kaiser müsse von jeher jeder Burgmann bei seiner Aufnahme tun, habe also auch bisher gegen den Kaiser ohne Pflicht nicht gestanden. „Wo es mit Gnaden sein möchte,“ bäten sie bei ihrem Herkommen gelassen zu werden. Was der Kaiser wegen der Thurnerordnung mit den 4 Landen beschliesse, das solle ihnen auch recht sein. — Der verständige Vorschlag des Kaisers hatte hauptsächlich die Verbesserung der Verhältnisse am Rhein, den dortigen kleinen Adel, „der bisher dem Sickinger anhangt und die Strassen unrein gehalten hat,“ im Auge; die gewählten 4 Malstätten liegen in den Rheingegenden, 2 davon nahe den Grenzen gegen Schwaben und Franken.⁷³⁾ An die schwierigen fränkischen Verhältnisse ist der Versuch, der übrigens für den (dort wenigstens) wundesten Punkt: die Klagen Adelliger gegen Fürsten, eine Aenderung überhaupt nicht beabsichtigt zu haben scheint, nicht herangetreten; schon im Beginne, da wo das Gelingen am wahrscheinlichsten war, bei den Reichsbürgen,⁷⁴⁾ ist er gescheitert an der Scheu

Schiedsrichter gegen die Burgmannen von Friedberg, die ohne sein Wissen einen der Ihren, Joh. Brendel v. Homburg, an kaiserl. Hof geschickt und daselbst „eine neue kaiserl. Vorsehung, etwan viel Statuten u. additional Artikel in sich haltend, erlangt, die dem gemeinen Burgfrieden einverleibt u. beschworen werden sollen;“ neben strengerer Handhabung der Ordnung scheint in den Artikeln auch auf allmähliche Verkleinerung der Ganerbschaften (ein Burglehen darf nur an Solche die selbst Burgmannen dort schon sind, hinterlassen oder verkauft werden), Bedacht genommen. Die Nachteile der neuen Ordnung für gemeine Burgmannen sollen, „so wir zu Mainz zusammen kommen“, dargelegt werden. (Undatierte Abschrift im Frankfurter Archiv.) — Gegen die Ganerbenschlösser als Hauptschlupfwinkel der Friedbrecher suchten die Landfriedensordnungen z. B. v. 1498, 1500, 1521 einzuschreiten (Neue Sammlung II. 41, 66, 200).

73. Doch antworten zu Gelnhausen allein die Burgmannen dieser Reichsburg. (Ulmann, a. a. O. 238).

74. Auch Wimpfen erscheint noch um 1300 wenigstens als Reichsburg (Urk. z. B. v. 1298 über die Annahme des S. v. Ravensberg als Burgmann z. W., durch K. Albrecht, bei Lünig, P. sp. cont. III., Schwaben 437).

der Ganerben vor einer Beschränkung der hergebrachten Ungebundenheit, des Rechtes auf die gewohnte Selbsthilfe. Wir sehen aber, wie die Notwendigkeit einer weiteren Ausdehnung des Austragsprinzips auf den niederen Adel, (auch ausserhalb Schwabens⁷⁵⁾ im Laufe dieses Jahrzehnts immer mehr auch von den Fürsten erkannt wird, wie für die Anträge der Grafen auf dem Reichstage von 1521 der Boden bereits vorbereitet ist.

Von Bewegungen innerhalb des fränkischen Adels hören wir erst wieder zu Anfang des Jahres 1519, in den aufgeregten Zeiten vor der Kaiserwahl. Auch die gleichzeitige Erledigung des Würzburger Bischofstuhles durch den Tod des Bischofs Lorenz v. Bibra am 6. Febr. wird zu der damals lebhafteren Tätigkeit des Adels beigetragen haben.⁷⁶⁾ Von einer neuen Zeit, unter jungen Fürsten erhoffte man eine Wandlung in den bisher ergebnislos sich hinschleppenden Kämpfen. Montag nach Iudica (11. IV.) versammelten sich die 6 Orte zu Schweinfurt um „zu beraten, was nach dem Tode des Kaisers der Ritterschaft zu thun gebühre.“⁷⁷⁾ Der neue Bischof, Conrad v. Thüngen, hatte seine Räte geschickt, um mit Grafen, Herren und Ritterschaft seines Stiftes, -- getreu noch der bisherigen Haltung Würzburgs, -- zu verhandeln, und vor einseitigen Schritten zu warnen „in Ansehung dass er und sie zueinander und zum Stift gehörten.“ — Wir wissen über die Verhandlungen dieses Tages nur

75. S. oben S. 149.

76. Schreiben der Grafen Wilh. u. Herm. v. Henneb. an Gr. Georg v. Wertheim, v. 5. II., betr. Ladung zu einem „in Eil“ auf 14. II. nach Schweinfurt angesetzten Tag der Adelsführer, „zu Ehren u. Nutz des Adels“ zu Franken.“ — Schr. ders. an dens. aus Schweinf. v. 15. II.: Es sei heute von ihnen u. d. Vertretern der 6 Orte beschlossen worden, e. **gem.** Tag auf 11. IV. nach Schweinf. auszusprechen. Bitte dort zu erscheinen, auch die Schenken Eberh. u. Val. (v. Erbach) mitzubringen. (Werth. Archiv).

77. Ausschr. i. Standbuch 495 des Würzb. Archivs.

soviel, dass sie sowohl die inneren Verhältnisse Frankens als die Angelegenheit der Kaiserwahl betroffen haben. In Bezug auf ersteren Gegenstand hätten nach Fries damals die 3 fränkischen Fürsten in Vorberatungen ihrer Räte zu Bamberg auf den Grundsatz Würzburgs sich geeinigt gehabt.⁷⁸⁾ Die Würzburger Räte versuchten darauf, durch Verhandlungen mit den angesehensten Führern, den Grafen Wilhelm und Hermann v. Henneberg, rascher zum Ziel zu kommen; allein diese verwiesen bald wieder auf die Gesamtheit, da ihnen sonst Verdacht entstehen könne. Diese gab dann durch Adam v. Schaumberg beruhigende Antwort: Man wolle nur bei dem Herkommen bleiben, nichts dem Bischof und Stift Nachteiliges vornehmen.⁷⁹⁾ — Die gesonderten Verhandlungen Würzburgs mit seiner Ritterschaft sind auch im nächsten Jahre noch fortgesetzt worden: Anfang Januar (7. I.) 1520 schrieb Bischof Conrad in Antwort auf die Beschwerden seiner Ritterschaft, er habe in den Akten gefunden, dass ihr auch in früheren Fällen „stets leidliche und gebührliche Antwort, und in viel Stücken mehr denn man zu thun schuldig gewesen, in Schriften überschickt“ worden sei; auch er wolle sich aller Billigkeit gemäss erzeigen. Im Herbst 1520 lud Graf Wilh. v. Henneberg zu einem Adelstage nach Schweinfurt (auf Dienstag nach Franziskus, 9. X.), um dort über eine von der Ritter-

78. Repertorium v. Fries, Würzb. Archiv. — Die seit 1512 stärkere Spannung zw. Würzb. u. den beiden Nachbarfürsten hatte die nächsten Jahre hindurch angehalten. Juli 1516 hatte Markgraf Casimir beim Schwäb. Bund anbringen lassen, „der Empörung halb, die im Stift Würzburg u. im Lande Franken“ sei, alles vorzubreiten, um ihm, falls er angegriffen werde, aufs Stärkste zuzuziehen (Klüpfel II. 131). Bamberg klagte seit Herbst 1516 beim Bund über Schädigung seines Landgerichts durch Würzburg u. trug wiederholt auf Bundeshilfe an. (Das. S. 131, 141 ff., 150). Erst Anfang 1518 scheint hier wieder eine Annäherung stattgefunden zu haben, während Brandenburg noch weiter feindselige Haltung zeigte. (Das. S. 151 f., 156).

79. Repertorium, Würzb. Archiv.

schaft „mit Rath der Grafen, dazu sie gehörig“ aufgesetzte Schrift an Würzburg weiter zu beraten. Erhalten ist dazu eine Bitte Johans, Herrn zu Schwarzenberg, sein Fernbleiben zu entschuldigen, da der Tag nur die Stiftsverwandten beträfe und er „z. Zt. dem Stift Würzburg nichts verwandt“ sei; bekenne er sich zum Stift gehörig, so möchte ihm das zu Nachteil gereichen. Zusammen mit den andern Orten Frankens wolle er gern helfen beraten, der Ritterschaft zu nutz.⁸⁰⁾

Mehr und mehr erkennbar werden nun zwei verschiedene Richtungen innerhalb des Würzburger Herrenstandes, die eine verkörpert in den Anhängern und Vorkämpfern des Austragsgedankens, Johann v. Schwarzenberg, später Georg v. Wertheim, die andere in Wilhelm v. Henneberg, der seinen Vorteil in der Leitung eines unbefriedigt zu erhaltenden Adels gesucht zu haben scheint.⁸¹⁾

In der Sache der Kaiserwahl wirkten Georg v. Schaumberg, der erprobte Rat des verstorbenen Kaisers, wie auch Graf Wilhelm v. Henneberg für das Haus Oesterreich, und es scheint, dass auch die Sympathien der Masse hier, wie allgemein in Süd- und Mitteldeutschland, von Anfang an auf dessen Seite gewesen sind.⁸²⁾ Von dem Tag der 6 Orte

80. Die beiden Schreiben v. 24. IX. u. 27. IX. 1520 im Henneb. Archiv. — Ueber das Levensverhältnis als das mit am stärksten retardirende Moment in der Entwicklung zur Reichsunmittelbarkeit des Adels; vgl. auch unten S. 295 n. 2 u. 3.

81. S. oben S. 183 n. 49 und unten S. 264 n. 54.

82. Schr. Georgs v. Schaumberg an Graf Heinr. v. Nassau, den Unterhändler Margarethas, v. 4. III. (D. R. A. j. R. I. 342 n.) Gr. Wilh. v. Henneb. hat ihm mitgeteilt, dass Frankreich bei Heinr. v. Braunschweig, bei den Grafen am Harz u. dem westfälischem Adel werben lässt; er rath, nicht zu feiern, bietet seine Dienste an; man möge die Herzöge von Braunschweig, die Grafen von Mansfeld u. Gr. Wilh. v. Henneberg durch Dienstgeld zu gewinnen suchen, dann habe man den grössten Teil der Ritterschaft. — Dem entspricht dann fast wörtlich der Rat H.'s v. Nassau u. anderer

zu Schweinfurt Anfang Juni richtete der fränkische Adel, auf Wunsch der dort erschienenen Kommissarien König Karls, ein Schreiben an die Kurfürsten,⁸³⁾ in dem er die Hoffnung ausspricht, sie möchten in ihrem Wählen sich also halten, dass das hl. Röm. Reich bei deutscher Nation bleibe; für den Fall, dass Frankreich durch Gewalttat sie an der freien Wahl zu hindern suchen werde, erbierte sich der Adel zu treulicher Hilfe. — Eine besondere Gesandtschaft, Graf Georg v. Wertheim an der Spitze, ward an die Kurfürsten abgefertigt. —

Dem jungen König kamen die Stände Deutschlands mit grossen Erwartungen entgegen. Die Städte erhofften ein kräftiges Einschreiten gegen Strassenraub und Fehde, auch die Fürsten versprachen sich von seiner Person das Beste.⁸⁴⁾ Dass auch die Ritterschaft von vornherein ihre Hoffnungen nun auf Kaiser und Reich gesetzt hat, geht schon aus ihren Beratungen nach dem Tode des alten Kaisers, deutlicher aus denen kurz vor dem Wormser Reichstage und aus der gleich von Anfang an sehr lebhaften Beteiligung ihrer zu Worms anwesenden Mitglieder an den Verhandlungen hervor. --

Kommissäre an König Karl (Schr. v. 8. V., das. S. 673); auf gleiche Weise könne, durch den Grafen v. Königstein u. 2—3 Andere, das Rheinland gewonnen werden; sie hören, dass die Räte in Augsburg den fränk. Adelstag vom 5. VI. beschicken werden u. glauben, „qu' il faudra trouver autre moyen que de les (les nobles de Fr.) entretenir de paroles et de promettre argent ou pensions.“

83. Schr. v. 9. VI. 1519; vom gleichen Tag die Beglaubigungsschr. für Graf Georg v. Wertheim, Friedr., Herrn zu Limburg, Sigm. v. Wirsperg, Moritz Marschalk, Albr. v. d. Thann u. Albr. v. Wirsperg (D. R. A. I. 773 ff.; s. auch 810 note). — Rühriger noch als die Franken zeigte sich in der Wahlbewegung der, auch durch die geographische Lage mehr beteiligte, rheinische Adel (s. ebenda S. 411, 431 u. Ulmann, Sickingen S. 136, 154).

84. D. R. A. II. 74.

In seiner Wahlverschreibung⁸⁵⁾ hatte Karl V. zur Herstellung von Friede und Recht und zur Errichtung eines Reichsregiments sich verpflichtet. Nachdem er Juni 1520 aus Spanien in den Niederlanden eingetroffen, im Oktober zu Aachen gekrönt worden war, liess er Anfang November das Ausschreiben zu einem Reichstag nach Worms auf den 6. I. 1521, ausgehen.⁸⁶⁾ Die Eröffnung des Reichstages verzögerte sich dann bis zum 27. Januar. — Aus diesen Tagen erfahren wir nun von Versammlungen der Grafen und Herren in Schwaben, von ihren Verabredungen mit den Standesgenossen aus Franken und vom Rhein zu einheitlicher Interessenvertretung auf dem Reichstage,⁸⁷⁾ ferner von einer Versammlung der rheinischen Ritterschaft zu Landau.⁸⁸⁾ —

85. Juli 1519, ebenda I. 864. Darin auch die, bei Unkenntnis der Verhältnisse in ihrer Allgemeinheit etwas gewagt erscheinende, auf die Entwicklung der fränkischen Ritterschaft übrigens ohne wesentlichen Einfluss gebliebene Verpflichtung, mit Rat der Fürsten „alle unzimbliche hessige pundnus, verstrickung u. zusammenthun der unterthanen des adels u. gemeinen volgs . . .“ zu verbieten u. abzustellen (§ 8.) Dass auch in Franken die Fürsten den Versuch gemacht haben, diesen Artikel zu verwerten, zeigt art. 2 der Adelsbeschwerden v. Dezember 1522 (D. R. A. III. 698).

86. D. R. A. II. 136.

87. „Was Grafen u. Herren uff Mittwoch nach dem hl. Dreykunigstag (9. I.) anno 1521 zu Costentz mit einander gehandelt u. beschlossen haben.“ Nämlich 1. „In allen des Reichs Obliegen u. Beschwerden, desgl. Kammergerichts halben, einander beiständig u. rätlich zu sein, inhalts einer Schrift durch Graf Hans v. Montfort u. Herrn Jörg Truchsess, Freiherrn zu Waltpurg ussgangen,“ welche Schrift diese „auch an andere Grafen u. Herren uff dem Reichstag gelangen lassen sollen,“ ob die sie annehmen. 2. Festsetzung einer Geld-Umlage. 3. Haben sie den Grafen Hans v. Montfort u. Schw. v. Gundelfingen erwählt, von ihretwegen auf dem Reichstag zu verhandeln, in des Reichs Rat zu gehen etc.; die beiden besitzen Vollmacht, die Uebrigen, so oft es nötig, zusammen zu laden; keiner soll dann, bei Conv. Strafe, fernbleiben.

88. „Anno 1521 uff Montag, Dienstag u. Mittwoch nach Erhardi (Erhardi fällt auf Dienstag den 8. I.) sind die Ritterschaft u. Adel

Ueber die gleichzeitigen Vorgänge in Franken fehlt es an Nachrichten,⁸⁹⁾ aber gerade der fränkische Adel ist auf dem Reichstag selbst in grosser Zahl vertreten gewesen, seine Führer haben dort die allgemeinen Standesinteressen — Graf Georg v. Wertheim vor allen in der Frage des rechtlichen Austrags, Graf Wilhelm von Henneberg (wenigstens deutet vieles auf ihn), in den Beschwerden gegen geistliche Gerichtsbarkeit — verfochten.

Auch von den fränkischen Grafen und Herren waren die meisten zu Worms als Lehensmannen im Gefolge eines der fränkischen Fürsten erschienen, die, abgesehen v. Eichstädt, sämtlich persönlich diesen Reichstag besucht haben.⁹⁰⁾

im Wasgau u. viel andere mehr hie gewest; u. haben vorhin Christof v. Bach, Amtmann zu Lützelstein u. Wolf v. Dürkheim einem Rath darum geschrieben, u. daneben gelaut, es würden uff 500 Pferd hie kommen; sind doch nit viel über 70 Pferd hie gewest; haben etwas berathschlagt, dem Rath noch zur Zeit onwissend . . .“ (Handschriftl. Chronik, die Jahre 1508—23 umfassend, im Stadtarchiv z. Landau). Auffallend ist, dass die Flersheimer Chronik, bei im Uebrigen festgehaltener Zeitfolge, von einem durch Sickingen einberufenen Ritterschlag zu Landau u. dem Undank, den S. daraus von den Fürsten erfahren, an einer Stelle erzählt, die chronologisch nicht für den bekannten grossen Landauer Tag v. August 1522, sondern für diesen Tag v. Januar 1521 passen würde, (s. Münch, Sickingen III. 213).

89. Das früheste Zeugnis für die auch dort auf den Reichstag in den ständischen Kämpfen gesetzten Hoffnungen ist bis jetzt ein Schreiben Bernhards v. Hutten an s. Vetter Ulr. v. H., von Szamotolski, („Ulrich v. Huttens deutsche Schriften“ S. 161) in den Februar 1521 gesetzt, während nach freundlicher Berichtigung durch Herrn Professor Lenz dafür der Dezember 1520, spätestens der Anfang Januar anzunehmen ist.

90. Bischof Conrad v. Würzburg mit e. Gefolge von 55 Personen, darunter Graf Wilh. v. Henneberg, die Grafen Michel u. Georg v. Wertheim, Gr. Wolf v. Castell, Schenck Friedr. Herr zu Limburg, Ritter Sigmund v. Thüngen, Hofmeister, Hans v. Miltz, Marschalk, H. u. W. v. Bibra, M. u. W. v. Schaumberg u. A., — Bischof Georg v. Bamberg; kam mit Würzburg am 28. Januar; 24

Die Sitzungen wurden mit einer kaiserl. Proposition⁹¹⁾ eröffnet, die noch einmal als Hauptzweck des Tages hervorhob, zu beraten, „wie Recht, Friede, gut Ordnung und Polizeien im Reich, auch ein Regiment, wie in kaiserl. Majestät Abwesen geregelt werden solle,“ aufzurichten sei, und darüber das Gutachten der Stände verlangte. Darauf ward ein Ausschuss gebildet, in dessen Schoss — bzw. auf dessen Veranlassung, durch den kleinen Ausschuss — dann die einzelnen Gesetzentwürfe für Kammergericht, Regiment, Landfrieden und Polizei etc. ausgearbeitet worden sind. Er bestand ausser den 6 Kurfürsten aus 4 geistlichen Fürsten, darunter Bamberg und Würzburg,⁹²⁾ 4 weltlichen Fürsten, darunter Markgraf Casimir v. Brandenburg,⁹³⁾ den Grafen Georg v. Wertheim und v. Westenburg, als Vertreter der Grafen und Herren, sowie je einem Vertreter der Prälaten und der Städte. Um die Geschäfte zu fördern, besonders auch durch Verminderung der Rangstreitigkeiten, wurde noch ein kleiner Ausschuss aus den Räten der am grossen Ausschuss beteiligten Fürsten gebildet; ihm gehörten wenigstens anfangs für Mainz Sebastian v. Rotenhan, für Würzburg und

Personen: Graf Ulrich v. Helfenstein, Johann, Herr zu Schwarzenberg, Hofmeister, Jörg, Herr zu Heideck, die Schencken A. u. H., Herren zu Limburg, Georg, Ritter, Ph., Seb. u. Wolf v. Schaumberg, Georg v. Seckendorf, Wilh. v. Wiesentau u. A. — Markgraf Casimir war vom 12. Januar bis Mitte Mai anwesend; 60 Personen: Die Grafen Albr. u. Jörg v. Hohenlohe, Gr. Peter v. Castell, Hans v. Seckendorff, Hofmeister u. 4 weitere v. S.; Veit, Ritter u. Fr. v. Lentersheim, W. Chr. v. Wiesentau, Marschalk, Ludwig v. Hutten, 5 v. Künsberg etc. — Sebastian v. Rotenhan, Frowin v. Hutten u. a. Franken kamen im Gefolge des Erzbischofs v. Mainz, die Schencken Eberh. u. Val., Herren zu Erbach als Räte der Pfalz u. s. w. (D. R. A. II.).

91. D. R. A. II. 153.

92. Neben Strassburg und Augsburg.

93. Ausserdem die Herzöge Georg v. Sachsen und Friedr. v. Baiern und Markgraf Ph. v. Baden. (D. R. A. II. 161).

Bamberg der Würzburger Domherr Peter v. Aufsess, (dem wir schon im Jahre 1512 begegnet sind,⁹⁴) von der Grafen wegen einer von Schwarzenberg⁹⁵) an; später scheinen mannigfache Veränderungen stattgefunden zu haben.⁹⁶) Die Seele der Adelsbewegung zur Besserung der Rechtslage, insbesondere zur Erlangung eines unparteiischen Gerichtsstandes für Streitigkeiten zwischen Fürsten und Adel war und blieb zu Worms Georg v. Wertheim. Gleich bei Beginn der Verhandlungen hatte er erklärt, dass er in keine Ordnung des Kammergerichts willigen werde, die nicht verbürge, dass „dem Armen wie dem Reichen“ gleiches Recht zu teil werde. Langwierige Verhandlungen sind nun über jene besondere Frage, unabhängig von den Beratungen über die allgemeine Neuordnung des Kammergerichtes, geführt worden, mit dem Ergebnis, dass in letzter Stunde noch ein den Wünschen der „Grafen, Herren und vom Adel“ annähernd entsprechender Artikel über Austrag zu stande kam und der bereits abgeschlossenen Kammergerichtsordnung⁹⁷) angefügt werden konnte.

94. Vgl. oben S. 170 ff.

95. Nach D. R. A. II. 163 und 994 ist es der bairische Landhofmeister Christof v. Sch. —

96. Dasselbst S. 162 f. 173, 234 f.

97. Die Ordnung, die datiert ist vom 26. Mai, beruht auf derjenigen v. 1495; hauptsächliche Veränderung ist die Vermehrung der Zahl der Beisitzer (16) um 2 Personen. Der Kammerrichter soll mindestens dem Stand der Grafen u. Herren angehören; aus diesen werden auch 2 Beisitzer — sofort durch Kaiser u. Stände gemeinsam — genommen. Die übrigen 16 Stellen werden, wie 1495, von den Ständen, zur Hälfte mit Ritterbürtigen, wenn möglich aber mit solchen, die ebenfalls der Rechte gelehrt, besetzt. Jährl. Visitationen des Gerichts durch das Regiment. Feste Besoldung aufzubringen durch die Stände nach Matrikel. Ordnung für Exekution der Urteile: Zustellung, Vorladung, Acht, die an einem Mittelbarem zu vollstrecken ist durch den ordentlichen Gerichtsherrn; gegen Unmittelbare u. Mächtige Anrufen des Regiments u. Statthalters, die nach Ermessen einen oder mehr Kreise zur Exekution aufbieten. (D. R. A. II. 267 ff.).

Der Verlauf der Verhandlungen⁹⁸⁾ war folgender: Mitte Februar überreichten einige der Grafen etc. den Fürsten eine „Supplikation“, in der sie 1. ihr Vertrauen aussprachen, dass diese den „rechtlichen Austrag der Grafen, Herren und anderen des Adels gegen Kurfürsten und Fürsten gleichmässiger und schleuniger Weise ordnen“ würden; 2. baten, dass die Fürsten ihre Gerichte so besetzen und reformieren möchten, dass Grafen etc. und ihre Untertanen einen gleichmässigen, billigen und schleunigen rechtlichen Austrag daran erlangen könnten; 3. klagten über die Mängel der geistlichen Gerichte mit der Bitte diese zu reformieren, damit namentlich nicht ferner Sachen vor sie gezogen würden, die an weltliche Gerichte gehörig; auch möge ein rechtlicher Austrag zwischen Geistlichen und Rittermässigen für alle weltlichen Streitfälle geschaffen werden; 4. um einen rechtlichen Austrag auch mit den Städten baten, von denen einige beanspruchten, in erster Instanz nur vor bestimmten anderen Städten zu Recht zu stehen; endlich sich über das Privileg einiger Städte beschwerten, demgemäss dort zugezogene Untertanen des Adels, sobald sie Bürgerrecht erworben (Pfahlbürger), nicht mehr ihre Güter den Herren zu versteuern haben sollten.⁹⁹⁾ — Mit den Fürsten verhandelt wurde hauptsächlich nur über den ersten Artikel, während dem zweiten damals überhaupt keine Folge gegeben worden zu sein scheint; der Gedanke des Dritten, der eine der grossen Fragen der Zeit berührte, erscheint in den „Beschwerden der deutschen Nation“ weiter verarbeitet. — Zum ersten Artikel, in der Austragsfrage, schlug ein Gutachten des kleinen Ausschusses¹⁰⁰⁾ (v. 8. III.) vor: Die Bestimmung von 1495 über

98. Zum grössten Teil gedruckt bei Harpprecht, Staatsarchiv V. 177 ff.; auch bei Burgermeister Cod. dipl. equ. I. 1375 ff.; alle erhaltenen Stücke in Auszügen in D. R. A. II. Nr. 26, lit A.—U. (S. 244 ff.)

99. Die Unterschrift lautet: „Etlich Grafen, Herren und andere des Adels, so itzo auf diesem Reichstag seyn.“

100. D. R. A. II. 246.

Entscheidung durch 9 Räte soll als Grundsatz beibehalten werden; jedoch auf jeweiligen Wunsch des Klägers davon abgesehen, innerhalb festgesetzter Frist vom Beklagten ein Tag zum rechtlichen Austrag durch vier, von beiden Parteien (zu gleichen Teilen) ernannte Personen angesetzt werden; kommt hier kein Mehrheitsbeschluss zu stand, so gehen die Akten an das Kammergericht. Ferner soll es auch im Belieben des Klägers stehen, statt jenes Austragsgericht zu beantragen, gleich in erster Instanz an das Kammergericht sich zu wenden. — In ihren Antworten¹⁾ hierauf meinten die Grafen, dieser letzte Vorschlag „möchte etlichen stattlichen Grafen, Herren und Adel in tapferen grossen Sachen wohl annehmlich sein,“ aber die Kleineren, bes. der gemeine Adel, würden dadurch beschwert; alle Klagen über Friedbruch möchten immerhin ausschliesslich am Kammergericht verhandelt werden. Im übrigen liessen sie allein die Bildung eines Gerichtes durch beide Parteien als billigen Grundsatz gelten und brachten hierzu im einzelnen ihre Wünsche zum Ausdruck. — Mitte April war man von einer Einigung soweit entfernt, dass die am meisten interessierte fränkische Ritterschaft bei den 3 einheimischen Fürsten darum ansuchte für sich, falls die übrigen Fürsten auf ihre Bitte nicht eingehen sollten, „etliche Jahre lang den erbetteten rechtlichen Austrag mit Grafen, Herren und vom Adel in Franken zu versuchen.“²⁾ Der Bischof von Würzburg entgegnete, viele von ihnen wüssten, dass er auf ihre Supplikation in den Sitzungen stets das Beste, nach seinem Verstehen, geredet und geraten; er sei dazu auch ferner willig. Sollte aber kein Ausgleich zu stande kommen, so könne

1. Vom 10. u. 25. III.; ebenda S. 247 ff.

2. D. R. A. II. 251. Was für „Fehde, That u. Unrath“ bisher ganz besonders in Franken aus Mangel an schleunigem Austrag gefolgt, sei bekannt. Die anwesenden „gefürsteten u. andere Grafen, Herren u. Adel“ bitten daher u. s. w. — Gefürstete Grafen waren in Franken allein die von Henneberg.

er hier, ohne sein Domkapitel, auf ihre Bitte keine Antwort geben. Falls nach der Heimkehr die zu seinem Stift gehörten solches Ansuchen an ihn stellen würden, werde er „gleichmässige ehrbare Antwort“ erteilen.³⁾ — Vom 20. IV. stammt dann ein abgeänderter Vorschlag der Fürsten, der bereits die acht Möglichkeiten der Rechtfertigung in erster Instanz vorsieht, bei denen es schliesslich auch geblieben ist; ihn beantworteten am folgenden Tage die beiden verordneten Grafen⁴⁾ mit einer im ganzen zustimmenden Erklärung,⁵⁾ die hauptsächlich nur die Möglichkeit der Appellation noch mehr beschränkt sehen möchte, da sonst der Schwächere „dem langwierigen Rechten nit nachzufolgen u. auszuwarten“ vermöge. Auch möge der letzte Artikel geändert werden; denn wenn er in seiner jetzigen Fassung bestehen bleibe, — erklären sie mit Recht, auf weitere, im übrigen entgegenkommende Vorschläge der vier „Theidingsfürsten“,⁶⁾ am 26. IV. — so hebe er die vorhergehenden auf.⁷⁾ Am 29. machten die Vertreter der Grafen und Herren

3. Ebenda S. 252, datiert v. 17. IV. — Wohl um dieselbe Zeit trug Georg v. Wertheim im Namen etlicher Grafen etc. den Fürsten eine schriftlich aufgesetzte Bitte um gnädige Erledigung ihrer Supplikation mündlich vor, die dann „kurz der Zeit halben nit übergeben“ wurde; (ebenda, Note, a. d. Werth. Archiv). —

4. Georg v. Wertheim ist der eine, der andere wahrscheinlich der Graf von Westeburg; ebenda 256, Note.

5. Das., S. 255 und 256.

6. Mit den Austragsverhandlungen waren um diese Zeit fürstlicherseits die Bischöfe von Bamberg u. Augsburg, Pfalzgraf Friedrich u. Markgraf Casimir betraut; das. S. 257 note.

7. Ebenda S. 258. Der umstrittene Artikel lautet: „Doch einem jeden Kurfürsten, Fürsten oder Fürstenmässigen, auch Prälaten, Grafen, Freyherrn, Ritter oder Knecht, so dieselben besunder Geding, Gewohnheit, oder Herkommen mit ihren Ritterschaften, Untertanen oder Landsäss hätten, daran unabbrüchig.“ (Harpprecht V. 196.) — Für die Würzburgischen Verhältnisse kam hierzu besonders der sog. „Vertrag“ v. 1461, in welchem die Gerichtsherrlichkeit des Bischofs zu uneingeschränktem Ausdruck gekommen war, in Betracht.

Miene, die Verhandlungen abzubereiten: sie könnten in nichts, das ihrem Stand beschwerlich, willigen und dankten den vier Fürsten für ihre Mühe.⁸⁾ In ihrer Not — der Reichsabschied stand vor der Türe — wandten sie sich an den Kaiser (in 2 Supplikationen vom ca. 15. u. 20. Mai)⁹⁾ mit der Bitte um Vermittlung. Der Erhörung ihres Wunsches ist es vielleicht schon zuzuschreiben, dass nun, wahrscheinlich am 21. Mai, die Fürsten in eine Abänderung des beanstandeten letzten Artikels, durch Einschlebung des Passus: „ausserhalb der obgeschriebenen acht Artikel“ willigten.¹⁰⁾ Aus einer dritten, um wenige Tage späteren Supplikation an den Kaiser¹¹⁾ erfahren wir, dass dieser inzwischen zwei seiner Räte beauftragt hatte, mit den fürstlichen Räten über den Austrag zu verhandeln.¹²⁾

Endliches Ergebnis ist der letzte Artikel der Kammergerichtsordnung, betitelt: „Rechtlich Fürnehmen und Aus-

8. Das. V. 192. — Seltsam lässig im Munde derer, die rechtlich doch z. grössten Teil die ordentlichen Gerichtsherrn ihres Adels noch immer waren, erscheint die in diesen Tagen zweimal fürstlicherseits, in Verhandlungen der beiden Parteien u. in einer Sitzung des Pfälzischen Hofrates, ausgesprochene Auffassung, „wie Prälaten, Grafen, Herren u. vom Adel einander gerecht sein sollen, steh in ihrer Vergleichung, wie sie sich vereinen mit einander; geh die Kurfürsten u. Fürsten mit ane.“ (D. R. A. II. 261, 260.

9. D. R. A. II. 261, 444. Beide betrafen daneben auch die Veranlagung der Grafen etc. zur Unterhaltung von Regiment u. Kammergericht.

10. D. R. A. II. 266. Auch dem Kaiser gegenüber hatten die Grafen anfangs das Misstrauen gehegt, er werde nicht für ihre Ansprüche, sondern für die auf Privilegien gestützten Rechte der Fürsten eintreten (s. ihre Antworten an die Fürsten v. 16 u. 20. Mai, a. a. O. S. 262 u. 264).

11. D. R. A. II. 446; dort datiert: „[ca. Mai 27. (nach Mai 26.)].“

12. Sowie dass diese Beratungen an dem vorhergehenden Sonntag begonnen hatten. Dieser Sonntag ist vermutlich der 26. V. (so auch D. R. A. II. 447 n.); doch erscheint auch der 19. V., selbst durch die beiden Schriftstücke vom Tage darauf (ebenda, S. 264

trag der Grafen und Ritterschaft gegen Kurfürsten, Fürsten und Fürstenmessig und herwiderumb.“¹³⁾ Er lässt bei Klagen des Adels gegen Fürsten¹⁴⁾ acht Möglichkeiten der Rechtfertigung zu: 1. die vor 9 Räten des Fürsten, (wie 1495), von denen jedoch mindestens 5 von Adel sein sollen. 2. die vor 5 oder 7, vom Kläger aus 9 Räten des Fürsten Auszuwählenden. 3. die vor einem unparteiischen Fürsten, den der Kläger aus 3 vom beklagten Fürsten Benannten ausgewählt hat. 4. Vor einem vom Kaiser oder seinem Statthalter und Regiment auf Ansuchen des Klägers ernannten Kommissar, (der aber mindestens ein Graf oder hoher Prälat sein muss). 5. Vor 5 Personen, von denen der Kläger 3, der Beklagte 2 und zwar aus je 9 von der Gegenpartei (aus ihren Freunden, bezw. Räten) Vorgeschlagenen ausgewählt haben. 6. Vor vier Personen, 2 vom Kläger, 2 vom Beklagten ernannt; ev., falls die 4 Urteiler (auch über die Wahl eines Obmanns) sich nicht einigen können, geben auf der Parteien Ansuchen Statthalter und Regiment einen Obmann hinzu. 7. Der Kläger wählt aus des beklagten Fürsten Räten fünf zu Richtern aus; doch kann der Fürst zuvor zwei seiner Räte von der Wahl ausnehmen.¹⁵⁾ 8. Der achte Weg ist eine Verbesserung und genauere Ausführung des unter 1 eingeführten Grundsatzes von 1495: Die Rechtfertigung geschieht wie dort vor 9 Räten des Fürsten; jeder Partei sind nur 4, in u. 444) nicht unbedingt ausgeschlossen. Manche Unwahrscheinlichkeit würde damit wegfallen.

13. Dasselbst S. 304.

14. Der Artikel ist nicht frei von Undeutlichkeiten: die 5. der 8 Möglichkeiten scheint ihrem Wortlaut nach auch für Klagen der Fürsten gegen Adelige vorgesehen; trotzdem kann nach Fassung und Zusammenhang kaum ein Zweifel sein, dass man tatsächlich bei diesen 8 Wegen doch nur Klagen des Adels gegen Fürsten, ebenso wie 1495, im Auge hatte. Eine Beschränkung auf reichsunmittelbaren Adel ist hierbei nicht ausgesprochen noch angedeutet.

15. Dagegen hatten die Grafen anfangs protestiert: Es möchten dann gerade diejenigen nicht zugelassen werden, „die dem Kläger am tröstlichsten wären“ (ca. 28. IV., D. R. A. II. 260).

bestimmten Fristen einzureichende Schriften erlaubt. In der vierten Schrift sollen neue Beweismittel nicht mehr beigebracht werden dürfen; was diese letzte Schrift trotzdem an neuem Material — nach Erkenntnis der Richter — enthält, wird für das Urteil nicht berücksichtigt. Vereidigung der Richter und ihre Entbindung von allen sonstigen Gelüben für Dauer der Handlung wie 1495. Ebenso steht auch hier jedem Teile die Appellation an das Kammergericht frei, doch darf keiner in dieser zweiten Instanz etwas Neues beibringen, es sei denn unter eidlicher Versicherung „dass er sölchis in der ersten Instanz nit Wissens gehabt oder das nit hab mögen einbringen, auch dafür halt, dass ihm sölch neu Einbringen zu Erhaltung seiner Gerechtigkeit dienlich sei.“¹⁶⁾ — Die Verhandlungen zeigen, dass es der Ritterschaft hauptsächlich auch darum zu tun war, die Möglichkeiten zur Verschleppung der Prozesse zu verringern. — Zum Schlusse heisst es: „Es soll zu der klagenden Partei Willen und Wohlgefallen stehen, unter obgemelten acht Wegen einen zu erwählen, den der Kurfürst, Fürst oder Fürstmässig anzunehmen . . . schuldig sein sollen.“

So war, was der fränkische Adel seit langem vergeblich erstrebt, wofür Johann v. Schwarzenberg, Georg von Schaumberg, Sebastian v. Rotenhan u. a. sich eingesetzt, nun im Prinzip erreicht, in die Reichsgesetzgebung aufgenommen worden. Den fränkischen Verhältnissen musste diese Art der Beschränkung fürstlicher Gerichtsbarkeit, mit Zustimmung der Fürsten geschehen, zum Segen gereichen, eine friedlichere Epoche heraufführen helfen. Für den Adel bedeutete sie nicht nur eine verspätete formale Anerkennung längst vollzogener Machtverschiebung, sondern einen wesentlichen Erfolg, ein sehr beträchtliches weiteres Machtmittel für den ständischen Kampf. Doch scheint sich selbst hier

16. Ueber das Widerstreben der Grafen gegen diese letzte Konzeption s. ebenda S. 259.

das Neue, obwohl längst ersehnt, gegen die Macht des Herkommens nur langsam wirklich durchgesetzt zu haben: in den Beschwerden und Einungen der nächsten Jahre erscheinen noch fast durchweg nur die alte Reichsgesetzgebung und die des Jahres 1495 als bestimmend für Denken und Handeln des Adels.

Für Klagen „herwiederum“ von Fürsten gegen „Prälaten, Grafen, Freiherren, Ritter oder andere des Adels,¹⁷⁾ die ohne Mittel dem Reich unterworfen,“ ist die Rechtfertigung vor einem Fürsten vorgesehen, den der Kläger entweder direkt zu einem „unparteiischen Kommissar“ sich erbeten, oder aus 3 vom beklagten Grafen etc. namhaft Gemachten ausgewählt hat.¹⁸⁾ — Bei Klagen von Grafen oder Edelleuten gegen nichtfürstliche Reichsunmittelbare (s. oben) nennt der Beklagte 3 Fürsten,¹⁹⁾ aus denen der Kläger einen als Richter auswählt; oder es wird vom Kaiser oder Statthalter ein unparteiischer Kommissar erbeten. — Darauf folgt: „Und soll sunst ein jeder dem Reich ohne Mittel nit, sonder ander Herrschaft unterworfen oder aber solcher Sachen halben in eins Kurfürsten, Fürsten oder Herrschaft Gericht ohne Mittel ordentlich gehörig, bei demselben seinem ordentlichen Richter laut der Ordnung bleiben.“²⁰⁾ — Hauptsächlich durch

17. Hierfür steht in den früheren Schriften der Fürsten, noch in dem letzten Vorschlag v. 22. V. „Ritter oder Knechte“ (s. D. R. A. II. 267).

18. Die Bestimmung kann dem fränkischen Adel, der damals und später noch die Landtage besucht hat, vorerst nicht zu gut gekommen sein.

19. Die fürstl. Vorschläge v. 4. u. 20. IV. hatten dafür ausser Fürsten auch „Grafen, Prälaten oder aus der Ritterschaft“ vorgesehen. Vgl. das „Ritterrecht“ v. 1517 (oben S. 190).

20. Daran schliesst sich an jener, auf Verlangen der Ritterschaft abgeänderte Vorbehalt der Fürsten für ihre besonderen Gedinge oder Herkommen mit ihren Ritterschaften (s. oben S. 433 n. 2 und S. 435). In den Reichsanschlag von 1521 sind (noch ganz wie 1495) nach den Grafen und Herren, in Klammer, angeführt: Die

die Energie der auf dem Reichstag führenden Grafen²¹⁾ hatte der gesamte Ritterstand erreicht, dass das mittelalterliche Prinzip des Austrags, 1495 nur für Streitigkeiten der Fürsten unter sich in die neuere Gesetzgebung übernommen, nun auf weiten Gebieten sich siegreich durchgesetzt, hier die Kompetenz der fürstlichen Gerichte endgültig aufgehoben hatte. —

Die Landfriedensordnung von 1521²²⁾ ist im wesentlichen eine Erneuerung derjenigen von 1495, mit den Abänderungen von 1500 und 1512. Ueber die Art des Einschreitens gegen mächtige Friedbrecher sollten Statthalter und Regiment oder eine von diesen dafür einberufene Reichsversammlung beschliessen.²³⁾

Die Verhandlungen über Errichtung eines Reichsregiments waren Anfang Mai beendet worden. Die Regimentsordnung²⁴⁾ hält sich im ganzen an diejenige von 1500²⁵⁾ als Vorbild.

Ritterschaft und Gesellschaft St. Georgenschilds im Hegau, die Ritterschaft der Schloss Friedberg und Gelnhausen und, als Note: Die Ritterschaft, so Lehen vom Reich tragen (D. R. A. II. S. 439 f.). In der Kreiseinteilung werden genannt als zum 1. Kreis gehörig: Die fränkischen Fürsten „auch die Grafen, freien Herren und Reichsstädte um und bei ihnen gesessen und gelegen“; zum 3. u. a.: „Die Gesellschaft St. Georgenschilds, die Ritterschaft in Hegau;“ zum 4.: „Die Wetterau“ (daselbst S. 196 f.).

21. Der Reichsabschied ist „von wegen der Grafen und Herren“ unterzeichnet von „Reichart, Graf zu Leiningen, Herr zu Westerburg und Schaumburg, und Georg Graf zu Wertheim“ (D. R. A. II. 742). — Seit 1498 schon sind die meisten Reichsabschiede auch von Grafen und Herren mit unterzeichnet und gesiegelt; s. Neue Sammlung II. 53 ff.

22. Daselbst S. 315 ff.

23. Daselbst S. 331.

24. D. R. A. II. 222 ff.

25. Neue Sammlung II. 56 ff. — Nur ist auch hier, wie bei dem Kammergericht, die Zahl der Mitglieder um zwei (von 20 auf 22) vermehrt worden. — Ihre Forderung, dass das Regiment auch

Wie der Adelsaustrag von 1521 den mehr und mehr unhaltbar gewordenen Rechtsverhältnissen Frankens seine Entstehung zum grossen Teile verdankt, so sind diese Verhältnisse auch auf die Beschwerden gegen Papst und Kirche von wesentlichem Einfluss gewesen. Eine bedeutende Anzahl der zu Worms aufgestellten „Gravamima deutscher Nation“ wendet sich gegen die hauptsächlich dort seit langer Zeit bekämpften Missstände in der geistlichen Gerichtsbarkeit und geht in ihrer Formulierung zurück auf einen von Grafen und Herren (wahrscheinlich erst in Worms selbst) verfertigten Entwurf.²⁶⁾ Den Artikeln dieses Entwurfs — i. g. 33 — sind wir fast ohne Ausnahme schon unter den Beschwerden des Würzburger Adels begegnet;²⁷⁾ sie sind, bis auf 6, alle wörtlich in die Gravamina übernommen worden. Sie betreffen u. a.: den übermächtigen Einfluss der Domkapitel auf die Regierung der Stifter, die Reformationen der geistl. Gerichte, die in manchen Stücken den weltlichen Gerichtsherren nachteilig seien, in den andern aber meist nicht gehalten würden; die Offizialen, welche Sünden, wie Wucher und wilde Ehen gegen Geldzahlung duldeten, meist ungelehrte und z. Tl. leichtfertige Personen seien, ganz untauglich andere zu bessern. Rein weltliche Sachen wie Verträge etc. würden vor geistl. Gerichte gezogen, z. B. unter dem Vorwand, dass verletzte Eide dabei in Frage kämen. Gegen den Grundsatz des gemeinen Rechts: *actor tenetur sequi forum rei* verlangten die Geistlichen, dass auch der von ihnen verklagte Laie vor dem geistl. Gericht zu Recht stehe.

in Anwesenheit des Kaisers fortbestehen solle, hatten die Stände aufgegeben. — Ueber den Verlauf der Wahlen für Regiment und Kammergericht im fränkischen Kreis (Herbst 1521) s. D. R. A. III. 3 f.

26. D. R. A. II. 666 ff., a. d. Henneberger Archiv. Die Vermutung des Herausgebers der D. R. A., dass Graf Wilhelm von Henneberg selbst dem Entwurf nahe gestanden, hat sehr viel Wahrscheinliches (s. unten n. 28).

27. Vgl. oben S. 173 ff.

In den geistl. Ladungen wurde die Art der Klage nicht deutlich. Geistliche Fürsten versuchten, wenn sie „weltliche Person oder Oberkeit an ihre weltliche Gericht haben ziehen wollen und doch dieselben weltlichen Oberkeit solchen geistl. Fürsten oder Prälaten gemelter weltlichen Gerichtsbarkeit nit geständig sind, dieselben strittigen Gerichtszweng mit ihrer geistl. Gerichtsbarkeit zu handhaben“ (nämlich durch Verhängung des Bannes zu Gunsten dort ergangener Urteile), u. s. w.²⁸⁾

Gegen ihre Veranlagung zur Unterhaltung von Regiment und Kammergericht führten, wie früher schon,²⁹⁾ so auch jetzt zu Worms Grafen und Herren Beschwerde, unter Geltendmachung ihrer Standesanschauung, dass der Ritterbürtige nur mit dem Schwerte, mit Zins und Steuer nur Bürger und Bauer zu dienen habe.³⁰⁾ Zugleich stellten sie geschickt Nachgiebigkeit in Aussicht bei Berücksichtigung ihrer Wünsche nach Austrag,³¹⁾ erklärten aber schliesslich (ca. 27. V.) dennoch, ohne ihre abwesenden Genossen nicht bewilligen zu können. Doch beschlossen schon in diesen letzten Tagen des Reichstags die noch dort anwesenden Grafen und Herren, den Genossen die Bewilligung auf 1½ Jahre, unter Protestation vor Notar und Zeugen „dass sie

28. Besonders dieser letzte, nicht übernommene, Beschwerdepunkt legt den Schluss auf einen der vom dortigen Landgericht bereits eximierten Würzburger Grafen als Verfasser nahe. Ausser diesen Beschwerden aus dem Kreise der Grafen und Herren sind noch solche von Herzog Georg von Sachsen erhalten (D. R. A. II. 662), von denen ebenfalls einige Aufnahme in die Gravamina gefunden haben.

29. Schon 1507, betr. das Kammergericht. Es scheint, dass sie auch damals schliesslich die Anlage nur als einmalige Leistung, auf 2 Jahre, bewilligt haben und dass nach deren Ablauf abermalige Verhandlungen, vom Kaiser mit vorsichtiger Schonung geführt, stattgefunden haben (D. R. A. II. 445).

30. Dasselbst S. 445/7.

31. Grafen etc. an die Fürsten v. 20. V., a. a. O. II. 265,

sich dadurch in kein weiter Anlag oder Beschwernus begeben haben wollen“, zu empfehlen.³²⁾

In den nun folgenden Beratungen innerhalb des fränkischen Adels zur Verwertung des zu Worms Erreichten hat Georg v. Wertheim, der auf dem Reichstage selbst so grosse Verdienste um die Ritterschaft sich erworben hatte, sich gänzlich zurückgehalten; er scheint damals seine Aufmerksamkeit hauptsächlich den religiösen Fragen, der Herstellung von Friede und Recht in seiner Grafschaft, und den Sonderinteressen des Herrenstandes (besonders in der Frage der Reichsanlage) zugewendet zu haben. Anfang Juni 1521 berieten zu Würzburg einige erst eben vom Reichstage zurückgekehrte Führer — genannt werden Graf Wilhelm von Henneberg, Hans von Schwarzenberg und Georg von Schaumberg — und kamen überein, dass, bevor man dem gemeinen Adel auf Ortstagen von den Wormser Beschlüssen Kenntnis gebe, ein Ausschusstag, zu dem jeder Ort 4 Personen abordnen solle, auf Dienstag nach St. Johannistag (25. VI.) nach Bamberg einzuberufen sei.³³⁾ Zu Bamberg ist die Berufung von Ortstagen beschlossen worden,³⁴⁾ von den Ver-

32. „Grafen und Herren endlicher Abscheid,“ a. d. Wertheimer Archiv; D. R. A. II. S. 448 Note.

33. Bitte Wilhelms von Henneberg an Georg von Wertheim, aus seinem Ort vier Geordnete nach Bamberg zu senden; datiert: „Würzburg am Bonifaztag“ (5. VI.), sowie eine undatierte Ladung an Georg von Wertheim durch Edelleute des „Odenwalds“ (Zeisolf v. Rosenberg, Ph. Echter d. A., Heinr. Rüd. v. Bödighcim und Linhart v. Thurn) in gleicher Sache. Antwort Gr. Georgs an Gr. W. v. H. v. 16. VI., er habe die Vier seines Orts nach Bamberg verschrieben, könne aber selbst, einer Fehde wegen, nicht mitkommen; er schicke ein Schr. Gr. Eberharts v. Königstein, auf das er „Ungelegenheit halb der Malstatt“ nichts gehandelt habe (Werth. Archiv). — Damals zu Bamberg scheint bereits über eine Adels-einung beraten worden zu sein.

34. Am 8. VIII. schreibt Zeisolf v. Rosenberg im Auftrag Georgs v. Wertheim für den „Odenwald“ einen Ortstag aus auf Do. n. Bartholomai (29. VIII.) nach Mergentheim; am 16. VIII. Jörg von

handlungen auf diesem Ausschusstag wissen wir nichts Näheres. Georg v. Wertheim, der hier die Ladung des „Odenwaldes“ übernommen hatte, blieb später aber dem — von ihm auf 29. VIII. angesetzten — Ortstage fern;³⁵⁾ mit ihm fehlten auch viele aus der Ritterschaft, so dass ein zweiter Tag, auf den 19. September, wie der erste nach Mergentheim, angesetzt werden musste.³⁶⁾ Auch für diesen Tag sehen wir den Grafen mehr als mit den Angelegenheiten der Ritterschaft damit beschäftigt, eine Uebereinstimmung der benachbarten Grafen und Herren (Hohenlohe, Limburg, Erbach, Löwenstein) in der Frage der Reichsanlage vorzubereiten, zur Förderung weiterer Verhandlungen mit den schwä-

Schaumberg, Hans von Rotenhan und Wilh. von Hessberg für die „Baunach“ einen Ortstag auf St. Egidien (1. IX.) nach Sesslach, in Sachen des Wormser Austrags, gemäss dem jüngsten Beschluss zu Bamberg (Werth., bezw. Bamb. Archiv) — . . . „und daselbst wass rechtlichs Usstrags halben uff jüngstem Reichstag zu Worms weiters weder davon erlangt ist, auch anderer gemeiner Ritterschaft Sachen halb, zu unterreden“. So in beiden Ausschreiben.

35. Schr. der Ritterschaft zu Mergentheim versammelt an Graf Georg v. W.; v. 30. VIII.: Sie haben, da der Graf und viele Andere nicht erschienen, nicht fruchtbarlich handeln können; überschicken nun Formulare für ein 2. Ausschreiben und bitten um rasche Erledigung. „Ew. Gn. wollen auch in eins jeden Brief setzen, dass E. Gn. zu Mergentheim Fried und Geleit haben.“ Siegel: Zeisolf von Rosenberg, Burk. v. Wolmershausen, Linh. v. Thurn. — Die Ausschreiben zum 2. Tag zu. M. sind von den 3 Genannten „unter Graf Georgs Sekret“ unterzeichnet.

36. Lünig, P. sp. cont. III. Franken S. 308. In eigener Sache warben dort Hans Jörg von Absberg (ihm sei sein Haus Absberg unbillig eingenommen worden, wie er schon zu Worms geklagt; s. D. R. A. III. 717); Götz v. Berlichingen; der Deutschmeister (Hülfe dem Orden). — Viele Entschuldigungsschreiben liefen auf die Ladungen ein, so von den versch. Herren v. Limburg (Geleitspflichten z. Frankf. Messe, bezw. kaiserl. Dienst und Krankheit), von Hans Landschad von Steinach (Podagra), Heinr. v. Handschuhsheim (?) (hohes Alter), Conr. v. Elrichshausen (Tod des Sohnes, Krankheit der Frau) u. s. w.; im Werth. Archiv.

bischen und rheinischen Standesgenossen.³⁷⁾ Doch ist er dort wohl von der Ritterschaft zum Hauptmann des „Odenwaldes“ gewählt worden. Auf einem Tage der 6 Ortsausschüsse zu Windsheim (vorgesehen für 21. September, dann wohl verschoben) scheint man die Ergebnisse dieser Einzelberatungen zusammengefasst, auch die Statuten für eine Einung des gesamten fränkischen Adels entworfen zu haben. Daran schlossen sich (am 22. Januar 1522) weitere Beratungen der 6 Ausschüsse mit Graf Wilhelm von Henneberg zu Schweinfurt, „wo jene Handlung zu Bamberg und Windsheim geübt, gebessert“ und beschlossen wurde, dass wiederum jeder Ausschuss einen Ortstag ausschreiben solle, „dort dieselbige Handlung darlegen und wer alsdann darin sein wollt, der soll sich einzeichnen lassen“. Später sollten (zu Bamberg, am 27. April) die Ortsausschüsse anzeigen, was in jedem Ort angenommen worden, und weiter beschliessen. Graf Georg von Wertheim, der schon sein Fernbleiben von Schweinfurt mit Geschäften entschuldigt hatte,³⁸⁾

37. Werth. Archiv. Die Verhandlungen werden hier und später von schwäbischer Seite durch Graf Ulrich von Helfenstein, von rheinischer durch Graf Eberh. v. Königstein geführt. Am 13. XI. 21 bittet Ulr v. H. die beiden andern zur mündlichen Besprechung zu sich, damit sie (dem Regiment) „einhellig Antwort“ geben mögen. Am 8. VIII. 1522 sendet Ulr. v. H. an G. v. W. Beschwerden, welche (auf seinen Antrag) eine Versammlung schwäbischer Grafen und Herren zu Konstanz auf den Reichstag zu bringen beschlossen hat. Sie betreffen neben den Anschlägen für das Reich und neben der Zahl ihrer Wahlstimmen zum Regiment auch die geistl. Gerichte; D. R. A. III. 690 f. Im Herbst 1523 ist von einem Bündnis der Grafen und Herren die Rede: Eb. v. Königstein an Georg von Wertheim v. 3. X.: Er will ihm jetzt, nach dem Tag zu Weilburg, „alsbald unser aller Geiegenheit zur Annehmung des Bundes anzeigen;“ hofft etc. (Werth. Archiv).

38. Concept, an Graf Wilh. v. Henneb., im Werth. Archiv. — Erhalten ist dort auch eine Ladung Graf Wilhelms an den Grafen Georg schon vom 31. X. 1521, mit ihm am 7. XI. in Würzburg zusammen zu kommen; „doch so wollt solch unser Reiten gen Würzburg sonsten in geheim halten“.

sandte nun auch dem — wieder nach Mergentheim, auf Dienstag nach Letare (1. IV. 1522) — angesetzten Tag des Odenwäldes Nachricht, dass er plötzlich verhindert worden, den Tag zu beschicken.³⁹⁾ Dies veranlasste den Ortsausschuss zu der direkten Anfrage an den Grafen „— angesehen, dass E. Gn. gemelter Handlung aller ein Anfang und Anheber gewest, auch zu unserm obersten Hauptmann unsres Orts erwählt —“ ob er in dem Vertrage der Ritterschaft sein wolle oder nicht, mit der Bitte um Antwort nach Bischofsheim a. d. T. spätestens bis zum letzten Osterfeiertag.⁴⁰⁾ — Nur bis hierhin lässt sich vorerst die Bewegung verfolgen; ob der Tag zu Bamberg stattgefunden hat, ob dort oder später ein ritterschaftlicher Vertrag aufgerichtet worden ist, wissen wir nicht; ebenso wenig über den Inhalt dieser geplanten Einung. Ihr Hauptzweck ist aller Wahrscheinlichkeit nach gewesen, einen Druck auf die Fürsten zur Sicherstellung des zu Worms Erlangten und zu Gunsten wohl auch anderer, unerfüllter Wünsche auszuüben. Ist doch auch für die bekannte Einung, welche die mittelhheinische Ritterschaft um dieselbe Zeit etwa zu Landau geschlossen hat, ein in ihrem Bundesbriefe⁴¹⁾ an erster Stelle genannter Zweck die praktische Durchführung des zu Worms im Prinzip erlangten Austrags gewesen. Dass die fränkischen Fürsten sich nicht entschieden feindselig zu dieser

39. Concept seiner Absage vom Datum des Ortstags selbst (1. IV.). — Am 26. I. hatte Linh. v. Thurn, aus Würzburg, über den Stand der Sache berichtet und ein Formular für die Ausschreiben dem Grafen zugeschickt. Für das Geleit werde er sorgen. Da die Geschlechter von der Bergstrasse und Umgegend zu weit nach Mergentheim hätten, wäre gut diese gesondert gen Michelstadt oder Amorbach zu beschreiben. — In seiner Antwort (v. 29. I.) überliess der Graf jenem kurz, vieler Geschäfte halber, alles weitere; Werth. Archiv.

40. Linh. v. Thurn aus Mergentheim, v. 7. IV., im Namen des dort versammelt gewesenen Adels.

41. v. 13. August 1522, bei Burgermeister, Cod. dipl. eq. I. 152.

Einungsbestrebung gestellt haben, erhellt daraus, dass sie zu den Adelstagen Geleit gewährt haben. Wie weit etwa schon an diesen Einungsbestrebungen die gegen den Schwäbischen Bund und seine Exekutionsabsichten gerichtete Tendenz der späteren Adelseinung von 1523 beteiligt gewesen ist, entzieht sich vorerst der Beobachtung. — Die Beziehungen Georgs von Wertheim zur Ritterschaft waren gespanntere geworden und wurden bald völlig gelöst durch seine Tätigkeit zur Durchführung des Landfriedens im Dienste des Regimentes. Möglich wäre, dass diese Tätigkeit die Einungspläne des Adels vorerst gänzlich zum Stocken gebracht hätte. — Führer aus dem Herrenstand von der Lauterkeit der Gesinnung Georgs von Wertheim und Johannis von Schwarzenberg hat die fränkische Ritterschaft später nicht mehr gefunden.

IV. Das Durchgreifen der Fürsten im Kampf um den Landfrieden.

Mitte Oktober 1521 hatte das neu errichtete Reichsregiment in Nürnberg seine Sitzungen begonnen, Ende November den erneuten Landfrieden veröffentlicht. Eine seiner ersten Sorgen war die Herstellung einer wirksameren Exekutionsordnung. Ein Entwurf dafür lag Ende des Jahres vor, die fertige Ordnung¹⁾ ist vom 10. Februar 1522 datiert; sie verlegt die Handhabung des Landfriedens und die Ausführung der Kammergerichtsurteile wieder, wie dies schon 1512 vorgesehen war, in die 10 Kreise: Jeder Kreis soll binnen zwei Monaten nach Empfang der Ordnung²⁾ einen Hauptmann aus höherem weltlichen Stand und vier Räte wählen; ist bis dahin die Wahl nicht erfolgt, so ernennt das Regiment, bzw. der Kaiser, für den betreffenden Kreis Hauptmann wie Räte. Bei Landfriedensbruch ist zunächst die Obrigkeit, in deren Gebiet die Tat geschehen, zum Einschreiten verpflichtet. Ueberall da aber, wo diese sich säumig zeigt oder in ihren Kräften unzureichend, hat der Hauptmann mit seinen Räten, in dringenden Fällen auch jeder dieser fünf allein, einzugreifen, mit Nacheile, Befreiung der Gefangenen, Rettung der Güter, Ueberzug des Täters und seiner Helfer; die Kreisangehörigen sind verpflichtet, jene auf ihre Forderung mit Mannschaft und Munition zu unterstützen, ihren Anordnungen Gehorsam zu leisten. Wer Fried-

1. Neue Sammlung II. 229 ff.; vgl. D. R. A. III. 16 ff.

2. Sie wurde in die Kreise verschickt erst Anfang Juni 1522; D. R. A. III. S. 19.

brecher herbergt, entgeht der Strafe nur — auch wenn er sonst unverdächtig —, durch einen Eid vor dem Nacheiler, dass er von der Freveltat kein Wissens gehabt, und durch sofortige Preisgabe des Geherbergten an das nächste Hochgericht.³⁾ Ist man der Täter nicht schon in der Nacheile habhaft geworden und sind sie darauf, laut der Reichsordnung, auf vorhergehende Citation⁴⁾ in die Acht erklärt, so fällt deren Exekution wieder zunächst der Obrigkeit, ist diese schwach oder säumig, dem Hauptmann und seinen Räten zu, ohne weiteres, mit oder ohne Ansuchen der Beschädigten. Die beschlagnahmten Güter des Aechters fallen, soweit sie nicht Lehen sind, dem Beschädigten zur Schadloshaltung zu⁵⁾ und verbleiben ihm, „es wäre denn, dass sich die Aechter mit Recht aus der Acht bringen möchten, oder . . . sich sonst mit dem Beschädigten aus desselben guten Willen, auch mit unserm Kais. Fiskal vertragen und über solches alles . . . Absolution von der Acht erlangen würden“. In besonders grossen und schweren Händeln werden, auf Anrufen von Hauptmann und Räten, Kaiser oder Regiment, die benachbarten Kreise aufbieten. Schon gegen verdächtige Ansammlungen zu Ross oder Fuss ist die Gegend durch Sturmläuten aufzubieten. — Alles dies wird bei einer Strafe von 1000 Mark Geldes angeordnet. — Ein Mangel, an dem allein die ganze Absicht hätte scheitern müssen, ist, dass Hauptleute und Räte auf den guten Willen der Glieder des Kreises angewiesen blieben, während ihre Tätigkeit doch hauptsächlich da, wo die lokalen Obrigkeiten Unlust zum Einschreiten zeigten, erst ansetzen

3. Vgl. die Art. 24 und 25 der Ordnung.

4. Kammergerichtsordnung v. 1521, art. 31, Landfriedensordnung art. 3; D. R. A. II. 294, 318.

5. Hat die Obrigkeit sie in Besitz genommen, so muss sie zuvörderst den Beschädigten in voller Höhe seiner Verluste daraus schadlos halten (art. 15 u. 16, s. auch 17); das Gutachten der Stadt Nürnberg (s. oben S. 152 f.) scheint hier gewirkt zu haben.

sollte. Aber die vorliegenden Nachrichten lassen annehmen, dass die Absicht überhaupt nie ins Leben getreten ist.⁶⁾

Die Ordnung behielt u. a. Kaiser und Regiment das Recht vor, für besondere Fälle einen Hauptmann ausserhalb der Kreisordnung zu ernennen. Schon gleich in jenen Tagen nahm die oberste Reichsbehörde Gelegenheit, zu beweisen, dass es ihr mit dem „Kampf um den Landfrieden“ ernst war. Anfang Februar, wenn nicht früher, trat sie mit Georg von Wertheim in Unterhandlung, die zu einem Abkommen⁷⁾ führte, durch welches der Graf, als „Hauptmann“, gegen eine Besoldung von 3000 gl., einige der schlimmsten Raub-

6. Ueber die Verhandlungen in den Kreisen s. D. R. A. III. 18, Note 4. Zur Wahl von Hauptmann und Räten scheint es allein im Kurrheinischen Kreis gekommen. Hier wurde am 12. VIII. von den kurfürstl. Räten zum Hauptmann Wilh. von Isenburg (beabsichtigtes Gehalt 6—800 gl.; er soll 12 Pferde halten), zu Räten Frowin v. Hutten (Mainz), Georg v. Heien (Trier), Joh. v. Schönborn (Pfalz) — jeder soll 6 Pferde halten — gewählt. Köln war nicht vertreten. — Abänderungsvorschläge zur Exekutionsordnung, v. Januar 1523 s. D. R. A. III. 767 ff.

7. Vom 10. II. 1522, dem Datum auch der Exek. Ordnung; dazu eine Aufforderung des Regiments an alle Stände zur Unterstützung Georgs; D. R. A. III. 262 n. und 261. Auf Grund dieser Mandate bat der Graf am 17. (15? Di. oder Do. n. Palmarum) April den Bischof v. Würzburg, ihm 300 zu Fuss und 2 Kartaunen zu schicken (Werth. Archiv), eine Bitte, die durch ein kais. Gebot an Würzburg v. 26. IV. (Aschbach II. 320) weiteren Nachdruck erhielt. — In erster Linie abgesehen war es auf die Burg Brandenstein, den Hauptschlupfwinkel der Heckenreiter dortiger Gegend. Man wollte dort „den Wirt und die Gäst aufheben“. — Graf Georg hatte wohl durch sein scharfes Einschreiten gegen Strauchritter die Wahl des Regimentes auf sich gelenkt (s. den Bericht des vom Nürnb. Rat an den Grafen Geschickten v. 12. Nov. 1520, bei v. Eberstein a. a. O. S. 33 f.), aber auch damals schon den Groll gewisser Kreise des Adels und die Missgunst mancher Fürsten sich zugezogen, „als wollt er der sein, der alle Sachen wollt ausreuten“ (ebenda). — Auf dem Zeitlofs waren häufiger gefangene Kaufleute untergebracht worden (daselbst S. 34).

nester zu brechen sich verpflichtete. Ausser dem Brandenstein⁸⁾ südlich Fulda, einer Burg Mangolds von Eberstein, der sein Handwerk in letzter Zeit unter den Augen des Regiments mit besonderer Keckheit getrieben hatte, eroberte Graf Georg bald darauf auch das Thüngen'sche Schloss Zeitlofs und zog später vor die Burg des ebenfalls berücktigten Hektor Mörlein, von welcher der Abt von Fulda als Lehns-herr Besitz ergriff.⁹⁾ Der Graf liess damals bei dem durch Mörlein geschädigten Kurfürsten von Sachsen in Anregung bringen, nun gegen die Reichsganerbenburg Gelnhausen, wo jener Zuflucht gefunden hatte, vorzugehen; das Schloss könne in einem Tage, mit geringen Kosten, erobert werden, „sunderlich weil jetzt ein Schrecken und Forcht in die Leut, aus geübter Handlung, kommen“.¹⁰⁾ Von einem Unternehmen gegen Gelnhausen — mit dessen Einnahme ein Exempel allerersten Ranges statuiert gewesen wäre — hören wir nichts, doch trat nun Georg von Wertheim durch eine förmliche Bestallung¹¹⁾ in den Dienst des Regiments, zur Erkundung und Bestrafung von Aechtern und Friedbrechern. — Aber die Ausführung scheint an dem Zusammenhalt des Kleinadels und an der Abhängigkeit, in welcher sich namentlich die geistlichen Fürsten noch ihrem Adel gegenüber befanden, gescheitert zu sein: Der Graf klagte, er werde an der Durchführung seiner Aufgabe durch Mainz und Würzburg gehindert;¹²⁾ wenn auch diese Fürsten das bestritten, so

8. Nach v. Eberstein, a. a. O. S. 8, erobert am 17. April.

9. Planitz, Bericht v. 21. Mai, S. 154 f.; möglicherweise hat sich Fulda schon zuvor, ohne Zutun Georgs, in Besitz der Burg gesetzt.

10. Ebenda; die Antwort des Kurfürsten (v. 1. VI.) s. S. 161.

11. V. 26. V.; es sollen ihm 30 gerüstete Pferde gehalten werden, er selbst soll 143 gl. monatlichen Gehalt beziehen; D. R. A. III. 262 n.

12. Planitz, S. 156 Note. — Im Juni (Freitag nach Pfingsten) schrieb der Graf an Mainz, er höre, dass sich „die Friedbrecher und Aechter, s. F. Gn. und meine Feind in der Wetterau, uff dem Kraichgau und jenseits des Rheins stark bewerben,“ um ihn zu

haben sie doch sicher nichts getan und nichts tun können, ihm jene zu erleichtern. Aber auch ohne ferner wesentliche Wirksamkeit als Hauptmann des Landfriedens stand Graf Georg den ganzen Sommer über in ernster Sorge vor den Folgen des Hasses, den ihm die Uebernahme des Amtes und jenes erste Durchgreifen gegen das Raubrittertum zugezogen hatte.¹³⁾ An seinem Auftraggeber konnte er einen Rückhalt, da das Regiment in seiner Wirksamkeit durch den Mangel jeder realen Macht gelähmt war, nicht finden. Das Regiment kündigte später des Grafen Bestallung und da es seinen pekuniären Verpflichtungen nicht hatte nachkommen

schädigen; der Erzbischof wisse von den Mandaten des Regiments für ihn, er möge in seinen Landen warnen lassen. Anlass zu diesem Schreiben haben hauptsächlich wohl die damaligen Werbungen Sickingens gegeben. Es blieb ohne Antwort. Auf ein zweites, v. Mi. n. Assungl. (20. VIII.) erfolgte ein nicht eben williger Bescheid (26. VIII.). — Auf sein Schr. v. 21. VIII. an Würzburg, dass er durch Freunde gewarnt werde, „dass solch Gewerbe, das sich jetzt allenthalb erhebt, zum Theil mich und meine Güter berühren würd, dabei berichtet, dass ich nit von Fremdem, sondern von meinen Nachbarn Schaden gewarten soll, darum dass ich gegen etliche Friedbrecher gehandelt,“ und seine Bitte, die Amtleute anzuweisen auf Erfordern ihm zuzuziehen — antwortete der Bischof, da er höre, dass „solch Gewerbe etwas stark,“ so bitte er vorerst den Grafen, seine Mandate auch bei den andern Fürsten geltend zu machen zur Erwirkung einmütiger Hilfe, „damit wir alle solchs Ueberzugs und auch mit Nacheile kein Schaden leiden“ (25. VIII.). — Auf eine Anfrage bei dem befreundeten Grafen von Königstein, wegen eines Gewerbes gegen ihn am Rhein und in der Wetterau, war Georg durch dessen Auskunft (v. 16. Juni) beruhigt worden: „glaub ganz, wo dergestalt etwas fürhanden wäre, ich wollts auch wissen;“ eine Anzahl von der Ritterschaft habe sich auf Mittwoch (18. VI.) nach Friedberg verschrieben, doch so weit er wisse „zu einer Unterredung und nit in gewerbsweise“ (Werth. Archiv). Der Einungsbrief der Wetterauer Ritterschaft v. 18. VI. 22, von gemässigter Tendenz, in „Wetteraria illustrata“ (1731), Cod. dipl. S. 7.

13. S. die vorige Note, auch die Artikel 47 und 59 der Beschwerden v. Dezember 1522; D. R. A. III. 697 ff.

können, wandte sich jener im Jahre 1524 klagend an die Reichsstände.¹⁴⁾ — So bald und so kläglich endigten die Versuche, von Reichs wegen den Landfrieden zu handhaben. Aber längst drohte dem fränkischen Adel Schlimmeres von seiten des alten mächtigen Feindes seiner Ausschreitungen, des Schwäbischen Bundes.

Seit November 1519 betrieben des Kaisers Räte die Verlängerung des Bundes.¹⁵⁾ Viele Mitglieder — so ein grosser Teil des schwäbischen Adels, der über Verkürzung durch die mächtigeren Bundesgenossen mannigfache Klagen führte, so von Fürsten am meisten Brandenburg, das namentlich in seinem Interessengegensatz zu Nürnberg durch die Einung sich mehr und mehr beengt fühlte,¹⁶⁾ und mit ihm Bamberg —, waren gleich anfangs dagegen.¹⁷⁾ Beide Fürsten verpflichteten sich (am 15. Mai 1520 zu Forchheim), in der Frage des Wiedereintritts nur gemeinsam vorzugehen¹⁸⁾ und einige Tage später unterhandelte Markgraf Casimir für sich und Bamberg mit Kurpfalz¹⁹⁾ über ein Bündnis, um für alle Fälle gedeckt zu sein und womöglich durch den so ausgeübten

14. Planitz, Berichte S. 156 n. — Vorladung des Grafen vor das Kammergericht, weil er dem Regiment „unter die Augen gesagt, wie du geursacht seist, deinen Herrn und Freunden zu klagen, dass unser Statthalter und Regiment dir weder Treu noch Glauben halten“ etc. (v. 16. X. 1524; Wertheimer Archiv).

15. Klüpfel II. 180, 191.

16. Die beiden Bundesmitglieder waren, seit der nach hartnäckigen Widerspruch Brandenburgs erfolgten Aufnahme Nürnbergs i. J. 1500, gegenseitiger Hilfeleistung überhoben; der vom andern angegriffene Teil hatte Anspruch auf den Beistand der Einung. Ein gütlicher Abschied des Tages zu Augsburg (30. XI. 19) in den damaligen Streitigkeiten ward von dem Markgrafen abgelehnt, worauf Nürnberg Bundeshilfe zur Vollziehung des Abschieds beantragte; Küpfel 178, 186. — Noch Anfang 1522 waren beide unverglichen; im Juni 1522 bat Br. wider Nürnberg um Bundeshilfe; daselbst 218, 224, 227.

17. D. R. A. II. 22 n.

18. Looshorn, Bamberg IV. 540.

19. Seit 20. V., D. R. A. II. 75.

Druck den Ausschluss Nürnbergs aus dem Bunde zu erreichen. Die Pfalz stand damals auch mit dem seit lange befreundeten Würzburg wieder in Einungsverhandlungen;²⁰⁾ der Gedanke an ein Bündnis zwischen den drei fränkischen Fürsten und Kurpfalz ist wahrscheinlich von letzterer ausgegangen.²¹⁾ Aber während Brandenburg und Bamberg Entgegenkommen zeigten, hielt Würzburg sich nun mehr zurück, näherte sich dagegen dem Schwäbischen Bunde²²⁾ und beantragte hier im August (10. VIII.) 1520 seine Aufnahme.²³⁾ Diese erfolgte dann endgültig erst ein Jahr später (am 10. VIII. 1521)²⁴⁾ nach Verhandlungen, welche durch die gerichtsherrlichen Ansprüche des „Herzogtums Franken“ sehr erschwert worden zu sein scheinen. Noch kurz vor dem Abschluss liess es auf dem Bundestag seine Beschwerden gegen die beabsichtigten Aufnahmebedingungen anzeigen²⁵⁾: Nach der Bundesordnung sollte z. B., wenn ein Teil des anderen Lehen- oder Pfandschaften nicht anerkenne, der Bundesrichter zu Recht erkennen: das sei, meint Würzburg, annehmbar, wenn es nur für die Bundesstände gelte, dagegen gar nicht,

20. Das. Note 2; s. oben S. 150.

21. D. R. A. II, 25, 75 n. 3.

22. Ende Juni 1520 soll Pfalz versichert werden, dass man Würzburg von dem neuen Gegenbund nicht ausschliessen wolle; aber dessen Räte zu den Verhandlungen zuzuziehen, sei wegen ihrer Praktiken nicht ratsam (Markgr. Casimir an Bamberg). Schon im Mai hatte Pfalz von einer Hinneigung Würzburgs zum Schwäb. Bund berichtet (S. 75 n. 3).

23. Durch die kaiserl. Kommissarien; s. Klüpfel II. 192, 197.

24. Mit e. Bundeshilfe v. 150 Reisigen und 500 Mann zu Fuss (Klüpfel II. 215). Würzburg wünschte auszunehmen: Bamberg, Pfalz, Sachsen und Hessen (S. 220 ff.). Die Abmachung wurde geheim gehalten; noch Ende Januar 1523 wusste der fränkische Adel nichts Gewisses über den Eintritt Würzburgs (Würzb. Archiv; vgl. Planitz v. 28. II. 23, S. 381 f.).

25. Durch seine mit vollkommener Gewalt gesandten Räte Sigmund v. Thüngen und Dr. Niclas Hanau. Das Schr. ist datiert v. 31. VII. (Geh. Staatsarchiv, München).

wenn auch für die „Untertanen“. Weiter enthalte der Artikel, welcher die Untertanen zu Gehorsam gegen ihre Herren anhalte, die Einschränkung, dass, „ob die Untertanen Ursache anziehn ihrer Ungehorsam, als ob sie nit bei ihrem alten Herkommen bleiben möchten, dass dann solchs vor dem Bund gehandelt, dem haltenden Theil Handhabung geschehen soll“. Das müsse bewirken, dass „sich die Unterthanen gegen ihrer Oberkeiten aufzuwerfen desto eher unterstehen möchten“. „Die Ungehorsamen zu strafen bleibt billig bei der Obrigkeit und ist s. Gn. erbötig, einem jeden Bundesverwandten, dess Unterthanen sich ungehorsam hielten, Hilf zu thun, die zu Gehorsam zu bringen, desgl. dass s. f. Gn. Ungehorsame zu Gehorsam zu bringen auch geholfen werde.“ — Mit Brandenburg und Bamberg wurde lange noch ohne Ergebnis verhandelt. Markgraf Casimir scheint damals ganz andere Wege einzuschlagen im Begriff gewesen zu sein; Anfang Juni 1523 war er noch nicht wieder beigetreten.²⁶ — Im März 1522 wurde der Schwäbische Bund auf 11 Jahre verlängert;²⁷) Bestrebungen des schwäbischen Adels, dem Zwang des Bundes sich zu entziehen, werden auch damals merkbar.²⁸)

Die Zerstörung einer Reihe der schlimmsten Raubnester in Franken durch den Schwäbischen Bund im Juni 1523 ist

26. S. Klüpfel, 213 f.; Planitz v. 6. Juni 1523 (S. 457); D. R. A. III. 800 n.; vgl. auch Eck v. 1. V. 1523, bei Jörg a. a. O. 81 f.

27. Am 17. III.; vom Kaiser bestätigt am 28. III. 1522; D. R. A. III. 35; vgl. Klüpfel II. 224.

28. Schr. Kaiser Karls an Georg Truchsess, Frhrn. v. Waldburg, v. 21. I. 1522, aus Brüssel. Dieser hatte dem kais. Befehl, beizutreten, nicht Folge geleistet, sondern „mit etlichen Grafen und Herren sonder Eynung gemacht, die uns auch deinethalben angelangt haben, dich des gemelten unsers Punds zu erlassen . . .“ Da der Bund allein auf Recht und Billigkeit gegründet sei, gebietet der Kaiser bei Vermeidung der Acht, dem Bund wieder beizutreten. — Ernstlicher Befehl auch an Georg von Frundsberg v. gleichen Tage; geh. Staatsarchiv München, Stälin IV. 228; vgl. Klüpfel II. 235.

die endliche Verwirklichung einer seit Jahrzehnten gehegten, wiederholt ernstlich geplanten Absicht gewesen. Schon 1504, während des Pfälzer Krieges, war von bairischer Seite ein derartiger Plan zu gründlicher Abstellung der „Heckenreuterei“ ausgearbeitet worden,²⁹⁾ ebenso später (1512/3) unter dem Eindruck der Raubfehden des Götz von Berlichingen, des Hans Thomas von Absberg u. a. gegen Nürnberg. Hier war man der Ausführung bereits sehr nahe gekommen, nur der Einspruch des Kaisers hatte sie schliesslich dennoch verhindert.³⁰⁾ Auch der hauptsächlichste unter den unmittelbaren Anlässen des Zuges von 1523, die Tat des früher mehrmals geächteten, durch Grausamkeiten im übelsten Ruf stehenden H. Th. von Absberg, verübt an Graf Joachim von Oettingen, fällt schon in den Sommer 1520: Wegen alter Rechtsansprüche hatte am Johannistag (24. VI.) Absberg den vom Bundestag zurückkehrenden Grafen überfallen; im Handgemein hatte dieser eine tötliche Wunde erhalten.³¹⁾ Auf Ansuchen der Familie beim Bunde war ein Strafzug für das Frühjahr 1521 in Aussicht genommen, einstweilen, zu besserem Schutz der Grafen, eine streifende Rotte (von ca. 100 Reisigen) aufzustellen bewilligt worden.³²⁾ Auf den folgenden Bundestagen wird der Aufschub des Unternehmens mit dem Reichstag (Februar 1521), mit der Verwendung des Kaisers und der Markgrafen (November), mit den Reichs-

29. Gutachten im Geh. Staatsarchiv zu München.

30. S. oben S. 147. Am 1. VI. 1513 hatte sich das Heer zu Nördlingen sammeln sollen. Es war auch damals schon zunächst auf das feste Boxberg, denen von Rosenberg gehörig, abgesehen gewesen, ferner auf 20 andere fränkische Burgen, der Familien Absberg, Berlichingen, Schaumberg, Truchsess, Münster, Steinrück, Thünngen u. a.; Kamann S. 47 f.

31. Baader, Verhandlungen über Thomas v. Absberg (Bibl. des Litterar. Vereins Bd. 114). Zu dem Rechtsstreit s. die Darstellung beider Parteien bei Klüpfel 189, 194.

32. Am 10. VIII. 1520 zu Ulm; Klüpfel II. 191 f.

angelegenheiten (Februar 1522) begründet.³³⁾ — Neben Klage und Mahnungen des Hauses Oettingen gegen Absberg gehen seit August 1520 diejenigen der Städte Augsburg und Nürnberg gegen Hans Melchior von Rosenberg u. a. wegen Plackereien.³⁴⁾ — Nachdem auf dem Tage zu Nördlingen (Juni 1522) der Kriegszug mit der Hälfte gesamter Bundeshilfe auf 15. September festgesetzt worden war, ward er, (am 1. September), noch einmal, auf den 1. Mai 1523 verschoben.³⁵⁾ Zum Bundesfeldherrn wurde Jörg Truchsess, Freiherr zu Waldburg bestimmt. —

Anzeigen einer starken Erregung im fränkischen Adel werden schon seit Frühjahr 1522 merkbar: Die Bischöfe von Bamberg und Würzburg baten damals den Bundeshauptmann, alles aufzubieten, damit die Oettingen'sche Fehde in Güte beigelegt werde.³⁶⁾ Als dann die markgräfliche Statthalterschaft auf dem Gebirg die dortigen Amtleute aufbot zur Bundeshilfe wider Absberg, erklärten sie einstimmig (auf einem Tag zu Culmbach am 19. August), dem Aufgebot nicht folgen zu können, da die Hilfe nur zu ihrer aller Schaden verwendet werden solle.³⁷⁾ Ueber die Wirkung der gleichzeitigen Würzburger Aufgebote, die jedoch mehr mit dem Hilfesuch der Pfalz zusammenzuhängen scheinen,³⁸⁾ lie-

33. Dasselbst S. 203, 217, 223; vgl. Looshorn, Bamberg IV. 552.

34. Klüpfel S. 193, 203, 218, 223, 228.

35. Das. S. 225, 232.

36. Schr. v. 26. IV. aus Nürnberg; Looshorn, IV. 552.

37. Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode, S. 77 f. — Am 8. VIII. 1522 liess das Regiment ein scharfes Mandat an die markgräfliche Regierung ausgehen, dem dortigen Plackerunwesen ernstlicher als bisher entgegenzutreten; Looshorn, IV. 553; vgl. D. R. A. III. 257 n. 4.

38. S. unten S. 228 f. Das „Aufbottbuch“ des Würzb. Archivs enthält ein Aufgebot an Grafen, Herren und Ritterschaft des Stifts vom achten Laurentztag (17. VIII.) 1522, das nächstfolgende ist v. Sa. n. Egidii (6. IX.) datiert. — Die Aufgebote sind allgemein zweierlei Art; sie mahnen entweder zu Vorbereitung des Zuzugs

gen Nachrichten nicht vor. Am 13. September schrieben von einem Ausschusstag „etliche von der Ritterschaft, in Eile versammelt,“ an die fränkischen Fürsten³⁹⁾ mit der dringenden Bitte um Verwendung beim Schwäbischen Bund.

Die Spannung ward bald noch erhöht durch die Ereignisse am Rhein: Franz von Sickingen, dessen reich veranlagte und kräftig sich geltend machende Persönlichkeit, dessen im planvollen Streben nach Macht mit unbekümmerter Entschlossenheit unternommenen, im Erfolg bisher ausserordentlich glücklichen Kriegsunternehmungen gegen Städte und Fürsten ihm längst bedeutendes Ansehen und lebhaftes Sympathieen unter seinen Standesgenossen verschafft hatten, warb seit Frühjahr 1522 wiederum für einen Kriegszug. Das Ziel blieb anfangs verborgen; man riet auf Hessen, auf Graf Georg von Wertheim, auf die Bischöfe von Speier und Worms u. a.⁴⁰⁾ Beunruhigt durch diese Gerüchte, in welchen der tatsächliche Umfang der Werbungen noch stark vergrößert war, begannen die rheinischen Fürsten ihre Bundesgenossen um Beistand anzugehen.⁴¹⁾ Anfang Juli (7. VII.) bat Kurfürst Ludwig v. d. Pfalz den Bischof von Würzburg, sich in Rüstung zu halten, um, wenn nötig, Hilfe zu bringen. Würzburg sagte dies (14. VII.) zu.⁴²⁾ Später (13. August)

(„Dich mit Deinen reisigen Knechten anheim zu halten und auf das Wiederschreiben zuzuziehen“) oder zum Zuzug selbst; im ersteren Fall wird im Eingang die Ursache angegeben in Formeln wie: „Nachdem sich die Läufl beschwerlich und sorglich anlassen“, oder „geschwind und aufrührerrisch erregen“ (so im Herbst 1522).

39. Wenigstens a. d. Markgrafen (Looshorn IV. 557) und an Würzburg (Würzb. Archiv: . . . da der Bischof „aus schuldigem fürstl. Amt u. nach Sage der Recht u. der Gebräuche Teutscher Nation verpflichtet“ sei, seine Untertanen vor Vergewaltigung zu schützen.

40. Ulmann, Franz von Sickingen 271; Planitz, v. 22. VI. 1522 (S. 184).

41. Vgl. Ulmann 278.

42. Würzb. Archiv.

berichtete jener abermals von verdächtigen Bewegungen am Rhein, von Gerüchten, nach denen für Bartholomei eine starke Ansammlung beabsichtigt sei; sei daran etwas Wahres, so werde wohl auch Franken seinen Beitrag an Reisigen stellen, er bitte deshalb deren Abzug event. zu verhindern. In seiner Antwort (v. 16. VIII.) meldete Würzburg, auch von anderer Seite sei ihm die Nachricht von einem Gewerb in Franken zugegangen, ohne dass er bestimmtes habe erfahren können. Als bald darauf Sickingen selbst dem Pfalzgrafen, seinem Lehensherrs, von seinen Absichten gegen Trier Meldung machte,⁴³⁾ in der Hoffnung, seines Wohlwollens oder wenigstens seiner Passivität sich zu versichern, zögerte dieser im Gegenteil keinen Augenblick, für das verbündete Trier die vertragsmässige Hilfe zu rüsten, und — schon am folgenden Tage, 28. VIII. — sich bei seinen sonstigen Bundesgenossen, darunter auch bei Würzburg⁴⁴⁾ zu bewerben falls er nun selbst von Sickingen angegriffen werde. Würzburg erwiderte (4. IX.) bereitwillig, obwohl es schon auf das frühere Ersuchen die Seinen aufgeboten habe, wolle es nochmals erinnern, sich gerüstet zu halten. Am 6. September erliess er dementsprechend ein Aufgebot an die Lehensgrafen und die Ritterschaft des Stiftes;⁴⁵⁾ auch kam der Bischof der Aufforderung des Regiments, seine Lehensleute von Sicking-

43. Am 27. VIII. 1522. Vom gleichen Tag ist auch sein Fehdebrieff an Trier datiert. Ulmann 290; dort auch die Gründe für den Umschwung in der früher sehr wohlwollenden Gesinnung des Kurfürsten Sickingen gegenüber, seit 1519.

44. Auf Grund der mit ihm „habenden Eynung“; Würzb. Archiv. — Gleichzeitig wandte auch Hessen sich an Würzburg, sowie an die Grafen von Henneberg, Wertheim u. a. um Hülfe (Ulmann S. 291), die von Henneberg wenigstens geleistet worden zu sein scheint (s. unten S. 232 n. 56).

45. Sa. n. Egidii, an 14 Grafen und Herren (Hermann und Wilh. v. Henneberg, Michel und Georg v. Wertheim, Johann zu Castell, Albr. und Wolf v. Hohenlohe, Gotfried zu Limburg, Christof zu Schwarzenberg u. a.) und ca. 240 Ritter und Edelknechte.

gen abzurufen, alsbald nach.⁴⁶⁾ Kurz darauf (11. IX.) bat Pfalz um Zuzug gen Heidelberg, der mit Schreiben vom 23. IX. zugesagt wurde: 200 Reisige würden am Montag bis Mossbach kommen, von da nach Heidelberg reiten. Einige Bedenklichkeit klingt durch aus der „Zuversicht, sie sollen sich gen e. L. und ihren Hauptleuten gehorsamlich erzeigen und halten, als frummen vom Adel wohl geziemet“.⁴⁷⁾ Nach der Wendung, welche die Dinge gerade in diesen Tagen nahmen, bedurfte jedoch Pfalz der Hilfe nicht mehr und bat (26. IX.), die Reisigen zurückzuhalten, oder „wendig zu machen,“ doch in Rüstung zu bleiben. — Der Beistand war erbeten und auch gewährt worden, obwohl der Bittende

46. Concept e. Schreibens an Ulrich v. Hutten, Wolf v. Berlichingen, Ulrich (?) v. Rotenhan, von So. n. Egidii (7. IX.): Aufforderung, bei den Pfichten, mit denen sie dem Stift verwandt: „Dass ihr euch zu Verhütung euer selbst Schaden und Nachtheil unverzogenlich erhebet und abreitet und also K. Mjt. und des hl. Reichs Landfrieden gehorsamlich erweist und da wider des hl. Reichs Verwandte mit gewaltsamer That euch oder die euren nit gebrauchen lasst;“ das Schreiben des Regiments war in Copie beigelegt; Würzb. Archiv. — Wie gut es Sickingen verstand, unter Ausnützung auch seines Titels als kaiserl. Rat und Diener, sowie der unruhlichen Rolle, die Trier bei der Kaiserwahl gespielt, sein Unternehmen den Anzuwerbenden als gesetzlich unanfechtbar hinstellen, zeigt z. B. ein Schreiben eines ungenannten Adligen aus S.'s Feldlager v. 4. IX. 22 in D. R. A. III. 801 (a. d. Bamb. Archiv),

47. Würzb. Archiv. Dazu ein Aufgebot für 23. Sept. gen Abend nach Würzburg. „Nu stehen uns itzo eilend Sachen zu, dass wir Reisiger nothdürftig sind . . .“ an versch. Grafen und Edelleute. — Ferner ein solches (v. 16. IX.) auf 25. IX. gen Würzburg, an versch. Gemeinden und „an alle Amtleute des Stifts.“ — (Letztere sind 35 Personen mit 37 Aemtern, darunter Graf Wolf v. Castell zu Stolberg, Friedr. Herr zu Schwarzenberg, zu Marksteinach, Sigm. Fuchs zu Burglauer und Münnerstadt, Eyring von Rotenhan zu Ascha, Wilh. v. Schaumberg zu Trimberg, Engelh. v. Münster zu Ebenhausen, Christof Fuchs zu Bramberg, Ph. v. Berlichingen zu Jagstberg, Lorenz v. Rosenberg zu Meckmühl, 4 v. Thüngen, 4 Truchsess, Wilh. v. Bibra zu Melrichstadt u. a.)

selbst von niemand angegriffen war; möglicherweise war es, — obwohl der Bischof später seinem Adel gegenüber nur seine Einungspflichten als Rechtfertigung anführt, — auch auf Grund der Landfriedensordnung und infolge der dieser entsprechenden Haltung des Regiments geschehen. Dieses war anfangs vorsichtig vorgegangen, hatte den Friedbrecher mit seinen Forderungen auf den Rechtsweg verwiesen und die Stände zur Abrufung ihrer Verwandten angehalten, mit dem gleichzeitigen Gebot, zu rüsten, um auf weitere Weisung erst zuzuziehen.⁴⁸⁾ Solche Weisungen scheint es dann aber am 10. und 18. September —, ohne sonst sichtbaren Erfolg freilich —, erlassen zu haben.⁴⁹⁾ Wesentlich stärkere Verpflichtung lag für Würzburg vor, nachdem am 10. Oktober über Sickingen die Acht — in Abweichung von der Landfriedensordnung ohne vorhergehende Citation — ausgesprochen worden war⁵⁰⁾ und dieser auch gegen die Pfalz Feindseligkeiten eröffnet hatte.⁵¹⁾ Der Pfalzgraf ersuchte nun (14. XI.) den Bischof „vermöge der Eynung“ um Sendung von 50 gerüsteten Reitern; die vorläufige Zusage Würzburgs ist vom 21. XI. datiert.⁵²⁾

Bis in den Oktober war die fränkische Ritterschaft von den Ereignissen am Rhein nicht wesentlich berührt worden.

48. Ulmann 291 f. — Aehnliche Massregeln hatte das Regiment auf die ersten Gerüchte im Juni getroffen. Planitz 184.

49. Ulmann 305 n.

50. D. R. A. III. 818. Eine Uebereilung, die man bald bereute; s. Planitz v. 25. Nov. (S. 255) und D. R. A. III. 291.

51. Am 14. XI. berichtet Pfalz an Würzburg, von Sickingen erst am 13. XI. einen Fehdebrief erhalten zu haben, nachdem dieser ihm 12 Tage zuvor schon den Ort Lützelstein gebrandschatzt habe.

52. Am 25. XI. meldeten Statthalter und Räte dem damals in Nürnberg am Regiment sitzenden Bischof, sie hätten seinem Befehl (v. 22. XI.) gemäss den Einungsbrief nachgesehen, und gefunden, dass man die Hilfe zu gewähren schuldig sei. Die 50 Reiter anzuführen habe aus des Bischofs Hofgesinde Eustachius v. Thüngen sich bereit erklärt, falls ihm solches vom Bischof selbst befohlen werde; Würzburger Archiv.

Sickingens Unternehmung gegen Trier war, ebenso wie seine früheren, doch nur ein besonders glänzendes und grossartiges, weil mit hellerem Blick und grösseren Mitteln ins Werk gesetztes Beispiel für die Art, wie damals noch immer Ritterbürtige in grosser Zahl, — aus der einzelne Gestalten wie Wilhelm zu Fürstenberg, Philipp zu Solms, Dietrich Spät, Nikel v. Minkwitz, Götz v. Berlichingen u. a. stärker hervortreten — an dem ererbten kriegerischen Berufe fest hielten, in Fehden bald für eigne, bald für fremde Rechnung ihr Glück zu machen suchten. Bei weitem das grösste Ansehen unter all diesen besass freilich Sickingen. Der Dienst unter ihm wurde von manchem geachteten Edelmann als Ehre nachgesucht⁵³⁾ und für alle war, nach seinen glänzenden früheren Erfolgen, verlockend die Wahrscheinlichkeit grossen Gewinnes als Beuteanteil. Aber man hat doch vielleicht auch die damaligen militärgeschäftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Gegenden Deutschlands, die Beweglichkeit, das Mass von Initiative, wenigstens soweit das abseits liegende Franken in Frage kommt, noch etwas überschätzt; hier spielte sich, wie das standespolitische, so auch

53. S. Ulmann, Sickingen, z. B. S. 270 f. — 1518 (29. IV.) rät ein Herm. v. Reckenroth seinen Herren, den Herzögen von Sachsen, Sickingen in ihre Dienste zu ziehen, denn er sei „bei Fürsten, Grafen und dem Adel fast hochlich geacht, und gemeiniglich alle Reisige in dieser und umliegender Landschaft sind ihm dienstbarlich und er vermag sie uss zu bringen, hält auch etlich Freiherrn und vom Adel an seinem Hof, fast stattlich“ u. s. w. (Weimarer Archiv). — Als Graf Bernhard zu Solms sich um Dienstgelegenheit für seinen Sohn Wilhelm umsieht, ist er — noch Mitte Sptember 1522 — entschieden geneigt, nicht eine der vorgeschlagenen Möglichkeiten (Hessen, Würzburg), sondern den Dienst unter Sickingen zu wählen (Schr. an Wilh. v. Henneberg v. 14. IX. 1522, Henneb. Archiv). — Graf Eitel Fritz v. Zollern bot kurz vor der hessischen Fehde auf das Gerücht hin, dass Sickingen werbe, sich mit lebhaftem Eifer zu Diensten an; „dir vor andern zu dienen findst du mich allezeit willig“ (Schr. v. 17. VI. 1518 aus Brabant; Marburger Archiv).

das Fehdeleben im grossen und ganzen auch jetzt noch innerhalb der Landschaft ab. So scheint auch tatsächlich neben dem Anteil der Pfalz, neben den Werbungen am Ober- und Niederrhein⁵⁴⁾ der Zuzug für Sickingen aus Franken kaum in Betracht gekommen zu sein.⁵⁵⁾ — Eine prinzipielle Bedeutung für den gesamten Adelsstand gewann die rheinische Fehde aber durch die Art, wie die gegen Sickingen verbündeten Fürsten (Trier, Pfalz und Hessen) die Sachlage — Sickingen war von Trier unverrichteter Dinge zurückgekehrt und hatte seine Truppen entlassen müssen — auszunützen begannen gegen alle, die Sickingen irgendwie beigestanden hatten. Im Laufe des Oktober nahmen sie das Stammschloss Hartmuths v. Cronberg,⁵⁶⁾ das dem Mainzer Hofmeister Frovin v. Hutten gehörige Salmünster, Güter des Hilchen v. Lorch, des Philipp Weiss v. Feuerbach u. a. in Besitz. Solches Einschreiten der Fürsten gegen unbequeme Elemente der Ritterschaft musste allgemein bei dieser Schrecken und Erbitterung erregen. Es lief zudem auch der Reichsordnung zuwider, da es sich hier nicht um Nacheile zu frischer Tat handelte, sondern um Verdächtige, denen zunächst die Möglichkeit, sich zu rechtfertigen, hätte gewährt werden müssen; vergebens versuchte aber das Regiment einzugreifen, nun auch die drei Fürsten ebenso wie früher Sickingen, auf den Rechtsweg zu verweisen.⁵⁷⁾

54. Ulmann 279 f.

55. Vgl. oben n. 46.

56. Die Anführer der Reisigen, welche Gr. Wilh. v. Henneberg an Hessen gesandt hatte (s. oben n. 44; es waren Bernhard v. Utharth (?), Paul Fuchs und Stachius v. Wirsberg), schrieben am 11. Okt. ihrem Herrn, dass der Landgraf vor Cronberg ziehe; sie bäten, sie abzurufen, da ihnen beschwerlich sei, gegen den Adel zu dienen. Der Graf antwortete (13. X.), falls der Landgraf vor Cronberg bleibe, sollten sie — in glimpflichster Form — das mitgesandte Abberufungsschr. abgeben. Dieses (datiert v. 12. X.) bittet, die Reiter zu entlassen, da der Graf sie nötig brauche.

57. Ulmann 313 f.

Seit undenklichen Zeiten hatte der Kriegsmann seinen Unterhalt gewonnen, indem er sein Schwert in den Dienst eines Fürsten, eines Genossen, einer Stadt stellte, ohne viel nach Ziel und Zweck der Fehde, nach dem Namen des Gegners zu fragen; diese Dinge waren und blieben meist Sache des Auftraggebers; wir wissen z. B. aus Einungsbestimmungen, dass Fälle häufiger waren, in denen man erst spät, vielleicht erst durch das persönliche Aufeinandertreffen darüber aufgeklärt wurde, dass man gegen einen Freund angeworben worden war.⁵⁸⁾ Schwer fiel es daher mit der Forderung des Gesetzes sich abzufinden, dass auch hier jeder für sein Tun verantwortlich sein, dass auch wer in gutem Glauben dem Andern eine „Reise gedient“, Strafe mit erleiden solle. Empfindlicher noch waren die Standesanschauungen verletzt durch das gesetzliche Verlangen, bei Friedbruch solle dem Friedbrecher — der vielleicht von dem Mächtigeren vergewaltigt war, auf dem Rechtsweg sein Recht nicht hatte erlangen können, — jede Zuflucht, von dem Bluts- oder Einungsverwandten ebenso wie von jedem anderen, versagt werden;⁵⁹⁾ die gleichzeitigen Burgfrieden und Einungsbriefe stehen denn auch mit dieser Gesetzesbestimmung in völligem Widerspruch.⁶⁰⁾ Glaubte so der Adel schon gegen die neue Reichsordnung in diesen und manch anderen Punkten dringende Beschwerden zu haben, so schien er nun, nachdem seine ausgesprochenen Gegner teils, wie der Schwäbische Bund, mit richterlichen Befugnissen für den Strafvoll-

58. S. oben z. B. S. 165 n. 101.

59. S. oben S. 107 n. 3.

60. Burgfriede v. ca. 1520 zw. den Gr. Joh. u. Wolfg. v. Castell, art. 12: Landfriedensbrecher dürfen (nur) dann eingelassen werden, wenn sie dem Burgfrieden gemäss leben wollen (Wittmann, Nr. 677). Die Wetterauer Einung v. 18. VI. 1522 gewährt dem in Zwist mit einem Fürsten begriffenen Verwandten die Berechtigung auf Hausung und Enthaltung, wenn der Fürst das Recht verweigert und Hauptmann und Räte den Fall geprüft, das Recht auf Seite des Genossen erkannt haben.

zug durch den Kaiser ausgestattet worden waren,⁶¹⁾ teils, wie hier die rheinischen Fürsten, eigenmächtig Exekutionen gegen die ihnen Verdächtigen, ohne jede Rechtshandlung und unbeirrt durch den Einspruch der Reichsbehörde, selbst vollzogen,⁶²⁾ diesen seinen Feinden schutzlos preisgegeben. Heftiger als anderswo machte sich bald in Franken die Missstimmung des Adels, hier schon zuvor zu dumpfer Erregung gesteigert durch die Exekutionsabsichten des Schwäbischen Bundes, infolge dieser Vorgänge Luft. —

Nach dem Misslingen seines Unternehmens, das eine weit über Erwarten starke Gegenwirkung hervorgerufen hatte, sah Sickingen sich, entschlossen Stand zu halten, nach Truppen und Bundesgenossen um. Wie früher warben auch jetzt seine Agenten und Freunde Reisige und Fussvolk im Elsass, am Rhein, in Norddeutschland, in Schwaben⁶³⁾ und Franken.⁶⁴⁾ Daneben aber fasste er nun, durch die Grösse der ihm drohenden Gefahr veranlasst, die Möglichkeit einer Erhebung

61. Am 1. II. 1522 hatte Karl V. den drei Richtern des Bundes die Gewalt erteilt, auch ausserhalb des Bundes Stehende vor sich zu Verhör zu zitieren (D. R. A. III. 35). Die Instruktion für seine Gesandten auf den damaligen Bundestag (zu Ulm am 1./2. II.; datiert Brüssel, 27. I.) besagte, der Kaiser habe die begehrten „sonder Freiheiten“, „nämlich wie es mit der Purgation in friedbrüchigen Händeln, auch mit Leistung der Zeugen und in Appellationssachen gehalten werden soll,“ erteilt, um die endliche Erstreckung des Bundes zu fördern, nur was die Appellation angehe, die beantragten Worte „unangesehen unseres Kammergerichts Ordnung“ gestrichen. Geh. Staatsarchiv, München.

62. Der Begriff der „Nacheile“ (L. Fr. Ordnung v. 1521, D. R. A. II. 319; vgl. oben S. 217 f.) traf auf das Vorgehen der Fürsten, bes. gegen H. von Cronberg nicht zu.

63. Ulmann, 319 f.; D. R. A. III. 827, 855.

64. Pfalz an Würzburg und Markgraf Casimir v. 20. XI. Hört von Gewerb in Franken für Sickingen, bittet um Einschreiten. Ausschreiben Würzburgs an seine Amtleute, niemand dem Fr. v. Sickingen zuziehen zu lassen (ohne Datum). Befehl des Markgrafen aus Nürnberg an seine Räte in Onolzbach v. 27. XI., an alle Amt-

ganzer Stände gegen die Fürstenmacht ins Auge; zunächst dessen, dem er selbst angehörte.⁶⁵⁾ Hier versprach eben am ersten Erfolg ein Versuch bei der fränkischen Ritterschaft, die neben der in Schwaben die festeste Organisation besass, die durch lange ständische Kämpfe in ein gewisses Mass andauernder Spannung versetzt war und die jetzt der nämlichen Gefahr, welche Sickingen von den rheinischen Fürsten drohte, von dem Schwäbischen Bunde entgegensah. Ende Oktober wendete er sich an einige der ihm bekannteren Glieder des Odenwälder Adels, mit der Bitte, zu veranlassen, dass die fränkische Ritterschaft berufen werde zur Beratung darüber, was nach dem gewaltsamen Vorgehen der Fürsten zu tun sei.⁶⁶⁾ Klar sei, dass die Fürsten nichts geringeres beabsichtigten, „denn uns alle von der Ritterschaft mit Gewalt ihnen ganz zu Gehorsam nach ihrem Willen zu dringen, dadurch unser keiner . . . dem anderen zur Billigkeit weder Rat, Hilfe oder Dienst beweisen könnt, . . . welches dann bei unsern Eltern nit erhört . . .“ Das Schreiben schliesst mit der aus Beweisen von Teilnahme geschöpften Hoffnung, es seien wohl noch „viel ehrlicher Fürsten, die solcher unbilliger gewaltsamer Handlung kein Gefallnes tragen.“ Dieser Aufruf hatte zunächst die gewünschte Wirkung: Gegen Ende November (21.) haben die Würzburger Statthalter ihrem Herrn zu melden,⁶⁷⁾ es seien kürzlich einige vom Adel zu Ebrach, Wechterswinkel und Hamelburg versammelt gewesen; auch sei auf Katharinentag (25. XI.) wie-

leute und Ritterschaft zu schreiben, dass sich niemand bewegen lasse, wider den Pfalzgrafen zu ziehen, „doch den Franzen in Allweg ungemelt, sondern dass sich alle die unsern anheims enthalten . . .“ (Würzb., Bamb. Archiv).

65. S. Ulmann, 325.

66. Schr. v. 31. X. 1522, an Graf Albrecht zu Hohenlohe, Zeisolf v. Rosenberg, Engelhard, Ritter und Jörg v. Hirschhorn, Lorentz v. Rosenberg, Phil. und Götz von Berlichingen (Münch, Sickingen III. 33; vgl. Ulmann 326).

67. Würzb. Archiv; vgl. D. R. A. III. 862 n.

der ein Tag zu Schweinfurt beabsichtigt, „den, als uns angezeigt, ihrer drei vom Adel an viel von der Ritterschaft, daneben etliche in Sonderheit an sondre Personen ausschreiben, aber nit angezeigt, in was Sachen“ Es gehe mancherlei Rede; es solle dort 1. „zu Schein fürgenommen werden der gemeine Pfennig,⁶⁸⁾ als solle jetzt beschlossen sein, denselben zu geben, und durch die selbige Ursach eine gemeine Pflicht angesucht werden,“ um Zuzug auf Erfordern der Hauptleute zu ermöglichen; 2. verhandelt werden über die „unerhörten Mandate“, sie „von den Diensten zu dringen, die ihre Voreltern ob hundert und mehr Jahren Fürsten, Herren und guten Freunden gethan;“ „wo die Dienst abgehen sollten, so könnt kein Rittersmann bei dem Seinen bleiben;“ dass man deshalb mit Acht oder Ueberzug beschwert werden solle, sei unleidlich. Ihrem Schreiben legten die Statthalter den Entwurf einer Instruktion für zwei auf diesen Schweinfurter Tag zu sendende Räte bei.⁶⁹⁾ Nach einigen Aenderungen durch den Bischof besagte dessen dort vorzubringende Werbung:⁷⁰⁾ Er sei erst kurz an der Regierung, habe bisher alle Unbilligkeiten seiner Beamten abzustellen gesucht, auch die Zahl der Adeligen in allen Aemtern vermehrt. Es werde ihm verübelt, dass er dem Schwäbischen Bunde beigetreten sei; aber er habe, zum Besten seines Landes, keine Wahl gehabt, nachdem alle Nachbarfürsten beigetreten seien und der Kaiser ihn heftig dazu gemahnt habe; auch wisse der Adel wohl, welche „Stütze

68. Die beabsichtigte Türkensteuer. Nach dem Vorschlag v. April d. J. sollten wieder die fränk. Fürsten mit ihrem Adel deswegen verhandeln; später (Jan. 1523) wurde statt jener das Regiment mit Unterhandlungen betraut (D. R. A. III. 196, 382).

69. D. R. A. III. 862 n. Um von den Ereignissen nicht überrascht zu werden, erliess man am 24. XI. ein Aufgebot an etliche vom Adel, Di. n. Andreastag (2. XII.) in Würzburg gerüstet zu erscheinen, sowie ein anderes an alle Amtleute, Kellner, Vögte des Stifts, sich bereit zu halten.

70. Datirt v. 23. XI.; Würzb. Archiv.

und Trost ihm entfallen“ sei durch den Tod Herzog Georgs v. Baiern und die Veränderung der Herrschaft in Württemberg,⁷¹⁾ und was ihm zu Worms bei Empfang seiner Regalien und Lehen von den benachbarten Fürsten begegnet sei.⁷²⁾ Etliche des Adels hätten — u. zw. alle zu gleicher Zeit, somit wohl auf Verabredung — ihm ihre Aemter aufgeschrieben;⁷³⁾ er bedaure das, habe dazu keine Ursache gegeben. Er sei einer vom Adel, wolle nur das Beste der Ritterschaft.

Auch der Reichstag richtete bald nach seiner Eröffnung (17. Nov.) ein abmahnendes und beruhigendes Schreiben an die Schweinfurter Versammlung,⁷⁴⁾ indem er die Widerrechtlichkeit von Sickingens Handlung gegen Trier darlegte und dessen Behauptungen widersprach: In ihren Aemtern, in ihren und des Reichs geheimsten Geschäften gebrauchten die Fürsten den Adel, bewiesen ihm somit Vertrauen, gewährten ihm ehrlichen Unterhalt; dem Adel ihr Wohlwollen zu beweisen hätten sie zu Worms in den rechtlichen Austrag gewilligt. Den Verunglimpfungen der Anhänger Sickingens möge der Adel nicht Glauben schenken, sich nicht zu dessen Unterstützung bewegen lassen; Acht und Strafe müssten sonst die Folge sein. Hingegen sei das Reich weit davon entfernt, irgend einen vom Adel ohne zweifellose Verschuldung zu beschweren. Habe man Klagen

71. Wo nach Vertreibung Herzogs Ulrich durch den Schwäb. Bund (1519) das Land in österreichische Verwaltung genommen worden war.

72. Gegen Belehnung Würzburgs mit der herzoglichen „Fahne v. Franken“ hatten Sachsen, Mainz, Bamberg und Markgraf Casimir Einspruch erhoben; D. R. A. II. 765 n.

73. Hierüber s. unten S. 277.

74. V. 24. XI. 1522; D. R. A. III. 693 ff.; — „ , , , dieweil in gemeinen Adel gebildet, als wollten die Fürsten sie verdrucken, auch viel, die nit in der Acht sein, sich darin zu sein besorgen . . . ist für gut angesehen“ etc. (Aufzeichnung e. Reichstagsmitglieds, selbst S. 286).

über Gewalt wider des Reichs Ordnung oder über Mangel billigen Rechtes, so möge man die zu Nürnberg vorbringen. — Sickingen seinerseits legte in der Instruktion seiner nach Schweinfurt Abgesandten⁷⁵⁾ noch einmal ausführlicher seine Gründe zur Fehde, die Gewalttätigkeit der drei Fürsten gegen seine Freunde, die ihm doch nur die Treue bewahrt hätten, und die Gemeinsamkeit der Gefahr dar. —

Von dem Verlauf dieses Schweinfurter Rittertages von November 1522 erfahren wir Einiges aus dem Bericht der Würzburger Gesandten:⁷⁶⁾ Sie waren am 26. XI. in Schweinfurt angekommen und hatten etwa 100 vom Adel dort angetroffen. Auf ihre Werbung hatte die Versammlung, durch Georg v. Schaumberg, ihren Dank ausgesprochen und um Abschrift zur Vorlegung auf einem gemeinen Adelstage gebeten, mit der Anzeige, „dass sie jetzt von gemeiner Ritterschaft des Landes zu Franken bei einander nit seien,“ dass vielmehr nur einige aus besonderen Beschwerden ihre Freunde beschrieben hätten, deren Rat zu hören, um „künftige und merkliche Beschwerden, die ihnen zum Teil allgeret begegnet und vor Augen wären,“ zu verhüten. Die Gesandten hatten die erbetene Abschrift geglaubt vorerst

75. Unterricht, was auf dem Tag zu Schweinfurt dem Adel anzuzeigen sei (Würzb. Archiv, im Auszug bei Ulmann 326 f.). Ihnen in Franken als „mit den vordersten in Ansehen“ gebühre „zu bedenken, dass was heut einem über Nacht dem andern beschwerlicher zustoßen“ möge, und auf Mittel zur Verhütung zu denken; durch „tapfere Gegenwehr“ würden andere adelsfeindliche Fürsten abgeschreckt werden, ähnliches zu versuchen und würden auch die Aengstlichen unter dem Adel sich zu ihnen zu schlagen ermutigt werden.

76. Es waren Joh. v. Guttenberg, Dechant, Weyprecht v. Grumbach, Landrichter des Herzogtums Franken, beide Kapitelherren des Domstifts, Hans v. Miltz, Marschalk, Eustachius v. Thüngen, und Clas v. Dettelbach. Ausser ihrem offiziellen Bericht v. 30. XI. (gedr. in D. R. A. III. 862) liegt bei den Akten (Würzb. Archiv, Standbuch Nr. 496) ein undatiertes Schriftstück von wesentlich gleichem, um einige Einzelheiten vermehrten Inhalt.

verweigern zu sollen, um Missdeutungen unter den Fürsten (als ob Würzburg nicht gern im Schwäbischen Bunde sei etc.) zu verhüten; sie rieten die Werbung mit Rücksicht darauf abzuändern;⁷⁷⁾ die Bitte gänzlich abzuschlagen, sei nicht ratsam. Bei der erregten Stimmung des Adels hatten sie des Bischofs Ausschreiben, in dem er das von Hessen erbetene Streifen (mit ca. 70 Pferden) in seinem Lande gestattete, einstweilen zurückbehalten. Sie stellten zur Erwägung, wie am besten drohendem Aufruhr begegnet werde, etwa indem die Verdächtigen zu Verhör, sei es durch den Statthalter Erzherzog Ferdinand, den Bund, Pfalz oder Hessen, vorgeladen, und damit die Unschuldigen zunächst von den Schuldigen gesondert würden. Jedenfalls möge man den Landgrafen von der Gährung im Adel benachrichtigen und wenn es dennoch zum Streifen käme, (es scheint dass dies kurz darauf der Fall gewesen ist)⁷⁸⁾ der Rotte einschärfen, „guten Bescheid zu nehmen und zu geben.“ — Auf eine dringende Bitte des Domkapitels (vom 2. XII.), der Bischof möge die besorglichen Beschwerden der Ritterschaft nach Möglichkeit abzustellen suchen, antwortete dieser (11. XII.), dass er dazu ganz geneigt sei, doch erfordere des „Stifts bewegliche Nothdurft, in allwegen zu verhüten, damit wir nit vermerkt werden, als sollten wir schimpflich Sach vertheidigen . . .“ — In den damaligen Massnahmen Bischof Conrads zeigt sich die im Gegensatz zu früheren Jahren ernstliche und energisch betätigte Absicht, zur Bekämpfung der Missstände in Franken das Seinige beizutragen. Ihr doch wohl zu gut

77. Auf die Antwort der Gesandten hatte die Versammlung, ebenfalls durch Jörg v. Schaumberg, gebeten, den Bescheid des Bischofs gelangen zu lassen an die Herren Hans v. Schwarzenberg für Steigerwald, Hans von Seckendorff für Altmühl, Kargess v. Aufsess für Gebirg, Zeisolf v. Rosenberg für Odenwald, Moritz Marschalk für Rhön-Werra, Hans v. Sternberg für Baunach.

78. Das Ausschreiben an die Amtleute, die Reiter des Landgrafen zu fördern, ist datiert vom 12. Dez. (Würzb. Aufbottbuch).

hatte er in der Austragsfrage nachgegeben, einen Teil seiner Hoheitsrechte zum Opfer gebracht, und unter dem gleichen Gesichtspunkt können auch sein Eintritt in den Bund, seine Hilfeleistung an Pfalz, und die hier genannte Erlaubnis, welche die Strauchritter in Schrecken setzen, heimliche Werbungen verhindern sollte, betrachtet werden. Selbstverständlich sind für jede dieser Massregeln auch noch andere Gründe mit bestimmend gewesen.

Ausserordentlich rührig waren in diesen Tagen die in Schweinfurt anwesenden und andere Adelsführer. Zunächst ward — zur Beratung in den Angelegenheiten der Vergewaltigten und Bedrohten, zur Beantwortung der Werbungen der Reichsstände, Würzburgs, auch des Hochmeisters — ein gemeiner Adelstag auf St. Pauls Bekehrung (25. Januar) 1523, wiederum nach Schweinfurt, ausgeschrieben,⁷⁹⁾ zu diesem Tage Ladungen ausser an die fränkischen Grafen und Herren,⁸⁰⁾ auch an die Grafen in der Wetterau, am

79. „Herren und gemeine Ritterschaft zu Franken, so itzo auf St. Kathreinstag zu Schweinfurt versammelt gewest;“ v. 28. XI., Marburger Archiv, gedr. bei Münch, Sickingen, III. 34: Gewalttaten am Rhein; „auch ein gemein Gerücht, künftigs Frühlings andere vom Adel zu Franken gleichermassen zu beschweren;“ Ansuchen fremder Fürsten, in Franken auf ihre Feinde streifen zu lassen. Da die Absicht der Fürsten „nach gemeinem Spruch, dass ein Heer nit in einem Sack zu führen,“ allem fränk. Adel Verderben oder Beschwerde drohe, bäten sie, auf dem Tag zu erscheinen „und ob den hievor ergangenen unschicklichen und eigen nutzigen Beschlüssen gemeines Tags (— von einem solchen Tag haben wir leider, wie von dem ganzen Verlauf der Bewegung vor dem Schweinfurter Tag, so gut wie keine Kunde, vgl. oben S. 500 —) nit Scheu empfangen oder Weigerung suchen.“ Bleibe der Adressat fern, so sei „zu vermuthen, dass du dich aller Gnaden, Gunst und Freundschaft, Rath und Hilfe bei gefürsteten und andern Grafen, Freiherren und Ritterschaft verzichten thust, würdest auch dermassen eingeschrieben“.

80. „Instruktion was bei m. gn. Herren, den gefürsteten und andern Grafen und Freiherren zum Land zu Franken gehörend, zu

Harz und in Westfalen, sowie an die Ritterschaften im Kraichgau und in Schwaben⁸¹⁾ ausgefertigt. Wie in grösseren Fragen zweckdienlich und üblich, werden auch damals Beratungen auf Ortstagen dem allgemeinen Adelstag vom Januar 1523 vorausgegangen sein.⁸²⁾ — Auf die nach Schwein-

werben.“ Unterschrift: „Herren, Ritterschaft zu Franken, so ver-
schien Tags Katharinā zu Schw. vers. gewesen.“ Marb. Archiv.
— Inhalt ähnlich dem des Ausschreibens; auch hier die Entschul-
digung wegen der frühern unschicklichen Beschlüsse; — „... nach
dem etliche unser Herren und Freund Franz v. Sickingen gedient,
dieselben sein in merklicher Zahl an das Regiment citirt . . .“ (nach
Packs Aufzeichnung v. Mitte Oktober, D. R. A. III. 828 im ganzen
etwa 80 Edelleute, darunter Ulrich v. Hutten, zur Purgation), woraus
zu vermuten sei, dass sie „um ihres ritterlichen Dienens willen um
Leib, Ehr und Gut gebracht werden sollen“. „Zudem dass uff die-
sen Tags niemants keins gleichen gebührlichen Rechten bekom-
men mögen, auch in unserm Vermögen nit ist, Doktor und die so
wohl gelehrt sein, mit Gold zu settigen.“ Bitte in eigner Person
auf dem Tag zu erscheinen, unter Berufung auf die alte, gute Ge-
sinnung der Grafen etc. zur Ritterschaft. — Ein Begleitschreiben
an die Grafen v. Wertheim, v. 28. XI. 22., bei v. Berlichingen —
Rossach, Gesch. Götz v. B.'s Nr. 112.

81. „Instruktion, was . . . zu werben ist;“ Unterschrift gleich,
Inhalt ähnlich dem der vorigen Instr. — Offenbar sei von den
Fürsten beschlossen, „alle Grafen, Freiherrn, Ritter und Knecht teut-
scher Nation unter das Joch und alle unwidersprechlich zu Gehor-
sam zu bringen und also der Unschuldigen mit dem Schuldigen Last
und Bürden tragen muss, wie denn dess ein klar Exempel vor
Augen in Gewinnung des Schlosses Cronberg, die den Grafen z.
Thl. des Orts anstossend und den Ihren mit Nahme und Pfändung
merklich Beschädigung zugefügt.“ Bitte auf dem Tag zu erschei-
nen, Rat, Hilfe und Beistand zu erteilen. — Am 14. I. 1522 ant-
worteten „Grafen und Herren aus der Wetterau, aus der Eifelden
(Eifel?) und aus dem Westerwald, jetzt zu Köln versammelt“ zustim-
mend auf die durch Graf Eberh. v. Königstein dort verlesene Wer-
bung. Sie haben nach Schweinf. verordnet Ludwig Löb v. Stein-
furt und Andreas Trach, „euer Meinung zu hören und ihres besten
Verstands darin zu rathen“ (Staatsarchiv zu Koblenz).

82. Nachricht liegt nur vor von einem Tag der „Altmühl“ zu
Onolzbach, wo dieser Ort seine Absonderung von den Genossen in

furt ergangene Aufforderung der Reichsstände hin wurden im Laufe der nächsten Wochen „von etlichen aus den Grafen, Herren und Ritterschaft“ die Beschwerden gemeinen Adels „mit Rat etlicher Hochgelehrter“ zusammengestellt, in einer umfangreichen, am 29. Dezember zum vorläufigen Abschluss gelangten Schrift, die den Ständen Mitte Januar überreicht worden ist.⁸³⁾ Die meisten dieser Beschwerdepunkte sind schon in früheren Würzburger Schriften solcher Art, besonders in der von 1511, begegnet; andere, wie die gegen den Schwäbischen Bund, kehren auf dem zweiten Schweinfurter Tag ausführlicher wieder; einige lassen die Erbitterung gegen die einheimischen Fürsten seit den jüngsten Vorgängen durchblicken (Erfordern der Lehenmannen zu Waffendienst ausser Landes gegen Herkommen und Bestrafung der Aussenbleibenden, Gewalttaten der fürstlichen Streifkorps). Die Tonart wird stellenweise sehr scharf, im Unterschied zu der behutsamen Ausdrucksweise der meisten ritterschaftlichen Aktenstücke damaliger Zeit. Die Beschwerden sind geordnet und eingeteilt in solche 1. gegen die Fürsten, 2. gegen die fürstlichen Gerichte, 3. gegen das Kammergericht, 4. gegen den Landfrieden, 5. gegen das Regiment, 6. gegen den Schwäbischen Bund. Dem angeschlossen sind dann noch, unter Hinweis darauf, dass die gegen den Adel gerichtete Landfriedensgesetzgebung nicht die einzige Aufgabe des Reiches sei, Anregungen gegen die grossen Kaufmannsge-

den schwebenden Fragen beschlossen haben wird; die Gesandten der 3 Kriegsfürsten schrieben am 12. I. 1523 dorthin (Ulmann a. a. O. 329).

83. Gedruckt D. R. A. III. 695 ff. — Nach dem Begleitschreiben v. 29. XII. ist die Schrift in Eile, ohne vorherige Beratung, auf gemeinen Adelstagen, verfasst worden, auf die Nachricht hin von der baldigen Schliessung des Reichstages. — Am 27. XI. hatten die zu Schweinfurt Versammelten in e. kurzen Schr. an die Reichsstände um Entschuldigung wegen Aufschub der Antwort, die ohne ihrer Herren und Freunde Wissen zu geben ihnen nicht ziemen wolle, gebeten (Würzb. Archiv); vgl. D. R. A. III. 282.

sellschaften⁸⁴⁾ und gegen Papst und Kirche (art. 74), da die Wormser Gravamina noch unerledigt seien. Die Verfasser schliessen mit dem Erbieten, sobald sie spürten, „dass die Oberkeit den gemeinen Nutz . . . und nit parteiisch einen Stand allein im Reich stets zu verfolgen fürnimmt,“ wollten sie zur Vollziehung der Ordnung des Reichs sich bereit und gehorsam finden lassen. — Die Artikel unter 1. und 2. (1—31) haben eine ebenfalls in scharfem Ton gehaltene Abweisung durch die Würzburgische Regierung gefunden.⁸⁵⁾

Die Beschwerden wider die Fürsten richteten sich: gegen deren Versuche, Versammlungen und Einungen des Adels zu verbieten; gegen das Abschneiden der Gegenwehr, ja der Klage⁸⁶⁾ durch den Wortlaut auferlegter Urfehden; gegen das Belegen von Nichtadeligen erkaufter oder an diese verkaufte Güter mit Reissteuer u. a. Lasten;⁸⁷⁾ dagegen, dass die Fürsten nicht, den Burgfrieden gemäss, einem klagenden Ganerben vor der Ganerbschaft gerecht werden wollten, dagegen forderten, dass der Adel sie in erster Instanz vor ihren voreingenommenen Dienern und Räten verklage;⁸⁸⁾

84. Vgl. die Reichstagsverhandlungen v. 1522/3 über Monopollen, D. R. A. III. 554 ff.

85. D. R. A. III. Anmerkungen zu S. 697 ff.

86. Zu beiden Punkten erklärt die Würzb. Antwort nur, dass solches nie ohne gerechtfertigte Ursache geschehen sei.

87. Würzb. Antwort: „Wird durch die Fürsten des Adels in viel Stücken verschont aus Gnaden, das sie (die Edelleute) darnach für eine Gerechtigkeit haben wollen“ etc.

88. Im Grunde war die Beschwerde durch die Wormser Ordnung von 1521 gegenstandslos geworden; aber diese hatte in Franken noch keinen Boden gewinnen können; noch standen sich hier Fehderecht und fürstl. Gerichtsbarkeit im wesentlichen allein gegenüber; nirgends beruft sich in diesen Beschwerden die Ritterschaft auf den zu Worms errungenen Austrag. Erst später führte ruhigere Ueberlegung dazu, den Hinweis der Reichsstände auf jene bedeutende Konzession der Fürsten nicht ganz ausser Acht zu lassen (s. unten S. 258). — Die Würzb. Antwort weist die Idee der Gleichstellung von Fürsten und gemeinem Adel zurück und erklärt, dass die Fürsten dem Adel vor ihren Räten gerecht würden, geschehe dem Adel zu gut. — „Und haben die von Adel ihnen, den Fürsten, kein Gesetz zu machen.“

gegen die Bedingung vorheriger Belehnung zu gesammter Hand für Lehnserneuerung im Mannesfall;⁸⁹⁾ dagegen, dass heimgefallene Lehen, besonders auch auf Grund von Wahlverschreibungen an die Kapitel, oft nicht wieder ausgeliehen würden; gegen Mängel der Münze; neue Zölle;⁹⁰⁾ gegen das Fernhalten der Ritterschaft von der Regierung der Stifter, die den alten Verträgen (gemeint ist der damals zu Schweinfurt aufgefundene⁹¹⁾ Vertrag von 1435, s. oben S. 92 n. 15) zuwiderlaufe; gegen den Lehensdienst ausser Landes und das Streifen. Die Beschwerden gegen die fürstlichen Gerichte betreffen: Parteilichkeit, Verschleppung, Ueberschreiten der sachlichen Kompetenz bei Landgerichten⁹²⁾ sowohl als Zentgerichten;⁹³⁾

89. Die „Antwort“ erklärt, dass es nur mit Lehen der Bürger, nicht des Adels, so gehalten werde. Doch erscheint die gleiche Beschwerde auch 1511 (s. oben).

90. Die Klage, dass wegen der Zölle der Adel seine „gewachsene überbleibende Frucht von Getreide, Wein etc. desto wohlfeiler verkaufen“ müsse, spricht für Eigenbewirtschaftung in mindestens nicht ganz unwesentlichem Masse; vgl. unten S. 267.

91. Die Vorstellung, welche der fränkische Adel sich von seiner früheren Freiheit und deren immer stärkeren Beschränkung durch die Fürsten gebildet hatte, — eine Vorstellung, die der Wahrheit, soweit die letzten 150—200 Jahre in Betracht kommen, im grossen und ganzen entsprach — hatten ihn dazu geführt, nach alten Urkunden, zur Waffe im Kampf mit den Fürsten dienlich, zu forschen; s. auch oben S. 186 n. 58, z. Z. 1516.

92. Klagen um Schmähworte, Geldschuld und anderen persönl. Spruch, die vor die niederen Gerichte des Adels gehörten, würden an die Landgerichte gezogen. Antwort: Für Würzburg sei altes Herkommen, dass solche Dinge vor des Stifts Gericht gerechtfertigt würden; aus Gnaden sei wohl hie und da, auf des Adels Abfordern, gewiesen worden, doch habe dann entweder der Adelige in bestimmter Frist dem Kläger zu Recht verhelfen müssen, oder die Sache sei an des Stifts Gericht zurückgegangen (vgl. d. Vertrag v. 1408 oben S. 88).

93. Klagen um Schmähworte, die nicht Leibesstrafe erfordern, um Grenzstein, fließende Wunden, Geldschuld, desgl. wie oben, an die Zentgerichte. So werde „der Adel von seinem Gerichtszwang je länger je mehr abgedrungen“, und behalte „der Stärkere seine neulich erlangte Gewer mit Gewalt“. — Die „Antwort“ glaubt, dass eher das Gegenteil der Fall, der Adel sich Gerichtsobrigkeit gern zuziehe, die er nicht hergebracht habe. — Auch im 14. Jahrhun-

Besetzung der Zentgerichte mit untauglichen Personen; die Besoldung der Zentrichter allein aus Bussen, denen an vielen Zenten eine ungebührliche Ausdehnung (für kleine Formfehler etc.) gegeben sei;⁹⁴⁾ Dringen der Unterthanen des Adels zu Reissteuer oder Heeresfolge auch in fremde Lande; Heranziehen zentfreier Güter an die Zenten; Eingehen auf heimliche, leichtfertige Rügen mit nachfolgenden Taxen für Eidesreinigung⁹⁵⁾ u. s. w. — Der geistlichen Gerichte wird diesmal gar nicht gedacht. — In den Beschwerden gegen die neue Reichsordnung, zunächst gegen das Kammergericht, klagt der Adel über unerträgliche Verlängerung der dortigen Prozesse: inzwischensollten die Edelleute, die von einem Mächtigeren ihrer Güter entsetzt seien, „stets ruhen, zusehen, und sich mit Gewalt oder der That, so gegen ihnen doch gebraucht ist, herwiederum nit wehren oder in Fehde treten; ihre Freund sollen ihnen in solchen rechtmässigen Sachen auch nit dienen“. Bei offenkundigem Friedbruch werde in die Acht erkannt, obgleich wohl möglich sei, dass „derselb Thäter solches zu einer rechtmässigen Gegenwehr, oder zu rechtmässiger Strafe seiner Unterthanen oder aus Befehl seiner Herrschaft“ getan habe; niemand möge unerhört in die Acht erklärt werden.⁹⁶⁾ Oft werde eine Ladung dem Betreffenden — auf die Angabe etwa des Klägers, dass die Gegend unsicher sei — nicht persönlich zugestellt, auf das (so unverschuldete) Nichterscheinen hin die Acht ausgesprochen. — Den Landfrieden betreffend müsse der Artikel über Verfolgung zu frischer Tat⁹⁷⁾ zu Missbrauch verleiten, „denn die Begierde, fremde Güter zu haben, wirkt viel“; hoch nötig sei, den Artikel wieder abzutun, „darein die Grafen und Herren, als ihrer viele sagen, nie bewilligt haben“.⁹⁸⁾ Fürsten liessen oft

dert ist die Grenzlinie für Kompetenz von Zent- und Dorfgericht umstritten; in damaligen Verträgen werden vielfach schwere Verwundung, öfters auch Grenzstreit, den Zentgerichten zugewiesen (vgl. z. B. v. Zallinger, das Würzb. Herzogthum, S. 551 f.). — Allgemein sind die Klagen des Adels über Neuerungen etc. nur mit grosser Vorsicht aufzunehmen.

94. Die „Antwort“ sagt hierin Abstellung zu.

95. Desgl.

96. Mit dieser letzteren Forderung stand der Adel — wie schon gesagt — auf dem Boden der Reichsgesetzgebung.

97. D. R. A. II. 319.

98. Die sehr ausführliche Beschwerde (39) gründet sich hauptsächlich wohl auf die Vorgänge am Rhein, das Schicksal H. v. Cronbergs u. a.

auf blossen Verdacht hin einen Edelmann gefangen setzen, verletzen damit den Landfrieden, doch spräche über sie darum niemand die Acht aus. Oft lasse ein Fürst einem vom Adel gebieten, er solle sich des Jagens, das er in ruhigem Gebrauch bisher gehabt, enthalten, oder des Weidens, Holzens etc. Wehre sich der mit Recht, so schaffe ihm das nur Sorge und Verdruss, wehre er sich mit der Tat, so werde er geächtet und verliere seine Güter, — worauf es jener Fürst vielleicht von Anfang an nur abgesehen habe. — Das Regiment halte Hauptleute im Dienst, die gegen Edelleute handelten, vor jeder Citation, „wie neulich mit Georg von Wertheim gegen Fritz v. Thüngen geschehen“ sei;⁹⁹⁾ es mache sich dadurch selbst des Friedbruchs mitschuldig. Es stelle dem Mächtigen, der sich Ueberzugs besorge, harte Pönmandate aus, fertige dagegen, im gleichen Falle den Armen, wie neulich die von Cronberg, mit einem „schlechten Sendbrief“ ab. Gehorsam dem Regiment bringe nur Nachteil durch Versäumen des Moments zur Gegenwehr, Ungehorsam dagegen Nutzen und keine Strafe, wie das Exempel der drei Kriegsfürsten zeige; das Regiment könne so dem Frieden wenig dienen. Auch seine Exekutionsordnung sei ungerecht und werde nur weitere Verwirrung stiften.¹⁰⁰⁾ Habe der Adelige ein Endurteil gegen einen Mächtigeren bei Regiment oder Kammergericht erlangt, so fehle es meist an dem Vollzug; es möge da wenigstens gestattet sein, dem solchem Urteil nicht Folge gebenden Widerteil eine Fehde öffentlich zuzuschreiben.¹⁾ — Was den Schwäbischen Bund angehe, so sei eine Sonderordnung der Reichsordnung zuwider; sein Privileg der Vorladung schaffe dem Citirten grosse Kosten und dringe ihn, gemeinem Recht zuwider, von seinem ordentlichen Gericht. Der Bund trotze auf seine Macht, auch gegen die Reichsbehörden, er verletze oftmals den Landfrieden, mache sich zum Kläger, Richter und Exekuter in einer Person. —

Wie früher in Zeiten stärkerer Bedrängnis suchte auch jetzt der Adel Fühlung mit den Städten. Ende Dezember gingen Ludwig von Hutten nach Augsburg, andere Ver-

99. S. oben S. 220.

100. An eine Absicht dieser Adeligen, sich, als Rückhalt gegen den Schwäbischen Bund, die günstige Gesinnung des Regiments zu erwerben, ist in dieser Zeit gewiss nicht zu denken.

1. Dem entspricht z. B. Artikel 7 des Einungsbriefes v. 1494, oben S. 327 n. 1. Nach der L. Fr. v. 1487 hatte solche Fehden zugelassen (oben S. 79).

trauensmänner nach Nürnberg, um über die Vorbedingungen zu einem Bündnis — den schon zu Worms erbetenen Aus-
trag mit den Städten und Bestimmungen für Hilfe nach
aussen — zu verhandeln.²⁾ Später nochmals wieder aufge-
nommen,³⁾ blieben diese Unterhandlungen schliesslich ohne
Ergebnis.

Am festgesetzten Termin, Montag den 26. Januar 1523,
wurde zu Schweinfurt der grosse fränkische Adelstag er-
öffnet. Ein beträchtlicher Teil der Ritterschaft Frankens —
21 Ritter und 386 Edelknechte — hatten dem Rufe der
Führer persönlich Folge geleistet. Mit Ausnahme des Ortes
Altmühl, der nur durch eine, mit bedingter Vollmacht ver-
sehene⁴⁾ Abordnung vertreten war, scheinen die Orte im
Verhältnis ihrer Grösse gleich stark beteiligt gewesen zu
sein.⁵⁾ Von den fränkischen Grafen und Herren waren per-

2. Bericht des Rats zu Augsburg an Bürgermeister Peutingher
über die Verhandlungen, v. 30. XII. 1522, D. R. A. III. 890.

3. Mitte Febr. 1523 fanden zu Nürnberg Besprechungen statt
zw. der an die Reichsstände gesandten Abordnung des fränk. Adels
und Nürnberger Ratsherren, über Abstellung der gegenseitigen Be-
schwerden durch „ein freundlich Verständniss“; die Edelleute be-
richteten darüber an Augsburg und Ulm und luden auf den 8. III.
nach Nürnberg zu gemeinsamer Fortsetzung der Beratungen; D. R. A.
III. 892 n. — In gleicher Absicht richtete Sickingen an die Verord-
neten des Städtetags zu Speier (22. III.) eine Art von Denkschrift;
s. Ulmann 336 (Münch II. 266).

4. Der Bischof v. Eichstätt an den von Würzburg, v. 23. II.: Den
Altmühlern sei „zu Schweinfurt etwas hoch zugeredt worden, dass
sie ohne Gewalt da erschienen“; Würzb. Archiv.

5. Eine Präsenzliste mit Beilagen im Würzb. Archiv. Danach
waren anwesend: Von der Rhön und Werra 5 Ritter („Herren“),
108 Edelknechte („Junker“); vom Odenwald 4 Ritter, 71 Edel-
knechte; vom Steigerwald 1 Ritter, 44 Edelknechte; von der Baunach
3 Ritter, 76 Edelknechte; vom Gebirg 3 Ritter, 80 Edelknechte; von
der Altmühl 3 Ritter, 7 Edelknechte. Darunter von bekannten Per-
sönlichkeiten: Herr Frowin von Hutten, Ludwig v. Boyneburg, Sil-
vester v. Schaumberg, Hektor Mörle gen. Behem (R. u. W.); Herr
Zeisolf v. Rosenberg, Herr Ludwig v. Hutten, Florian Geyer, Götz

sönlich erschienen Graf Wilhelm von Henneberg — der in den damaligen Einungsbestrebungen eine bedeutende Rolle gespielt hat —, Graf Johann von Castell, die Schencken Götz und Carl, Herren zu Limburg und Georg Herr zu Erbach.⁶⁾ Des Letzteren Vater, Schenck Eberhart, sandte einen Vertragsentwurf ein, der u. a. das rechtliche Verhältnis zwischen Grafen und Herren einerseits, Rittersn und Edelknechten andererseits festzulegen und damit ein ferneres Zusammengehen, auch bei allmählicher Divergenz der Interessen, zu ermöglichen bestimmt gewesen zu sein scheint.⁷⁾ Botschaften hatten gesandt die Grafen von Hohenlohe und Graf Philipp von Rieneck. Nicht vertreten, auch nicht durch Botschaft, waren dagegen, trotz wiederholter Werbung,⁸⁾ die Grafen von Wertheim, sowie Johann von Schwarzenberg. — Von dem ebenfalls geladenen Adel anderer Landschaften

v. Berlichingen (O.); Herr Sebastian v. Rotenhan, Bernhard v. Hutten, Herr Georg v. Schaumberg (B.); Herr Conrad Schott (G.); Herr Veit v. Lentersheim (A). — Durch Vollmacht waren ferner eine ganze Anzahl von Familien des Gebirgs („alle v. Kotzau, alle v. Girsberg u. s. w.) vertreten.

6. Auch die Grafen und Freiherren waren in die Einteilung des fränk. Adels in „Orte“ einbezogen. Nach Lage ihrer Besitzungen wurde Henneberg zu Rhön und Werra, Wertheim, Hohenlohe und Erbach z. Odenwald, Castell, Schwarzenberg, Limburg zum Steigerwald gerechnet. — In der Präsenzliste ist ein Unterschied von Freiherrn und Rittersn nicht gemacht; beide Kategorien treten nur mit der Bezeichnung „Herr“ auf.

7. Schenk Eberhart an Georg v. Wertheim, v. 16. VIII. 1524: Bitte um Vertretung auf dem Tag zu Windsheim, für den er die Artikel beilegt, die er schon auf den Schweinfurter Tag gesendet habe. „Denn sollt nach eine Einung uffgericht werden, so muss zuvordest zwischen uns der Ritterschaft selbst ein Usstrag gemacht werden, damit der Kleine neben dem Grossen, auch der Grösser bei dem Kleinern bleiben möge; ich acht es sunst alles vergebenlich“ (Werth. Archiv).

8. Götzens v. Berlichingen Schr. an Michel und Georg v. Wertheim v. 5. I. 1523 bei v. Berlichingen-Rossach, Gesch. Götz' v. B., Nr. 116.

waren Botschaften erschienen von den Grafen am Harz,⁹⁾ von Grafen und Ritterschaft in Schwaben¹⁰⁾ und in der Wetterau;¹¹⁾ aus letzterer waren wieder die Ganerben zu Friedberg gesondert vertreten.¹²⁾ — Sickingen hatte eine besondere Botschaft auf dem Tag, mit Vollmacht, „alles das gemeiner Ritterschaft und sondern beschwerten Personen zu Rat, Hilfe und Handhabung dienstlich, helfen rathschlagen und beschliessen“;¹³⁾ ihr Träger war Hartmann von Cronberg, der ausserdem auch in eigener Sache warb. Auch Sickingens Gegner, die 3 Kriegsfürsten am Rhein, hatten ihre Räte gesendet, ihr Vorgehen zu rechtfertigen und von Unterstützung Sickingens abzumahnern, unter dem zweckmässig abgemessenen Versprechen, sie würden „alle die Franzen in seinem Mutwillen, vielleicht durch sein unwahrhaftig Dargeben verführt, ein ungeverlich Reiss gedient, und seither ihm nit angehangen, und so fern sie Franzen wider

9. Nämlich Herzog Wilh. v. Braunschweig, Wolf Fürst zu Anhalt, alle Grafen v. Mansfeld, Schwarzenberg, Stollberg etc., die Herren v. Gera, Willefels etc. — Die Botschaft bestand aus 4 Personen (ein Rechtsgelehrter, 3 Edelleute).

10. „Schwarzwald“ und „Hegau“ sandten: Herrn Wolf Dietrich v. Knöringen u. Cunrad v. Bemelberg; der „Kocher“: Dietrich v. Weyler und Fritz v. Libenstein.

11. Ludwig und Johann, die Löben v. Steinfurt.

12. Durch Eitel v. Vilbel und Joh. Wolfskehl.

13. Originalschr. mit Siegel und eigenh. Unterschr. im Würzb. Archiv, datiert Mittwoch nach Erhardi (14. I.). Nachdem der fränk. Adel („in Ansehen . . .“ etc., die schon bekannten „Beschwerden“ des Adels werden nochmals angeführt) einen Tag ausgeschrieben hat, und er, ebenfalls geladen, verhindert ist zu erscheinen, sendet er seine Freunde Hartmann v. Cronberg, Hans Thomas v. Rosenberg und Ph. Stumpf v. Schweinsberg mit Vollmacht. Als „Franciscus von Sicking Pottschaft“ wird in der Präsenzliste nur Hartmann von Cronberg genannt; ein Hans Thomas v. Rosenberg, wohl derselbe, welcher als Strafe für Kriegsdienst unter Sickingen Güter zu Boxberg eingeüsst hatte (Schr. S.'s v. Nov. 1522 nach Schweinfurt) unter dem Adel des „Odenwaldes“.

uns und die unsern nit ferner anhängig werden, auf ihr Begehren — ausgeschieden die so uns mit Pflichten verwandt gewest —, ausser Sorgen lassen.“¹⁴⁾ — Wie auf so manchen früheren Adelstagen warb auch jetzt wieder der Hochmeister in Preussen um Hülfe gegen Polen.¹⁵⁾ Hartmuth von Cronberg verlas öffentlich seine Klagschrift gegen die Kriegsfürsten;¹⁶⁾ Ludwig von Boyneburg („Bemelberg“) bat um Verwendung bei den Reichsbehörden in seiner langjährigen Beschwerde gegen seine Feinde in Hessen.¹⁷⁾ — Von Statthalter und Regiment lag der Versammlung eine schriftliche Aufforderung vor, einige aus ihrer Mitte nach Nürnberg, zur Verhandlung über die kürzlich dort eingereichten Beschwerden zu senden.¹⁸⁾ Dagegen hielten sich die fränkischen Fürsten völlig zurück; sie hatten Geleit zu dem Tage erteilt,¹⁹⁾ waren aber auf diesem durch Gesandte nicht vertreten. — Wie üblich wurden auch jetzt die wichti-

14. Instruktion f. d. Gesandten (nach der Präsenzliste je ein bürgerlicher Rat), bei Münch, Sickingen III. 37.

15. Seine Botschaft überbrachten der Ordensherr Jobst Truchsess und Melchior Rabensteiner, Marschalk. Zu Nürnberg legte später die Gesandtschaft des fränk. Adels den Ständen eine Bitte um Verwendung für den Orden vor, mit der Erklärung, in jedem Fall werde wenigstens der Adel den Orden nicht verlassen; D. R. A. III. 735.

16. Sie wurde ebenfalls zu Nürnberg übergeben (Schr. H.'s v. C. an alle Reichsstände v. 2. I. 1524, bei Münch II. 272).

17. Klagschrift und Bitte v. 29. I.; Fürbitte der Ritterschaft bei Ständen und Regiment v. 30. I. 23; Würzb. Archiv.

18. Originalschr. mit 4 Siegeln, v. 24. I. 23, Würzb. Archiv. „... dieweil sich aber niemand von der Ritterschaft mit gewissen Namen ... unterschrieben ... und auch sonst dermassen mit Schriften über Land zu schicken und zu handeln nit sonderlich fruchtbar, so mögt ihr ...“ vgl. D. R. A. III. 909.

19. Geleitsbriefe v. Bamberg (v. 13. I.), Würzburg (14. I.) und Markgraf Casimir (v. 20. I.) im Würzb. Archiv. Nur die beiden ersteren nahmen aus: Die Geächteten und die „gegen uns oder andere offene Fehde und Feindschaft haben.“

geren Fragen in Ausschusssitzungen behandelt, das Ergebnis dem Plenum zum Beschluss vorgelegt; die Namen der Ausschussmitglieder sind erhalten.²⁰⁾ Zur Beratung stand: 1. Widerstand gegen den Kriegszug des Schwäbischen Bundes, sowie gegen ähnliche Eingriffe (Streifen der hessischen Reiter), 2. Verfassung einer zweiten Beschwerdeschrift an die Stände, 3. Stellungnahme zu den Botschaften Sickingens und der Kriegsfürsten. — Schon am 28. Januar war der Entwurf eines Bündnisses, wesentlich nach dem Vorbild früherer Einungen, fertig gestellt.²¹⁾ Der Vertrag fasst hauptsächlich Waffenhilfe bei Angriffen von aussen ins Auge:

20. „It. dies sind die Ausschuss der sechs Ort, so auf gehaltenem Tag von gemeiner Ritterschaft wegen gehandelt haben: Von m. gn. Herrn v. Henneberg wegen Ludwig v. Bemelbergk, Hann v. Herda. Rhön und Werra: Herr Freban (Frowin) von Hutten, Herr Moritz Marschalk, Hans v. d. Thann, Philipps v. Mas-pach, Bernhard v. Thüngen, Georg v. Bibra, Burkhard v. Erthal, Heinz v. Wanbach. Altmühl: Herr Veit v. Lentersheim, Herr Sigmund v. Hesbergk, Herr Sebastian v. Eyb, Hans v. Seckendorf, Doktor Peter v. Gundelsheim, Hans Rabensteiner. Steigerwald: Schenk Götz v. Limburg, Herr Marx v. Berlingen, Christoffel Fuchs, Albert von Vestenberg, Erhard v. Wachsenstein, Georg v. Gnotstatt (?). Gebirg: Herr Eukarius v. Aufsess, Herr Sigmund v. Wirsberg, Fritz v. Redwitz, Heinz v. Lugau, Hans v. Wallenfels, Hans Mesche, Cuntz Götzmann. Baunach: Herr Georg v. Schaumberg, Herr Hans v. Sternberg, Herr Sebastian v. Rotenhan, Herr Christof Fuchs, Erhard v. Lichtenstein, Bernhard v. Hutten. Odenwald: Herr Engelhard v. Hirschhorn, Herr Hans Georg v. Absberg, Herr Zeisolf v. Rosenberg, Herr Ludwig v. Hutten, Eberhard Geyer, Linhard v. Thurn, Georg und Lorenz v. Rosenberg, Götz v. Berlingen (Berlichingen), Albert v. Adelsheim.

21. „Vertrag und Vereinigung der Gefürsteten Grafen, Herrn und gemeiner Ritterschaft der Ort im Land zu Franken, uff Mitt-wochen nach St. Pauli Bekehrung im 23. Jahr zu Schweinfurt auffgericht“ (Würzb. Archiv in 2 Abschriften; auch im Bamb. Archiv). Der Eingang lautet: „Im Namen der hl. Dreifaltigkeit. Zur Erhaltung der Erbarkeit, Friedens und Rechts, auch Ehren Röm. Kais. Majestät und derselben Statthaltern Erzherzogen Ferdinand . . . haben wir aus den gefürsteten und anderen Grafen, Herren und

Glaubt sich ein Mitglied widerrechtlich angegriffen,²² so zeigt er das Hauptmann und Räten seines Ortes an; diese prüfen den Fall und richten darauf ev. ein gütliches Ersuchen schriftlich an den Beschädiger, einzuhalten (die Gefangenen ledig zu geben, die besetzte Burg etc. wieder zuzustellen) mit der Eröffnung, „dass der Beschädigte ihm, dem Beschädiger, vor seinen ordentlichen Richtern oder vor ihm, dem Hauptmann und Räten, umb sein Zuspruch gerechdet werden wolle.“ Geht der Beschädiger darauf nicht ein, so wenden Hauptmann und Räte sich an den Kaiser oder an Statthalter und Regiment und bitten, unter gründlichem Bericht des Sachverhalts, um Abhülfe binnen 2 Monaten („mit unterthäniger Bitt, in zweien Monaten den nächsten endlich zu verhelfen“). Hat das keinen Erfolg, so wird der Fall den übrigen Orten schriftlich vorgelegt und darauf auf einem Ausschusstag aller Orte entschieden, ob dem Beschädigten Hilfe zu leisten sei. Der hier durch Stimmenmehrheit gefasste Beschluss ist für alle Mitglieder der Einung verbindlich. — Ausnahmen werden festgesetzt: Erstens für alle offenbare Straftaten, wie Mord, Raub, heimlich Fahren, Verkaufen etc.; solchen Tätern soll kein Rat noch Beistand zu Teil werden. Steht ein Mitglied in Verdacht derartiger Missetaten, so muss es sich binnen einem Jahre vor seinem ordentlichen Richter gereinigt haben, oder es wird aus der Einung ausgestossen. Ferner: „Wir wollen auch diejenigen, so in offen Krieg oder Fehden sein und die gebrauchen, ehe dann ihnen von unsern Hauptleuten und Räten wie vorgemelt, Hilfe erkannt ist, hierin ausgenommen haben“⁽²³⁾

gemeiner Ritterschaft des Frankenlandes, deren Namen in ein versiegelt Nebenregister aufgeschrieben sein, uff drei Jahren die nächsten uns vertragen und vereint wie hernach folgt.“ Die ersten Artikel teilw. in D. R. A. III. 914 n.

22. Wenn jemand einen Vertragsverwandten „hinfür (!) ohn einige vorgehende rechtliche Erkenntniss oder offenbare unleugbare rechtmässige Gegenwehre, wieder Verbietung der Recht und des Röm. Reichs Ordnung fängt und verstrickt, oder ihn seiner gewöhnlichen Behausung, Städt, Schloss und Flecken oder anderer tapferer Stücken seiner Nahrung thätlich entsetzt und entwert, der mag . . .

23. Damit hatte, wenn auch die überstimmte Minorität sicher nicht klein gewesen ist, die Einung ihre Tendenz und ihr Geschick deutlich geschieden; einmal allgemein von allen vergangenen und gegenwärtigen Streitsachen, ferner im besonderen von der Sache Sickingens sowohl als der ihrer Genossen, so weit die diesen zur Last gelegten Straftaten „offenbar“ waren oder sein würden.

— Verhalten der Mitglieder zu einander: Mahnung zur Betätigung brüderlicher Gesinnung. Bestrafung von Gewalttaten (Verwundung etc.) durch Hauptleute und Räte. Auch die Knechte sollen zur Selbstbeherrschung angehalten, bei schlechtem Betragen entlassen, von keinem anderen angenommen werden. Schlichtung von Irrungen zunächst durch gute Nachbarn und Freunde, gütlich oder rechtlich; erst wenn hier kein Ergebnis, vor Hauptleuten und Räten. Irrungen während eines Feldzugs dagegen gelangen ausschliesslich vor Hauptleuten und Räten zur Entscheidung; was diese zu Recht erkennen, soll von beiden Teilen unweigerlich angenommen und vollzogen werden, „mit Verzichtung der Appellation, Supplikation und aller andern Auszüge“. ²⁴⁾ — Jedes Mitglied hat auf Erfordern seines Hauptmann von je N. Gulden Vermögen eine bestimmte Anzahl von Reisigen (Gewappnete mit Spiessen) und Fussknechten zu stellen, ²⁵⁾ oder an deren Statt für jeden Reisigen 10, für jeden Fussknecht 4 Gulden pro Monat für die Dauer des Feldzugs zu erlegen. Es besteht Selbsteinschätzung, unter Versicherung an Eidesstatt. — Fürstendienst: Führt die Vergewaltigung eines Mitgliedes durch einen Fürsten oder Herrn auf die oben beschriebene Weise zu einem Krieg, so sind diejenigen Mitglieder, welche diesem Fürsten etc. zu Diensten durch Verträge oder Urfehden verpflichtet sind „und solches mit mit Ehren aufschreiben könnten,“ nicht schuldig wider ihren Herrn zu fechten, vielmehr mögen sie ihm treu dienen nach laut ihrer Bestallung. Lautet diese nicht auf längere oder auf Lebenszeit, sondern nur auf ein Jahr etwa, so soll der Betreffende im gleichen Falle ebenfalls bis zum Ablauf seiner Dienstzeit sich halten, wie jeder andere treue Diener, dann aber die Dienstpflicht nicht erneuern, „sondern Urlaub zu begehren oder diesen Vertrag auszunehmen schuldig sein;“ doch auch dann noch bleibt er von der Verpflichtung, gegen den früheren Herrn zu fechten, ausgenommen. Wer aber nicht mit Diensten, sonder allein mit Lehenspflichten einem Herrn oder Fürsten verwandt wäre, soll in genanntem Falle dem vergewaltigten Einungsbruder helfen, „doch zuvor demselben Fürsten

24. Dieser Ausschluss der Appellation und jenes an das Regiment zu stellende Ansinnen sind die am meisten radikalen Bestimmungen der Einung. Ersterer findet sich z. B. auch in dem Landauer Bundesbrief v. August 1522 (bei Bürgermeister, C. dipl. eq. I. 151 ff.).

25. Die Zahlen sind hier nicht eingesetzt. — Nach späterer Nachricht war schliesslich 1 Reisiger und 2 Fussknechte v. 4000 gl. Vermögen angesetzt worden.

und Herrn seine Lehenspflicht, — wie ein jeder unserer Landtsart, aus lang hergebrachten zugelassenen Gebräuchen ohn Verletzung seiner Ehre zu thun Macht hat, — aufschreiben; wo ihm dann derhalben sein Lehenherr die Lehen abtrünge,“ soll die Einung mit diesem keinen Vergleich eingehen, bevor allen ihre Lehen wieder gegeben sind.²⁶⁾ Die Pflicht, keinen Vergleich zu schliessen, ehe alle ihre in gemeinsamer Fehde verlorenen Güter — Lehen wie Eigen — wieder erlangt haben, bindet die Mitglieder auch nach Ablauf dieses, auf 3 Jahre geschlossenen Vertrages. — Es folgen Einzelheiten für Feldzug und Verteidigung: Je 10 Reisige und je 20 Fussknechte sollen einen Reiswagen haben, die Wagen ständig in der Wagenburg bereit stehen, ausgerüstet je mit eiserner Kette, 1—2 Hakenbüchsen, Schaufeln, Pickeln etc. Die 6 Orte haben für das nötige Feldgeschütz zu sorgen. Bei Aufgebot muss jeder sich und seine Mannschaft aus eignen Mitteln im Felde erhalten, Kost und Kleidung etc. auf einen Monat gleich mitbringen. „It. so man uns überziehen würd, so sollen die, denen die Sach am nächsten wär, nämlich uff ein Tagreis oder zwei, mit ganzer Macht zuziehen“ auf Erfordern der Hauptleute. Stellt sich die anfangs aufgebotene Hilfe im Verlauf des Feldzugs als zu gering heraus, so können die Hauptleute und Räte die zunächst Gesessenen zur Stellung weiterer eilender Hilfe aufrufen. — Sämtliche, auch die von einzelnen im gemeinsamen Kriegszug gemachte Beute ist gemeinsam und wird zu Händen des Feldhauptmanns und seiner 6 Räte gestellt. — Zur Deckung der Verwaltungskosten wird eine Geldumlage, „laut versiegelten Vertrags“ (später angenommen in Höhe von 1 gl. von je 1000 gl., wie aus anderem Zusammenhang hervorgeht) erhoben, und von den Hauptleuten verrechnet. — „It. es soll auch der hochgeborene Fürst, unser gn. Herr Graf Wilhelm v. Henneberg zu einem obersten Feldhauptmann [genommen] und aus jedem Ort ein Kriegsrath ihm zugeordnet werden, die alle Jahr zum wenigsten [einmal] an gelegene Malstatt den andern Hauptleuten und Räthen der 6 Ort einen Tag benennen“ zu Beratungen, ev. auch über Verbesserungen des Vertrags. — Spätere Aufnahme zu Mitgliedern: Hauptleute und Räte sollen gemeine Ortstage binnen 4 Wochen abhalten, dort das Geschehene darlegen und von denen die sich zum Bei-

26. Ueber Lehen und Dienstpflicht vgl. oben S. 53 n. 22. — Auch jetzt klagte z. B. der Bischof v. Bamberg, dass „oft etlich vom Adel ihre Lehenpflicht leichtlich aufschreiben, und trotzdem die Lehengüter und ihre Nutzungen weiters gebrauchen“ (Beschwerden des Bischofs v. B. gegen s. Ritterschaft v. September 1522, Würzb. Archiv).

tritt bereit erklären, Pflicht an Eidesstatt und versiegelte Beibriefe entgegennehmen.²⁷⁾ — In der schwierigen Frage des Verhaltens gegen Nichtbeitretende wird ein Mittelweg einzuschlagen gesucht: Jeder engere Verkehr, — Ladung zu Festlichkeiten, Beistand zu Rechtshandlungen — sollte, da jene sich in einem Vorhaben das der Reichsordnung und dem Landfrieden nicht zuwider sei, selbst ausgeschlossen hätten, vermieden werden, doch damit keine Schmähung, auch kein völliger Abbruch der Beziehungen („mit ihm nicht reden, essen oder trinken“) gemeint sein.

Spätere Versiegelung des Vertrages durch etliche aus jedem der 6 Orte war vorgesehen.²⁸⁾ — Aus dem Orte Rhön und Werra haben auf dem Tage selbst den Vertrag angenommen 70 Personen, gegen 14 andere, die vier Wochen Bedenkzeit erbat. Bei einer anfänglichen Präsenzziffer von 114 — die durch Nachzügler später noch erhöht worden zu sein scheint —, sind ferner zu ergänzen 30—40 Personen, die entweder den Beitritt rundweg abgelehnt oder vorher schon den Tag verlassen haben. Abgesehen von denen, die an radikaleren Gesinnungen festhielten, werden sie, wie auch

27. Mit Berufung darauf laden die verordneten Ausschreiber des Steigerwalds (Dietr. Fuchs, Wolf v. Kreilsheim, Ph. Truchsess) am 12. II. ihren Ort auf 6. März nach Geysselwinde (Würzb. Archiv), Hauptmann und Räte v. Rhön und Werra auf 9. März nach Münnerstadt (Henneb. Archiv). Am 20. III. schreibt Pfalz an Würzburg, die Ritterschaft solle jetzt zu Mergentheim versammelt gewesen sein, abermals einen Bund gemacht haben „wider die Fürsten, und dass einer nach dem andern von ihnen unterstanden werden soll“. Würzburg antwortet am 24. III., es handele sich nur um einen Tag des Odenwaldes zur Entschliessung derer, die in Schweinfurt Bedacht genommen. — Schon am 3. III. hatte Pfalz einen Raubanfall aus Franken mit 400 Pferden besorgt, Würzburg am 11. III. beruhigt (Würzb. Archiv).

28. „Rhön und Werra“ hatte zum Hauptmann Herrn Moritz Marschalk, zu Räten Philipp v. Maspach und Wilhelm v. Schaumberg gewählt; ferner um Versiegelung des Vertrags von des Orts wegen gebeten die 3 Genannten und Graf Wilh. v. Henneberg, Herrn Freban v. Hutten, Ludwig v. Bemelberg, Georg v. Bibra (Beilage z. Präsenzliste des Schw. Tags).

die 14 Zögernden,²⁹⁾ wohl zum grössten Teil dem Würzburgischen Hof- und Amtsdienst angehört haben. Im ganzen bedeutete das Zahlenverhältnis — 70 gegen ca. 50 — für die Landschaft, in welcher der Einfluss des persönlich anwesenden Wilhelms von Henneberg am mächtigsten war, keinen allzu günstigen Anfang des Unternehmens.

In der Beschwerdeschrift vom Spätherbst 1522 hatte man alles Beschwerliche zusammengetragen und in leidliche Ordnung gebracht, dessen man sich irgend hatte entsinnen können. Auf sie greift die jetzt zu Schweinfurt, Januar 1523 verfasste Schrift³⁰⁾ nur insofern zurück, als sie deren Berücksichtigung der Weisheit der Stände anheim gibt und bittet, von einer Beratung über jene (mit den nach Nürnberg Verordneten, wie die Stände gewünscht hatten) abzusehen. Sie selbst beschränkt sich auf wenige hauptsächliche, die nächste dringende Gefahr, die Ereignisse am Rhein und den allem Uebel zu Grunde liegenden „Mangel schleunigen, gleichmässigen Rechts“ betreffende Punkte, darin Besserung länger „zu erwarten ihnen ganz verderblich und unerträglich wäre“: 1. Ladungen vor den Schwäbischen Bund zur Purgation, auf Antrag eines Bundesmitgliedes: Dass dermassen einer seinen Widerwertigen für einen Richter erkennen solle, sei wider alle Vernunft. Bitte, zu veranlassen, dass fortan die Bundesstände nicht mehr vor sich selbst, sondern ausschliesslich vor die Reichsbehörden zur Verantwortung zi-

29. Identität bei Gleichnamigkeit vorausgesetzt gehörten dazu: die Hofdiener Hans v. Miltz und Eustachius v. Thüngen, die Amtleute Hans und Adam v. Grumbach, Bernhard und Götz v. Thüngen, Engelhard v. Münster, Heinz v. Wechmar, Ph. v. Herbilstatt (Verzeichnis d. Würzb. Amtleute v. 16. IX. 1522 im Würzb. Archiv), 2 Forstmeister etc. — Angenommen hatten den Vertrag u. a. fünf aus der Familie des Bischofs (v. Thüngen), 5 v. Bibra, 5 v. Hutten etc., auch mehrere Würzb. Amtleute: Adam v. Thüngen, Wilh. v. Bibra, Paulus Truchsess, Burkhard v. Erthal; sie gehörten aber wohl zu denen, welche mittlerweile ihr Amt aufgeschrieben hatten.

30. D. R. A. III. 727 ff.

tierten. 2. Exekutionen wider Recht: Etlichen vom Adel seien, als Helfer Sickingens, ihre Güter entrissen worden, ohne dass oder noch ehe ihre Schuld offenbar gewesen, „dadurch ihr kurf. und fürstl. Gn. vielleicht auch möchten die Pön des Friedbruchs verwirkt haben.“ Aehnliche Absicht des Schwäbischen Bundes, im Mai einen Heerzug ins Frankenland zu tun, ungewiss wider wen — denn noch sei niemand aus denen, die des Friedbruchs beschuldigt seien, vor seinen ordentlichen Richter geladen. Wenn die Wormser Reichsordnung³¹⁾ dem Beschädigten die Verfolgung³²⁾ des Beschädigers und seiner Helfer auch vor der Achterklärung gestatte, so könne das doch nur gegen ganz unzweifelhafte Helfer und Enthalter gemeint sein. Bitte, den Artikel entsprechend zu ändern, für Restituierung der widerrechtlich Verfolgten in ihren Besitz zu sorgen und den Bund von ähnlichen Gewalttaten abzuhalten. 3. Die Stände des Schwäbischen Bundes liessen verlauten, dass sie weder vor Regiment noch Kammergericht zu Recht stehen würden,³³⁾ Das sei ihnen besonders deshalb unleidlich, weil durch den Kriegszug nach Franken voraussichtlich mancher Unschuldige Schaden leiden werde. 4. Reiterdienste: Von jeher leide Franken unter dem Mangel gleichmässigen, schleunigen Rechtes, sei der einzelne genötigt gewesen, sich mit tätlicher Gegenwehr bei seinen Gütern, Obrigkeiten und Gerechtigkeiten zu erhalten; daraus sei die Gewohnheit des Reisdienstens entstanden.³⁴⁾ Keiner habe sich davon ausschliessen können, um in eigener Not, zur Bewahrung des Seinen auf gleiche Dienste Anspruch zu behalten. Bitte: Die erkannten Ladungen gegen

31. L. Fr. Ordnung v. 1521 D. R. A. II. 315.

32. Das. S. 319, § 3: „... zu frischer That, oder wann er sein Freund und Helfer haben mag...“

33. Die Bundesordnung v. 1522 erschwerte die Berufung an das Kammergericht; s. Harpprecht V. 48; vgl. oben S. 234 n. 61.

34. „Einer dem andern Reis gedient hat, ungefragt und unwissend wider wen solcher Dienst sei.“

diejenigen Franken, welche Sickingen gedient, gnädiglich abzustellen und diese der Strafe zu erlassen, besonders da sie auf Abfordern gehorsam von Franzen abgezogen seien, „daraus E. Gn. vernehmen, dass sie nit also fürsätzlich zur Verachtung des Landfriedens, sondern als die, so ehrliche, offenliche Krieg pflegen zu suchen, ritterliche Uebung zu lernen, mit gutem Glauben gedient haben.“³⁵⁾ Friede ohne gutes Recht sei unmöglich. Hierzu werden, in zwei Beilagen, einige Mängel des jüngst zu Worms aufgerichteten Austrags bezeichnet mit der Bitte um gnädige Abstellung;³⁶⁾ so wie der Entwurf zu einem besonderen Austragsverfahren vorgelegt bei Eingriffen in Eigentum und Rechte („Entsetzung oder Betrübung der Gewere.“).³⁷⁾ 6. Vollziehung der Urteile: Daran fehle es vor allem, besonders den Mächtigen gegenüber. Bitte um gleichmässige Regelung.

Anfang Februar wurde diese Schrift in Nürnberg übergeben.³⁸⁾ Der Reichsabschied (9. II.) beauftragte Statthalter und Regiment, in der Angelegenheit dem schwäbischen Bunde zu schreiben, die übrigen Beschwerden aber zu prüfen und mit einem Gutachten dem kommenden, auf Juli angesetzten Reichstag wieder vorzulegen.³⁹⁾

35. Vgl. Sickingens Manifest v. 24. XII. 1522, Ulmann 332.

36. D. R. A. III. 733 z. B.: Falls der Fürst nicht binnen 4 Wochen den Rechtstag laut Ordnung (s. oben S. 203) festgesetzt hat, soll der Kläger sofort an das Kammergericht seine Klage bringen dürfen. Vorschläge zu weiterer Kürzung der Verhandlungen bei Appellation etc. — Mehrfach betrifft das was die Schrift vorbringt tatsächlich nur die Ordnung v. 1495, nicht mehr die von 1521.

37. s. D. R. A. III. 734, über einen derartigen Vorschlag schon v. J. 1511 oben S. 177 f.

38. Als Ueberbringer vorgesehen waren: Frowin v. Hutten, Veit v. Lentersheim, Sebastian v. Rotenhan, Eukarius v. Aufsess und Ludwig v. Hutten. Doch werden später (Schr. der Ritterschaft v. 16. II.) als Gesandte in Nürnberg gesandt: Euk. v. Aufsess, Jörg v. Schaumberg, Frowin v. Hutten, Ludwig v. Bemelberg und Dietrich Fuchs; D. R. A. III. 727, 733, 892.

39. D. R. A. III. 755.

Wie für Hartmut von Cronberg verwendete sich die Ritterschaft auch für den geächteten Sickingen bei dem Regiment mit der Bitte, zwischen den Parteien vermitteln zu wollen; sie selbst hätten sich, trotz des Mitleids, das sie mit Sickingens vorgeblich ungerechter Aechtung trügen, der Zeit doch nicht entschlossen, ihm Hilfe zu leisten, sondern dächten sich unverweislich zu halten.⁴⁰⁾ An Sickingen selbst schrieben sie am gleichen Tage:⁴¹⁾ „Eurer Entschuldigung warum ihr unser Bitt nach den Adel umb euch dieser Zeit nit habt mögen beschreiben, zusammen zu kommen, sein wir benugig und danken euch der Geschickten halben so ihr hie auf unserm gemeinen Tag abgefertigt habt;“ diese werden ihm berichten von den Beschwerden, die sie zu Nutz allen Adels deutscher Nation „mit nit geringem Nachgedenken, bis uff 65 Artikel“ etwa aufgestellt und nach Nürnberg gesendet haben, auch von dem Vertrag, den sie hier unter sich aufgerichtet, um bei Recht und Herkommen zu bleiben; sie werden Abschrift dieser Handlungen ihm wie etlichen andern vom Adel ausserhalb Frankens zusenden, und bitten, er möge solche den Grafen und Adel seiner Umgebung auch vorhalten und mit ihnen beraten, „ob und wie fernere Wege fürzunehmen, so göttlich, ehrlich und bei allen ehrliebhabenden Menschen unverweislich sein, dadurch ihr, wir und gemeiner Adel deutscher Nation bei Billigkeit bleiben mögen“. Das Ergebnis möge er einem der 6 Ortshauptleute

40. Schr. v. 30. I. 23, Ulmann 330 f.

41. Schr. v. 30. I. 23, Würzb. Archiv. Die Einberufung des Adels am Mittelrhein hatten die fränkischen Führer von Sickingen zweifellos als von dem Hauptmann der kurz zuvor dort geschlossenen Einung erbeten, zu ähnlichem Zweck, wie sie ihn auch jetzt wieder vorbringen, zur Ermöglichung gemeinsamen Widerstandes auch der verschiedenen Landschaften. — Was Sickingen brauchte, war rasche wirksame Hilfe. Er mochte in Landau die Stimmung der Mehrheit bereits genügend erforscht haben, um von einer Einberufung des dortigen Einungsadels jetzt als zwecklos ganz abzu-
sehen. Vgl. Ulmann S. 331.

mitteilen. — In einem Schreiben an die 3 Kriegsfürsten⁴²⁾ sprach die Ritterschaft ihr Bedauern über die im Reich entstandene Zwietracht aus unter Verweisung auf ihr Vermittlungsgesuch bei den Ständen. Was sie anlange, so wolle sie sich so verhalten, dass ihr bei der Oberkeit und sonst männiglich keine Nachrede entstehen werde.

Von den Vorgängen auf dem Schweinfurter Tag ward der Bischof von Würzburg⁴³⁾ u. a. auch durch zwei Schreiben Sebastians von Rotenhan, der seit kurzem in Würzburgischen Diensten stand, unterrichtet.⁴⁴⁾ In seiner peinlichen Lage — der gleichen, in der wir Johann von Schwarzenberg 1507 gesehen — benimmt sich der Schreiber gewandt und doch, soweit erkennbar, nicht unaufrichtig: Er berichtet von der Einung, die er hat helfen müssen aufzurichten, und sendet eine Abschrift von deren Hauptartikel. Leider habe er im Ausschuss mit seiner Meinung in vielen Punkten nicht durchdringen können; doch geschehe des alten Würzburgischen Vertrags, dessen Ausbeutung der Bischof gefürchtet habe,⁴⁵⁾

42. Abschrift ohne Datum, Würzb. Archiv.

43. Er befand sich seit seiner Hilfeleistung an Platz und der Kundgebung e. Tls. seiner Amtleute in lebhafter Sorge vor Sickingen und vor einer allgemeinen Auflehnung seines Stiftsadels; am 19. Januar war er von Nürnberg mit Urlaub der Stände nach Hause geeilt; s. D. R. A. III. 903, Planitz S. 333.

44. Würzb. Archiv; D. R. A. III. 914 f. Der zweite Brief, von gleichem Datum wie der erste (29. I.), scheint auf ein zürnendes Schreiben des Bischofs hin abgefasst zu sein.

45. Nachdem ein Artikel (13) der Beschwerden v. Dez. 1522 auf ihn Bezug genommen hatte. Was R. dann berichtet von einem „Anhang diesen Vertrag belangend“, der wahrscheinlich erst von den noch länger zu Schw. (zur Erledigung der Briefschaften etc.), Gebliebenen gemacht sei, den er sonst, da er „unfürsichtiglich und zuviel scharf angezogen sei“ verhindert haben würde, bezieht sich auf den Schluss des Schreibens der Hauptleute etc. an Würzburg v. 30. I. (s. unten S. 262 f.). — Die Lebhaftigkeit, mit welcher der Gedanke an eine stärkere Beteiligung des Stiftsadels an der Regierung von diesem ergriffen wurde und die ernste Sorge, mit der

in dem Einungsbrief nirgends Erwähnung. „Wiewohl solches durch Zettel, so in den Ausschuss verdeckter Weise übergeben worden, mehrmals angeregt und gebeten worden,“ habe er dem allemal widersprochen mit der Begründung, dass jener Vertrag nie in Wirkung getreten, auch längst verjährt sei, habe damit seine Einführung verhindert; etliche gedächten nun, dieses Vertrags wegen bei den „Hochgelehrten“ Rat zu suchen. Rotenhan zählt dann die Rechtfertigungsgründe für sein Verhalten zum Vertrage auf:⁴⁶⁾ 1. Die Adelseinung sei auf Ehrbarkeit gestellt und allein gegen zukünftige Vergewaltigung gerichtet, sie sei geschlossen „aus Ursachen, dass wir gesehen haben, wie neulich andern vom Adel ihre Güter, unsers Ansehens wider Recht und des Reichs Ordnung, entweret sein;“ sie erstrecke sich nicht auf „Beschwerung, so dem Adel hievor, ihres Verstandes, zugefügt sein möchten“; deshalb habe auch die Ritterschaft „dieser Zeit nit von nöthen geachtet, einigen Fürsten ihre anliegende Beschwerden in Sonderheit weiter anzuzeigen, dieweil sie die in gemein vor allen Fürsten und Ständen sämmtlich zu Nürnberg haben vortragen lassen, wiewohl unser sechs oder acht solches zum ersten vorgeschlagen und in Schweinfurt für gut angesehen haben“.⁴⁷⁾ 2. Sei er glaublich berichtet, dass er den Fürsten erfüllte, zeigt, wie die Verfassung geistlicher Territorien, welche dem Domkapitel entschiedenen Anteil an der Regierung gewährte, die Ritterschaft dagegen auf die gelegentliche Mitwirkung auf den Landtagen beschränkte, hier, bei tatsächlich bedeutender Macht und Einfluss des Adels, bereits unhaltbar zu werden drohte.

46. Der Bischof hatte „ein klar Verstand“ von der Mitteilung R.'s, dass er „in diesem Vertrag von gemeiner Ritterschaft sich nit wisse abzusondern“ begehrt. Derartiges ist in dem ersten Schr. R.'s v. 29. I. enthalten; wahrscheinlich ist eines der Daten (deutlich: Donnerstag n. Conv. Pauli) falsch und zwar das des zweiten Briefs, in dem auf spätere Vorgänge Bezug genommen wird; vielleicht ist dafür der Donnerstag v. 5. II. anzunehmen.

47. Ansehen und Einfluss der fränk. Fürsten auf ihren Adel erlitten um so stärkere Einbusse, je mehr in dessen Beschwerden

auch zur Zeit der Bewegung gegen den Gemeinen Pfennig „aller Fürsten Hofmeister, Marschalk und Räte von ihren fl. Gn. zu der Ritterschaft getreten,“ einen Vertrag gemacht etc., „und ist mir darauf von vielen meinen Freunden gesagt, ob ich frummer oder redlicher gedächt zu sein, denn dieselben, so auch frum und biederleut gewest und doch in ehrlichen Sachen ihre gesippten Freund nit verlassen haben“. 3. Enthalte die Einung einen Artikel, der auch schon im „Vertrag des Gemeinen Pfennigs“ gestanden habe, betreffend das Verhalten gegen die nicht Beitretenden. Durch solche und andere mehr Bewegung sei er „zu diesem Vertrag wahrlich wie ein Pferd in einen Notstall gedrunken worden“. Doch habe er vier Wochen Bedenkzeit erlangt, dem Stift zu gut, und andere mit ihm . . . „Und hab, bei meinen gethanen Lebenspflichten, von niemand gehört oder vermerkt, dass obgemelter unser Vertrag e. fl. Gn. oder einigen andern Fürsten in Sonderheit zuwider oder geverlichem Verdris gemacht sei; aber in die Herzen der Menschen hab ich nit mugen sehen.“ Auch ferner werde er dem Bischof treu dienen, selbst gegen die Ritterschaft — wie ihm auch der Vertrag zulasse. — Er habe den Eintritt Würzburgs in den Schwäbischen Bund verteidigt, und die Notwendigkeit der Erlaubnis an Hessen dargelegt, sowie dass das Streifen der Reichsordnung gemäss sei, „und sie also mit guten Worten gestillt, dass sie nichts Ferneres in meinem Beisein geredt und gehandelt haben.“

Hauptleute und Ritterschaft schrieben (30. I.) dem Bischof,⁴⁸⁾ dass sie nach Nürnberg eine Botschaft zur Uebringung einiger Beschwerden — laut hier beigeschlossener

unmittelbare Verhandlungen mit den Reichsbehörden Platz griffen, ein neues Herkommen begründeten. Zeiten erhöhter Erregung, wie die von 1495/1500 und die damalige v. 1522/3 begünstigten diese Entwicklung.

48. D. R. A. III. 922. Vom gleichen Tage ein Schr. derselben an das Würzb. Domkapitel, mit ähnlicher Bitte; Würzb. Archiv.

Artikel - zu senden gedächten; sie bäten, in Person oder durch seine Räte dort handeln zu helfen, besonders soweit der Mangel schleuniges Recht betreffe.⁴⁹⁾ Auch möge er die Verträge, welche seine Vorgänger und deren Kapitel mit dem Adel geschlossen, gnädiglich bedenken, in denen u. a. „ausgedruckt, dass E. fl. Gn. nit fügen in pund oder puntnus zu begeben,“ und möge nicht gestatten, dass Fremde im Stift ihren Pfennig zehren und streifen. — Der Bischof erwiderte (4. Februar), dass er die angeblich beigeschlossenen Artikel nicht erhalten habe,⁵⁰⁾ deshalb in der Sache nichts tun könne. Er kenne von alten Verträgen nur den von Bischof Johann vor 60 Jahren geschlossenen;⁵¹⁾ dem werde nachgelebt, auch weiterhin, falls nur die Ritterschaft ihn auch befolge. Auf ihm vorgebrachte Beschwerden werde er gern eingehen, wie er das schon auf den ersten Tag von Schweinfurt habe sagen lassen.⁵²⁾ — In sorgenvoller Stimmung schrieb er bald darauf an Pfalz⁵³⁾ unter Beilegung einiger Artikel des Adelsvertrages, es sei leicht zu ermessen, wie beschwerlich dieser der Obrigkeit sein müsse und ihm besonders „dieweil sie sich nit wenig befleissigen, uns unsere Amtleute und Diener abwendig zu machen“. Die Hauptleute der Ritterschaft „als sie sich nennen“, hätten an ihn geschrieben und liessen merken, dass sie sich gern unterstützen, ihn von der Einung mit Pfalz und anderen zu dringen.

Unzweifelhaft hat der Zutritt Würzburgs zum Schwäbischen Bunde, die Sendung von Hilfstruppen an Pfalz und jene Erlaubnis an Hessen dem Bischof und seiner Regierung

49. Die gleiche Bitte richteten sie an Mainz, Bamberg, Eichstätt, Sachsen und Brandenburg (D. R. A. III. 915, 926).

50. Rotenhan bittet in seinem 2. Schr. an den Bischof, das Versehen zu entschuldigen; er hatte ihm inzwischen den Inhalt der Artikel angezeigt (D. R. A. III. 915).

51. Vertr. v. 1461 s. oben S. 97.

52. Würzb. Archiv, D. R. A. III. 922 n.

53. Schr. v. Samstag nach Valentini (21. II.), Würzb. Archiv.

den lebhaften Groll des Adels zugezogen,⁵⁴⁾ ist die Einung nicht nur zum Schutze des Adels bei Feindseligkeiten Hessens und des Bundes geschlossen worden, sondern auch gegen die einheimischen Fürsten im besonderen, vor allem gegen Würzburg, gerichtet gewesen; selbst der Bericht Rotenhans lässt das deutlich durchblicken. Von den eigenen Lehensherren, gegen die man zahlreiche lebhaft beschwerden zuvor schon hatte, war auch in dieser Stunde der Gefahr Schutz und Hilfe nicht zu erwarten; sie waren in das Lager der Gegner übergetreten. Niemand wusste damals, wie weit der Bund seinen Straf- und Rachezug ausdehnen werde. Wenn seine Absicht allen denen galt, die gegen die Landfriedensgesetze verstossen hatten in Fehdehandlung oder Fürschub wider Angehörige des Bundes, so konnten sich wohl nur die wenigsten völlig sicher fühlen. Dieser Gemeinsamkeit des Gefühls, in der eigenen Existenz bedroht zu sein, sind die Erfolge der Einungsbewegung auf und kurz nach dem Schweinfurter Tag hauptsächlich zuzuschreiben. Dass sich die markgräfliche Ritterschaft teilweise abseits hielt, ist jedenfalls mit in der dort geringeren Spannung in religiösen und kirchlichen Fragen, und in der damaligen Stellung des Fürsten zum Schwäbischen Bunde begründet.

Ueber die dem Stifte unmittelbar drohende Gefahr — die dennoch nicht ganz unwesentlich gewesen sein muss,⁵⁵⁾

54. S. die Schr. v. 6. II. und 10. II. 1523, D. R. A., III, 929, 931: „Es heisst, der fränkische Adel will den Bischof v. Würzburg entsetzen und wieder einen Herzog v. Franken haben, nach einem Gerücht Wilhelm v. Henneberg“ (931).

55. Die 3 Ausschreiber des „Steigerwalds“ berichten am 22. Februar (So. Invocavit) an Graf Wilh. v. Henneberg, „der Beschluss, jüngst zu Nürnberg durch die geschickten Hauptleute und Verordnete gefasst, dass die vom Steigerwald dem obersten Feldhauptmann ihres Vermögens zu Ross und Fuss zuschicken sollen,“ könne vorerst, vor dem auf 6. März angesetzten Ortstag nicht ausgeführt werden (Henneb. Archiv). — Dazu Würzb. Aufgebote vom 2. (9.?) Febr. an einige Grafen (Wilh. v. Henneb., Jörg v. Wertheim) und Ade-

— suchte der erfahrene Bischof Gabriel von Eichstädt (1496 bis 1535), den Bischof Conrad um Rat angegangen, zu beruhigen: Er habe „zuvor solcher Bündnisse mehr gesehen, deren doch wenig ad effectum kommen sein; Kellner und Koch und sunderlich der peutel vermögen der Sach nit lang beiständig zu sein.“ Sein Adel, wie überhaupt die Mehrzahl des Ortes Altmühl, auch sonst gar manche wollten der Einung nicht beitreten, würden sich dagegen setzen, der Tanz dann erst recht anheben. Es wäre gut, dem nachzuhelfen, „eine Praktik zu machen unter denen, so Bedenken genommen haben, dass sie Rat hätten, und sich zu den Fürsten oder in ander Bündniss, es wäre in Bund zu Schwaben oder uf andere Weg, begeben.“⁵⁶⁾ — Die hauptsächlich treibenden Kräfte für die Schweinfurter Einung sind in der Umgebung des Grafen Wilhelm von Henneberg zu suchen, der in diesen Jahren für sich und sein Haus an eine ähnliche Stellung gedacht haben dürfte, wie sie die Hohenzollern lange Zeit als Freunde und Beschützer des Adels eingenommen hatten. In der ablehnenden Haltung der „Altmühl“ sehen wir die Rollen im Vergleich zum Jahre 1512 vertauscht und die damaligen Drohungen gegen den abseits bleibenden Würzburger Adel verwirklicht. Bald tritt aber nun auch die Spal-

lige; vom 14. Febr. an die „Amtleute denen und von denen nit aufgeschrieben worden ist,“ und an die Vögte, Kellner etc., der übrigen Aemter, zur Bereithaltung; ferner solche für Zuzug nach Würzburg: 1. auf 10. II.; 2. (vom 14. II.) für sofort, spätestens 22. Febr., an versch. Angehörige des Lehens- und Dienstadels. Das für 10. Febr. hatte die Beratung mit den Getreuen und denen, welche in Schweinfurt Bedacht genommen, zum Zweck.

56. Schr. des Würzb. Rates, Dr. Hanau, an Bischof Conrad, v. 4. II. 1523, aus Nürnberg, D. R. A. III. 925; Bischof Gabriels an denselben v. 23. II.; Würzb. Archiv. — Auch wegen des Heerzugs des Schwäb. Bundes beruhigt Hanau seinen Herrn; der Zug könne ihm und dem Stift nur zu gut kommen. Nützlich wäre (dem Adel gegenüber), das Kais. Mandat an Würzburg, in den Bund zu treten, aufzufinden; man möge danach suchen lassen.

tung innerhalb des bischöflichen Adels selbst stärker zu Tage. Am 13. Februar schrieben 40 Edelleute⁵⁷⁾ an Moritz Marschalk, den Hauptmann von „Rhön und Werra“: Nachdem sie in Schweinfurt Bedacht genommen, hätten sie den Vertrag beraten und fänden darin „viel hohe Beschwermiss“; sie bäten um Unterhandlungen über Milderung der Artikel, um diese des Reiches Ordnung gemäss zu stellen. Marschalk antwortete (21. II.), er ersehe, dass ihr Gemüt nach Verlängerung des gewährten Bedachtes stehe; der Vertrag gebe ihm aber keine Möglichkeit, darauf einzugehen; auch könne er nicht auf sich nehmen, einen gemeinen Tag zur Vorlegung ihrer Bitte auszuschreiben. Wollen sie, was er nicht hofft, sich von den Genossen scheiden, so mögen sie die Folgen tragen.⁵⁸⁾ — Eine wohl aus dieser Zeit und aus dem Steigerwald stammende „Beschwerd des fürgehaltenem Vertrags“⁵⁹⁾ stellt Einwände hauptsächlich wirtschaftlicher Natur zusammen:

1. Schlichtung von Irrungen durch Hauptleute und Räte, auf der ansuchenden Partei Kosten: Das ist bisher der Brauch nicht gewesen, ein guter Freund hat dem andern umsonst gedient; die Neuerung wird bewirken, dass der Aermere überhaupt nicht zu seinem Recht kommt. Besser ist, die Kosten aus Strafgeldern der verlierenden Partei zu decken. 2. „Die Anlag, von 4000 gl. einen Reisigen und 2 Fussknechte zu schicken: Ist in unserem Vermögen nit; mancher hat 4000 gl. Werth, mehr oder minder, und kann sich dennoch beschwerlich mit Weib und Kindern erhalten,“ viel

57. Ausser den schon S. 546 n. 1 Genannten noch Eyring v. Rotenhan, Math. v. Vestenberg, Wilh. Truchsess, Werner v. Stetten, Hans v. Giech, Lorenz v. Rosenberg (diese Namen erscheinen ebenfalls als diejenigen Würzb. Amtleute in dem Aufgebot v. 16. IX. 22); Clas v. Dettelbach, Seb. v. Seinsheim, Hans und V. Marschalk, L. v. Bibra, Ambr. u. Seb. Geyer, E. v. Wichsenstein, Seb. und Albr. Truchsess u. a.

58. „so trägt derselbig Vertrag eure Antworten uffem Ruck.“ Den Gr. Wilh. v. Henneb. setzte M. Marschalk noch am gleichen Tage in Kenntniss; Henneb. Archiv.

59. Henneb. Archiv.

weniger noch solche Last, vielleicht auf längere Zeit, tragen. Auch die Selbsteinschätzung unter Eid ist beschwerlich. 3. Aufschreiben des Dienstes durch Amtleute, die „von Jahren zu Jahren aus Nothdurft dienen“: Ist sehr beschwerlich. Jene können der Ritterschaft mehr nützen, wenn ihnen zugelassen wird, ihren Herrn auszunehmen.⁶⁰⁾ 4. Aufschreiben der Lehen: Ist sehr beschwerlich: Denn „mancher hat viel mehr Lehens denn Eigens,“ und zwar meist „in Flügeln der Fürsten gelegen“. Wird ihm das genommen, so hat er wohl den Trost, es dereinst wieder zu erlangen, aber mittlerweile keine Enthaltung mit Weib und Kind. 5. Gemeiner Anschlag für Beschaffung der Geschütze und Munition: Es ist bekannt, wie „der Ort Steigerwald durch Todsfälle und Andere, so sich eigens Fürnehmens von dem selbigen Ort abzusondern unterstehen,⁶¹⁾ ob 200 000 gl. an gemeiner Anlag geschmälert“ worden. „Mancher vom Adel hat weder Bauern darauf er Reiss hat, noch anderes zum Feldzug gehörig, und solches alles mit Barschaft darlegen müsst, das in eins Vermögen nit wär.“ 6. Von 1000 gl. 1 Ort zu geben: „Jedermann hat nit Zehent, Zins, Gült oder baar Geld angelegt; mancher ernährt sich allein von seinen Erbstücken, Aeckern, Wiesen, Weingärten,“ die oftmals gar wenig Ertrag geben. Wie soll es mit denen gehalten werden? 7. Verhalten gegen die, welche nicht dem Vertrag beitreten wollen: Ist keineswegs leidlich, ganz unmöglich im Verkehr mit Lehens- und Blutsverwandten. Werden die Artikel mit Rat der 6 Orte gemildert, so will man sich nicht absondern.

Den allgemeinen Gesichtspunkt, dass der Vertrag zwar im ganzen auf Recht und Billigkeit beruhe, aber praktisch nicht durchführbar sei, vertritt etwas später ein dem Einungsentwurf nahe stehender Ungenannter einem „Herr Jörg, lieber Schwager“ angeredeten Genossen gegenüber:⁶²⁾

Der Vertrag sei mehrfach der Landfriedensordnung zuwider, „besonders in dem, dess wir die kaiserl. Oberkeit zu tringen unterstehen, auf unser Klag in einer benannten kurzen Zeit uns zu helfen, wo das nit geschehe, dass wir alsdann selbst über die That zu

60. Gemeint ist wohl ihre Dienstpflicht gegen den Herrn überhaupt; vgl. den Einungsentwurf.

61. Sollte dies auf ein erst damals definitives Ausscheiden der Güter Johans von Schwarzenberg (der erst in der Reichsmatrikel v. 1521, noch nicht in der v. 1507 erscheint) zu beziehen sein?

62. Abschriftlich im Henneb. Archiv.

erkennen und Richter zu sein vorhaben.“ Durchaus gerechtfertigt seien die Beweggründe der Urheber des Vertrages nach den vielen Fällen, in denen Standesgenossen von den Mächtigen verurteilt, auf Reichstagen, bei Regiment und Kammergericht keinen Beistand hätten erlangen können,⁶³⁾ nachdem seit 20 Jahren auf allen Reichsversammlungen über Vollziehung der Urteile geratschlagt werde, alle Versuche zu gerechter Handhabung aber an der „listigen Behendigkeit, den geheimen Unterredungen,“ den Privilegien der Mächtigen, die auch „der Exekutoriali oder Achtbrief nit hoch fürchten“, scheiterten. Deshalb wohl, zur Ausgleichung solchen Ungehorsams der Mächtigen, zur Erhaltung des armen Adels, hätten von jeher die Reichsgesetze rechtmässige Gegenwehr, und dass man darin dem Genossen diene, zugelassen, wie aus der goldnen Bulle, die nur rechtzeitige Ansage der Fehde fordere, zu ersehen sei; jetzt wolle man dem Adel auch das Recht zur Gegenwehr nehmen. — Man könne, mit geringen Abänderungen, den Vertrag dem kommenden Reichstage gegenüber wohl verantworten.⁶⁴⁾ Möchten doch die Bündnisse der Fürsten und Städte „auch nit alle dem Rechten oder Landfrieden gemäss erfunden werden, wo sie die der kaiserl. Oberkeit thäten anzeigen“. Trotz alledem aber sei, meint der Verfasser, wenn das Regiment mit der Acht drohen werde, davon ab zu stehen, um so mehr als „kaum der halb Adel zu Franken jetzt in unserm Vertrag“, ewige Zwietracht im Adel selbst erwachsen

63. Es werden aufgezählt: Urteil des Regiments für Jörg v. Streitberg gegen die Markgrafen: ist „in 20 Jahren nie vollzogen“ worden (vgl. Harpprecht, II. 315 ff.; Klüpfel a. a. O. II. 248 ff.); Vorgehen des Bundes wider Hans Georg v. Absberg, das die Reichstände selbst für „zu eilend“ erklärt (s. art. 63 der Beschwerden v. Dez. 1522, D. R. A. III. 722), werde trotzdem nicht gut gemacht; der v. Elringshausen hat den versiegelten Brief, den ihm Georg Heuslin (?) mit Hülfe bündischer Reiter aus seinem Sitz gewaltiglich genommen, nicht wiedererlangen, auch den Täter nicht in die Acht bringen können; neulich ist N. Hundt von Reitern des Bundes, obwohl er guten Bescheid gab und nichts verwirkt hatte, schwer verwundet worden (s. D. R. A. III. 703); etlichen von Cronberg und Hutten (Frowin v., s. Ulmann 312) wurde, obwohl ihre Schuld nicht offenbar, Habe und Gut genommen von ihren Feinden.

64. Auch aus dieser sehr umfangreichen Schrift erhellt, dass bisher der „ewige Landfriede“ den Adel kaum irgend berührt hatte; erst die Versuche (seit Frühjahr 1522), das Prinzip durchzuführen, haben den Adel nun auch mit dieser Frage sich beschäftigen lassen.

möge. Der Schwäbische Bund sei zu stark zur Gegenwehr, „ob uns gleich das halbe Böhmer Land hülf“⁶⁵). Er teile all dies zu Nutzen der zu Römheld⁶⁵) zu fassenden Entschliessung, ob dem Regiment zu willfahren sei, oder nicht, sowie zur Kenntnissnahme auf Ortstagen vor Anfang des Reichstags mit.⁶⁶)

Der fränkische Herrenstand, verhielt sich, soweit sich das erkennen lässt, den Werbungen Wilhelms von Henneberg gegenüber ablehnend.⁶⁷)

Durch diese Misserfolge bei den Genossen des eigenen Landes liessen sich aber die Anhänger der Einung vorerst nicht entmutigen; vielmehr suchten sie durch Verbindung mit dem ausserfränkischen Adel und mit den Städten den Verlust auszugleichen. Besonders ihre nach Nürnberg gesandte Abordnung erscheint als treibende Kraft für Agitation in weiteren Kreisen. Graf Wilhelm schrieb am 19. Februar an Moritz Marschalk,⁶⁸) dass Ludwig v. Boyneburg ihm aus Nürnberg Schriften zugesendet und geraten habe, den rheinischen, nach Köln angesetzten Adelstag zu beschicken.⁶⁹) Obwohl er nicht wisse, was dort verhandelt werden solle, wolle er doch, um nichts zu versäumen, den von Boyne-

65. Ueber diesen Adelstag (wahrscheinl. Ende Juni 1523) s. unten S. 285 n. 19.

66. Vgl. auch die Beschwerde v. 1511 gegen den damaligen Vertrag, oben S. 168.

67. Gottfried Herr zu Limburg an Gr. W. v. H., vom 18. Febr.: Kann dem Vertrag, da Kaiser und Reich und eines Jeden Lehnsherrn nicht ausgenommen sind, nicht beitreten. — Albrecht, Gr. zu Hohenlohe an denselben, vom 27. Mai: Käme der Aufforderung, sich von gemeiner Ritterschaft nicht abzusondern, gerne nach, aber diesen neuen Vertrag mit allen seinen Punkten anzunehmen, sei ihm „ganz beschwerlich“. Wird der Vertrag gemildert, so will er nicht entgegen sein; Henneb. Archiv; über die Grafen v. Wertheim und Johann v. Schwarzenberg vgl. oben S. 248.

68. Do. n. Estomihi. Henneb. Archiv.

69. Der Brief scheint nicht erhalten. Ein Schr. L. v. Boyneburgs an Hann v. Herda, Amtmann zu Massfeld v. So. Invocavit (22. II.) behandelt die gleiche Angelegenheit: Der Graf möge Bottschaft an die Grafen Wilh. v. Nassau, Bernhard zu Solms, Eberh.

burg dafür Vorgeschlagenen (Heinz v. Wanbach, Amtmann zu Henneberg) zunächst an Marschalk, und darnach nach Köln senden, durch ihn auch Marschalk wissen lassen, was ihm in der Sache zu handeln gut scheine, „das sich über Land zu schicken nicht leiden will.“⁷⁰⁾ — Aber die Mission blieb ohne Ergebnis,⁷¹⁾ sei es, dass auf fränkischer Seite wirklich etwas versäumt worden ist, sei es dass der rheinische Adel ebensowenig Neigung gefühlt hat, in den heiklen Interessenfragen der Franken sich einzusetzen, als z. B. der

zu Königstein senden: man habe zu Schweinfurt einen Vertrag gemacht, „aus geschwinden Läuften“, höre nun, dass auf 1. März ein Tag nach Köln aus gleichen Ursachen angesetzt sei und bitte deshalb um nähere Nachricht, zu ev. gemeinsamem Vorgehen.

70. Der Graf hofft, dass Marschalk auf den Tag zu Sulzfeld kommen werde, ersucht, die Figur des (Einungs-) Zeichens ebenso wie bereits ihm, nun auch den Hauptleuten der Orte zu senden und dabei wissen zu lassen, dass ihm, dem Grafen, solches wohl gefallen habe. — Marschalk antwortet (21. II.), dass er bereits mit H. v. Wanbach sich beraten, auch die Zeichen an die Orte abgeschickt habe. — Auf dem Tag zu Schweinfurt war von einem „Kleinod“, von jedem Mitglied zu tragen, „geredet, aber nichts beschlossen worden“. Später hatten sich „unser etlich vom Adel, auf Besserung“ geeinigt auf „die Figur Christi, unsers Seligmachers, als der vom Tode auferstanden . . . mit einem umgebenen Wolken und Umschrift“. — Es sei „ein tröstlich Zeichen, sonder Zweifel unsern Feinden erschrecklich“. (Ohne Datum und Unterschrift an Wilh. v. Henneb.; Henneb. Archiv.)

71. Schr. Eberhards, Graf zu Königstein an Gr. W. v. Henneb. von Mi. n. Reminiscere (4. III.) aus Cöln, auf dessen Schr. an ihn und Graf Bernhard zu Solms: Entschuldigt sich, dass in der Sache nichts habe gehandelt werden können, da die Botschaft W. v. H.'s nicht mit Bericht der Schweinfurter Handlung auf diesem Tag erschienen sei, er auch zu Nürnberg nichts näheres davon habe erfahren können. Er glaubt, die Fürsten würden wohl zwischen „den oberländischen Kriegsfürsten“ und dem Adel vermitteln, einen Ausgleich zu stande zu bringen. — Ihr Abschied des Tags zu Köln „steht auf Ersuchen der 3 Fürsten Köln, Jülich und Münster, zu denen sind Botschaften gefertigt, also dass es auf ferner Handlung etc. beruht.“

fränkische für Sickingen und seine Helfer mehr als Fürbitte geglaubt hatte, wagen zu sollen.⁷²⁾ — Gleichzeitig wurde mit den Grafen am Harz, mit dem bairischen, einem Teile des böhmischen und ohne Zweifel auch mit dem schwäbischen Adel, sowie mit den Städten verhandelt.⁷³⁾ Es scheint, dass auf Anregung einiger besonders sanguinischer Naturen diese Unterhändler bereits auch mit Werbungen für eine förmliche Einung, die möglichst den ganzen mit der Fürstengewalt im Kampf liegenden deutschen Adel umfassen sollte, betraut waren.⁷⁴⁾ Der klarer sehende, zunächst auf Siche-

72. Ueber eine Verwendung auf dem Schweinfurter Tag s. oben S. 259. — Im März ward auf e. Tage zu Bamberg beschlossen, eine Gesandtschaft (Euk. v. Aufsess, Hans v. d. Thann, Hans v. Rotenhan, Ph. v. Truchsess zu Bomersfelden und einen vom Odenwald) nach Heidelberg mit einer Credenz, Sickingen und andere betreffend, zu senden. „Aber zuvor soll Herr Zeisolf v. Rosenberg mit Franzen handeln, uff was Wege solche Ansuchen geschehen sollen“ (Bericht Heinz v. Wanbachs an Wilh. v. Henneberg).

73. Jörg v. Schaumberg an Hans v. Sternberg vom 3. VI.: Wünscht zu wissen, ob er und Hans v. Wallenfels mit der Werbung bei den Harzgrafen, die andern mit der bei den Böhmen, fortfahren oder bis nach der von ihm beantragten Zusammenkunft verziehen sollen (Henneb. Archiv). — Ueber Verhandlungen mit dem bairischen Adel s. das Schr. Ecks v. 20. März bei Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode S. 69, über die mit den Städten vgl. oben S. 246.

74. Undatierte Gedenkschrift im Henneb. Archiv: Nachdem seit langem „etliche Fürsten Grafen, Herren und Ritterschaft mehr denn einer Landsart deutscher Nation von ihren alten Freiheiten und Gerechtigkeiten in unträgliche Dienstbarkeit durch ihre Uebergewaltigen bedrängt,“ dazu an ihren Gütern etc. beeinträchtigt und, bei billiger Gegenwehr, an Leib und Habe bedroht haben, auch fast nirgends schleuniger Austrag zu erlangen, ist „von etlichen bewogen, dass sich dieselben (Grafen etc.) nachmals in mehr denn einer Landsart sollen in ehrliche freundlich Vereinigung, Bündniss und Verstand begeben . . .“ — Austrag, Hilfe bei Vergewaltigung von aussen („sich daran weder Lehen- noch andere Herren verhindern lassen“). — Das Bündnis zu stand zu bringen, ist Tagung nötig; doch wäre öffentliche Ladung zu gefährlich, besser ist diese „uffis

rung der sehr schwachen Grundlagen der Einung bedachte Wilhelm v. Henneberg war mit diesen weit ausgreifenderen Bestrebungen wenig einverstanden. Soviel er vermerke, schrieb er (Sonntag Letare, 15. III.) an Moritz Marschalk, sei „grosse Handlung mit anstossenden Nachbarn, desgleichen mit den Städten, wie wir die in unsern Vertrag bringen; sind wir noch unter uns selbst der Sachen nit ganz einig;“ er besorge, „es werd uns und unserm ganzen Vaterland (Franken) mit der Zeit zu Schaden, Spott und Hohn gereichen, denn unsers Bedünkens mit obgemelter Handlung viel zu früh gehandelt wird.“ Er schickt eine von der Versammlung der „Altmühl“ zu Ansbach ihm zugegangene Schrift mit, aus welcher die dortige Abneigung, dem Vertrage beizutreten, zu ersehen sei. Es sei nötig, die Altmüler ungesäumt weiter zu bearbeiten, da sonst mit diesen auch die vom Steigerwald und die Amtleute ganz abtrünnig werden würden.⁷⁵⁾

Die Werbungen bei dem ausserfränkischen Adel waren fürstlicherseits nicht unbemerkt geblieben. Der Schwäbische Bund führte sie als einen seiner Gründe an bei der Ab-

allergeheimst und unter anderem Schein“ zu tun. Der fränkische Adel habe in der Frage das grösste Interesse, da er sich gewaltigen Ueberzugs zu besorgen habe. Deshalb hat man vorstehendes durch Vermittlung Graf Wilhelms v. Henneb. an etliche ansehnliche Personen des Adels zu Franken gelangen lassen, mit Bitte, dass sie zu solcher Versammlung insgeheim werben mögen. Eine (ungenannte) Malstatt die „dem Mehrertheil aller Landsarten am gelegensten,“ war bereits in Aussicht genommen.

75. Der Graf übersendet auch zwei am gleichen Tag erhaltene Schriften Herzog Ulrichs v. Württemberg zur Mitteilung an die Orte; er hofft, es bringe keine Frucht, „denn allein, dass wir in unserm Lande höher geacht, dann wir selbst seint“; was weiter kein Nachtheil sei, so lang man nicht die eignen Dinge vernachlässige „um des verjagten Mannes willen; dess wir uns doch nicht versehen.“

lehnung von Erzherzog Ferdinands Ansuchen, den Zug nach Franken zu unterlassen.⁷⁶⁾ —

Das was in damaliger Zeit die Gemüter allgemein am mächtigsten erregt hat, ist bisher kaum berührt worden, und zwar deshalb, weil die ritterschaftlichen Akten darüber so gut wie keine Auskunft geben. Ging man schon in den weltlichen Bestrebungen ungemein vorsichtig zu Werke, vermied so viel wie irgend möglich schriftliche Äusserungen, sodass wir auch darin oft nur über die äusseren Formen, in denen die Dinge sich vollzogen, unterrichtet sind, so war in Glaubenssachen solche Vorsicht meist noch dringender geboten, vor allem in geistlichen Territorien. Wir wissen, dass schon die älteren Formen des Strebens nach Glaubensfreiheit, besonders die Hussitenlehre, in Franken Eingang gefunden hatten.⁷⁷⁾ Aus wiederholten Beschwerden erhellt, dass das weltliche Treiben, die Ausschreitungen des Klerus auch in ritterschaftlichen Kreisen Aergernis erregten,⁷⁸⁾ dass die von weltlichen Interessen meist stärker als von religiösen beeinflusste Handhabung der geistlichen Gerichtsbarkeit die Opposition des Adels auf sich gezogen hatte.⁷⁹⁾ Die Reformstatuten eines alten Ritterbundes vom Jahre 1520 zeigen, dass man dort den Anschauungen eines gereinigteren Christentumes sich zuwandte.⁸⁰⁾ Von einigen der Führer des fränkischen Adels um 1520 ist bekannt, dass sie schon in diesen ersten Jahren für Luthers Lehre offen eingetreten sind: Georg von Wertheim führte seit 1522 die Reformation

76. Schr. Ecks an Herzog Wilhelm, v. 21. III. bei Jörg, a. a. O. S. 71, vgl. daselbst S. 20 f.

77. Nach Haupt, „Die religiösen Sekten Frankens“ (1882), haben die von Aufsess um 1450 auf ihren Gütern die hussitische Lehre eingeführt (S. 41). 1517 schreibt Willib. Pirkheimer, dass die Lehre aller Verfolgungen ungeachtet täglich neue Anhänger gewinne (S. 49).

78. D. R. A. II. 691.

79. S. oben S. 173 ff.

80. Einung der Fürspänger; s. oben S. 80.

in seinem Lande ein,⁸¹⁾ Johann v. Schwarzenberg bekannte sich wenig später zu ihr.⁸²⁾ Silvester v. Schaumberg, der schon im Sommer 1520 Luther seinen und gleichgesinnter Standesgenossen Schutz angeboten hatte,⁸³⁾ berief bald darauf lutherische Prediger;⁸⁴⁾ an der Organisation der evangelischen Kirche in Kursachsen waren für das Koburger Gebiet beteiligt Hans von Sternberg (seit 1528), Cuntz Götzmann, Hans Schott, Claus von Hessberg (1531).⁸⁵⁾ — Dies sind nur einzelne Daten aus der auch in Franken mächtigen Bewegung, in welcher bis 1550 der Abfall zum mindestens eines sehr grossen Theils des Landes von der alten Kirche sich vollzogen hat.⁸⁶⁾ Wenn zweifellos die lutherische Glaubens-

81. S. Aschbach, Gr. v. Wertheim; Eisenlöffel: „Franz Kolb, ein Reformator Wertheims etc. (1895). R. Kern in den Oberrhein. Zeitschrift Bd. 16 (1901). — Ueber des Grafen persönliche Berührungen mit Luther als Ausschussmitglied des Wormser Reichstags s. D. R. A. II. 561, 602 n. 5.

82. Belfanz a. a. O. S. 54.

83. Luthers Briefwechsel (Endres) II. 415. — Abmahnung, ausserhalb deutscher Lande (in Böhmen) Schutz zu suchen: „Denn ich und sonst meines Versehens hundert vom Adel die ich, ob Gott will, aufbringen will, euch redlich zu halten und gegen euern Widerwärtigen vor Gefahr schützen wollen . . .“

84. Brückner, Landeskunde v. Meiningen II. 453.

85. Burkhardt, Gesch. der deutschen Kirchen- und Schulvisitationen im Zeitalter der Reformation I. 53, 109. — Ueber Anzeichen starker Sympathien in weiteren Kreisen des deutschen Adels für Luther auf dem Wormser Reichstag s. D. R. A. II. 559 n. 2, 892; vgl. Aleanders Depeschen (Kalkoff) S. 123, v. 13. IV. 21.

86. S. die Gravamina Würzburgs auf dem Reichstag von 1550, über die seinem Stift entzogenen Klöster, Pfarreien etc., im Archiv f. U. Franken III. (1836), 3 S. 107; gegen die Markgrafen, die Pfalzgrafen und Württemberg wegen Sekularisirung von Klöstern in ihren Gebieten; die Herren v. Limburg und Erbach sind lutherisch, präsentieren keine Pfarrer mehr; im Henneberg'schen Gebiet ist der Abfall im vollen Gange, im Wertheim'schen durchgeführt. Die Grafen von Castell, die von Velberg, H. J. v. Thüngen präsentieren nicht; die Städte Hall, Heilbronn, Rothenburg, Windsheim, Schweinfurt haben die dortigen Klöster entzogen.

lehre seit ihren ersten Anfängen warme Anhänger aus innerer Ueberzeugung auch in Franken gefunden hat, so ist doch gerade hier der Einfluss nicht zu unterschätzen, welchen in den einer Entscheidung mehr und mehr zu drängenden ständischen Kämpfen die hier gebotene Möglichkeit, der geistlichen Gerichtsbarkeit, einer der Hauptstützen landesherrlicher Gewalt in geistlichen Territorien, mit einem Male gänzlich entledigt zu werden, auf die Haltung des Adels in den kirchlichen Fragen erlangen musste. Freilich stritt gegen dieses Interesse das nicht minder lebhaftere andere an der Erhaltung der Klöster und adeligen Stifter als Versorgungsstätten für die Masse der jüngeren Söhne, Töchter und ärmeren Verwandten. Die Stellung, welche nun die einzelnen Edelleute zu den kirchlichen Fragen eingenommen haben, ist selbstverständlich auch wieder nicht ohne Rückwirkung auf die politischen Kämpfe geblieben, und im grossen und ganzen ist wohl anzunehmen, dass in der gegen die herrschenden Gewalten gerichteten Schweinfurter Einung auch die Anhänger des neuen Glaubens sich zusammengefunden haben werden, soweit nicht die Rücksicht auf Aemter und Dienste stärkere Fesseln auferlegte oder Einzelne, wie Georg v. Wertheim und Hans v. Schwarzenberg sich stark genug fühlten, ihre eignen Wege zu gehen.⁸⁷⁾ In dem gewählten

87. In den Ausschüssen und Gesandtschaften der Einung begegneten die Namen eifriger Anhänger der Reformation, z. B. Hans v. Sternberg, Bernhard v. Hutten, Silvester v. Schaumberg. — Nicht zu vergessen ist, dass das Haupt der Einung, Wilhelm v. Henneberg, erst sehr spät in seinen Landen die Reformation durch seinen Sohn hat einführen lassen, persönlich dem alten Glauben bis kurz vor seinem Tode († 1559) treu geblieben ist. — Dass bei aller Wirkung von Ulrich v. Huttens flammenden Schriften dessen Versuche, die Genossen zum Kampf gegen Rom mit fort zu reissen (s. z. B. sein Schreiben an Sebastian v. Rotenhan, Opera I. 405) erfolglos geblieben sind, auch seine nächsten Verwandten weit entfernt waren, auf seine radikale, aggressive Politik einzugehen, dürften die von Szamatolski (Ulrichs v. Hutten Deutsche Schriften;“ beigebrachten Schriftstücke (s. bes. S. 157 ff.) dargetan haben.

Einungszeichen, einer Christusfigur, war auch offiziell die religiöse Seite der Einungstendenz betont.⁸⁸⁾ Die Führer versäumten nicht, diese Seite den reformfreundlichen Fürsten gegenüber ganz besonders hervorzukehren, die vom Bund drohende Gefahr als eine gemeinsame hinzustellen.⁸⁹⁾ —

Von ihrem trotzigen Entschluss der Selbsthülfe, ohne und gegen ihre Bischöfe, sah die Schweinfurter Adelseinung infolge der fortgesetzt ablehnenden Haltung des Würzburger Dienstadels, der Orte Altmühl und — zum grossen Teil — Gebirg und Steigerwald, seit Anfang März sich genötigt allmählich zurückzukommen. Am 8. dieses Monats sandte die Ritterschaft eine Abordnung mit der Bitte um Schutz an Bischof Conrad und das Domkapitel,⁹⁰⁾ und einige Tage später baten die Häupter der Adelseinung, auf einem Ausschusstage zu Bamberg, die ebenfalls anwesenden Verordneten jener ausserhalb Stehenden, die Vermittlung zu über-

88. S. oben S. 270 n. 70.

89. Ludwig v. Boyneburg an Kurfürst Friedr. und Herzog Joh. v. Sachsen, v. 4. II. 1523: „So haben die 3 Kriegsfürsten — Trier, Pfalz und Hessen — ihre Botschaften daselbst (zu Schweinfurt) gehabt und ihre Sachen gern wohl verantworten wollen, dass sie dem Lutter Gewalt angelegt haben, es aber wenig Leut glauben wollen; aber da man ganz beschlossen, ist ihnen, den Geschickten, eine aufgezeichnete Antwort überliefert, hat ihnen nicht ganz gefallen, denn es werden Wege gesucht, der Gewalten überig zu sein“ (Weimarer Archiv). Dazu Planitz v. 23. V. (S. 438): Jörg v. Schaumberg hat ihm gesagt, dass zu besorgen, dieser Zug des Bundes werde nicht allein um des Adels und der Friedbrecher wegen vorgenommen, sondern mehr des Luthers Lehre wegen und wäre möglich, dass sie den Kurfürsten überzögen im Koburgischen. Pl. kann nicht recht daran glauben, rät aber zur Wachsamkeit; vgl. daselbst 440 und noch später (13. VI., 27. VII.) S. 462, 501.

90. Oculi 1523: Darlegung wie aus Beschwerden und Mängeln tätliche Handlungen, daraus schlechter Ruf des fränk. Adels bei allen Ständen, und Absichten der Vergewaltigung gefolgt seien, wie diese sie zur Einung veranlasst hätten. Die Gesandten waren Zeissolf v. Rosenberg, Ph. v. Massbach, Albr. v. Adelsheim, Jörg v. Bibra und Ph. Weyss (Würzb. Archiv).

nehmen, Fürsten und Einungsführer zu gemeinsamer Beratung zu laden.⁹¹⁾ In der Frage ward ein weiterer Ausschusstag nach Bamberg auf 26. März angesetzt. Dort waren die Altmühler zwar nicht vertreten,⁹²⁾ sie liessen aber bald darauf schriftlich wissen, dass der Markgraf auf ihre Werbung in jenem Sinne sich bereitwillig geäussert habe.⁹³⁾ Der Bischof von Würzburg hingegen sandte auf diesen Bamberger Tag eine Antwort⁹⁴⁾ nur auf jene frühere Eingabe vom 8. März: Zu ihrer Einung könne sein Verhalten keine Ursache gegeben haben; er habe sich bemüht, den Adel und vor allem den seines Stiftes — durch Aemter, Dienstgeld und heimgefallene Lehen sich zu verbinden. Aber schon damals als Pfalz, gemäss alter Einung, reisige Hilfe von ihm gefordert, „haben sich unsere Amtleute und Diener zu reiten etlicher mass geweigert. Als wir sie nach vielgehabter Handlung wiewohl unwillig zu reiten zum letzten bewegt, ist der Ritt abgekündigt und windig worden.“⁹⁵⁾ Aber ehe sie

91. Antwort den Gesandten der Würzburgischen, auch den Birgischen und denen von der Altmühl gegeben von den Hauptleuten und Räthe der Orte zu Bamberg, v. Fr. n. Oculi (13. III.): Den Vertrag zu ändern, wie Jene wollten, stehe nicht in ihrer Macht, auch würde ihnen schimpflich sein, die Fürsten selbst zu laden. — Die Abgeordneten wollen den Wunsch an ihre Freunde gelangen lassen (Henneb. Archiv).

92. Donnerstag nach Judica. Präsenzliste (doppelt) im Henneb. Archiv: Rhön-Werra: Heinz v. Wambach (für Gr. Wilh. v. Henneb), H. Moritz Marschalk, Hans v. der Thann, Silvester v. Schaumberg. H. Christof Fuchs, Bernhard v. Hutten, Hans v. Rotenhan, Erhard Fuchs. Gebirg: H. Euk. v. Aufsess, H. Sigm. v. Wirsperg, Fritz v. Redwitz, Odenwald: H. Zeisolf v. Rosenberg, Bartolmes v. Velperg. Steigerwald: Ph. Truchsess zu Bommersfelden.

93. Schr. etlicher Altmühler v. 28. III. aus Bayersdorff; Henneb. Archiv.

94. Durch den Marschalk Hans v. Miltz, datiert Di. n. Judica (24. III.) Würzb. Archiv.

95. Es handelt sich um die von Pfalz am 11. Sept. getane, am 26. Sept. widerrufene Bitte um Zuzug (oben S. 229). — Ueber die Bearbeitung der Amtleute schon 1508 ff. s. oben S. 163.

derselben Zeit von uns abgeritten, haben sich etliche aus ihnen in dem Barfüßler Kloster hie in unser Stat Würzburg zusammen verbottet, unterredt und uns folgend ihr Amt und Dienst uffgeschrieven.“ So höre er jetzt, dass man zu Schweinfurt versucht habe ihm die Neubesetzung der Dienststellen zu erschweren, auch dass dort Schmähreden gegen ihn und sein Kapitel gehalten worden seien. Wenn sie sich künftig billig hielten, werde er für sie eintreten. — Sein Abgesandter gewann zu Bamberg den Eindruck, dass das Stift keine Feindseligkeiten zu besorgen habe. Er berichtet: „Die Altmühler alle, ebenso die Birgischen ob 200, auch viel Steigerwald“ seien noch nicht im Vertrage. Dessen Ursachen und Zwecke habe Georg v. Schaumberg dort nochmals dargelegt, und danach wiederum die noch nicht Beigetretenen gebeten, bei ihren Herren für eine Wiedernäherung zwischen Fürsten und Adel, für gemeinsame Beratungen zu wirken. Das sei auch zugesagt, er, der Marschalk, selbst und Erh. v. Wichsenstein mit der Werbung bei Würzburg beauftragt worden. Die ausserhalb der Einung hätten verabredet, an St. Georgstag (23. IV.) wieder in Bamberg zusammen zu kommen.⁹⁶⁾ — Auch die späteren Ladungen

96. Bericht, datiert Walpurg (Waldburg, westl. Bamberg) v. 27. III. — Auf dem Tag v. 23. IV. ist auch der Einungsadel vertreten gewesen. — Die Besorgnisse der Pfalz vor dem Anhang Sickingens dauerten fort. Am 19. März meldete Würzb. an Pfalz, dass bei Urach sich 500 Pferde sammeln sollten unter Dietrich Spät u. a.; am 28. und 30. Pfalz an Würzb. von ähnlichen Ansammlungen um Boxberg, für Sickingen. Anfang April sandte Würzb., auf eine Bitte der Pfalz v. 30. III. um 200 Reiter vermöge der Einung, 100 Reislige unter Endres vom Sand („Denen wir ernstlich Befehl gegeben, sich gegen e. L. u. deren Hauptleute wohl und gehorsamlich zu halten“), als Ersatz der nach Ablauf ihrer Dienstzeit heimziehenden Truppe (Zusage Würzburgs v. 4. April; in 2 undatierten Schr. meldet es darauf den Ausmarsch der Reiter und ihre Ankunft in Lauda). — Schon am 21. III. (Sa. n. Letare) hatte Würzburg seine Lehensleute auf den 8. IV. (4. Ostertag) für längeren Dienst gerüstet nach Würzb. entboten (Aufbottbuch; es werden gefordert u. a.: v. Gr. Wilh. v.

des Adels, zu einem Tage nach Windsheim auf Fronleichnam (4. Juni), beantwortete allein Markgraf Casimir gleich anfangs zustimmend: er sei bereit persönlich zu erscheinen. Dagegen blieben die Bischöfe von Würzburg und Bamberg — nach einer Zusammenkunft zu Zeil am 18. April⁹⁷⁾ — auf dem alten Standpunkt stehen, dass jeder Fürst nur mit seiner Ritterschaft über deren Beschwerden verhandeln solle; ihnen schloss sich Eichstädt, überzeugt auch von der grösseren Zweckmässigkeit getrennter Verhandlungen, an.⁹⁸⁾

Henneberg 20 Gewappnete zu Ross mit Spiessen — wohl gemäss Dienstvertrag v. Ende 1520: 20 Pferde auf 13 Jahre gegen 300 gl. jährl.; Ersatz des reisigen Schadens; Schultes Henneberg II. 147 —, v. Gr. Joh. v. Leuchtenberg 8 Gew. desgl.; v. Gr. Georg von Wertheim 10, v. Schenk Gotfr. z. Limburg 5 desgl.; ferner v. e. Anzahl Adelige je 4, 3, 2 Pferde). — Am 22. IV. und 8. V. schrieben die Räte zu Heidelberg von Gerüchten, wonach auf dem Bamberger Gebirg und um Boxberg sich Reitermassen für Sickingen sammeln sollten. Würzb. beruhigt am 9. V.; die Gerüchte kämen ihm, nach sorgsamer Kundschaft, unglaublich vor; Herzog Heinr. v. Braunschweig habe ihm geschrieben, dass er ca. 2000 Knechte in Schwaben habe werben lassen; das erkläre manches. Am 11. V. dankt Würzb. für Nachricht vom Falle Landstuhls. Der damalige Briefwechsel Pfalz-Würzburg (Würzb. Archiv) schliesst mit der Bitte der Pfalz v. 17. Juli, in Adelsheim und Meckmühl vor Unterstützung der aus Boxberg vertriebenen Rosenberge zu warnen und der Zusage W.'s v. 23. VII.

97. So. n. Quasimodogeniti; Repertorium v. Fries.

98. Eichstädt an Bamberg v. 19. IV.: Berichtet von der Werbung der „Altmühl“ (durch Hans v. Leonrode, am 17. IV.), am 4. VI. mit 2 Kapitelherren nach Windsheim zu kommen; glaubt nicht, dass die 3 fränk. Domkapitel auf den Tag vollkommene Gewalt zu beschliessen, erteilen würden, somit dort etwas ausgerichtet werden könne. In e. Schr. v. 24. IV. an Eichstädt teilt Würzburg den Beschluss von Zeil mit. — Antwort Bambergs an seine Ritterschaft v. 22. April: Die gewünschte Zusammenkunft sei z. Zt. etwas unbequem, auch unnötig, deshalb nicht seine noch seines Kapitels Absicht. Hält dafür, jeder Fürst werde sich zu den Seinen gnädiglich verhalten. Würzb. Archiv.

Von der Versammlung zu Bamberg am 23./24. April war an Würzburg neben der Werbung für den Windsheimer Tag ein zweites Schreiben ausgegangen, in dem um Verwendung bei dem Bund gebeten wurde, der viele vom Adel zur Purgation nach Nördlingen⁹⁹⁾ geladen habe, die nicht Erscheinenden mit Krieg zu überziehen drohe. Diese Verdächtigten erböten sich zu Recht vor Regiment und Kammergericht, sowie auch vor dem Bischof als einem fränkischen Fürsten und seinem Domkapitel. Fänden selbst die, deren der Bischof „zu Ehren und Recht mächtig,“ keinen Schutz, so sei Selbsthilfe nicht zu verübeln.¹⁰⁰⁾ — Bald trat hinter der Besorgnis vor der nächsten dringenden Gefahr alles übrige völlig zurück;¹⁾ von ihr allein noch ward in der näch-

99. Auf Dienstag nach Exaudi, 19. Mai.

100. „Gefürst. Grafen und Ritterschaft so jetztund zu Bamberg versammelt gewest,“ an Bischof Conrad, v. 24. IV., Würzb. Archiv; vgl. Planitz v. 30. IV. (S. 432 f.). — Ein „Bedenken“ a. d. Umgebung des Bischofs (undatiert, Würzb. Archiv) behandelt die Gefahr gemeinsamer Tagung: „Wär alles zu Abbruch fürstl. Obrigkeit, und dadurch sie sich frei zu machen und ihrem Fürsten keinen Gehorsam mehr zu leisten fürnehmen möchten, wie sich denn etlicher Massen allgeriet ereignet . . .“

1. Am 28. V. (Do. n. Urbani) hatten die Räte der 3 fränk. Bischöfe zu Windsheim getagt: Da der Adelstag diesmal nicht zu stand kommen werde, sei unnötig, der Ritterschaft auf ihre Ladung zu antworten. Käme es später dazu, so sollen die Fürsten dort vertreten sein; auch solle, da die Adelseinung fürstl. Obrigkeit nachteilig, ihre Ursache untersucht, über die Beschwerden jedoch nur nach Territorien getrennt verhandelt werden (Repertorium v. Fries). — Der Ritterort Altmühl hatte für den Windsh. Tag einen Vertragsentwurf ganz auf Grundlage der Reichsordnung von 1521 aufgestellt, die — im Austrag mit Fürsten und zwischen Mitgliedern sowie in der eignen Gerichtsbarkeit — zu praktischem Leben erweckt werden sollte; wegen der schon zu Nürnberg vorgebrachten Mängel des Austrags von 1521 sollte bei den fränk. Fürsten um Wege zu gemeinsamer Abstellung angesucht werden. Beistand war vorgesehen, bes. auch bei Beschwerden mit geistlichem Gericht, wie solche die weltlichen Stände jüngst zu Nürnberg aufgestellt haben (s. D. R. A. III. 645); Umlage, jährl. Versammlungen etc. (Würzb. Archiv).

sten Zeit zwischen Adel und Fürsten gehandelt. Von einem Tage zu Bamberg²⁾ Mitte Mai, auf dem viele der nach Nördlingen Erforderten zugegen waren, richtete man Botschaften an das Regiment, an die Bischöfe von Würzburg und Bamberg. Die erstere erwähnt die Schreiben von Regiment und Ständen an die beiden Adelsversammlungen zu Schweinfurt und die damalige Vertröstung in den Beschwerden, sowie den Bericht des Adels von des Bundes Kriegsabsichten und die Zusage des Regiments, es werde diesen auffordern vom Zuge abzustehen.³⁾ Nun habe der Bund einige zur Purgation geladen und beabsichtige Anfang Juni in Franken einzufallen. Die Ritterschaft bitte, die Bündischen auf den Rechtsweg zu verweisen; sie werde, falls diese sich nicht beirren lassen würden, sehen müssen, wie sie Gewalt mit Gewalt abwehre und gebe zu bedenken, welche Verwirrung im Reich daraus entstehen müsse.⁴⁾ — Bei Bamberg war-

2. Der Ort wurde, als bequem gelegene Malstatt, damals häufig für Tagungen gewählt. Am 13. V. schickten von dort Wilh. v. Henneberg u. a. den Schweinf. Vertrag in Copie an die Grafen v. Wertheim mit der Bitte um Beitritt z. Einung (Werth. Archiv).

3. Das war geschehen, die Aufforderung aber ohne Antwort geblieben; Planitz v. 30. IV. (S. 433). — Ueber die Streitigkeiten zwischen dem mächtigen, privilegierten Schwäb. Bund und der im Grunde machtlosen obersten Reichsbehörde s. Klüpfel II. z. B. 235, 264 und Planitz 89, 497, 515 ff.

4. Instr. der Geschickten (Georg v. Schaumberg, Frowin von Hutten, Christof Fuchs) an Statthalter und Regiment, datiert Bamberg, v. 10. Mai; Planitz, Berichte, S. 444 Note. — Das Regiment mahnte darauf abermals den Bund von Beschwerde anderer mit Purgation und Ueberzug ab, drückte aber auch dem fränk. Adel sein Missfallen über Gewalttaten und Fürschub aus mit dem Bescheid, dass es sich ausschliesslich der etwa durch jenen Zug unschuldig zu Schaden Kommenden annehmen werde; Planitz v. 28. V. (S. 444). — Am 28. Mai erliess es ein förmliches Mandat an den fränk. Adel, sein Bündnis, das „in etlichen Fällen unser und des hl. Reichs Ordnung und Landfrieden zuwider sein soll“ abzustellen (Henneb. Archiv).

ben die bedrängten Adelsführer persönlich:⁵⁾ Der Bischof möge das Unternehmen des Bundes abwenden, auch „sich in denselben Bund nit begeben.“ Die Verdächtigen seien bereit zur Purgation nach des Reichs-Ordnung, erböten sich auch hiermit „und sonderlich s. Gn. Stifts Verwandte“ durch sie, die Anwesenden vor dem Bischof zu Ehr und Recht; würden sie nicht geschützt, so würden „dieselben und andere verursacht, Wege zu suchen, wie sie bei des heiligen Reichs-Ordnung“ und ihrem Herkommen bleiben möchten. Die Werbung an Würzburg⁶⁾ ist im wesentlichen eine Wiederholung der früheren vom 24. April. — In seiner an Wilhelm von Henneberg gesandten Antwort riet Bischof Conrad zur Verantwortung der Verdächtigen vor dem Bund, der zur Erhaltung von Friede und Recht aufgerichtet sei. Sein Gesandter bei dem Bunde habe Befehl, dort für die Abwendung des Zuges zu wirken; werde dieser dennoch ausgeführt, so könne er der eines Friedbruchs Verdächtigen sich nicht annehmen, werde jedoch jedem etwa unschuldig Geschädigten zu seinem Rechte verhelfen, wie er das schon Zeisolf von Rosenberg u. a. gegenüber⁷⁾ ausgesprochen habe.⁸⁾

Nach allen bisherigen Misserfolgen — allein auf die Böhmen glaubte man im Ernstfalle zählen zu dürfen — blieb dem Adel nichts übrig, als die Demütigung, sich an den Bund selbst bittend zu wenden. Die drei an das Regiment Abgesandten waren auch mit diesem Auftrag zu Bamberg bedacht worden. Am 19. Mai,⁹⁾ dem Termine, zu welchem

5. Nämlich Graf Wilh. v. Henneberg, die Ritter Frowin von Hutten, Jörg v. Schaumberg, Ludwig v. Hutten, Moritz Marschalk, Christof Fuchs und viele andere vom Adel, am 13. Mai; Sprecher war Frowin von Hutten (Würzb. Archiv).

6. Credenzbrief v. 13. Mai, überreicht am 18. Mai, durch Silvester v. Schaumberg und Fritz v. Redwitz.

7. Botschaft v. 8. März, s. oben S. 276.

8. Schr. v. 1. Juni, Repertorium v. Fries.

9. Di. n. Exaudi, Henneb. Archiv. — Dass auch diese Gesandten (G. v. Sch., Fr. v. H., Chr. F.; siehe oben n. 4) unter

auch die Verdächtigen dorthin vorgeladen waren, erschienen sie zu Nördlingen vor Hauptleuten und Räten mit der Bitte den Zug abzustellen. Diese erwiderten, es bestehe nur die Absicht, Hans Thomas v. Absberg und seine Helfer zu strafen; der Bund sei auf den Landfrieden gestellt, deshalb habe auch der Statthalter das Regiment aufgefordert, ihr Vorhaben nicht zu hindern.¹⁰⁾ Auf die Erklärung der Gesandten, der Adel wolle sich der Uebeltäter nicht annehmen, fürchte aber, dass auch Unschuldige würden leiden müssen, auch dass „der gemeine Mann, jetzund ohn das uffrurigk“ sich erheben werde; besser dünke ihnen, dass jeder Fürst die unter ihm gesessenen Täter allein strafe, — entgegneten die Bündischen, es sei nun zu spät, die Entschlüsse des letzten Bundestags¹¹⁾ seien nicht mehr rückgängig zu machen. Mit förmlichem Protest: nie sei erhört, dass ein Einziger Kläger, Richter und Strafer zugleich sein wolle, schieden die Gesandten. Auch ihre Werbung (v. 22. V.) bei Markgraf Casimir, zu dem sie sich nun begaben, war erfolglos. Wider eine solche Macht des ganzen Bundes, meinte der Markgraf, könne er nicht stehen. Auch auf ihren Antrag, für eine Einigung innerhalb der Ritterschaft zu wirken, liess er sich nicht ein.¹²⁾ —

den vom Bund zur Purgation Vorgeladenen gewesen, ist nicht wahrscheinlich, wenn auch ein Schreiben des Hans v. Rotenhan an Wilh. v. Henneb. (v. 17. V.) das als bekannt voraussetzt; auf der Liste derer, die sich purgiert haben (Henneb. Archiv, auch bei Datt, S. 786; 30—40 Namen, u. a. Conrad Schott, Zeisolf v. Rosenberg, Sigm. v. Wirsberg, Ph. v. Maspach, die Thüngen zu Reussenberg (ausser einem) und zu Thüngen, Ph. und Wolf v. Berlichingen, Sebast. v. Helmstadt, Seb. v. Giech, Wolf v. Streitberg) stehen sie nicht; vgl. Baader, a. a. O. 71 f., 76.

10. S. Planitz S. 444 und 451.

11. V. 18. März zu Ulm; s. Klüpfel III. 243.

12. Schr. der zu Coburg versammelten Hauptleute und Räte an Gr. Wilh. v. Henneb. v. 31. Mai mit Bericht über den Erfolg ihrer bei Regiment, Bund und Markgraf, gemäss dem Bamb. Abschied, geschehenen Werbungen, als Antwort auf eine Mahnung des

Ueber die damaligen Strömungen innerhalb des Einungsadels sind wir nicht unterrichtet. Die Leidenschaftlichen, besonders auch die nicht Purgierten, ihre Freunde und Verwandten werden zum Widerstand angetrieben, die Besonnenen davon abgeraten haben. Die letztere Meinung, welche schliesslich die Oberhand behielt, vertrat lebhaft Sebastian v. Rotenhan. Er suchte die Gesetzlichkeit des beabsichtigten Strafzuges darzutun, aus der dann folge, dass man der Einung gemäss nicht schuldig sei, Hilfe zu leisten.¹³⁾ Entmutigen musste auch das am 28. Mai an die Ritterschaft zu Franken erlassene förmliche Mandat des Regiments, ihre Einung, da sie der Reichsordnung entgegen, aufzulösen.¹⁴⁾ Kurz nach der Einnahme von Boxberg¹⁵⁾ begehrten von dort aus die Bundesstände von Wilhelm v. Henneberg und anderen Häuptern der Einung zu wissen, ob diese ihre Genossen unterstützen werde, und Anfang Juli folgte diesem Ansuchen ein zweites, schärferes,¹⁶⁾ da die mittlerweile erteilte Auskunft nicht genügen könne. Darauf gaben der Graf am 3. VII., die übrigen Führer wohl um dieselbe Zeit, die gewünschte Erklärung ab, dass sie der zu Strafenden und

Grafen, nicht zu säumen, den Markgrafen nicht „ohne Noth in den Schwäb. Bund zu jagen“. Sie glauben, nichts versäumt zu haben; Henneb. Archiv.

13. Schr. an Gr. Wilh. v. Henneb. v. Fr. n. Pfingsten (29, V.). Dem Schr. lag der Artikel 6 des Wormser Landfriedens von 1521 („Von den des Friedbruchs Verdächtigen“) bei.

14. S. oben S. 605 n. 1; doch haben von der Hilfeleistung weniger die Drohungen des Regiments, als die des Bundes abgehalten. Mehr noch dürften in Sickingens Angelegenheit nicht die Mahnungen der Reichsbehörde, sondern die Ueberzeugung von der Unzweckmässigkeit einer Verknüpfung der eignen Interessen mit denen des rheinischen Condottieres das Verhalten des fränk. Adels bestimmt haben.

15. Schr. v. Mi. n. Viti (17. VI.); Henneb. Archiv.

16. Mi. n. Petri und Pauli (1. VII.); Henneb. Archiv. Gleiche Anfragen v. 2. VII. an Jörg v. Schaumberg, Euk. v. Aufsess, M. Marschalk u. a. im Würzb. Archiv; vgl. Planitz v. 5. VII. (S. 480 f.),

Gestraften sich nicht annehmen würden.¹⁷⁾ Mochte dieser Entschluss auch dem Wortlaute der Einungssatzungen entsprechen,¹⁸⁾ so hatte doch tatsächlich die Einung ihre stärkste gegen den Schwäbischen Bund, gegen dessen Ausübung richterlicher Gewalt in Franken gerichtete Tendenz verleugnen müssen und damit Kraft und Daseinsberechtigung verloren.¹⁹⁾ — Ungehindert konnte der Bund seinen Strafzug durchführen;²⁰⁾ er beschränkte sich, — wohl auch ein Anzeichen dafür, dass die ernstlichen Vorstellungen des Regiments und der fränkischen Fürsten nicht ganz nutzlos gewesen sind, — darauf, Vergeltung zu üben ausschliesslich an den Helfern H. Th. v. Absbergs und G. M. v. Rosenbergs und diesen

17. Fr. n. Visitat. Mariae. Zwei gleichlautende Verzeichnisse derer, die man darum gefragt hatte, und derer die erklärt hatten, sich nicht anzunehmen im Geh. Staatsarchiv München und im Henneb. Archiv: Die Grafen Wilh. v. Henneberg und Wolf von Castell und 17 Edelleute, die Häupter der 5 Einungsorte; „H. Sebastian v. Rotenhan hat Antwort geben, der man nit genugen hat“ (München).

18. Selbst das war, nachdem die Verwerfung des Reinigungseides vor einem Tribunal geschehen war, das nicht anerkennen zu können der Einungsadel laut und unzweideutig erklärt hatte, mindestens zweifelhaft (s. oben S. 252).

19. Bei den Akten (Henneb. Archiv) liegt ein Bogen Notizen, welche auf die erste Anfrage des Bundes und die zu erteilende Antwort Bezug nehmen, also zweite Hälfte Juni zu setzen sind: Der Graf möge Sebastian v. Rotenhan des Bundes Schriften zuschicken und ihn auf den Tag zu Römhild laden; auch selbst dorthin reiten. Falls dort die Ritterschaft den Bund länger mit Antwort hinzuhalten denke, möge er sich nicht mehr als gebunden betrachten, seine Hauptmannschaft aufschreiben und den Bündischen die gewünschte Antwort geben. „S. f. Gn. möge auch das Schreiben Seb. v. Rotenhans, Doktor beider Rechte,“ wohl beachten „darin er anzeige, dass der Ritterschaft Vereinigung gebrechlich“. Ob hier etwa die oben S. 267 f. angeführte Schrift gemeint, G. v. Rotenhan deren Verfasser ist, bleibt dahingestellt.

20. Die Instruktion Jörg Truchsess v. Waldsburgs für den Zug, sowie eine Beschreibung von dessen Verlauf bei Baader, a. a. O. S. 74 ff.

selbst.²¹⁾ Von Mitte Juni bis Mitte Juli wurden etliche zwanzig Burgen, Gliedern der Familien Absberg, Rosenberg, Felberg, Rüd't, Thüngen, Giech, Aufsess, Sparneck, Guttenberg u. a. gehörig, zerstört, entweder gänzlich oder — wie bei Felberg, Reussenberg — nur der Teil des Ganerben, der verdächtig geblieben war.²²⁾ Widerstand wurde nirgends geleistet; selbst das den Rosenberg gehörige Boxberg, das als das festeste Schloss in Franken galt, ward ohne Versuch einer Verteidigung preisgegeben. Hier, in Boxberg, berührten sich die Interessenkreise des Bundes und der rheinischen Kriegsfürsten; man hatte, wohl schon zu Ulm, Verabredung getroffen; nachdem der Bund die Burg in Besitz genommen (14. VI.), übergab er sie (20. VI.) für 5000 gl. an Pfalz.²³⁾ —

Längere Zeit währte es, bis die Führer des fränkischen Adels von diesem Schlage sich soweit erholt hatten, um über die Lage, über das noch Erreichbare, und das zunächst Nötige zu beraten. Am 11. August²⁴⁾ beschlossen zu Langheim Hauptleute und Räte: 1. Falls jemand dem Vertrag gemäss Hilfe gegen den Bund begehre, solle man antworten: Der Schweinfurter Vertrag sei, „wiewohl abgeredt und mündlich zugesagt, doch mit Sieglung noch nit aufgericht“ gewesen; inzwischen habe das Regiment befohlen, ihn ganz

21. S. Looshorn, Bamberg IV. 551 ff., Burgermeister Cod. dipl. eq. II. 1317 ff.

22. Verzeichnis der Burgen im Henneb. Archiv, gedr. u. a. bei Klüpfel II. 272; vgl. Baader S. 75, 77 ff.

23. Baader 78 ff., Burgermeister C. d. eq. II. 1261; vgl. Ulmann S. 358. — Die fränk. Fürsten hatten ihre Beamten angewiesen, dem Bündischen Heere Proviant zu verkaufen und ihm die Friedbrecher auf Erfordern auszuliefern; Würzb. Mandate v. 6. u. 15. VI. (Aufgebotbuch), Brandenb. v. 22. V. (Looshorn IV. 559). — Die Fürbitte der Bischöfe hatte einige Burgen, wie Reussenberg (Thüngen) und Freienfels (Aufsess) vor Zerstörung gerettet (Baader S. 75 f., 83).

24. Di. n. St. Laurenztage, Henneb. Archiv.

abzustellen.²⁵⁾ Der Bund habe viele durch Drohung gezwungen, sich zu verpflichten, keine Hilfe zu leisten, habe aber andererseits auch zugesagt, dass Unschuldige nicht gestraft werden würden. 2. Dem Regiment solle eine Abordnung den Vertrag im Druck übergeben mit „unterthäniger Bitte, artikelweise anzuzeigen, was darin der Reichsordnung entgegen geachtet werde.“ Werde das Regiment auf seiner Forderung bestehen, so müsse man willfahren. 3. Gegen den Schwäbischen Bund solle jetzt bei der Obrigkeit nicht Klage geführt werden, um nicht nutzlos noch mehr Bitterkeit zu erregen. 4. Solle den Orten zum Beschluss vorgelegt werden, ob man dem Grafen Wilhelm v. Henneberg, dem Ueberzug drohe,²⁶⁾ Hilfe leisten wolle. Endlich wurde dort auch der Entwurf einer Verantwortung vor den Reichständen gegen eine Beschwerde Pfalzgraf Friedrichs aufgestellt.²⁷⁾ — Das Regiment liess sich in seiner Erwiderung²⁸⁾ auf die erbetene Erörterung nicht ein, wiederholte nur im Namen des Kaisers das frühere Mandat und ermahnte mit ernstlichen Worten, den gestraften Friedbrechern keinen Beistand zu leisten. Wilh. v. Henneberg sandte das Schreiben an die Orte zur Beratung, und empfahl, die Hauptleute zusammenzuberufen, um entweder einander der Pflichten ledig zu sagen oder über Mittel und Wege zur Erhaltung des Vertrages zu beraten. Tiefer Unmut spricht aus dem Be-

25. Es gebühre ihnen nicht, darin ungehorsam zu sein, „dieweil man in viel Artikeln gedachten unsern Vertrag der Reichsordnung widerwärtig findet, bes. da wir dem kais. Regiment zwei Monat fürgeschlagen, darin sie unsere anbrachte Irrung entscheiden sollen, unangesehen, dass man uns zu Worms bei achterlei Form die Rechtfertigung aus Gnaden zugelassen hat.

26. Vom schwäbischen Bund; vgl. Planitz v. 23. VI. und 5. VII., S. 471 und 481.

27. Dieser hatte sich verletzt gefühlt durch den 58. Artikel der Schweinfurter Beschwerdeschrift (D. R. A. III. 720); der sehr ausführliche Entwurf ist erhalten (Henneb. Archiv).

28. Vom 20. VIII., Henneb. Archiv.

gleitschreiben des Grafen an Moritz Marschalk:²⁹⁾ Man wolle ihren Vertrag wohl deshalb nicht leiden, weil man merke, dass aus ihnen selbst die meisten wieder gern des Vertrags ledig wären. „Gott gebe, dass nit solche Schrift vom Regiment durch etliche unsers Vertrags erregt worden sei, denn wir besorgen, dass es nunmehr geschehen sei um den Adel des Lands zu Franken und nit allein um denselben Adel, sondern um allen Adel in teutscher Nation. Dann es zum Erbarmen ist, dass man uns verbeut, wider den Landfrieden nit zu thun und diejenigen, die da öffentlich wider die vom Adel und unser Vertragsverwandten, wider des heiligen Reichs Ordnung gehandelt, die sollen Recht daran gethan haben.“ Der Graf wäre der Meinung, „dass solches dem Regiment in einer Schrift auch aufgestochen werde, damit sie verstünden, dass wir auch merkten, wie man gegen den Adel handeln wollt. Nach Verlesung zerreisst diesen Zettel.“ – Von den Beschlüssen der Orte liegt nur derjenige der Baunach vor: zu Verhütung Sterbens und Verderbens dem Befehl zu gehorchen.³⁰⁾ Der Ort bat, einen gemeinsamen Tag zu endlichem Beschluss anzusetzen. Dem Regiment möge danach mitgeteilt werden, dass man, aller Vergewaltigung ungeachtet, in Gehorsam und zu Ehren des Kaisers den Vertrag habe fallen lassen, mit der Bitte, sie künftig vor Gewalt nach Vermögen des Landfriedens zu schützen. — Zu gemeinsamem Beschluss scheint es gar nicht mehr gekommen zu sein;³¹⁾ die leere Form zerfiel von selbst.

29. Von Do. nach Bartholomäi (27. VIII.), Henneb. Archiv.

30. „Wiewohl es nit gering beschwerlich, solchen Vertrag fallen zu lassen, angesehen was schimpfliche Wort und Nachtheil daraus erfolgen.“ „Hauptmann, Räte und Ritterschaft des Orts an der Paunach, itzo zu Coburg versammelt,“ an Gr. Wilh. v. Henneberg, v. St. Egidientag (1. IX.); Henneb. Archiv.

31. An Lucie (13. XII.) zu Bamberg waren nur wenige erschienen. Wilhelm v. Henneberg liess darauf abermals, in dringender Form, einen Ausschusstag nach Schweinfurt, auf den Jahrestag der Einung, 25. I., ausschreiben; Ladung v. 8. I. 1524, an die

Das Regiment mochte erkannt haben, dass der Adelsbund nach der widerstandslos hingenommenen Demütigung nicht mehr schädlich werden könne und deshalb auf seinem Verlangen einer förmlichen Lösung nicht mehr bestehen.³²⁾ In Sommer 1524 ward noch einmal aus dem Herrenstand, besonders durch Wilhelm v. Henneberg, ein Versuch zur Wiederherstellung der Einung auf neuen Grundlagen gemacht, bei Gelegenheit von Beratungen der weltlichen Reichsstände des Kreises zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen.

Die Vertreter des fränkischen Kreises für Regiment und Kammergericht waren 1521 von den vier dortigen Fürsten ohne Zuziehung der Grafen, Herren und Städte aufgestellt worden.³³⁾ Bei den jetzt (1524) erforderlichen Neuwahlen³⁴⁾ wollte man gleicher Vernachlässigung zuvorkommen. Anfang Juni richteten „gefürstete und andere Grafen, Herren und Reichsstädte, nach laut des heiligen Reichs Ordnung in den fränkischen Kreis gehörig, jetzund zu Kitzingen³⁵⁾ versammelt gewest“ an die fränkischen Fürsten die schrift-

Hauptleute Euk. v. Aufsess (Gebirg), Ludwig v. Hutten (Odenwald), Jörg v. Schaumberg (Rhön), Ph. Truchsess (Steigerwald).

32. Zu der Frage, wie weit in dem Verhalten des Regimentes (v. 1522/3) der Ritterschaft gegenüber etwa sein Gegensatz zum Schwäb. Bund, sowie die Hinneigung der Mehrzahl seiner Mitglieder zu Luthers Glaubenslehre wirksam gewesen sei, kann wesentlich Neues nicht gebracht werden. An der Auffassung Ulmanns (Sickingen, S. 359), dass das Regiment ernstlich bestrebt gewesen ist, seiner Pflicht als oberster Reichsbehörde nach allen Seiten gerecht zu werden, darf bis auf weiteres wohl fest gehalten werden.

33. D. R. A. III. S. 2 ff.

34. S. Ranke, Reformation II. S. 94 f.

35. Ladung „etlicher gef. u. a. Grafen und Herren des fränk. Gezirks, so itzo in Eil bei einander gewest“ zu diesem Tage (So. Bonifaz, 5. Juni) mit Angabe und Begründung des oben genannten Zweckes, an die Grafen v. Wertheim, v. 25. Mai, im Werth. Archiv. Ueber die frühere Grafenbewegung seit dem Wormser Reichstag siehe oben S. 211, 213.

liche Aufforderung, ihnen Tag und Malstatt für Erwählung neuer Beisitzer durch sämtliche Stände des Kreises anzugeben.³⁶⁾ Neben diesen politischen Interessen hat es sich wohl schon bei dieser ersten Zusammenkunft um Wahrung auch der religiösen gehandelt; diese erschienen später, seit den Beschlüssen der Gegenseite zu Regensburg (Ende Juni), noch ernstlicher gefährdet. Da die an Wilh. v. Henneberg erbetene Antwort der Fürsten unbefriedigend („auf Bedacht gestellt“) ausfiel, setzte man zu weiterer Beratung einen zweiten Tag der nichtfürstlichen Kreisstände auf 26. Juli nach Kitzingen an.³⁷⁾ Zugleich lud nun Wilh. v. Henneberg dorthin auch Vertreter der 6 Ritterorte, über das Schicksal des Vertrages im besonderen, wie allgemein über Mangel an Friede und Recht und Irrung des Glaubens zu verhandeln.³⁸⁾ Auf dem Rittertage konnten, da nur sehr wenige, von der Altmühl niemand, erschienen waren, Entschlüsse nicht gefasst werden;³⁹⁾ im Abschied⁴⁰⁾ ward Graf Wilhelm

36. Schr. v. Mo. n. Bonifaz (6. VI.) 1524, Werth. Archiv.

37. Formular für ein Ausschr. durch Wilh. v. Henneb., wohl nur an die Städte, für Do. n. Jacobi (28. VII.), vgl. Planitz v. 27. VI. (S. 624).

38. Ladung Wilhs. v. Henneb. an Sebastian v. Rotenhan, v. Mo. n. Viti (20. VI.) auf Di. n. Jacobi (26. VII.). Ein Entwurf für das formelle Ausschreiben erwähnt den Schweinf. Vertr. nicht; er sieht die Ladung von je 6 Vertrauensmännern aus den 6 Orten vor; der Schreiber empfiehlt, Graf Wilhelm möge die Ladungen für Rhön, Baunach und Odenwald selbst ausgehen lassen, ausserdem nur an Johann v. Schwarzenberg und Johann v. Seckendorf schicken mit der Aufforderung, in den Orten Altmühl, Steigerwald und Gebirg dafür zu werben. — Wie aussichtslos der Versuch bei der herrschenden Stimmung war, zeigt ein Schreiben eben jenes Joh. v. Seckendorf an Joh. v. Schwarzenberg (v. 6. VII.), in dem er diesem abrät, den Tag zu besuchen (Henneb. Archiv).

39. Von den Grafen war ausser Wilh. v. Henneberg auch Georg v. Wertheim zugegen, mit Vollmacht von Ph. v. Rieneck und Wolf v. Castell. Er schickte diesen am 1. VIII. den Abschied, welchen

gebeten, einen weiteren Tag anzusetzen. Ueber den Verlauf des Kitzinger Ständetages liegen Nachrichten nicht vor. Wir wissen nur, dass Graf Wilhelm auf die dortigen Verabredungen hin sich nun zu Markgraf Casimir und dem Adel an der Altmühl begeben hat, und zwar unter anderem auch, um deren Beitritt zur Schweinfurter Einung persönlich zu betreiben. Der Markgraf versicherte seine Bereitwilligkeit, der Ritterschaft zu nützen; er tadle, meinte er, ihren Vertrag nicht, doch sei sein Eintritt in die Einung schon deshalb ausgeschlossen, weil ohne Ausnahmen aller seiner Bundesgenossen unmöglich, mit diesem Vorbehalt aber für sie zwecklos. Zu „sonst einem guten Verstand“ mit dem Adel über rechtlichen Austrag, Abstellung von Gewalttaten etc. sei er jetzt wie früher bereit. Ähnlich äusserten sich auch die Altmühler Edelleute. Dieses unbefriedigende Resultat sollte Vertretern der 5 Einungsorte zu Coburg am 18. Dezember 1524 vorgelegt werden.⁴¹⁾ — Dabei dürfte es, da bald eine dem Rittertum wesensfremde revolutionäre Bewegung die Entwicklung der ständischen Verhältnisse unterbrochen hat, geblieben sein. Auch in den nächsten Jahren ist die Organisation der Ritterschaft nicht erneuert worden; 1528 befand sich der kaiserliche Gesandte in Verlegenheit, an wen er sich behufs Verhandlungen mit der Ritterschaft (über Türkenhilfe) zu halten habe, da man ihm sagte, dass die meisten Ortshauptleute und Räte mit Tod abgegangen seien.⁴²⁾

er und Graf Wilhelm dort mit etlichen der Ritterschaft gemacht, zu (Werth. Archiv).

40. Von Mittwoch n. Jacobi (27. VII.), Henneb. Archiv.

41. Ladung der Hauptleute des Gebirgs (E. v. Aufsess), Steigerwalds (Ph. Truchsess) und Odenwalds (Ludwig v. Hutten) durch Gr. Wilh. v. Henneb., v. 16. XI. — Dass auch damals noch manche von Adel an einen „hilfreichen Vertrag“ mit den Städten dachten, zeigt ein Memorandum für diesen Tag, das dringend empfiehlt, von solchen Versuchen als zwecklos abzuraten, Henneb. Archiv.

42. Er wendete sich deshalb an die Grafen und Herren; Schenk

In den Bestrebungen der kleinen fränkischen Stände hingegen hatte die Werbung Graf Wilhelms das Ergebnis, dass am 26. August zu Windsheim die sämtlichen weltlichen Reichsstände Frankens, die Markgrafen Casimir und Georg an der Spitze, einen Bund schlossen,⁴³⁾ um 1. die Bestätigung der von ihnen, als der Mehrzahl, gewählten und präsentierten Personen für Regiment und Kammergericht gemeinsam, und wenn nötig, mittels Verweigerung der Zahlung ihrer Reichsanschlätze durchzusetzen;⁴⁴⁾ 2. in gewissen Fällen der Beschwerung durch geistliche Gerichte sich gegenseitig mit Rat und Tat⁴⁵⁾ beizustehen. 3. in Sachen der Glaubenslehre, nach Prüfung der Schriften und Beratung durch die einzelnen Regierungen, ein gemeinsames Gutachten aufzustellen und dieses dem nächsten Reichstag (gemäss dem letzten Reichsabschied) vorzulegen.⁴⁶⁾

Bei der Ritterschaft aber war in ihren Kämpfen mit den Fürsten an Stelle der früheren Rührigkeit Stille

Eberh. v. Erbach riet diesen, die Gelegenheit zur Stärkung ihres schwindenden Einflusses auf die Ritterschaft zu benützen: „Ihr wisst, dass der Adel in kaiserl. Händeln vor allwegen begehrt hat, uns aus dem Handel zu dringen“ etc. Schr. an Gr. Michel v. Wertheim v. 10. X. 1528, Aschbach, II. Nr. 215).

43. Einungsbrief v. Fr. Bartholomei (26. VIII.) im Archiv Oesterreich. Gesch. Quellen, Bd. 8, S. 245.

44. Nach Loosborn, Bamberg IV. 769 ward der Streit erst i. J. 1532 vom Kaiser dahin entschieden, dass künftig im fränkischen Kreise die 3 Bischöfe einerseits in der Präsentation zum Kammergericht abwechseln sollten mit den Markgrafen und den gefürsteten Grafen (Henneberg) andererseits.

45. Doch war bewaffnete Hilfe nicht vorgesehen. Dies betont Georg v. Wertheim seinem Auftraggeber für diesen Tag gegenüber (G. v. W. an Graf Ph. v. Rieneck v. 30. VIII. 1524; Werth. Archiv).

46. Hierzu Rundschr. Georgs von Wertheim an seine Pfarrerherren vom 19. IX. betr. Ladung nach Wertheim auf 22. IX. (Werth. Archiv); das Zusammentreten der Räte war im Vertrag für 12. Oktober vorgesehen.

und Niedergeschlagenheit getreten. In ihrer Täuschung über das Mass der eigenen Kraft und Bedeutung — der gefährlichen Folge jeder weltabgewandten Gesinnung — bestärkt durch eine vorsichtige Behandlung seitens schwacher Fürsten, durch ihre leichten Siege in der Frage der Reichssteuer sowie durch den Erfolg ihrer Austragsbestrebungen auf dem Wormser Reichstage war diesen Anhängern des alten Herkommens mit einem Male die rauhe Wirklichkeit gewaltsam zu Bewusstsein geführt worden. Schlag auf Schlag hatten die realen Mächte, einmal bis zur Betätigung gereizt, gegen veraltete Ideen und Einrichtungen mühelos sich durchgesetzt. In der ernstlichen Gefahr hatte bald die Notwendigkeit widerstandsloser Unterwerfung unter den Willen des Gegners — denn das ist der Bund in den Augen fast des gesamten fränkischen Adels gewesen — sich ergeben, hatte das Mittel der bisherigen Erfolge, die Einung, das feste Zusammenhalten nach aussen, bei dem Appell an die Waffen versagt. Es war eine gründliche Ernüchterung, die eine starke Spannung auch innerhalb der Ritterschaft, zwischen Purgirten und nicht Purgirten,⁴⁷⁾ zwischen der Mehrzahl und ihren Führern, insbesondere dem obersten Feldhauptmann Wilhelm von Henneberg, zurücklassen musste und, wie man von Würzburgischer Seite richtig vorausgesehen hatte,⁴⁸⁾ den Fürsten zu gut kam, ihren Adel fürs erste wieder zu ihnen zurückgeführt hat. In ähnlichem Sinne, verstärkend, hat dann wohl der Bauernkrieg⁴⁹⁾ gewirkt. In diesem Frühjahr 1525

47. Vgl. Baader, a. a. O. S. 72 f.

48. D. R. A. III. 926.

49. Auf das Verhalten der Ritterschaft im Bauernaufstand kann hier nicht mehr eingegangen werden; vgl. darüber: Lenz, i. d. Historischen Zeitschrift, Bd. 77, S. 406, sowie dessen Aufsatz „Florian Geyer“ i. d. Preuss. Jahrbüchern 1896, II. Bd.; auch Ranke, Reformation II. 138 f. Dass die Ritterschaft nicht weniger als die Fürsten von dem Ausbruch überrascht worden ist, ihn nicht mit geplant hat, dürfte zweifellos sein. Die Notwendigkeit des Zusammengehens mag dann aber wohl für den Einzelnen dadurch er-

sind die meisten fränkischen Burgen den Bauern und den mit ihnen verbündeten Städtern in die Hände gefallen, zerstört und ausgebrannt worden;⁵⁰⁾ damit war die Kraft des Adels für längere Zeit gelähmt. „Habens ohne Zweifel um Gott verdient,“ meinte resigniert selbst ein Georg von Schaumberg.⁵¹⁾

leichtert worden sein, dass der Aufstand in seiner stärksten Tendenz gegen die auch von ihm bekämpfte geistliche Herrschaft gerichtet war. Für die Florian Geyer und Götz v. Berlichingen ist auch hier zu betonen, dass Krieg und Fehde noch immer das Lebenselement des einfachen Ritters waren; man wird aus ihrer Anführerschaft ebensowenig Schlüsse auf ihre Gesinnung ziehen dürfen, wie etwa auf die Rechtgläubigkeit eines Künstlers aus der Annahme eines Auftrags für ein Marienbild selbst in Zeiten konfessioneller Kämpfe.

50. Es werden folg. Zahlen genannt: Für das Stift Bamberg: 118 (20 Stifts-, 98 Lehen-) Burgen (Looshorn, Bamberg IV. 622). In der Würzb. Diözese: 63 Burgen; nur 6 Schlösser, darunter die von dem Lehensadel tapfer verteidigte Marienburg bei Würzburg, leisteten Widerstand und entgingen so dem allgemeinen Schicksal (Bericht des Priors von Kloster Ebrach, im Archiv Oesterreich. Gesch. Quellen Bd. 8, S. 261; auch die „Würzb. Chronik“ (1849) nennt (II. 90 f.) 63 Würzb. Schlösser, 24 des Stifts, 39 des Adels, als zerstört).

51. Looshorn, Bamberg IV. 615.

Fränkische Landtage.

Im Spätherbst 1523 hatte Würzburg seine Prälaten, Ritterschaft und Landschaft zur Verhandlung über eine Reichshilfe, über Beschwerden des Schwäbischen Bundes wegen neuer Friedbrüche und über die neuen Irrlehren auf Anfang Dezember nach Würzburg geladen.¹⁾ Aus dem Herrenstand waren Johann Landgraf von Leuchtenberg²⁾ und Wolf, Graf von Castell persönlich erschienen, Wilhelm von Henneberg durch Vollmacht vertreten;³⁾ von der Ritterschaft gegen 100 Personen anwesend. Nach einer gemeinsamen Eröffnungssitzung scheint nach Ständen getrennt verhandelt worden zu sein.⁴⁾ Die Ritterschaft bat (Mittwoch nach Concept. Mariae, 9. XII.) in Sache der Steuer auch hier wieder, sie vor unbilligen Anforderungen zu schützen, wie dies auch früher geschehen sei; sie könne ohne die Abwesenden nichts entscheiden, bitte aber bei dem Herkommen gelassen zu werden; der Bischof möge diese ihre Antwort den Reichs-

1. Würzb. Landtagsakten de anno 1523.

2. Die Landgrafen sind der Gerichtsbarkeit des Stifts wohl niemals unterworfen gewesen, haben nur infolge von Lehen- oder Dienstverhältnissen an den Landtagen teilgenommen, dem Stiftsaufgebot (häufig erscheinen sie im „Aufbottbuch“) angehört.

3. Würzb. Archiv; Ladung des Bischofs an Graf W. v. H. auf 8. XII., v. 17. XI. (Henneb. Archiv). — Auf die gleiche Ladung hatte Gottfried, Herr zu Limburg erwidert, in Sachen der Türkenhilfe gehöre er unter das Reich und nicht unter das Stift; dagegen sei er zu allem willig, wozu ihn seine Lehens- und Dienstverhältnisse mit Würzburg verpflichteten (Schr. v. 30. XI., Würzb. Archiv).

4. Landtagsakten und Aufbottbuch; Würzb. Archiv.

ständen anzeigen.⁵⁾ Inbetreff der Friedbrecher sind beide Teile einig darin, dass solche durch den Bischof mit Zuthun der Ritterschaft zu strafen seien, um einen abermaligen Zug des Bundes nicht in das Bereich der Möglichkeit zu rücken. In der dritten Frage lautete die Antwort der Ritterschaft, dass Irrlehrer, deren Lehre „zu Verletzung unseres christlichen Glaubens oder zu Ungehorsam dienen möchten“, verhört und event. gestraft werden sollten. Der Bischof, damit nicht zufrieden, ersuchte um eine „lautere und richtige Antwort“, wie sie sich zu halten gedächten. Er habe einige Irrlehrer vor sich gefordert, von denen ein Teil nicht erschienen sei, während die übrigen seiner Ermahnung ungeachtet ärgerlicher predigten denn je. So genötigt ging die Ritterschaft etwas weiter heraus: Bei Strenge „sei zu besorgen, dass der gemeine Mann sich beklagen möchte, als sollte das Wort Gottes und das heilige Evangelium unterstanden unterdrückt zu werden.“ Wer auf Erfordern nicht erscheine, möge gestraft werden. Der Bischof will es dabei bewenden lassen, der Zuversicht, dass, wenn er in solchem Falle die Irrlehrer bei denen, welche sie enthielten, suchen lassen werde, die von der Ritterschaft ihn daran nicht hindern werden. Noch einmal legte er darauf die schon bekannten Gründe für seinen Eintritt in den Bund, die Notwendigkeit dieses Schrittes dar. Am 11. Dezember nahm die Ritterschaft ihren Urlaub. — Auf einem Anfang September 1525 abgehaltenen Würzburger Landtag⁶⁾ beantragte die Ritterschaft Massregeln zum Ersatz ihrer im Bauernkriege erlittenen Schäden; ferner solche zur Vorbeugung ähnlicher Ereignisse: Da bisher unverständige Pfarrer die armen Leute zu Aufruhr bewegt, möge man „mit göttlicher evangelischer Wahrheit verständige Personen verordnen, die

5. Noch 1523 also verhandelten in der Steuerfrage die Reichsstände mit dem fränk. Adel durch dessen Fürsten; anders 1528 und 1529 (s. oben S. 133 n. 82 und 291).

6. Repertorium v. Fries, Würzb. Archiv.

begleitet von zweien vom Adel“ auf Inspektionsreisen die Seelsorger verhörten, „doch einem jeden sein Gewissen frei liessen“.7) Auch übergab die Ritterschaft damals wieder ihre Beschwerden.8) — Zu einer stärkeren Bewegung des gesamten fränkischen Adels gegen die Fürsten („gegen beschwerliche Neuerungen, Dringen von den alten Freiheiten und Herkommen;“ besonders auch gegen Steuerforderungen) scheint es erst im Jahre 1539 wieder gekommen zu sein; die von jeher übliche Betonung fränkischer Freiheit findet sich hier schon zu der Wendung, „dass sie freie Franken, keines Fürsten Landsassen“ seien, verstärkt.9) Von 1543 an werden die Beschwerden häufiger dem Kaiser, bei Gelegenheit von dessen Ansuchen um Türkenhilfe vorge-

7. Durch Unruhen bei Eisenach Ende 1523 war die Idee der Kirchenvisitationen in Sachsen zuerst angeregt worden; s. Burkhardt, a. a. O. S. 3.

8. Repertorium v. Fries: Fürstl. Gerichte; Regelung von deren sachlicher Kompetenz. „Ein Geistlicher soll den Weltlichen vor weltlichem Gericht fürnehmen.“ Vollzug der Urteile. „Eine gemeine neue Halsgerichtsordnung zu machen.“ Besetzung der Zentgerichte; Beschränkung auf ihre Kompetenz. Weinzoll. „Die Ihren an Orten, da das Stift Mitganerb ist, mit Geboten oder Verboten nit zu beschweren.“ Gegenseitige Regelung der Lehenspflichten. Bitte, „niemand denn die vom Adel in die Klöster zu nehmen, und keine geistlich werden zu lassen sie sei denn 30 Jahre alt;“ auch die Mönchsklöster dem Adel vorzubehalten (das letztere Ansuchen, sowie die scharfe Antwort der Prälaten darauf abgedruckt i. Archiv Oesterreich. Gesch. Quellen Bd. 8 (1852), S. 264 f.). Verringerung der Kanzleitäxen. — Beachten der alten Verträge (gemeint ist wieder der v. 1435).

9. Repert. v. Fries. Geklagt wurde (wohl auf dem gemeinen Tag der 6 Orte zu Schweinfurt an So. n. Kiliani — 13. VII. —; s. das Ausschr. durch Wilh. v. Henneberg, Wolf v. Castell u. a. bei Lünig, P. sp. cont. III, Franken 309) u. a. auch darüber, dass die Fürsten nicht mehr wie früher auf den Rittertagen durch ihre Räte vertreten seien. Ein „gut Bedecken, wie die Franken mit den Schwaben ihre Freiheiten möchten erhalten,“ kam zur Vorlage.

tragen.¹⁰⁾ Auf den Würzburgischen Landtagen erscheint aber die Ritterschaft noch z. B. 1546, 1554;¹¹⁾ ebenso auf den markgräflichen z. B. 1548, 1550,¹²⁾ auf den Bambergischen bis 1579.¹³⁾

10. So 1543, 1544 (über fürstl. Gerichtsbarkeit, Geleit, Wildbann), 1545, 1548 (über Lehenssachen etc.); Moser, Vermischte Nachrichten v. r. r. Sachen 833, 891, 901, 911.

11. Repert. v. Fries.

12. Moser, V. d. teutschen Reichsstände Landen S. 375.

13. W. Stolze, Z. Vorgesch. des Bauernkrieges S. 10 n. 6.

Schluss.

Mit Recht nennt Kerner¹⁾ die Charitativsubsidiën „die Säule der ganzen reichsritterschaftlichen Verfassung.“ In den Reichssteuerverhandlungen des beginnenden 16. Jahrhunderts hatte eine Scheidung der deutschen Ritterschaft sich dadurch tatsächlich vollzogen, dass in den Gegenden starker Fürstengewalt die Fürsten auch in dieser Frage ihres Adels sich hatten „mächtigen“ können, dass demgemäss die Reichsmatrikel ihnen samt ihren übrigen Landständen auch ihrem Adel vorbehalten hatte, während in anderen Gegenden, nämlich in Schwaben, Franken und am Rhein, die Macht der Fürsten hierzu nicht ausgereicht hatte, unmittelbare Verhandlungen des Reiches mit dem dortigen Adel nötig, und später mehr und mehr zur ständigen Uebung geworden waren. Nachdem es weiterhin diesem Adel gelungen war, hierin auch dem auf den Reichstagen geübten Einfluss der Fürsten sich zu entziehen, seinen Pflichten gegen das Reich nur mehr auf dem Wege freier Vereinbarung mit dem Kaiser nachzukommen, musste dieses Verhältnis einmal als ein unbestreitbarer Ausdruck seiner Reichsunmittelbarkeit erscheinen, während ferner die enge Interessenverbindung mit dem Kaiser ein wirksames Mittel gewährte, die tatsächliche Unabhängigkeit von den Fürsten bis zu einem gewissen Grade sich zu erkämpfen und zu bewahren, dem fürstlichen Anspruch auf Erbhuldigung Widerstand zu leisten. Dabei kam diesem Adel das althergebrachte Recht zu Versamm-

1. Kerner, Staatsrecht der Reichsritterschaft III. 133.

lungen und zu Einungen, von den Fürsten lebhaft,²⁾ hier aber ohne Erfolg bekämpft, wesentlich zu statten. Wir haben gesehen, wie bis 1495 in Franken der fürstliche Machtbereich in der Hauptsache die räumliche Grundlage für die Einungen politischer Tendenz gebildet hatte, diese bis dahin in der Regel gegen den Fürsten, zur Bekämpfung von Steuerforderungen, von Versuchen zur Stärkung der Gerichtsgewalt geschlossen worden waren, wie von da ab aber die an den fränkischen Adel herantretenden Reichsinteressen: die Reichssteuerverforderungen, das Verlangen des Verzichts auf „rechtliche Gegenwehr,“ umfassendere Adelsbündnisse — zur Abwehr jener Steuer, zur Erlangung rechtlichen Austrags — hervorgerufen hatten. Noch am Schluss der hier besprochenen Periode aber hatte diese Wandlung sich gegen die widerstrebende fürstliche Gewalt, gegen die Sonderinteressen der einzelnen Territorien, nicht vollkommen durchgesetzt; die Einungen hatten nach der grossen Bewegung von 1495/1500 selten mehr alle Teile, alle die sechs damals dauernd abgegrenzten „Orte“ Frankens umfasst; sie waren in Zeiten stärkerer Erregung geschlossen, wieder zerfallen, sobald deren Grund weggefallen war, oder seine Bekämpfung sich als aussichtslos erwiesen hatte. Eine festere, dauernde Organisation hat die fränkische Ritterschaft erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts erlangt;³⁾ beschleunigend wirkte dabei die schon etwas weiter vorgeschrittene Entwicklung

2. S. z. B. Die Wahlverschreibung v. 1519 und die Artikel 1 u. 2 der fränk. Adelsbeschwerden v. 1522, D. R. A. I. S. 864, III. 697 f.

3. Herrn Professor Lenz verdanke ich, wie allgemein die Anregung zu vorliegender Arbeit, so hier im besonderen einen freundlichen Hinweis auf den offenbaren Zusammenhang dieser Erscheinung mit der allgemeinen, auch in Norddeutschland (Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg) beobachteten ständischen Reaktion seit zirka 1550, für welche die Stellung des Adels zur Reformation (Kirchengüter-Patronat etc.) vom grössten Einfluss gewesen ist; ferner darauf, dass für Franken besonders auch die damalige teilweise Rekatholisierung des Adels in Betracht kommt.

des nachbarlichen Schwabens.⁴⁾ Die erste erhaltene fränkische Ritterordnung stammt aus dem Jahre 1590.⁵⁾ — Inzwischen waren die Beziehungen zu den Genossen in Schwaben immer regere, das Zusammengehen in Beschwerden etc. immer häufiger geworden; seit 1559 drängte Schwaben lebhaft auf dauernde Verbindung der drei Landschaften. Erreicht wurde diese seit dem Jahre 1577 durch den damaligen Beschluss⁶⁾ alljährlicher Zusammenkünfte, („Correspondenztage“), abwechselnd in Schwaben, Franken und am Rhein. —

Aber auch nachdem der Adel der genannten Landschaften, den realen Machtverhältnissen entsprechend, eine Sonderstellung im Reiche erlangt hatte, als reichsunmittelbar anerkannt worden war, hatte er damit seine Abhängigkeit von den Fürsten keineswegs völlig abgestreift. Ausser dem tatsächlichen Gebundensein durch Aemter und Dienste und dessen rechtlichen Folgen,⁷⁾ ausser dem Lehensverhältnis mit seinen Verpflichtungen und rechtlichen Beschränkungen⁸⁾ blieb die rechtliche Unterordnung des Ritters unter das Landgericht des Fürsten, soweit nicht eine ausdrückliche Exemption von dem Kaiser erlangt war,⁹⁾ es blieb die fürstliche Zent als ordentliche Gerichtsstätte auch des adeligen Hintersassen, soweit nicht Herkommen, Vertrag oder Privi-

4. S. Kerner, Staatsrecht der Reichsritterschaft II. 17 ff., 37 ff.

5. Lünig, P. sp. cont. III., Franken, S. 17 ff., bes. S. 24 ff. („Ritterrat“); vgl. Kerner II. S. 41. —

6. Versch. Tage zu Mergentheim, s. Maders ritterschaftl. Magazin III. 158. Ueber die ganze allmähliche Organisierung einer Reichsritterschaft als Korporation s. Kerner Staatsrecht II. 54 ff.

7. S. Kerner, Staatsrecht III. 224.

8. das. S. 245 ff.

9. das. S. 67 ff.; vgl. S. 224 ff. — Doch war die Kompetenz der Landgerichte bes. dem Adel gegenüber durch die Kammergerichtsordnungen v. 1521 u. 1555. (N. Sammlung III. 87 ff.) stark beschränkt worden.

leg entgegenstanden;¹⁰⁾ es blieb ferner vielfach, obwohl von der Ritterschaft bestritten, der Anspruch der Fürsten, dass auch der nicht durch Dienst oder Amt gebundene Reichsritter der fürstlichen Kriminalgerichtsbarkeit unterworfen sei¹¹⁾ und es konnte somit auch nicht an Versuchen stärkerer Fürsten fehlen, die Landeshoheit über den Adel ihrer Gebiete wieder zur Geltung zu bringen.¹²⁾

Nicht häufig jedoch und meist nur in kleinerem Umfange gelang es einem Fürsten wirklich, die Entwicklung wieder rückläufig zu machen,¹³⁾ nachdem der Adel jener Landschaften in einem gut organisierten Gesamtbunde, in dessen Anerkennung als Reichsglied („Reichsritterschaft“) durch Kaiser und Reich, und in seinen geregelten Beziehungen zum Reichsoberhaupt festen Halt erlangt hatte. Mit Hülfe ihr günstiger Entscheidungen der Reichsgerichte¹⁴⁾ gelang es der Reichsritterschaft, allmählich den Satz zur Geltung zu bringen, dass „alle etwaigen Hoheitsrechte, die einzelnen Reichsständen auf reichsritterschaftlichen Besitzungen zustanden, nur als öffentlich-rechtliche Dienstbarkeiten, nicht

10. Für Franken s. z. B. Burgermeister, C. d. eq. I. 1408 ff.

11. S. den Vergleichsrezess zw. Würzb. u. dem Reichsritterort a. d. Baunach v. 1717, bei Burgermeister C. d. eq. II; Art. 27 S. 1130; allgemein Kerner III. 229 ff.

12. Vgl. die „Supplikation der Fränkischen Reichsbefreiten Ritterschaft“ an den Kaiser (undatiert, zwischen 1613 u. 1618 zu setzen), bei Burgermeister, C. d. eq. I. 678 ff.: (Bischof Julius Echter v.) Würzburg lässt sich gelüsten, die Ritterschaft in Franken für landsässig anzusprechen, dem Stift ohne Mittel unterworfen etc. Markgraf Christian v. Culmbach hat kürzlich über 70 vom Adel durch Drohungen etc. bewogen, ihm Erbhuldigung zu leisten, obwohl der dortige Adel stets die Rittertage besucht, seine Contributionen dorthin erstattet, niemals Huldigung geleistet oder die Landtage besucht hat.

13. Beispiele bei Kerner II. 237 ff.; eines davon betrifft zwei Rezesse Markgraf Christians mit dem Vogtländischen Adel, v. 1615.

14. Kerner III. z. B. S. 226 f.

als Ausflüsse landesherrlicher Gewalt“ anzusehen seien.¹⁵⁾ Mehr und mehr war jenem Teile des deutschen Adels neben den Kämpfen zu Anfang des 16. Jahrhunderts auch die damalige Reichsreform selbst zu gut gekommen: Kaiser und Reich waren damals dem Adel näher gerückt worden; bei dem Kaiser fand er fortan dauernd für mässige Gegenleistung bereitwillige Hülfe; neben dem kaiserl. Kammergericht verloren hinfort die alten kaiserl. Landgerichte, unter ihnen auch das Landgericht der Markgrafen und das des Herzogtums Franken in Würzburg, an Ansehen und Bedeutung.¹⁶⁾ Von der seiner Unabhängigkeit gefährlichen Kreisverfassung aber gelang es der Reichsritterschaft sich frei zu halten, selbst den Anspruch der Kreisstände auf (einseitige) Nacheile in ihren Besitzungen erfolgreich zu bekämpfen.¹⁷⁾

15. Schröder, Rechtsgeschichte 870. — S. schon die „Gravamina etc. über die höheren Stände in Franken“, a. d. II. Hälfte des 16. Jahrh. (bei Burgermeister, C. d. eq. I. 1407 ff.): „So hat auch kein Fürst in Franken ein beschlossenes Land oder Fürstenthum sondern wo . . die Grafen, Herren, vom Adel u. Reichsstädte wohnen, ihre . . Herrschaft, . . Sitz, . . Unterthanen u. Güter haben, da ist das Land . . des geringeren Standes, so daselbst wohnet, obgleich die hohe peinliche Obrigkeit an etlichen Orten einem Fürsten zusteht, wie der Nebel auf eines andern Herrn Wald oder Weiher“ (S. 1413); ferner das kaiserl. Edikt v. 1559: dass die Stände die Ritterschaft in Franken mit einiger Botmässigkeit, Schatzung, Steuer u. a. Dienstbarkeiten wider ihre adelige Freiheiten nicht beschweren, noch unter ihre Obrigkeit und Landsässerei zu dringen sich unterfangen sollen etc.; erneuert 1609 (Kerner III. 210).

16. „Als aber das Kammergericht aufgerichtet worden, seind die Landgerichte, wie der Mondschein wann der Tag u. Sonnenglanz herfür bricht, verschwunden u. in Abgang kommen, also dass niemand mehr, so immediate unter dem Reich oder sonst nit unter dem Markgrafen gesessen, daselbst zu rechten zu stehen dörffe wider seinen Willen . . .“ (Burgermeister I. 1415).

17. S. Kerner, III. 100 ff.

Einer allgemein menschlichen Neigung, die geschichtlichen Vorgänge als das Werk Einzelner und zwar jeweils der wenigen grossen oder hellleuchtenden Persönlichkeiten der betreffenden Zeit aufzufassen, entsprechend sind auch die ritterschaftlichen Bewegungen um 1522 von Mit- und Nachwelt weit enger als wirklich gerechtfertigt war geknüpft worden an die Namen Sickingens und Huttens — weniger an den Luthers, dessen grundsätzliche Abkehr von Politik hier eine Mythenbildung nicht zuliess.¹⁾ Aleander glaubte 1521 fest an eine umfassende Verschwörung des deutschen Kleinadels gegen Kirche und Fürstenmacht, unter Führung des feurigen Hutten und seines mächtigen Freundes und Beschützers.²⁾ In den gleichzeitigen und späteren Annalen und Flugschriften erscheint Sickingen als das anerkannte Haupt seines Standes, als Bahnbrecher und Vorkämpfer in dessen politischen Bestrebungen.³⁾ Jede Kunde von ritterschaftlichen Versammlungen, Beschwerden etc., in Franken⁴⁾ und Schwaben wie am Rhein, bestärkte die Meinung von Sickingens Einfluss, von seiner Führerschaft des gesamten deutschen Ritterstandes. In dieser Auffassung sind auch die späteren Geschichtschreiber vor Ulmann im wesent-

1. Doch siehe auch hier z. B. das Pamphlet aus Panzer, Annalen II. 2073, erwähnt bei Ulmann S. 256 f. —

2. S. seine Depeschen v. Mitte Dez. 1520, v. 8. III., 5. IV., 13. IV. 1521 bei Kalkoff S. 22, 88, 117, 125; vgl. Ulmann, Sickingen S. 176 f.

3. S. z. B. Münch, Sickingen II. 325 f.; allgemein Ulmann, 256 f., 266 f.

4. Der Prior des fränkischen Klosters Ebrach, Joh. Nibling († 1526) berichtet z. B. in diesem Glauben: *Mortuo et cessante francisco mox cessavit nobilium in Franconia confederatio contra principes facta* (Archiv Oesterreich. Gesch. Quellen VIII. 257) u. 50 Jahre später wird die gleiche Einung (von einem 1599 verstorbenen Schweinfurter Stadtschreiber, in seinen Annalen) z. J. 1523 in der Form erwähnt: „Franz v. Sickingen hält hier einen Tag wider seine Feinde“ (Stein, Mon. Swinfurt., 498).

lichen befangen geblieben.⁵⁾ Erst Ulmann hat erkannt, wie grundverschieden Sickingens Richtung, seine Absichten und Wege, von den damaligen politischen Bestrebungen seines Standes gewesen sind,⁶⁾ wie sein ganzer Lebensweg ein zielbewusstes Streben nach persönlicher Macht darstellt, mittels der Fehde sowohl als mit kluger Benützung der grossen Strömungen seiner Zeit, wie seine Empfänglichkeit für grosse Ideen ihn doch weder in der Glaubensfrage⁷⁾ noch in den ständischen Kämpfen seiner Genossen jemals in Gefahr gebracht hat, jenes Lebensprinzip allgemeinen Interessen unterzuordnen,⁸⁾ wie Neigung zu politischer Wirksamkeit Sickingen, — im Gegensatz zu Schwarzenberg, zu Georg v. Schaumberg und anderen — wesensfremd geblieben ist. — War so aus Erkenntnis von Sickingens Natur heraus eine Trennung seiner persönlichen Tendenz von jener allgemeinen gelungen und der geringe Einfluss der letzteren auf die erstere festgestellt, so blieb dagegen die Frage offen, wie weit der Ritterstand, getäuscht auch durch Sickingens Andeutungen von einer damit beginnenden allgemeineren Wandlung der Dinge,⁹⁾ seine Hoffnungen auf dessen Unternehmung gegen Trier gesetzt habe,

5. Münch, Sickingen I. 220 ff., 269 f.; Mende, Sickingen (1863), S. 58; vgl. auch Ranke, Reformation II. 73 ff., 82.

6. Ulmann, Sickingen 255 ff., 263 ff.

7. Dazu s. auch Szamatolski, a. a. O. S. 153 ff.

8. Vor Ausbruch der Hutten'schen Fehde bittet er z. B., in Erwartung eines Ansuchens aus Franken um Hilfe, seinen Freund Philipp Weiss v. Feuerbach, diese ev. statt seiner zu übernehmen, da er Kunde habe, dass der Kaiser ihn „nach Endung des Wirtemb. Feldzugs verjagen will; also hab ich kein Gewinnens uff dem Spil, welchem ich helff; die Spil spildt ich nie gern.“ (Schr. v. Dienstag nach Matey 1516, i. Archiv des German. Museums.)

9. S. Ulmann, z. B. S. 298. — Sickingen schreibt an Graf Ph. v. Solms So. Quasimodogeniti (27, IV.) 1522: „ . . . ich glaub, es werd eyn seltzams regementd uff erdterich, god geb genad uff unser sydt.“ (Fürstl. Solms'sches Archiv zu Lich).

ob der Misserfolg auf die allgemeinen Bestrebungen einen stärkeren Rückschlag ausgeübt habe. In dieser Frage, die Ulmanns biographischer Aufgabe ferner liegen musste, dürfte der Zusammenhang beider Tendenzen doch noch immer wesentlich überschätzt worden sein. Sicher ist das der Fall gewesen, soweit die ausserrheinischen Gebiete in Betracht kommen, und zwar besonders infolge davon, dass man die Beziehungen zwischen den Teilen des deutschen Adels, welcher später zu der Reichsritterschaft sich zusammengeschlossen hat, sich lebhafter, fester ausgebildet dachte, als sie tatsächlich damals noch gewesen sind.¹⁰⁾ — Die fränkischen Ritterschaftsakten zeigen, dass erst seit dem Ende des 15. Jahrhunderts die politische Betätigung des dortigen Adels aus ihrem bisherigen Rahmen, dem Territorium, in die grössere Landschaft hinauszutreten begonnen hat, sie zeigen, wie stark jene Gebundenheit durch territorial verschiedene Interessen noch Jahrzehnte später gewesen ist, ein bald von dieser, bald von jener Seite gewünschtes und eifrig betriebenes gemeinsames Vorgehen in dringenden allgemeinen Interessenfragen verhindert hat. Sie lassen ferner erkennen, wie nach der Bewegung zur Abwehr gewaltsamer Durchführung der Reichssteuergesetze wohl hie und da — namentlich kurz vor dem Reichstag von 1521 — Vereinbarungen auch zwischen den verschiedenen Landschaften stattgefunden haben, gemeinsame kriegerische Aktionen dagegen erst wieder seit Spätherbst 1522, von einem Teile des fränkischen Adels und von Franz v. Sickingen gleichzeitig, geplant und betrieben worden sind, wie aber hierfür in beiden Fällen bestimmend im Grunde nicht die allgemeinen Standesinteressen, sondern die hier vom Schwäbischen Bunde, dort von den rheinischen Kriegsfürsten unmittelbar drohenden Gefahren gewesen sind.

10. S. z. B. Ulmann S. 229, 251, 331 u. noch Overmann, die Reichsritterschaft im Unterelsass, Zeitschrift f. Gesch. des Oberrheins, N. F. Bd. 11, S. 573. —

Der fränkische Adel hat damals mit seinen Werbungen bei den benachbarten Standesgenossen keinen Erfolg gehabt, ist in den 6 Monaten vor Beginn der Strafexpedition vom Juni 1523 über Unterhandlungen und über die ersten unbestimmtesten Entwürfe für ein umfassenderes Bündnis nicht hinausgekommen.¹¹⁾ Sein Schicksal mit demjenigen Sickingens zu verknüpfen hat er trotz der Aehnlichkeit der Lage und Interessen von Anfang an entschieden abgelehnt. Die beiden Bewegungen sind — wenn auch jetzt noch einzelne fränkische Ritter in Sickingens Dienste standen¹²⁾ und dessen Untergang zweifellos zu der allgemeinen Entmutigung der fränkischen Ritterschaft beigetragen hat¹³⁾ — doch im wesentlichen unabhängig von einander verlaufen. Der Umschwung in der anfänglich kriegerischen Stimmung der Schweinfurter Einung hat seine wesentlichen Ursachen in den Gegenströmungen innerhalb des fränkischen Adels, in der Haltung der fränkischen Fürsten und des Regiments und in der Erkenntnis von dem Ernst der Absicht des mächtigen Bundes gehabt; er war eingetreten geraume Zeit schon vor dem Falle Landstuhls. — Der Annahme aber, dass vorher, im Sommer 1522, der fränkische Adel beabsichtigt habe, event. seine politischen Interessen mit denen des gegen Trier siegreichen Sickingen zu verbinden, würde widersprechen nicht nur die Waffenhilfe Wilhelms v. Henneberg für Hessen¹⁴⁾

11. S. oben S. 269 ff.

12. Unter den Gefangenen von Landstuhl z. B. werden genannt ein Melchior v. Schaumberg, ein Eberhard v. Berlichingen, ein Wilhelm v. Seckendorf (Münch, I. 363). — Am 27. IV. 23 berichtet der Kellner von Erbach an Würzburg, dass Thomas v. Rosenberg „ein gross Zeugk zu Ross u. Fuss von Franzen herauf bracht“, dort geplündert hat (Würzb. Archiv).

13. Eichstädt an Würzburg, v. 24. Mai 23: So nun die Ritterschaft ansuchen bei e. l. u. Bamberg, acht ich, es sei der Begriff der Copey gemacht, ehe wann Sickingen zu grundt sey gangen, derhalben etlich gemacher werden thun denn vor hat beschehen“ (Würzb. Archiv).

14. S. oben S. 232 n. 56.

und die im Vergleich mit der des rheinischen Adels nachgibige Haltung des zur Hilfe für die Pfalz gegen Sickingen aufgetretenen Würzburger Lehnadels,¹⁵⁾ sondern mehr noch allgemein die Art sowohl als die Stufe der ganzen Entwicklung: Der Adel als Stand hat, soweit als jeweils irgend möglich, seine Ziele auf gesetzlichem Wege oder wenigstens durch friedliche Mittel zu erreichen gesucht, durch Unterhandlungen damals mit seinen Fürsten, später mit dem Kaiser. Dieses Streben hat stets in erster Linie gegolten der Erhaltung und gesetzlichen Sicherung der alten Freiheit, des jeweils möglichen höchsten Grades von Ungebundenheit. Die Führer wenigstens des fränkischen Adels sind in der Vertretung der Standesinteressen von Anfang an nicht lässig gewesen, haben es zur Ansammlung stärkerer, keinen Ausweg findender Spannung niemals kommen lassen: Bald nach den ersten Anzeichen stärkerer Betonung fürstlicher Gerichtshoheit zeigt sich auch die Reaktion hierauf in Einungen des Adels, in dessen Beschwerden über Mangel an austräglichem Recht.¹⁶⁾ In den beiden ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts wird in Franken, erkennbar von 1507 ab, fast ununterbrochen um den rechtlichen Austrag gekämpft; was der Adel hier, trotz aller Anstrengungen nicht erreichen kann, setzt er dann auf dem Reichstage von 1521 zum grossen Teile siegreich durch und weiss auch in den folgenden Jahrzehnten dem genossenschaftlichen Austrag auf Kosten fürstlicher Gerichtsherrlichkeit weitere Ausdehnung zu geben. — Bei dieser Tendenz und neben den Schwierigkeiten, die ihr in den fürstlichen Hoheitsrechten entgegenstanden, wäre aber für Streben nach Reichsstandschaft nur geringe Aussicht auf Erfolg gewesen. Nachgibig-

15. S. oben; über das Verhalten der Mainzischen Lehensmannen im gleichen Falle: Münch, Sickingen II. 209.

16. S. z. B. oben die Einleit., z. d. Jahren 1408 u. 1448 ff.

keit in der Reichssteuerverfrage unter Ausnützung des dort gegebenen Anstosses zu direkten Verhandlungen mit dem Reich wäre für die Ritterschaft in ihrem ständischen Kampfe wohl von Vorteil gewesen, hätte vielleicht auch die Erlangung der Reichsstandschaft zur schliesslichen Folge gehabt, und damit das Geschick des niederen Adels in ganz neue Bahnen gelenkt. Aber Sinn und Streben stand nicht auf Teilnahme an den Reichsgeschäften, sondern allein auf möglichst vollständige Unabhängigkeit von der Fürstenmacht, geübt im Territorium, auf Reichs- und Kreistagen. Für dieses Ziel hat die Reichsritterschaft den Reichsforderungen gegenüber in den Charitativsubsidien gewiss den geeignetsten Ausweg gefunden. Als Korporation der Reichsgewalt sich zur Verfügung stellen konnte der Teil des Adels, der dafür — abgesehen von den Reichsburgern der Wetterau etc. — allenfalls in Frage kommen könnte, damals eben deshalb nicht, weil auch er, noch im Kampf mit seinen Fürsten begriffen, eine gemeinsame Organisation noch nicht besass, keine Körperschaft war. Selbst der schwäbische Adel versuchte damals noch vergebens, seines Gebundenseins an die fürstlichen Interessen im Schwäbischen Bunde ledig zu werden. — Die Einungen von 1522 sind sonach weniger gewaltsame Ausbrüche lang verhaltener Leidenschaft gewesen als Glieder in einer grossen Kette gleichartiger Erscheinungen, welche etwa vom Ende des 14. bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts sich hinzieht; in den üblichen, althergebrachten Formen¹⁷⁾ wird auch hier gegen die Macht der Fürsten angekämpft. Diese Bestrebungen haben sich auch damals noch innerhalb der einzelnen Landschaften — des

17. Fast alle Bestimmungen des Landauer Bundes (Bürgermeister, Cod. dipl. eq. I. 151 ff.) finden sich auch in älteren fränkischen und schwäbischen Einungsbriefen; die meisten gehören dem allgemeinen Muster, nach dem solche Bundesbriefe abgefasst wurden, an,

Mittel-, des Niederrheines, der Wetterau, Schwabens, Frankreichs — im wesentlichen getrennt von einander — abgespielt. Sickingen konnte zu Landau ausschliesslich von der dort versammelten mittelhheinischen Ritterschaft zu deren Hauptmann erwählt werden. Auf dort etwa daneben vorhandene radikalere Tendenzen muss sein Untergang allerdings den stärksten Rückschlag ausgeübt haben.

Berichtigungen.

Seite 7 Zeile 7 lies: Fehde S. 19 Anm. 18 — Z. 7: Zur statt K. — S. 31 A. 55 Z. 7 setze Klammer: (Urk. . . . 1. 357) — S. 37 A. 72 Z. 4: Huneclin — S. 40 Z. 2: erfolgt — A. 83: X libræ sunt — S. 42 A. 90 Z. 10: Ministeriales — S. 50 A. 16 Z. 7 Hofämter — A. 17 Z. 4: erwelt — Z. 6: ir truwe — S. 55 A. 30 Z. 4: castrensi — S. 57 Z. 3: Burg Lura — A. 34 Z. 6: castrensis — S. 61 A. 51: 176 statt 476 — S. 33 A. 58: 165 statt 105 — S. 64 A. 64 Z. 3: dant — A. 66 Z. 6: Eidesformol der Bambg. — S. 72 Z. 23: Fehde — S. 75 A. 94: mit einer Anzahl — S. 77 A. 100 Z. 2: geschätzt — S. 80 A. 7 Z. 8: war — S. 87 A. 3: S. 20 f. statt S. 19 n. 1 — S. 93 Z. 17: besiegt — S. 107 A. 3: Gesetze — S. 111 Z. 13: Territorien — Z. 119 Z. 9: sollte — S. 126 Z. 23/24: auf einen . . . Tag — S. 131 Z. 9/10: der fränkischen Ritterschaft (statt Adel) — S. 135 A. 1: n. 3 (statt n. 2) — S. 141 A. 18: Beispiele — S. 144 Z. 16: Sickingen — A. 27: II 142 — S. 152 Z. 5: Forchheimer — S. 155 A. 71 Z. 8: Vadiscus — S. 156 Z. 24: der Entwurf . . . „rechtlichen — S. 153 A. 74: z. B. (statt Z. B.) — S. 167 A. 5 Z. 7: S. 187 n. 60 (statt 297 n. 1) — S. 169 Z. 8: solle — S. 171 A. 18 Z. 2: Odenwald — S. 174 Z. 6: werden — Z. 10: geverde — Z. 18: nach (statt noch) — Z. 24: sich gegen eine — A. 28 Z. 6: Holgericht — S. 176 Z. 9: denn 1., — S. 181 Z. 12: schliesslich doch — A. 43: S. 131 n. (statt 208 n.) — S. 191 Z. 21: aller — S. 207 Z. 10: sölich — S. 208 A. 20: S. 204 n. 7 u. S. 205 (statt S. 433 n. 2 u. S. 435) — Z. 11: dem (statt den) — S. 244 A. 91 Z. 7: z. J. (statt z. Z.) — S. 246 A. 1: S. 113 n. 17. Noch (statt S. 327 n. 1. Nach) — S. 247 A. 5 Z. 5: Baunach 5 (statt 3) Ritter — S. 256 Z. 5: Wilhelm — S. 266 A. 57: S. 256 n. 29 (statt 546 n. 1) — S. 272 Z. 14: Altmühler — S. 274 A. 81 Z. 2: der — S. 280 A. 100 Z. 6: ihren — S. 284 A. 14: S. 281 n. 4 (statt 605 n. 1) — S. 285 A. 19 Z. 12: S. (statt G.) — S. 299 Z. 8: ihren (statt ihrem) — S. 303 Z. 14: ihre.

Abgekürzt angeführte Werke.

- Archiv des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg
(Archiv f. U. Fr.).
- Aschbach: Geschichte der Grafen von Wertheim, 2 Bde; II. Bd.
Urkunden, 1843.
- Balfanz: Beitrag zur staatsmännischen Wirksamkeit des Freiherrn
Johann von Schwarzenberg; Greifsw. Dissert. 1900.
- Burgermeister: Codex diplomaticus equestris 2 Thle., 1704 u. 1721.
Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V. 1893 ff. (D. R. A.)
- Fries, Lorenz: Historie der Bischöfe zu Wirtzburg 1544, bei Ludewig,
Geschichtschreiber von dem Bischoftum Würzburg, 1713.
(Fries bei L.)
- Harprecht: Staatsarchiv des kayserl. u. d. h. Röm. Reichs Kammer-
gerichts, 5. Thle., 1757 ff.
- Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte.
- Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode v. 1522 bis 1526. Freib. 1851.
- Kamann, Die Fehde des Götz von Berlichingen mit der Reichsstadt
Nürnberg u. dem Hochstift Bamberg, 1893.
- Klüpfel, Urkunden zur Geschichte des Schwäbischen Bundes, 2 Bde.
1846, 53.
- Looshorn, Geschichte des Bisthums Bamberg, Bd. 4, Bamberg 1900.
- Lünig, Reichsarchiv, 1710 ff.
- Monumenta Boica, 1763 ff.
- Neue und vollständige Sammlung der Reichsabschiede, Frankf. 1747.
- Planitz, Berichte a. d. Reichsregiment 1521—23, Leipzig 1899.
- Roth v. Schreckenstein, Geschichte der Reichsritterschaft, 2 Bde,
1859—71.
- Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte.
- Schultes, Diplomatische Geschichte des Hauses Henneberg, 2 Thle.
1788, 91.

Ulmann, Franz von Sickingen, 1872.

Ulmann, Kaiser Maximilian I. 2 Bde., 1884, 91.

Ussermann, Episcopatus Wirceburgensis, 1794.

Ussermann, Episcopatus Bambergensis, 1802.

Wittmann, Monumenta Castellana 1890.

DATE DUE

NOV 27 1968

GAYLORD

PRINTED IN U.S.A.